G 21734 E



Chile vor dem Ende der Pinochet-Herrschaft S. 25

Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr.237 5.9.83
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
4 DM Förderpr. DM 5.-











Von Itzehoe nach Loccum

Die Verstaatlichung der Friedensbewegung

Es hat sich mittlerweile rumgesprochen: Am 23./24. September soll in der Evangelischen Akademie Loccum eine nichtöffentliche Tagung unter dem Motto „Konfliktaustrag und Innerer Friede" stattfinden. Teilnehmer sind auf der einen Seite Spitzenkräfte der Polizei und der Innenministerien und auf der anderen Seite Funktionäre aus dem „gemäßigten" Spektrum der Friedensbewegung.

In dieser Ausgabe zu Loccum und Polizeigespräche:
- **Protokoll einer Sitzung am 27.10.82 in Stuttgart**
- **Keine Einwände von Dr. Stümper**
  Protokoll der Stuttgarter Sitzung vom 23.6.83
- **Polizeigespräche mit Tradition**
- **Wer ist Dr. Stümper?**

Daß das spektakuläre Zusammentreffen wie geplant stattfinden kann, ist allerdings stark in Frage gestellt: Gruppen der Friedensbewegung haben angekündigt, am 23./24. September an Ort und Stelle streng gewaltfrei ihren Protest gegen das Treffen zu praktizieren. Gedacht ist u.a. an einen 'Menschenteppich', der die Zugänge so blockieren soll, daß die Tagungsteilnehmer mühsam über die Demonstranten hinwegstolpern müßten, um in die Akademie zu gelangen. Noch phantasievollere Aktionsformen werden derzeit diskutiert und geprüft. Unter solchen Bedingungen ist zu hoffen, daß die Möchtegern-Teilnehmer aus der Friedensbewegung sich der öffentlichen Peinlichkeit lieber entziehen. Eine Absage oder ein Platzen der Loccumer Tagung ist also möglich, was aber selbstverständlich auch nur bedeuten würde, daß das Gespräch zwischen Polizeiführung und Friedensfunktionären in anderen Formen fortgeführt wird.

Fortsetzung auf S. 4

Heißer Herbst in den Betrieben?

BAL-Spitzenkandidat fristlos gekündigt

Während sich die Debatte unter den Kollegen über neue Schritte des betrieblichen Friedenskampfes noch etwas stockend entwickelt, schlagen die Unternehmer bereits auf jungs Ansätze ein. Bei einer Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd-AG in Frankfurt wurde die Betriebsratsvorsitzende aufgefordert, „parteipolitische Betätigung" im Betrieb zu unterlassen und einen Friedensaufruf vom Schwarzen Brett zu nehmen: bei MBB/VFW in Bremen wurde den Kollegen untersagt, innerhalb des Betriebes und im Rahmen der IG Metall über das Thema „Atomwaffenfreie Zone" zu dabattieren. Bundesweit Wellen schlägt jetzt der Fall zweier Betriebsräte von Hapag-Lloyd (größte Reederei der BRD), darunter der Spitzenkandidat der Betrieblich-Alternativen Liste/Bremen (BAL), Jürgen Söncksen. Gegen Söncksen, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Hapag Lloyd AG, und Günter Seiferth, Mitglied des Seebetriebsrats, wurde seitens der Geschäftsleitung beim Betriebsrat Antrag auf fristlose Kündigung und beim Arbeitsgericht auf Amtsenthebung gestellt. Der zentrale Vorwurf gegen beide lautet auf parteipolitische Betätigung im Betrieb durch Unterzeichnen eines Friedensaufrufs und Initiieren, Weiterführen und Unterstützen eines wilden Streiks.

Der „Friedensaufruf Hapag-Lloyd Seeleute"

Anfang August verabschiedete die Mannschaft des Hapag-Lloyd-Frachters „Alemania Express" einen Friedensaufruf an die ÖTV, daß diese „*sich mit allen Mitteln für einen Boykott gegen die Verladung, Entlöschung sowie den Transport der Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles einsetzen möge ... Gleichzeitig sind Pläne oder Maßnahmen, Handelsschiffe zum Zwecke der Kriegführung umzurüsten und/oder einzusetzen, abzulehnen.*" Dieser Aufforderung im Rahmen der gewerkschaftlichen Willensbildung schlossen sich die ÖTV-Mitglieder des Seebetriebsrates an und verbreiteten die Resolution auf den Schiffen der Hapag-Lloyd-Flotte.

Dieser „Friedensaufruf Hapag-Lloyd Seeleute" entsprach der Interpretation der Geschäftsleitung von „parteipolitischer Betätigung im Betrieb", die sie zum Anlaß nahm, am 23.8. den Mitunterzeichner und Kapitän der „Alemanina Express" wenige Stunden vor Auslaufen des Schiffes von seinen Kommando abzulösen. Auf einer am gleichen Tag ordnungsgemäß einberufenen Bordversammlung wollten die Besatzungsmitglieder die Zusage, „*daß ihnen wegen der Unterzeichnung des Friedensaufrufs keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen drohten*".

Fortsetzung auf S. 2

Abgeschossen

Als israelische Kampfflugzeuge am 21.Februar 1973 eine libysche Passagiermaschine über der Sinai-Halbinsel abschossen (es gab 106 Tote), nannten wir das in dieser Zeitung Massenmord. Es gibt, trotz einiger Unterschiede in nicht ganz unwesentlichen Einzelheiten, letztlich keinen Grund, den Absturz einer koreanischen Boing 747 anders zu beurteilen — FALLS es sich sicher beweisen läßt, daß die Maschine von sowjetischen Kampfflugzeugen abgeschossen worden ist. Diese sicheren Beweise fehlen zur Stunde (Sonntag, 4.Sept.) noch. Was vorliegt ist von sowjetischer Seite ein geradezu katastrophales Informationsdefizit und von westlicher Seite eine Flut von widersprüchlichen Versionen und Gerüchten.

Über den Ablauf der Ereignisse geben die reichlich fließenden Mitteilungen aus den USA und Japan nicht weniger Rätsel auf als das Schwarze Loch auf sowjetischer Seite. In vielen Darstellungen wird darauf hingewiesen, daß die Boeing 747 mit einer dreifachen Sicherung gegen Abweichungen vom korrekten Kurs ausgestattet gewesen ist, sodaß ein Fehler eigentlich „a u s g e s c h l o s s e n" gewesen sei.

Fortsetzung Seite 2

Mummenschanz für Zimmermann

Mit gewaltigem Witz verabschiedete Hamburgs Linke den Innenminister der Wenderegierung. Ein langer Zug bewegte sich am 2.9. durch die Freitag-Nachmittag-Innenstadt. Voran: Henker mit Gong, der von einem Zimmenmann-Gummimaskierten zum Dröhnen gebracht wurde. Es folgten: Eine große Schwurhand (Transparenttext: „Er lügt + lügt + lügt"), ein Sarg („Zimmermanns Weg in die Freiheit"), ein Block von Zimmermännern, die vor sich eine Puppe durch die Straßen stießen („Ich gehe NICHT über Leichen"). Neben vielen anderen Darstellern ragten heraus: Die GAL-Fraktion als 5. Kolonne und der Abgeordnete Thomas „Langer" Ebermann in Büßergewand und einer Jo-Leinen-Maske, der die Büßer&Geißler — dargestellt von der lokalen taz-Redaktion und der Gewaltfreien Aktion — zur Abbitte trieb.

Bildbericht und Verse auf Seite 3



Heißer Herbst in den Betrieben?

Forts. von vorheriger Seite

Um die Mannschaft bei der Wahrung ihrer Interessen zu unterstützen, waren drei Mitglieder des Seebetriebsrates und zwei ÖTV-Sekretäre an Bord gekommen, die der Mannschaft sechs Stunden nach der ursprünglich angesetzten Auslaufzeit die gewünschte Zusage der Geschäftsleitung übermitteln konnten. Daraufhin nahm die Mannschaft die Arbeit auf, während die BR-Mitglieder und Gewerkschaftssekretäre von Bord gingen.

Amoklauf der Geschäftsleitung

Anstatt nun die Auseinandersetzung ruhen zu lassen, kam es der Hapag-Lloyd-Geschäftsleitung offensichtlich darauf an, den Vorreiter für Disziplinierungsmaßnahmen zu machen.

Sechs Tage später nämlich wurde beim Seebetriebsrat der Antrag auf fristlose Kündigung der Kollegen Söncksen und Seiferth, beim Arbeitsgericht der auf Amtsenthebung der beiden gestellt. Erstaunlich an der Begründung dafür ist die Unverfrorenheit, mit der die Geschäftsleitung die Unterzeichnung des Friedensaufrufs neben dem angeblichen Anzetteln eines wilden Streiks in den Mittelpunkt ihrer Argumentation rückt. Beide Vorwürfe sind rechtlich völlig haltlos, so daß es wohl lohnt, Hinweisen nachzugehen, die Geschäftsleitung sei von außen zu ihrem Vorgehen animiert worden.

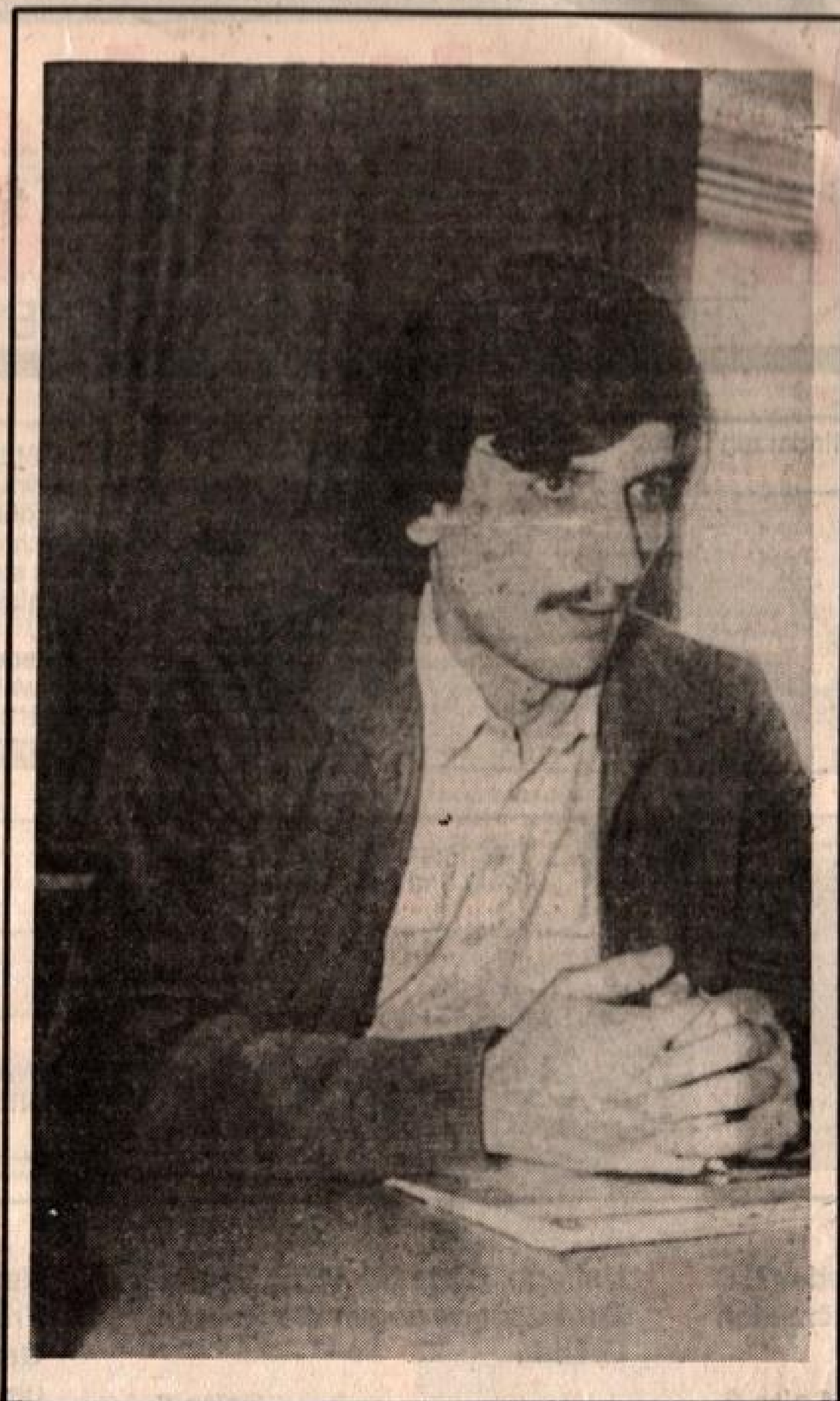
Der Seebetriebsrat erteilte dem Ansinnen der Konzernleitung eine klare Absage: „*Der gegenüber den Kollegen ..., erhobene Vorwurf, sich durch Unterzeichnung und Verteilung des Friedensaufrufs parteipolitisch betätigt zu haben, ist unberechtigt. Bei dem Aufruf handelt es sich um einen Vorgang der innergewerkschaftlichen Willensbildung (der Adressat des Friedensaufrufs ist die Gewerkschaft ÖTV) ... Diese Stellungnahme ist Ausdruck des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und zulässig . . .*" Ebenfalls zurückgewiesen wird der Vorwurf, auf der „Alemania Express" habe ein wilder Streik stattgefunden.

Schnelle Solidarität von unten

Noch am gleichen Tag stellte sich eine Personalversammlung Bremer Lehrer hinter die Stellungnahme des Betriebsrates, und ebenfalls am 31.8. bekundeten die Bremer Ortsverwaltungen der Gewerkschaften HBV, Drupa und GEW ihre Solidarität. Aus der Friedensbewegung folgten erste Unterstützungserklärungen, und Radio- und Fernsehberichte taten ein Übriges, den Fall wenige Stunden vor der Demonstration des DGB zum Antikriegstag bekannt zu machen.

Obgleich sich der DGB-Vorsitzende Breit am 1.9. in einem WDR-Interview hinter Söncksen und Seiferth stellte, obgleich die BAL auf einem großen Transparent während der DGB-Demonstration „Betroffene ans Mikrofon" forderte und obwohl der letzte offizielle Kundgebungsredner, Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses, 10 Minuten seiner Redezeit für Jürgen Sönksen abgab, verweigerten die örtlichen DGB-Fürsten ihm das Rederecht. Ein stürmisches Pfeifkonzert und aufgebrachte Kollegen konnten an dieser starren Haltung nicht das geringste ändern. Rund 1.500 Anwesende forderten lautstark weiter nach einer Rede des angegriffenen BRs, zu der es Dank eines zufällig vorhandenen Megaphons auch kam: Von tosendem Beifall unterbrochen forderte Söncksen zur Solidarität mit der Mannschaft der „Alemania Express", ihrem amtsenthobenen Kapitän und mit Seiferth sowie ihm selbst auf. **In der politischen Wertung des Falles, der wir uns anschließen, bezeichnete Sönksen die Angelegenheit als Vorgeschmack auf die Unterdrückungsmaßnahmen, die die Unternehmer gegen eine wachsende antimilitaristische Bewegung in den Betrieben anstrengen werden. Es gelte um so mehr, den „Tag der Betriebe" innerhalb der Aktionswoche im Oktober zu einem wirklichen Kampftag zu gestalten, an dem die arbeitende Bevölkerung unseres Landes organisiert ihren Widerstand gegen die Aufrüstung unterstreicht.**

KB/Gruppe Bremen



Kommentar

Betroffenheit über den Tod des türkischen Antifaschisten Cemal Kemal Altun.

Betroffenheit zeigen die Schreibtischmörder von Bonn und Westberlin, weil der Tod des Cemal Kemal Altun am falschen Ort zur falschen Zeit stattfand: Nicht in Ankara, sondern in Westberlin; nicht nach Abschluß jener Folter, die sie „rechtsstaatliches Verfahren" nennen, sondern mittendrin. Bundesinnenminister Zimmermann hat deshalb angekündigt, daß die über 300 noch anstehenden Auslieferungsverfahren schneller erledigt werden sollen.

Betroffen sind auch die Heuchler aus der SPD: Weil sich der geselbstmordete Altun für die oppositionelle Profilierung eignet. Die noch von der SPD selbst in Gang gebrachte Abschiebungsmaschine arbeitet derweil auf Hochtouren weiter: Ausgerechnet am selben Tag des Todes von C. Kemal Altun beschloß der Hamburger SPD-Senat eine Verdopplung des Etats für Abschiebungen — von 1,9 Mio. auf 3,6 Mio. Die Zahl der abgeschobenen pro Jahr soll nahezu verdreifacht werden. Zimmermann-Kritiker Schnoor, Innenminister in NRW, hatte erst Mitte August 40 Menschen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dem türkischen Folterregime zugestellt.

Betroffen sind auch die Linken, die Alternativen und die Grünen, die am Tag des Todes von Cemal Kemal Altun mit Spontan-Demonstrationen reagierten, an denen sich mehr Menschen als jemals zuvor beteiligten. Warum erst bei Altun?

H.C.

KEMAL ALTUN

Es gibt eine große Firma
Die liefert pro Woche und prompt
Per Luftfracht frisches Menschenfleisch
Das unter die Folter kommt

Ach, unsre solide Firma
Liefert an die Türkei
- doch freut euch! der Türke Altun
Ist nimmermehr dabei

Er stürtzte sich aus dem Fenster
Im freien Westberlin
Er hat sich selbst gerettet
Geselbstmordet habeh sie ihn

Jetzt hat er Asyl für ewig
Auf deutschem Boden und Grund
Jetzt kriegt er ein Fleckchen Erde
Wie jeder tote Hund

Die Richter sind froh, weil er selber
Den Weg in die Freiheit fand
Nun darf der Kanake bleiben
In diesem unseren Land

Stockfinster ist die Sonne
Und die Freiheiten siechen dahin
Ich weiß ja, was es bedeutet
Daß ich so traurig bin

Biermann 3o.8.83

Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und zulässig . . ." Ebenfalls zurückgewiesen wird der Vorwurf, auf der „Alemania Express" habe ein wilder Streik stattgefunden.

rung unseres Landes organisiert ihren Widerstand gegen die Aufrüstung unterstreicht.

KB/Gruppe Bremen

KEMAL ALTUN

Es gibt eine große Firma
Die liefert pro Woche und prompt
Per Luftfracht frisches Menschenfleisch

Abgeschossen

Forts. von vorheriger Seite

Ein Fehler kann sich praktisch — so ergibt es sich jedenfalls als Fazit aus den westlichen Darstellungen — nur dann eingestellt haben, wenn an den Apparaturen (bewußt) manipuliert worden ist. Aus dieser Verlegenheit möchte die „Bild am Sonntag" vom 4.9. noch durch die Version retten, die Boeing 747 sei völlig korrekt geflogen, aber von sowjetischen Kampfflugzeugen abgefangen und über sowjetisches Territorium abgedrängt worden. Eine extrem alberne Version, die in krassem Widerspruch zu den Funk-Aufzeichnungen und zu den Radar-Beobachtungen steht. So also nicht. Aber warum sonst entfernte sich die Boeing 747 trotz „Dreifach-Sicherung" (BamS) mehr als 600km von ihrer Route?!

Und weiter: Das gesamte von der Boeing 747 durchflogene Gebiet wird von militärischen Radaranlagen in den USA und Japan permanent und genauestens beobachtet. J e d e Flugbewegung wird exakt registriert. „*Es ist nicht klar, warum der Irrflug von den Militärs nicht an die zivile Flugüberwachung weitergegeben wurde, die den Piloten hätte warnen können*" („Frankfurter Rundschau", 3.9.). Dafür kann es überhaupt nur einen logischen Grund geben: Das Interesse der verantwortlichen US-Militärs an einem ‚Luftzwischenfall' über der Sowjetunion war größer als die Sorge um die Sicherheit der Passagiere. Nimmt man noch die sogar in der stockkonservativen „Frankfurter Allgemeinen"(3.9.) aufgeworfene Frage hinzu, ob das Sicherheits-Navigationssystem der Boeing 747 „*vorher mit falschen Daten versehen worden*" ist, dann ergibt sich ein deutliches Verdachtsbild.

Das sowjetische Verhalten wiederum muß Bestürzung und größte Sorgen hervorrufen. Man muß noch nicht einmal den schlimmsten aller Fälle annehmen: daß sowjetische Kampfflugzeuge in Absprache mit ihren Boden-Befehlsstellen b e w u ß t eine Passagiermaschine gestellt und abgeschossen haben. Auch wenn es einen verhängnisvollen Irrtum über die Identität des Flugzeugs gegeben haben sollte, bliebe es Ausdruck einer politisch verbrecherischen Mentalität, die Maschine „auf Verdacht" abzuschießen, ohne die außenpolitischen Konsequenzen abzuwägen. Sicher wäre ein Spionageflugzeug über der Sowjetunion eher zu ertragen gewesen als die Provokation einer Weltkrise, die den übelsten Kriegstreibern und Scharfmachern des Westens wie ein Geschenk Gottes vorkommen muß.

Und selbst wenn es so gewesen sein sollte, wie die sowjetische Regierung offiziell immer noch darstellen läßt, also k e i n Abschuß, sondern irgendein anderer mysteriöser Absturzgrund, bliebe die sowjetische Reaktion noch immer eine riesige, gefährliche Dummheit. In so einer Situation kann überhaupt nichts anderes nutzen als die größtmögliche Offenheit und Öffentlichkeit. Eine Informations-Offensive statt einer fast totalen Informations-Zurückhaltung hätte in diesem Fall den sowjetischen Interessen — die hierin weitgehnd mit den Interessen der internationalen Friedensbewegung zusammenfallen — am Besten entsprochen.

Daß quer durch die westlichen Medien ein schauriges Heul- und Hetzkonzert veranstaltet wird, um zynisch den größtmöglichen Vorteil aus dem Tod der 269 Menschen auszuschlachten, sollte niemanden erstaunen. Sie haben die blutig-schaurige Provokation bekommen, die sie angesichts einer zugespitzten Auseinandersetzung um die NATO-„Nachrüstung" und die weitere Entwicklung der westlichen Außenpolitik so bitter nötig gebraucht haben. Daß dies Nachwirkungen bis in die Friedensbewegung hinein haben wird, ist zu befürchten. Daß die DKP, die in der Darstellung der Friedensbewegung nach außen eine erhebliche Rolle spielt, dummdreist das Verhalten der Sowjetunion 150%ig rechtfertigen wird, macht die Sache auch nicht besser. Das Plus im öffentlichen Bewußtsein, das sich die Sowjetunion durch ihre konstruktiven Abrüstungsvorschläge in den letzten Monaten erworben hatte, dürfte schwer angeschlagen sein. Im günstigsten Fall wird man sagen müssen, daß es äußerst leichtfertig und unverhältnismäßig aufs Spiel gesetzt wurde.



Kranzniederlegung und Mahnwache für Cemal Kemal Altun in Hamburg

Aufruf zur Demonstration zum Jahrestag des Putsches in der Türkei am 10.9. in Köln

„Im Mittelpunkt der Demonstration wird die Aufklärung über die Lügen der Junta von der ‚Rückkehr zur Demokratie' und den ‚Wahlen', die am 6. November 1983 stattfinden sollen, stehen. Die Demonstration soll sich aber auch gegen die Ausländerfeindlichkeit und Ausländerpolitik richten, insbesondere gegen die ‚Rückkehrprämien'. Gleichzeitig soll die Demonstration auch unsere Solidarität mit der bundesdeutschen Friedensbewegung zeigen." (Aus dem Aufruf)

Es ruft auf eine Aktionseinheit linker türkischer und kurdischer Organisationen: Av.Dev-Genc, ATIF, BIRKOM, DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KKDK-Föderation, KOC-KAK, KOMKAR, Partizan, Proleter Dayanisma und Tekosin Symp. Unterstützt wird die Demonstration von: DIDF, Gercek, Denge Komal, KKDK, KHE, Kurtulus und Devrimci Kurtulus.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Tel: Redaktion/Verlag: 040/435320, Aboverwaltung: 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60.-, halbjährlich DM 33.- (als Förderabo jährlich DM 100.-, halnjährlich DM 50.-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, BLZ 20080000, Kt. 481068500.
Einzelpreis DM 4.-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

1. Westdeutsches Büßer- und Abwieglertreffen

Zu Ehren F. Zimmermann anläßlich der Innenministerkonferenz zu Hamburg

Fotos: Lübkert, Zint, Bibo


Die Henker schreiten voran...




GAL-Fraktion, an der Leine des russischen Bären

Als die SPD am Ende
rief in Bonn man nach der Wende
so bekamen wir denn dann
statt dem Baum den Zimmermann

der verkündete auch gleich stolz:
Bei mir splittert nicht nur Holz,
denn will man von Wende sprechen
muß man biegen auch und brechen

Und mein Amtseid ist zudem
für mich wirklich kein Problem
denn im Namen rechter Werte
bin für Meineid ich Experte

Gerne heb ich meine Hand,
greife damit nach dem Land
und vor allem nach den schlechten,
widerlichen Bürgerrechten.

Und nun nahen schlechte Zeiten
für perverse Minderheiten,
Denn ich werde alle schinden,
die mich nicht vorzüglich finden.

Und hier soll nun niemand lachen,
denn beim großen Saubermachen
trifft es erstmal die bekannten
ekelhaften Demonstranten.

Intellektuelle Schwätzer
Umweltschützer, Friedenshetzer
will ich künftig eisern zügeln,
bis sie sich von selbst verprügeln.

Und zur weiteren Verdummung
schaff ich den Begriff Vermummung.
Demokraten fürchten nicht
Gas und Knüppel im Gesicht.

Darum ein für allemal:
Höchst gefährlich ist der Schal,
ja, er ist gerade schon
ein Symbol für Aggression.

Und ein Feind für diesen Staat
ist auch schon, wer Schnupfen hat,
und wer's kalt fühlt in den Ohren,
hat auf Straßen nichts verloren.

Damit alles christlich endet,
wird auch die Kultur gewendet,
bis sich alle Künstler winden
zum gesunden Volksempfinden.

Ungern seh ich aus dem Fenster
irgendwelche Filmgespenster.
Kunst ist nämlich: Dalli, dalli,
Heidi und die Geierwalli.

Alles andere ist nur
Sub- und Aftersubkultur.
Sowas wollen wir nicht sehen.

Alles andere ist nur
Sub- und Aftersubkultur.
Sowas wollen wir nicht sehen.
Soll'n die doch nach drüben gehen.

Demokratisch unbedenklich
ist SS, weil alt und kränklich.
Und die Neonazijugend
tritt ja ein für deutsche Tugend.

Wenn sie ihre Hände heben,
ist das gutes, deutsches Leben,
und ich sage euch als Kenner:
So sind gute deutsche Männer -

Braun vom Hirn bis in den Hoden,
drumherum noch etwas Loden,
außerdem noch Knobelbecher.
Alle andern sind Verbrecher.

Diese wollen gerne nützen
jene, die die Daten schützen.
Nützlich ist der Mensch aus Glas -
ach, wie herrlich leicht bricht das.

Darum will ich alles wissen.
Bis zum Furz hin und zum Pissen
müßt ihr alles mir verraten,
und ich werde euch verdaten.

Wer darüber nicht ganz glücklich,
zeigt als Staatsfeind sich nachdrücklich
und er ist, auch wenn er's haßt,
ohnedies schon längst erfaßt.

Überhaupt: Wer anders denkt,
ist von Moskau ferngelenkt.
Dies bewiesen schon einmal
die Vertreter von der GAL.

Dies beweisen sie auch jedem
durch ihr böses Umweltreden.
Und für Umwelt bin, ganz wendig,
schließlich doch nur ich zuständig.

Die sich da um Tannen sorgen,
denken schließlich nicht an morgen -
wozu soll'n wir Wälder brauchen,
wenn nicht alle Schlote rauchen?

Ökos sind im Kopf nicht richtig.
Erstens ist die Wirtschaft wichtig,
zweitens, drittens der Profit -
die Natur zahlt gerne mit.

Damit alles deutsch nun werde,
sorg' ich für verbrannte Erde
unter diesen altbekannten
widerlichen Asylanten.

Wer daheim nicht stirbt, soll eben
auch bei uns nicht freier leben,
und ich sorge schon bei allen,
daß sie aus den Fenstern fallen.

Nur kein Menschlichkeitsgewürge!
Gut ist nur ein toter Türke
oder - das fällt mir nicht schwer -
ein Faschist und Militär.

Seht mich an und merkt euch gut:
An meinen Händen klebt kein Blut,
weil ich sie ja stündlich wasche,
auch mit Asylantenasche.

Glaubt nicht, dieses sei das Schlimmste.
Merken soll sich auch der Dümmste:
Sinnlos ist, daß du dich wehrst,

Glaubt nicht, dieses sei das Schlimmste.
Merken soll sich auch der Dümmste:
Sinnlos ist, daß du dich wehrst,
meine Zeit beginnt jetzt erst.

Ganz besonders werd' ich prügeln
jene, die da ab nicht wiegeln.
Schon im Worte Rechtsanwalt
steckt ja auch das Wort Gewalt.

Gegen diesen Mummenschanz
hilt nur eines mir: Distanz.
Gummi, Plastik und zum Schluß
flächenweiser Todesschuß.

Wenn da wer sein Fäustchen ballt,
ist das nackteste Gewalt.
Die verdient ganz nebenbei
nicht nur Gummi, sondern Blei.

Wer will nicht den innren Frieden?
Blutig sei er euch beschieden
und ihr kommt noch alle dran.
Dieses schwört euch Zimmermann.

Hans-Georg Behr

Block der nackten Gewalt


Block der vermummten Gewaltfreien



Joe Leinen-Maske treibt die Büßer und Geißler voran


Abschlußgelöbnis:
... und wollen entsagen jeglicher Gewalt ...


... bis daß uns Teer und Federn scheiden







Block der Zimmermänner



Einzeldarsteller, zum Dialog ansetzend

Von Itzehoe nach Loccum

Die Verstaatlichung der Friedensbewegung

Fortsetzung von Seite 1

Des Guten ein bißchen zuviel

Durch eine Meldung der „taz" (11.7.) war erstmals eine breitere linke und friedensbewegte Öffentlichkeit auf das geplante Treffen in Loccum aufmerksam gemacht worden. Aufgeregtes Gekreisch der Veranstalter und der Möchtegern-Teilnehmer — die „taz" habe alles völlig verdreht und falsch dargestellt — konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Informationen der „taz" im Wesentlichen den Sachverhalt zutreffend widergaben. Trotzdem hielt die Empörung über das Projekt Loccum sich zunächst in engen und insgesamt recht gemäßigten Grenzen. Den Kritikern des Projekts aus dem Lager der radikalen Gewaltfreiheit schien von allem die Feststellung wichtig, daß Loccum „kein Verrat" sei und daß selbstverständlich jedermensch das Recht zu Polizei-Kontakten habe — auch wenn die hier beabsichtige Form unzweckmäßig und kritikwürdig sei. Das änderte sich erst, als der Wortlaut eines „Vertragsentwurfs" bekannt wurde („taz", 24.8.), der fast schon unterschriftsreif von Polizeifunktionären und ihren Partnern aus der Friedensbewegung formuliert worden war. Daß es so einen Text gab, war bereits der „taz" vom 11.7. zu entnehmen gewesen, aber dann den ganzen Inhalt konkret vor Augen zu haben, verschlug offenbar auch vielen von denen den Atem, die bisher noch um ein bißchen kritisches Verständnis für den Gang nach Loccum geworben hatten.

...und ich dachte, hier soll ein DIALOG stattfinden?!...

Der peinliche Entwurfstext trägt offiziell den Titel „Empfehlungspapier". Die Vorgeschichte scheint sich folgendermaßen abgespielt zu haben: Am 27.10.82 fand im Waldhotel Degerloch in Stuttgart ein Gespräch zwischen Spitzenfunktionären der Polizei einerseits, sowie „Sprechern" aus Ökologie- und Friedensbewegung andererseits statt. Arbeitsthema war **„Gespräch über Möglichkeiten der Deeskalation von Umweltdemonstrationen"**, jedoch kamen schnell auch die anstehenden Aktionen gegen die NATO-„Nachrüstung" in die Debatte. Das Protokoll des Treffens — unseres Wissens bisher noch unveröffentlicht — dokumentieren wir vollständig in diesem AK. Das Gespräch wurde fortgesetzt am 24. März, gleichfalls in Stuttgart.

Als treibende Persönlichkeit hinter dieser Art von Kontakten wird Baden-Württembergs Polizeichef Stümper sichtbar, der auch einer der Initiatoren der Tagung in Loccum ist. Stümper ist d e r konzeptionelle Vordenker für Polizei-Strategien, die sich darum bemühen, potentielle 'Unruheherde' möglichst frühzeitig zu erkennen und sie, insbesondere auch durch 'vorbeugende Behandlung', fest in den Griff zu kriegen. Näheres darüber ist einem gesonderten Artikel in dieser Zeitung zu entnehmen.

Aus den Stuttgarter Gesprächen entwickelte sich der Versuch, Konsensergebnisse und eine gemeinsame Marschlinie für den Herbst 83 in eben jenem „Empfehlungspapier" zusammenzufassen. Das Ausarbeiten des Textes übernahm Stümpers Referent, Herr Kraft. Stümper sah sich Krafts Vorlage an und „erhob keine Einwendungen". Jetzt wurde Herr Sternstein vom Bundesvorstand des Umweltschutzverbandes BBU eingeschaltet, d.h. die Vorlage des Herrn Kraft wurde mit Sternstein „abgestimmt". Der nunmehr gemeinsame Entwurf der Herren Kraft und Sternstein wurde anschließend von einer aus den beiden früheren Gesprächsrunden gebildeten „ad-hoc-Arbeitsgruppe" „sorgfältig durchgesehen und ausführlich beraten". Im Ergebnis einigte man sich auf jenen Wortlaut, den die „taz" am 24.8. publizierte. Die Arbeitssitzung, auf der das Papier verabschiedet wurde, fand am 23. Juni in Mörfelden-Walldorf (äußerst sinnig! sehr humorvoll!) statt, dessen Name in Verbindung mit dem Kampf gegen die Startbahn West bundesweit bekannt wurde. Das war, wohlverstanden, nur eine Einigung der „ad-hoc-Arbeitsgruppe". Die größere Stuttgarter Gesprächsrunde hätte am 8. September die Vorlage endgültig beraten und verabschieden sollen. Loccum wäre dann, bei planmäßigem Verlauf des Unternehmens, wohl die Gelegenheit gewesen, um das Papierchen aus der Aktenmappe zu ziehen und es der verblüfften Öffentlichkeit vorzustellen.

Es hat — nach dem, was dazu bisher öffentlich bekannt wurde — den Anschein, daß speziell Stümper sehr daran interessiert war, das „Empfehlungspapier" zu einem fast schon förmlichen Abkommen aufzuwerten. Ob dabei polizeimäßige Blödheiten ausschlaggebend war, oder ob Stümper vielleicht ganz gerissen darauf spekuliert hatte, die Gesprächspartner aus der Friedensbewegung öffentlich zu blamieren, muß unbeantwortet bleiben. Jedenfalls wurde an den Reaktionen auf die Veröffentlichung des Papiers in der „taz" sofort deutlich, daß man ein bißchen zuviel des Guten getan hatte: Gespräche zwischen den Polizeispitzen und einer gewissen Sorte von „Bewegungssprechern" sind normal und erregen wenig Anstoß, solange eine politische Schamgrenze nicht überschritten wird. Wo exakt diese Grenze liegt, ist schwer zu definieren. Sie zu ermitteln und einzuhalten, ist eine Frage des Fingerspitzengefühls — und daran herrschte in diesem Fall offenbar ein schweres Defizit. Daß es Absprachen zwischen Polizeiführung und „Bewegungssprechern" gibt, kommt ganz sicher sehr viel häufiger vor als eine nicht allzu aufmerksame Basis es sich träumen läßt. Gegenstand solcher Abmachungen ist allemal Massenverarschung, denn die demonstrierende Basis muß ja erst durch routinierte Verwirrkünste dazu gebracht werden, irgendwelche Handlungsweisungen zu akzeptieren, die auf keinen Fall als Produkt einer Zusammenarbeit Polizei — „Bewegungssprecher" erkennbar sein dürfen. Bei dieser Ausgangslage ist klar, daß die „Bewegungssprecher" der Polizei keinesfalls mehr zusichern können als ihren eigenen guten Willen und ihren heftigen Einsatz im Sinne der heimlichen Vorabsprachen. Ob die Sache schließlich wie geplant klappt, oder ob die Basis den „Bewegungssprechern" aus den Händen läuft, läßt sich nicht sicher vorhersagen. Das komplizierte und hochempfindliche Unternehmen in einen schriftlich ausformulierten Text betonieren zu wollen (und die Veröffentlichung eines solchen Textes zu riskieren oder gar einzuplanen), ist eine ganz und gar unzweckmäßige Idee. Damit haben die Akteure schließlich ihr eigenes Friedenswerk torpediert, das in Loccum seine Krönung hätte finden sollen.

Der Geist von Loccum spukt weiter

Es ist sinnvoll, die Blamage, die sich vor allem mehrere Vorstandsmitglieder der BBU in diesem Zusammenhang zugezogen haben, auf die Spitze zu treiben, indem der Loccumer Tagung durch praktische Aktionen öffentlich der Todesstoß versetzt wird. Übertriebene Erwartungen über den Effekt einer Störung/Verhinderung von Loccum sollte es aber nicht geben. Der Reinfall mit dem „Vertragstext" und der Loccumer Tagung wird vor allem dazu führen, daß die Akteure auf beiden Seiten es zukünftig etwas gescheiter anfangen und nicht wieder wie der Elefant durch den Porzellanladen rauschen. Gespräche zwischen Polizei und „Bewegungssprechern" gibt es schon seit vielen Jahren, worauf sich ja jetzt auch die Loccum-Befürworter berufen (z.B. zu Gorleben, Wyhl und zur Startbahn West). Der schwere Fehler bestand darin, diese bisher recht „erfolgreich" und unproblematisch verlaufenen Begegnungen auf die Ebene einer neuen Qualität heben zu wollen: Was bisher unsystematisch, im Wesentlichen zu konkreten Einzelanlässen abgelaufen war, sollte zu einer Art öffentlichem Verbrüderungsschwur auf den Inneren Frieden hochstilisiert werden. Und das ausgerechnet vor dem Hintergrund der wohl stärksten politischen Bewegung, die es bisher in der BRD gab, und vor dem Hintergrund einer in der Sache extrem scharfen Konfrontation um die Rüstung zum Atomkrieg. Sehr ungeschickt!

Trotzdem bleibt es bei dem Bekenntnis von nahezu der gesamten Friedensbewegung zum Grundsatz, daß die Polizei nicht unser Gegner sei und daß man das Gespräch mit der Polizei weiterhin führen wolle. Wenn es wirklich stimmen würde, daß die Polizei nicht unser Gegner ist, wäre eigentlich gegen Veranstaltungen wie in Loccum oder selbst gegen das „Empfehlungspapier" kaum noch etwas einzuwenden. Eine heftige Schizophrenie bei Teilen der Friedensbewegung ist in dieser Frage nicht zu übersehen. Gerade die Bewegungsfunktionäre aus dem Bereich SPD/DKP wie auch manche von den Pazifisten und Grünen sind schnell zur Hand, militante Demonstranten als von der Polizei eingeschleuste Provokateure zu beschimpfen, womit Vorwände für harte Polizei-Einsätze und für eine Kriminalisierung der Friedensbewegung geschaffen werden sollten. Wie aber kann jemand soviel hinterhältige Gemeinheit eigentlich ausgerechnet der Polizei unterstellen, von der man gleichzeitig immer wieder versichert, sie sei nicht unser Gegner?

Die selbe Absurdität bei Jo Leinen vom BBU-Vorstand: „Leuten wie Spranger und Stümper" (beide sollen seine Gesprächspartner in Loccum sein!) unterstellt Leinen die Absicht, sie wollten die Friedensbewegung als Chaoten und Gewalttäter diffamieren und kriminalisieren. Aber — und das ist eben Leinens genialen T(r)ick — mit dem Loccumer Gespräch werden diese Polizei-Strategie „unterlaufen". Denn wenn Stümper mit Leinen dialogisiert, kann er ihn nicht gleichzeitig kriminalisieren und diffamieren. Das ist doch wohl logisch? (Interview mit Jo Leinen in „Stadtzeitung" Freiburg, Nr. 85). Und was das Allerbeste ist: Stümper, der selbst einer der Hauptinitiatoren dieser Art von Gesprächen ist, merkt nicht einmal, wie raffiniert er da geleint, pardon geleimt werden soll. Hoffentlich kriegt Stümper weder die „Stadtzeitung" noch diesen AK zu sehen, denn sonst platzt Leinens Super-Coup!

Frieden ist doch teilbar

Das Konzept, das hinter den zahlreichen blühenden Dialogen und Herrenrunden zwischen Polizei- und Friedensfunktionären steht, beruht auf der bewußten Trennung zwischen innerem und äußerem Frieden. Der Frieden ist nämlich d o c h teilbar. Mag militärpolitisch alles drunter und drüber gehen und womöglich die Atom-Apokalypse schon vor der Tür stehen, so können wir doch nach Innen hin wenigstens dafür sorgen, daß sich die streitenden Parteien nicht von Leidenschaften und Haß fortreißen lassen, sondern im politischen Kontrahenten den leidenden Mitmenschen und fairen Sportsmann sehen. Und ein fairer Verlierer wird doch nicht eine Schlägerei anzetteln, sondern lieber ein Bierchen mit dem Gewinner schlürfen. „*Minderheiten müssen sich damit abfinden können, auch zu unterliegen*" („Einigungspapier"). Genauso ist das auch mit den neuen Mittelstreckenraketen, deren Bedeutung man sowieso nicht überschätzen sollte: Wenn sie schließlich stationiert werden müssen, weil das angeblich Mehrheitswille ist, dann wollen wir uns nicht so anstellen, sondern das Porzellan im Schrank lassen. Oder mit den Worten unseres allergrößten Deutschen, J.W. von Goethe:

„Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn-und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei,
Die Völker auf einander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten."

Sich diese heitere Friedfertigkeit nicht bloß angesichts der Abschlachtung f r e m d e r Völker zu bewahren, sondern auch noch angesichts des e i g e n e n drohenden Untergangs, das ist allerdings eine Leistung von besonderer Qualität. Dafür engagiert sich die Evangelische Akademie Loccum seit langem: Sie „*sieht ihre Aufgabe u.a. darin, den Gruppen unserer Gesellschaft einen Ort gewaltfreier Artikulation und Diskussion ihrer Konflikte zu bieten. Damit sollen die Voraussetzungen zu demokratischen Problemlösungen verbessert werden*". (Presseerklärung vom 25.7.). Und konkret als Zweck der Tagung im September: es solle „geprüft werden", **„wie in den Auseinandersetzungen um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen die Gefahren einer Eskalation in den Konfrontationen zwischen Protestöffentlichkeit und staatlichen Vollzugsorganen minimiert werden können"**. Sowie: **„.... welche Möglichkeiten es für ein Zusammenwirken zwischen verschiedenen Beteiligten gibt, das sich der Offenheit und Klarheit des Konfliktaustrags verpflichtet weiß und zugleich Perspektiven für eine 'Entspannung im Innern' eröffnet"** (aus einem Einladungsschreiben).

Die Polizei ist nicht unser Gegner

Daß die Polizei nicht unser Gegner sei, kann man wohl nur aus drei Grundeinstellungen heraus behaupten:

1. Die unendliche und universiale Liebe zu wirklich a l l e n Menschen und aller lebenden Kreatur. Sei es nun Bruder Eichmann oder Bruder Zimmermann.
2. Sympathie für die NATO-„Nachrüstung" oder zumindest prinzipielle Befürwortung des „ordnungspolitischen Auftrags" der Polizei. Letztere Sorte ist auch unter den Friedensfunktionären anzutreffen. Das sie eine „Sicherheitspartnerschaft" mit der Polizeispitze anstrebt, ist konsequent.
3. Der Mythos von der „politischen Neutralität" der Polizei, die angeblich nur ausführt, was in gleichfalls politisch neutralen Gesetzen und Vorschriften steht. So heißt es selbstverständlich auch im Stuttgarter „Empfehlungspapier". In der Realität hingegen führt die Polizei politische Anweisungen aus. Diese erhält sie von der Bundesregierung bzw. von dieser untergeordneten Behörde. Der politische Auftrag der Polizei orientiert sich am Ziel, die Raketen-Stationierung mit möglichst geringem Schaden für den Inneren Frieden durchzusetzen. Die Polizei ist also, ganz altmodisch und dogmatisch ausgedrückt, ein Instrument der „NATO"-„Nachrüstung". Insofern selbstverständlich unser politischer Gegner. Das gilt ähnlich für die Rolle, die die Polizei in der Praxis auf vielen anderen Arbeitsfeldern spielt, sagen wir beispielsweise gegenüber pro-

Fortsetzung nächste Seite

Aufruf zu Aktionstagen

Da wir — wie angedeutet — davon ausgehen müssen, daß die Loccumer Tagung, möglicherweise mit der Tendenz zu einer leichten Öffnung in Richtung Medien, stattfinden wird, rufen wir dazu auf, die Öffentlichkeit über die Gespräche am 23. und 24.9. selber herzustellen.

Wir schlagen einen Aktionstag rund um die Akademie Loccum vor, an dem u.a. mit Flugblättern, Stelltafeln, eigenen Stellungnahmen und einer eigenen Pressekonferenz auf die Gründe, die zur Ablehnung der Tagung durch weite Teile der unabhängigen Friedensbewegung geführt haben, aufmerksam gemacht werden soll. Als Höhepunkt haben wir überlegt, unseren Protest gegen die Gespräche in Form einer gewaltfreien Blockade, symbolisch und phantasievoll zugleich, auszudrücken und den Dialogbereiten aller Couleur den Zugang zum Hause nur nach Übersteigen eines möglichst breiten Menschenteppich zu ermöglichen.
Um weitere Ideen zu diskutieren und den Aktionstag so erfolgreich wie möglich zu gestalten, laden wir zu einem Vorbereitungstreffen am **Montag, den 12.9. um 19.30 Uhr in Göttingen, Historisches Colloquium, Kreuzbergring 81**, ein.
Stellungnahmen, Vorschläge, Anregungen, Kritik usw. schickt bitte ans: **Anti-Kriegs-Plenum, c/o AK gegen Atomenergie, Postfach 1945, 34 Göttingen.**

Auf einem Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen am 27./28.8. in Marburg mit rund 200 Teilnehmern wurde ohne Gegenstimme eine Resolution gegen das Stattfinden der Loccumer Gespräche beschlossen. Gleichzeitig wurde zur Vorbereitung der von Göttingen aus vorgeschlagenen Gegenaktionen aufgerufen.

Dialog in Bloccum: CONTAIN JOSELF

**Wir laden hiermit alle herzlich ein zur G e w a l t f r e i e n B l o k k a d e der Friedensführungsakademie in Bloccum.
Wir deeskalieren unter folgenden Parolen:
- Kann denn stümpern Sünde sein, Herr Leinen?
- Hämorrhoiden für den Frieden
- Hilf der Polizei - verdrisch Dich selbst**

Es rufen folgende Initiativen auf: Campari-trinken für den Frieden; Aufbrausendes Mineralwasser; MAG - Makaber aber Geschmackvoll; WABS - Widerstand als Breitensport; Ruhig Blut; Von Fettnapf zu Fettnapf.

Forts. von vorheriger Seite

letarischen Jugendlichen oder gegenüber Ausländern, sofern diese nicht gerade US-Diplomaten sind. Dabei die Polizei nicht als unseren Gegner sehen zu wollen, bedeutet: Entsolidarisierung gegenüber den O p f e r n der Polizei-Praxis.

Vielleicht kommt die Friedensbewegung aber auch bloß nicht mit der deutschen Sprache zurecht? Vielleicht meint sie gar nicht ,,die Polizei'' (als Institution und Kampfverband des Atom- und Raketenstaates), sondern nur den berühmten ,,einfachen kleinen Beamten'', wenn beschworen wird, daß ,,die Polizei'' nicht unser Gegner sei? Aber auch so herum stimmt es nicht. Gewiß kann der ,,einfache kleine Beamte'' ein ganz nachdenklicher Mensch und vielleicht sogar ein Nachrüstungsgegner sein. Aber er wird im Einsatz die Befehle ausführen oder muß die Brocken hinwerfen. Letzteres kommt erwiesenermaßen fast so selten vor wie rosa Elefanten. Nun gibt es zwar in Deutschland eine traditionelle Auffassung, die ungefähr lautet: **Wer bloß treu seine Befehle ausführt, ist nicht dafür verantwortlich, was er damit anrichtet.** — Diese Weisheit jetzt ausgerechnet aus der Friedensbewegung zu vernehmen, ist allerdings unschön. Hinzu kommt, daß ein erheblicher Anteil der ,,einfachen kleinen Beamten'' — und zwar gerade bei den Einheiten, mit denen es politischer Widerstand häufig zu tun hat, also BGS und andere Spezialtrupps — ganz subjektiv und offen unsere Feinde sind. Oder was soll man von Leuten halten, die sich, oft sogar ohne förmlichen Befehl, einfach eine Sport daraus machen, Demonstranten zu hetzen, zusammenschlagen und mit mitunter sogar faschistoiden Methoden zu demütigen? Was soll man von den ,,einfachen kleinen Beamten'' halten, die auf ihrem Revier sich die Zeit damit vertreiben, aufgegriffene ,,Penner'' zu foltern oder Ausländer spießrutenlaufen zu lassen? Was soll man von den vielen ,,einfachen kleinen Beamten'' halten, die sich an Nazi-Sprüchen von Vergasen, Vergewaltigen und Totschlagen aufgeilen? Das kann man nicht unzulässig auf a l l e Polizisten verallgemeinern, aber ebensowenig berechtigt es dazu, den ,,einfachen kleinen Beamten'' pauschal zu bescheinigen, daß sie nicht userere Gegner seien.

Soll heißen: Zur Diskussion steht nur ganz am Rande noch Loccum, das vermutlich sowieso schon ein ,,toter Hund'' ist. Solange die Ideologie des Inneren Friedens in der Friedensbewegung herrscht — und derzeit scheint sie immer noch eher auf dem Vormarsch als auf dem Rückzug — solange wird es viele Loccums und Stuttgart geben. In anderen, intelligenter verpackten Formen vermutlich, aber mit denselben Wirkungen.

Berichtigung

Auch wenn wir im AK 236 masochistische Tendenzen in der Friedensbewegung konstatiert hatten...: Nicht um ,, *b r a u c h b a r e Befriedigungs-Strategien*'', sondern um ,,*brauchbare Befriedungs-Strategien*'' der Polizei sollte es im Artikel zu Loccum, AK 236, S.12, 4.Spalte Mitte gehen. Auch der Dialog mit dem mündign Bürger hat schließlich seine Grenzen!

Vorläufige Teilnehmerliste des Klausurgespräches
"KONFLIKTAUSTRAG UND INNERER FRIEDE"
vom 23. bis 24. September 1983

Fraktionen des Deutschen Bundestages	
CDU	Benno ERHARD,MdB *
SPD	N.N.
FDP	Dr. Burkhard HIRSCH, MdB
Die Grünen	Roland VOGT, MdB *
Ministerien des Bundes und der Länder	
Bundesministerium des Innern	Carl-Dieter SPRANGER, * Staatssekretär
	N.N.,Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder *
Innenministerium Nordrhein-Westfalen	Dr. Klaus-Dieter LEISTER, Staatssekretär
Innenministerium Niedersachsen	Dr. Karl HEIDEMANN, Staatssekretär
Innenministerium Rheinland-Pfalz	Eugen SAUER, Ministerialdirigent
Innenministerium Baden-Württemberg	Dr. Alfred STÜMPER, Landespolizeipräsident
Bundesministerium der Verteidigung	Dr. Joachim HIEHLE, Staatssekretär
Polizei	
Gewerkschaft der Polizei	Günter SCHRÖDER, Bundesvorsitzender
Polizei-Führungsakademie	Konrad PEITZ, * Präsident
Einsatzleiter einer Polizeieinheit	N.N.
Militärische Organisationen	
Bundeswehr	Generalmajor Henning von ONDARZA, Divisionskommandeur
US-Armee	N.N.
Massenmedien	
ARD-aktuell	Georg RÖSCHERT, Stellvertretender Chefredakteur
ZDF Hauptredaktion Aktuelles	Karlheinz RUDOLPH, Chefredakteur
Bundespressekonferenz	Helmut HOHRMANN
Friedens- und Konfliktforschung	Dr. Bernhard MOLTMANN, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
Kirche	Prälat Heinz Georg BINDER, * Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland
	Dr. Kurt OESER, Umweltbeauftragter des Rates der EKD
Bundesverfassungsgericht	D. Dr. Helmut SIMON
Organisationen und Institutionen der Friedensarbeit	
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden	Dr. Ulrich FREY
Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste	Volkmar DEILE
Förderation Gewaltfreier Aktionsgruppen	Hans-Josef KARBACH
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz	Josef LEINEN
Pax Christi	Dr. Ansgar KOSCHEL
Komitee für Grundrechte und Demokratie	Prof. Dr. Andreas BURO
Ohne Rüstung leben	Werner DIERLAMM
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner	Gerd GREUNE

* Von den Herren, deren Name mit einem Stern gekennzeichnet ist, steht eine endgültige Zusage noch aus.

Stand: 29. 6. 1983

Ja, was stimmt denn nun?!

,,Falsche Informationen und Unterstellungen'', klagt die Evangelische Akademie Loccum über die Berichterstattung in der ,,taz''. Ihrerseits für klare und eindeutige Informationen sorgen mag die Akademie aber auch nicht. Vor allem um die nicht ganz uninteressante Frage, wer denn nun eigentlich die Idee zur Loccumer Tagung geliefert hat, gibt es einen dichten Nebel widersprüchlicher Auskünfte.

Im Mai behauptete Loccum-Studienleiter Calließ, der für das Tagungsprojekt verantwortlich zeichnet, in Einladungsschreiben: ,,*Wir greifen damit eine Anregung auf, die an uns sowohl von (...) Herrn Schröder und (...) Herrn Stümper, als auch von Mitarbeitern aus Gruppen der Friedensbewegung — hier wäre vor allem zu verweisen auf Anregungen der Herren Deile und Leinen — herangetragen wurde*''. Schröder ist Vorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, Stümper ist Polizeichef in Baden-Württemberg, Leinen gehört dem BBU-Vorstand an und Deile ist Vertreter der ,,Aktion Sühnezeichen'', ASF.

Nachdem die geplante Tagung durch die ,,taz'' (25.7.) publik geworden war, behauptete die Akademie Loccum in einer Presse-Erklärung, die angeblich die Falschinformation der ,,taz'' kontern sollte: ,,*Der Anstoß zur Planung kam von der Gewerkschaft der Polizei und den Herren Volkmar Deile (...) und Josef Leinen*''. Anreger Stümper war also plötzlich verschwunden. Vermutlich aus Gründen, die nicht schwer zu durchschauen sind.

Das war aber auch noch nicht der Endzustand. Am 10. August weilte Calließ in Göttingen, und dort versicherte er: ,,er selbst allein'' habe die Tagung ,,initiiert und vorbereitet''. ,,Anderslautende Gerüchte'' würden darauf beruhen, daß Leinen, Deile und Schröder — auch hier fehlt Herr Stümper! — bei einer Tagung in Bad Boll zur Kirchentags-Vorbereitung (Thema: "Frieden — Aspekt innerer Friede") zu Calließ gesagt hätten, ,,für Auseinandersetzungen zwischen Friedensbewegung, Polizei und Kirche über das Thema bräuchte man mal mehr Zeit, um in Ruhe darüber zu reden''. Stümper und auch Herr Schierholz hätten, behauptete Calließ in Göttingen, ,,mit der Initiierung, Planung und Vorbereitung nichts zu tun''. Das hatte man ja bezüglich der Rolle des Herrn Stümper bei Calließ früher ganz anders elesen.

Herr Schierholz, um nun auch diesen in die Geschichte einzuführen, ist Studienleiter (zur Zeit im Ruhestand) der Evangelischen Akademie Loccum und Mitglied der grünen Bundestagsfraktion (,,Nachrücker'').

Im Gegensatz zur Darstellung des Herrn Calließ (s.o.) — ,,nichts zu tun'' — sieht Henning Schierholz selbst sich als ,, M i t i n i t i a t o r '' der Loccumer Tagung. So heißt es in einem Leserbrief von Schierholz an die ,,taz'' (5.8.). Dort teilte Schierholz auch noch mit, daß die umstrittene Tagung schon ,,im Winter 82/83'' im Kollegium der Akademie einstimmig ,,befürwortet'' worden sei.

Fazit: Angebliche Väter der Loccumer Tagung gibt es schon mehr als genug. Nur einer darf auf keinen Fall mehr dazugehören: Herr Stümper. Vielleicht hat er von der Loccumer Tagung überhaupt erst durch die ,,taz'' erfahren? Jaja, Undank ist der Welt Lohn. Aber, und das mag Herrn Stümper vielleicht trösten: Jesus Christus wurde von Petrus auch dreimal verleugnet. Das hat in der Kirche also Tradition.

Keine Einwendungen von Dr. Stümper

ie ,,taz'' hat am 24.8. den Entwurf am sogenannten Empfehlungspapier ubliziert. Dieser Entwurf hängt dem Kurzprotokoll über eine ,,Sitzung der ad-hoc-Arbeitsgruppe ,Deeskalation von Umweltkonflikten' '' am 23.6.83 an. Das Kurzprotokoll gibt wichtige Aufschlüsse über das Zustandekommen und die beabsichtigte Funktion des ,,Empfehlungspapiers''. Diese Aussagen waren in der Dokumentation der ,,taz'' leider nicht enthalten. Hier sind sie. Die genannten Herren Kraft und Sternstein sind der persönliche Referent von Dr. Stümper und ein Vorstandsmitglied des BBU.

TOP 1: Entwurf eines Empfehlungspapiers

Herr Kraft und Herr Dr. Sternstein erläuterten kurz Genese und Zielrichtung der vorliegenden Ausarbeitung:
Das Papier besteht aus zwei Teilen. In einem Teil ,,Grundsätzliches'' werde versucht, das Kernproblem anhand der zahlreichen in den ersten beiden Stuttgarter Gesprächen vorgetragenen Situationsanalysen und Grundsatzerklärungen zu verdeutlichen. Im zweiten Teil (,,Positionen und Empfehlungen'') gebe man eine Reihe von Empfehlungen, die man für geeignet halte, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstrationen zu fördern.
Bei der Abfassung der Erklärung habe der gemeinsame Wunsch nach gegenseitiger Verständigung im Vordergrund gestanden. Gleichwohl habe man für notwendig und zweckmäßig gehalten, bestehende Dissenspunkte klar beim Namen zu nennen. Anliegen beider Autoren sei es gewesen, der Erklärung keinen verbindlich-regulativen, sondern einen empfehlenden Charakter zu verleihen.
Herr Kraft berichtete, Landespolizeipräsident Dr. Stümper habe den Entwurf durchgesehen und keine Einwendungen erhoben. Er hoffe, das Papier zu gegebener Zeit auch innerhalb der Polizei verbreiten zu können.
Der von Herrn Kraft erarbeitete und mit Herrn Dr. Sternstein abgestimmte Entwurf wurde von der Arbeitsgruppe sorgfältig durchgesehen und ausführlich beraten. Im Ergebnis verständigte sich die Arbeitsgruppe auf den Wortlaut der beiliegenden Erklärung (Anlage). Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Teilnehmern des 3. Stuttgarter Treffens am 8.9.1983, die Annahme des Papiers in dieser Fassung zu beschließen. Die Arbeitsgruppe betonte, sie werde sich um bereits jeweils verbandsinterne Akzeptanz des Empfehlungspapiers bemühen. Anzustreben sei, die Zustimmung der gesamten AGU, d.h. aller in ihr vertretenen gesellschaftlichen Kräfte zu erhalten.

TOP 2: 3. Stuttgarter Gespräch am 8. September 1983

Für die nächste Gesprächsrunde am 8. September 1983 in Stuttgart-Degerloch schlägt die Arbeitsgruppe einmütig vor:
— Verzicht auf Referate
— Schwerpunktthema: das Empfehlungspapier (wird den angemeldeten Teilnehmern vorab — "vertraulich!" — zur Verfügung gestellt)
zu klären noch die Fragen
+ wer ist Subjekt des Empfehlungsschreibens?
+ Wo liegen die Gemeinsamkeiten im Falle einer Entwicklung, die den Grundgedanken des Papiers zuwiderläuft?
— einzuladen ist nur der Teilnehmerkreis der letzten Veranstaltung vom 24. März, ohne Prof. Kriele, da dieses Mal auch kein Referat
zusätzlich: Herr Pommerenke (DGB-Landesvorsitzender Ba-Wü), (Polizei-) Vertreter des Landes NRW, evtl. einige Parlamentarier aus Ba-Wü.

Auszug aus dem Stuttgarter "Empfehlungspapier"

Die Polizei wird sich auf neue gewaltfreie Demonstrations- und Aktionsformen durch entsprechend defensives Auftreten und Einschreiten einstellen.
Unverzichtbare Voraussetzung für eine von der Polizei gewünschte deutliche Zurückhaltung ist jedoch
— eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten,
— eine Kalkulierbarkeit des gewaltfreien Verhaltens.
— das durchgängige Freihalten entsprechender Demonstrationen und Aktionen von jeglichen Gewalttätigkeiten.

Alle Beteiligten sollten sich bemühen, Mißverständnisse und provozierend wirkende Verhaltensweisen und Maßnahmen zu vermeiden. Dazu können gehören:
— Das Nichtankündigen von Versammlungen und Aktionen,
— das vermummte Auftreten oder die Bewaffnung von Demonstranten,
— das Verhöhnen oder Beleidigen eingesetzter Polizeibeamter,
— Aktionen und Maßnahmen, die Personen unverhältnismäßig behindern, bedrohen oder gefährden,
— Maßnahmen, die schärferes polizeiliches Einschreiten provozieren,
— aggressiv oder martialisch wirkendes Auftreten von Polizeikräften,
— unnötig, überzogen oder unverständlich wirkende polizeiliche Einsatzmaßnahmen,
— unnötige Machtdemonstrationen von seiten der Politiker, der Polizei oder der Verbände/Veranstalter.

Alle Beteiligten sollten bemüht sein, sowohl die eigenen Möglichkeiten und Grenzen als auch die des potentiellen oder tatsächlichen Konfliktpartners zu beachten.
In regionalen und örtlichen Gesprächen sollten anlaßbezogen die zahlreichen Ansätze guten Willens ausgebaut werden. Es sollten Absprachen und Regelungen gesucht werden, um Konfliktsituationen zu entschärfen und Fehler konkret am jeweiligen Einzelfall zu besprechen.
Weitere Gespräche zwischen Vertretern von Regierung, Parteien, Behörden, Polizei, Bürgerinitiativen, Verbänden und Kirchen können dazu beitragen, bestehende Vorurteile abzubauen, gegenseitige Verständigungsbereitschaft zu fördern und zu einer differenzierteren gewaltfreien politischen Auseinandersetzung zu kommen.

Dokument

Gespräch über Möglichkeiten der Deeskalation von Umweltdemonstrationen am 27.Oktober, Stuttgart, Waldhotel Degerloch

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Gastgeber: Kirchenrat Wolfgang Kilger, Evangelisches Landesamt, Stuttgart

Vorsitzender: Dr. Benno Weimann, MdL NW, Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.

Moderator: Oberkirchenrat Dr. Rolf Krapp, Kirchenkanzlei der EKD, Hannover

Nach einem Grußwort von Herrn Kilger eröffnete Herr Dr. Weimann die Veranstaltung.

Herr Dr. Krapp führte durch das Gespräch. Er stellte als Orientierungspunkt für die Diskussion die Kernfrage nach der Verantwortung des einzelnen angesichts einer geplanten Umweltdemonstration.

Die nachfolgenden Beratungen gliederten sich in zwei Abschnitte:

— allgemeine Situationsbeschreibung aus der Sicht der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen

— Erarbeitung von Vorschlägen zur Auflösung der erörterten Problemfelder.

Sowohl die grundsätzlichen Ausführungen als auch die „Wunschliste" werden im folgenden gruppenweise wiedergegeben. Anzumerken ist, daß die einer Gruppe zugeordneten Aussagen nicht ohne weiteres die Auffassung aller Gruppenmitglieder widerspiegeln müssen.

I. Grundsatzdebatte

Umweltverbände/Bürgerinitiativen

— Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftsweiten Auseinanderset-

I. Grundsatzdebatte
Umweltverbände/Bürgerinitiativen
— Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftsweiten Auseinanderset-

zungen sind eklatante Meinungsunterschiede in fundamentalen Fragen der Zukunft unserer Lebensgrundlagen.

— Bedeutende im Volk vorhandene Bedürfnisse, Anliegen, Interessen und Meinungen werden durch die legitimierten Entscheidungsträger nicht repräsentiert. Diese Schwäche der Wirklichkeit unserer repräsentativen Demokratie muß Aufforderung sein, über die bestehenden Entscheidungsfindungs- und Beteiligungsprozeduren nachzudenken. Ziel eines künftigen Reglements der politischen Willensbildung muß sein, die Angelegenheiten betroffener Bürger — auch wenn diese nicht mehrheitsfähig sind — stärker zu berücksichtigen.

— Die mit der Umsetzung politischer Entscheidungen einhergehende Güterabwägung sollte das Gut „innerer Frieden" nicht vernachlässigen.

— Der Staatsbürger hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gegen als Unrecht empfundene Mehrheitseintscheidungen gewaltfrei Widerstand zu leisten. Dieser Widerstand kann auch die Form des bürgerlichen Ungehorsams annehmen. Unter der politischen Aktionsmethode des bürgerlichen Ungehorsams wird die bewußte Übertretung von Gesetzen und polizeilichen Anordnungen verstanden. Untrennbar verbunden mit der Aktion des bürgerlichen Ungehorsam ist

· die Bedingung, daß alle legalen Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, ausgeschöpft sind,

· die Bereitschaft, alle für gerecht gehaltenen Gesetze zu beachten,

· die Bereitschaft, die für die Gesetzesübertretung vorgesehene Strafe auf sich zu nehmen.

Um zu vermeiden, daß bürgerlicher Ungehorsam aus Gewissensgründen zur Rechtfertigung von Zwang und Gewalt gegen Mitbürger oder staatliche Organe mißbraucht wird, sollte bei Massendemonstrationen auf entsprechende Aktionen verzichtet werden.

— Die Gefahr der Radikalisierung des Widerstandes hat in der jüngeren Vergangenheit zugenommen. Der Grund für die wachsende Bereitschaft, von legalen zu illegalen Formen des Protestes überzugehen, beruht auf der Erfahrung, daß auch anhaltender Protest vielfach ohne sichtbare Wirkung geblieben ist.

— Das leichtfertige Abschätzen von Minderheits/Mehrheitsverhältnissen sowie die Tatsache, daß politische Entscheidungen in umstrittenen, ungelösten, d.h. noch nicht entscheidungsfähigen Fragen getroffen worden sind, hat eine Verhärtung der Positionen gefördert.

— Bei der Durchsetzung staatlicher Autorität ist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel besonders Rechnung zu tragen. Ein sparsamer und flexibler Gebrauch staatlicher Machtmittel ist geeignet, Eskalationen und unötige Konflikte zu verhindern, ohne die Rechtssicherheit unbedingt zu beeinträchtigen.

— Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) repräsentiert nur einen Teil der Umweltschutzbewegung. Bestandteil des Kontaktes zu anderen Gruppen ist auch das Eintreten für Verzicht auf Gewaltanwendung. Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf andere, insbesondere radikale Randgruppen, sind jedoch eher bescheiden.

ven Umweltschutz (BBU) repräsentiert nur einen Teil der Umweltschutzbewegung. Bestandteil des Kontaktes zu anderen Gruppen ist auch das Eintreten für Verzicht auf Gewaltanwendung. Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf andere, insbesondere radikale Randgruppen, sind jedoch eher bescheiden.

— Hinsichtlich der Medien zur Beeinflussung des öffentlichen Bewußseins sind die Umweltverbände im Vergleich zu anderen, finanziell besser ausgestatteten gesellschaftlichen Gruppen im Nachteil. Der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Wahrnehmung des Rechtes auf Demonstrationsfreiheit kommt deshalb besondere Bedeutung zu.

Polizei

— Eine der Ursachen des gesellschaftlichen Protestes ist das Empfinden, Sachzwängen und Reglementierungen ausgesetzt zu sein, ohne ausreichende Chance zur selbstverantwortlichen Gestaltung von Freiräumen. Das daraus resultierende Gefühl der Ohnmacht und Empörung muß durch breitangelegte Informationen über die Möglichkeiten einer aktiven Bürgerbeteiligung in einem demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozeß entgegengewirkt werden.

— Zum Wesen einer demokratischen Gesellschaft gehört die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Meinungen. Pluralismus bedeutet Mehrheiten und Minderheiten. Grundelement demokratischer Gesinnung ist der Respekt auch vor der Minderheitsmeinung. Dieser Respekt darf jedoch die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der politischen Entscheidungsebenen, d.h. die Regierbarkeit des Gemeinwesens nicht beeinträchtigen.

— Zwischen Auftrag der Polizei und Legitimation von Politik und Polizei muß scharf getrennt werden. Die Polizei ist ein Vollzugsorgan; sie kann kein Korrektiv gesellschaftspolitischer Fehlentwicklungen sein.

— Ausgangspunkt der polizeilichen Verantwortung bei Demonstrationen ist die Verpflichtung auf die Verfassungsordnung: Die Polizei hat die Aufgabe, sowohl die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu schützen als auch die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten.

— Die polizeiliche Vorbereitung auf eine Demonstration basiert im wesentlichen auf dem Ergebnis einer Lagebeurteilung. Diese Lagebeurteilung — in die im allgemeinen auch Gespräche mit der Demonstrationsleitung einfließen — schließt sowohl eine Rechtslagebeurteilung als auch eine Besprechung taktischer Fragen mit ein.

— Der Bewegungsspielraum der Polizei wird maßgeblich durch die Strafgesetzgebung begrenzt.

— Erfahrungen aus der polizeilichen Vollzugspraxis mit taktisch begründeter Zurückhaltung sind nicht durchweg positiv. Weniger strenge Auslegung des Ordnungsauftrages wurde nicht selten als Schwäche ausgelegt und entsprechend ausgenutzt.

— Im Verständnis der Polizei ist der Begriff „Gewalt" nicht diffus, sondern durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes klar definiert.

— Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung wird durch die Anonymität und heterogene Zusammensetzung von Demonstrationen verstärkt. Zur Verhinderung von Gewalt und damit zur Verbesserung der „Demonstrationskultur" ist es notwendig, daß

Bundesgerichtshofes klar definiert.
— Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung wird durch die Anonymität und heterogene Zusammensetzung von Demonstrationen verstärkt. Zur Verhinderung von Gewalt und damit zur Verbesserung der „Demonstrationskultur" ist es notwendig, daß

die Initiatoren von Protestveranstaltungen verstärkt Verantwortung für den Kreis der Demonstranten übernehmen.

— Zwischen der Herstellung von Öffentlichkeit und der Illegalität von Aktionen besteht ein unheilvoller Zusammenhang. Spektakuläre ungesetzliche Aktionen erregen die öffentliche Aufmerksamkeit durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien weit eher als mühevolle Überzeugungsarbeit im Prozeß demokratischer Meinungs- und Willensbildung.

— Die Wortführer von Protestaktionen könnten einen bedeutenden Beitrag zur Deeskalation leisten, indem sie sich in den eigenen Reihen um Verständnis für die Aufgabe und Rolle der Polizei bemühten.

— Die Kirche wird ersucht, alle Konfliktbeteiligten in ihre seelsorgerische Verantwortung einzubeziehen.

Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen
(Einzelpersönlichkeiten)

— Begleiterscheinung der derzeitigen tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Umorientierung ist eine spürbare Geringschätzung der „politischen Kultur".

— Zur Herstellung eines politischen und gesellschaftlichen Klimas, in dem sich gewaltfreie Diskussion und Auseinandersetzung von selbst verstehen, ist der Respekt vor der Auffassung des anderen und der Abbau von gegenseitigem Mißtrauen ebenso notwendig wie ein entschlossenes Eintreten für die mit einer demokratischen Verfassungsordnung gebotenen Möglichkeiten der Konfliktkanalisierung und Konfliktbeherrschung.'

— Grundlegende Bestandteile der politischen Auseinandersetzung in einem demokratischen Gemeinwesen sind die Prinzipien der Mehrheitsentscheidung, des Minderheitenschutzes und des Gewaltverzichts.'

— Kontinuierlicher Widerstand von Minderheiten gegen Mehrheitsentscheidungen, die z.B. als gravierende Beeinträchtigung der eigenen Lebenschancen empfunden und deshalb als nicht-kompromißfähig eingestuft werden, ist — sofern er auf der Grundlage bestehender Gesetze vorgetragen wird — mit diesen Prinzipien vereinbar.

— Mit diesen Prinzipien nicht vereinbar sind illegale Aktionen von Minderheiten, auch wenn sie aus Verzweiflung über die Mühseligkeit und Langwierigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse vorgenommen werden.

— Demonstrationen sind ein legales und wichtiges Mittel der Konfliktaustragung. Der Schutz der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit muß im Rollenverständnis der Polizei eine erstrangige Aufgabe sein.

— Die sich zum Teil in Gewalttätigkeiten offenbarenden gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme sind vielschichtig, sie lassen sich nicht auf eine einzelne Ursache, z.B. einen „Generationenkonflikt" zurückführen.

— In einer Analyse der Gründe für die Verhärtung der Fronten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung erweisen sich folgende Faktoren als besonders bedeutsam und müssen deshalb vorrangig Ansatzpunkte einer Konfliktlösungs-Strategie sein:

· Formen der Entscheidungsfindung

· Art der Durchsetzung von Mehrheitsentscheidungen/Umgang mit den im Entscheidungsfindungsprozeß Unterlegenen

— Bei der Lösung der Probleme ist die Rolle

· der gesellschaftlichen Gruppe „Frauen"

· der Medien bzw. der veröffentlichten Meinung der Interessengruppen

besondere Beachtung zu schenken.

Kirchen

— Ansatzpunkt für die Lösung der gesellschaftlichen Spannungen ist die Frage nach der Art, mit Minderheiten umzugehen und Mehrheitsentscheidungen durchzusetzen.

— Überlegenswert scheint, das Mehrheitsprinzip stärker mit dem Gedanken der Mäßigung zu verknüpfen. Mäßigung in dem Sinne, daß die Mehrheit auf Entscheidungen verzichtet, die allzuweit in die Zukunft determinierend vorausgreifen. Eine

ten umzugehen und Mehrheitsentscheidungen durchzusetzen.
— Überlegenswert scheint, das Mehrheitsprinzip stärker mit dem Gedanken der Mäßigung zu verknüpfen. Mäßigung in dem Sinne, daß die Mehrheit auf Entscheidungen verzichtet, die allzuweit in die Zukunft determinierend vorausgreifen. Eine

Entschärfung des Konfliktes setzt voraus, daß Minderheiten die grundsätzliche Chance sehen, unerwünschte Entwicklungen im Wege der aktiven Meinungswerbung zu verändern. Hierzu müssen Entscheidungen reversibel bleiben, korrigierbar durch ggf. neue Mehrheiten.

— Der innere Frieden eines Gemeinwesens hängt entscheidend ab vom Grad der Zustimmung für seine Aktivitäten. Um das Entstehen unversöhnlicher Streitpositionen zu vermeiden, muß in Zukunft — energischer als bisher — der Versuch unternommen werden, Meinungsunterschiede in Gesprächen im Vorfeld parlamentarischer und juristischer Entscheidungen auszuräumen.'

— Für den friedlichen Ablauf von Demonstrationen ist von Bedeutung, daß nicht nur der Kreis der Demonstranten, sondern auch die Polizei umfassend über das sachliche Anliegen der Aktion unterrichtet sind.

Politik (Parlamentsvertreter)

— Die gegenwärtigen Schwierigkeiten beruhen in ihrem Kern auf der sich in einzelnen gesellschaftlichen Gruppen verstärkenden Neigung, demokratisch zustande gekommene Mehrheitsvoten zu ignorieren. Grundvoraussetzung für die Eingrenzbarkeit und Beherrschbarkeit der Konfliktfelder ist jedoch die Bereitschaft aller Beteiligten, d.h. auch der Umweltverbände und Bürgerinitiativen, die Grundprinzipien der demokratischen Entscheidungsfindung vorbehaltlos anzuerkennen. Nur auf der Grundlage der gemeinsamen Verpflichtung auf die Verfassungsordnung als konfliktfestes Minimum an gemeinsamer Überzeugung lassen sich die entstandenen Frontstellungen überbrücken.

— Der Staat kann auf die Durchsetzung des Rechts nicht verzichten. Er ist an seine Gesetze gebunden. Die Polizei ist deshalb verpflichtet, auf Gewaltanwendung und Rechtsverletzung unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu reagieren.'

— Umweltverbände und Bürgerinitiativen müssen sich bewußt werden, daß spektakuläre gewaltsame Aktionen, die von einer nicht selten skandalorientierten Medienberichterstattung in die Öffentlichkeit getragen werden, der Sache der Umweltschutzbewegung mehr schaden als nützen. Die Ziele des Umweltschutzes sind nur mit Gewaltlosigkeit vereinbar. Das Eintreten für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und den Schutz des Lebens wird unglaubwürdig, wenn Gewaltanwendungen die Schlagzeilen beherrschen.

— An Demonstrationsteilnehmer wird appelliert, sich nachdrücklich für den friedlichen Ablauf von Prostaktionen zu engagierten. Dies bedeutet, daß man sich von gewalttätigen Störern unmißverständlich distanziert und diese nicht dem Zugriff der staatlichen Sicherheitsorgane entzieht.

II. Wunschliste

(Anm.: die vorgetragenen Anregungen und Wünsche wurden zum Teil zusammengefaßt.)

Umweltverbände/Bürgerinitiativen

— Stärkerer Einbezug des Gutes „innerer Frieden" in die Güterabwägung auf politischer Ebene

— Abbau von Feindbildern auf allen Seiten

— Mehr Differenzierung in der Auseinandersetzung auf allen Ebenen

— Entgegentreten der Polizei gegen Bestrebungen, gesellschaftliche Probleme in Auseinandersetzungen mit ihrem Handeln zu klären (Manuskript nicht exakt zu lesen, Anm. der Red.).

— Gelassenheit und absolute Neutralität auf Seiten der Polizei auch angesichts politischer Scharfmacherei, insbesondere durch die Medien

— Aktives Eintreten aller Beteiligten für ein Verhindern von Gewalt, grundsätzlich keine Gewaltanwendung gegenüber gewaltlosen Demonstranten

Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme zwischen Polizeieinsatzleitung und Demonstrationsleitung

— Stärkere optische Zurückhaltung der Polizei; defensiver Objektschutz

— Demonstrationen nach Möglichkeit in sicherem Abstand zum Objekt veranstalten

monstranten
Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme zwischen Polizeieinsatzleitung und Demonstrationsleitung
— Stärkere optische Zurückhaltung der Polizei; defensiver Objektschutz
— Demonstrationen nach Möglichkeit in sicherem Abstand zum Objekt veranstalten

— Weitgehende Offenheit der Polizeieinsatzplanung

— Aufnahme entsprechender Gespräche auf verschiedenen Ebenen

Polizei

— Rückgewinnung des Respektes der Minderheiten vor der Verfassung

— Die Grenzen des bürgerlichen Widerstandsrechts klar aufzuzeigen

— Nutzung des Vorfeldes politischer Entscheidungen für das Abklären von Meinungsunterschieden

— Empfehlung an die Vertreter der Umweltschutzbewegung zu mehr Betätigung in den politischen Parteien

— Stärkung der Verständigungsbereitschaft, mehr Kompromißbereitschaft auf allen Seiten

— Verzicht auf Versuche, die Polizei zu einem ständigen, uneinsichtigen Gegner zu erklären

— Stärker in das Bewußtsein rücken, daß der Polizeibeamte nicht auf eigene Grundrechte verzichtet hat, und — wie alle übrigen Bürger — ein Recht auf körperliche Unversehrtheit besitzt

— Differenzierung, sorgfältiger Umgang mit belasteten Begriffen

— Abgabe einer Erklärung („Stuttgarter Papier") zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätigen bei Demonstrationen

— Begriff der „Gewalt" am geltenden Recht messen

Forts. von vorheriger Seite

- Bei Demonstrationen Krawalle vermeiden
- Demonstrationen nicht mehr in Objektnähe veranstalten
- Bei Anzeichen für einen unfriedlichen Demonstrationsverlauf auf Aktion verzichten bzw. auch abbrechen
- Verdeutlichen der Verantwortung von Demonstrationsveranstaltern für die zurechenbaren Folgen der Aktion
- Fortführung der eingeleiteten Gespräche
- Beteiligung von Presseverantwortlichen und von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden an künftigen Gesprächen, desgleichen stärkere Einbeziehung der politischen Ebene einschließlich der „Grünen"

Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen

- Stärkere Einbindung der Politik und der Medien in die Verantwortung für das Klima der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen
- Klare Stellungnahmen der Umweltverbände und Bürgerinitiativen zu Fragen der sinnvollen Ordnung des Gemeinwesens, insbesondere zum Demokratieverständnis
- Widerstand der Polizei gegen Versuche, zur Lösung politischer Probleme mißbraucht zu werden
- Vermeidung gegenseitiger Verteufelung, Bemühen um Ehrlichkeit und gegenseitiges Verständnis
- Enges Kontakthalten, verfügbare Ansprechpartner bei Demonstrationen
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bei Bürgerinitiativen zugunsten der gewaltfreien Einstellung vor allem in Richtung radikaler Randgruppen
- Lernen bzw. Hilfe bieten, Tatsachen zu ertragen
- Für das Projekt „Wyhl" eine alle Seiten befriedigende Lösung finden
- Erstellung einer „Stuttgarter Erklärung", in deren Mittelpunkt der Verzicht auf Gewalt stehen sollte
- Vermeidung unnötiger Machtdemonstrationen von Polizei und Umweltverbänden
- Gründliche Prüfung der Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Einsatzmittel
- Verzicht auf Anonymität auf Seiten der Demonstranten und der Polizei
- Pressemitteilungen der Polizei sorgfältig abfassen
- Fortsetzung des Gesprächs mit Hilfe der AGU, insbesondere auch unter Beteiligung von Frauen, evtl. auch Verfassungsschützer hinzuziehen
- Entsprechende Gespräche auch in anderen Bundesländern führen
- Resonanz dieses Gesprächs bis in das BMI
- Die Presse an weiteren Gesprächen beteiligen

Kirchen

Kirchen

- Auf politischer Ebene stärkere Berücksichtigung des Gewichtes der epochalen Veränderung in der technologischen Dimension
- Differenzierung in Urteil und Sprache, u.a. in Bezug auf geschichtliche Fundamentalopposition
- Überlegter Umgang mit den eines Tages definitiv unterlegenen Minderheiten
- Intensiveres Bemühen des BBU um Randgruppen
- Persönliche Begegnung der potentiell Beteiligten im Vorfeld der Demonstration

Politik

- Klärung der Frage (in nächster Gesprächsrunde), welche Kompetenz auf welchen Entscheidungsebenen eigentlich akzeptiert werden
- Eintreten gegen die Verrohung in Sprache und tatsächlicher Konfrontation
- Juristische Folgen des bürgerlichen Ungehorsams deutlich machen

III. Termin für eine nächste Gesprächsrunde

Die Gesprächsteilnehmer verständigten sich darauf, am

Donnerstag, dem 24.März 1983
10.00 Uhr, Stuttgart, Waldhotel Degerloch

zu einer zweiten Beratungsrunde zusammenzukommen. Herr Kirchenrat Kilger erklärte sich bereit, die organisatorische Vorbereitung auch des nächsten Treffens zu übernehmen.

Bonn, den 12. November 1982
Withö

Loccumer und andere Gespräche
Sage mir mit wem Du sprichst...

Ein Name taucht im Rahmen der „Deeskalationsgespräche" zwischen Polizeiführung und Friedensfunktionären besonders häufig auf: Dr. Alfred Stümper, leitender Polizeidirektor in Baden-Württemberg, aktiver Theoretiker und Propagandist eines totalen Sicherheitsstaats. Sein Büro führt lt. seinem Stellvertreter Dr. Gaa schon seit Jahren vertrauliche Gespräche mit dem sog. Spielausschuß der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen), an denen auch Mitglieder des BBU beteiligt waren. Stümpers Büro startete im Auftrag des Innenministeriums im Oktober '82 die „Stuttgarter Gespräche" als Modellversuch für weitere mögliche Deeskalationsrunden bezüglich der bevorstehenden '83er Herbst-Aktivitäten der Friedensbewegung; aus seinem Büro stammt auch der Entwurf der „Stuttgarter Erklärung", eine gemeinsame Produktion vom Stümper-Vertrauten Dr. Kraft und BBU-Vertreter Sternstein,mit der die Friedensbewegung auf einem dritten Stuttgarter Treffen am 8.9.83 auf generellen Gewaltverzicht und Kooperation mit der Polizei eingeschworen werden sollte. Im Begleitschreiben zum Erklärungsentwurf ist ausdrücklich angemerkt, Herr Stümper habe „den Entwurf durchgesehen und keine Einwände erhoben". Für die Loccumer Gespräche hat Stümper sogar seine persönliche Teilnahme zugesagt. Offensichtlich beabsichtigte er dort bereits auf Grundlage der „Stuttgarter Erklärung" zu operieren. Das wäre gutes Timing gewesen . . . Die vorzeitige Veröffentlichung des Geheimentwurfs hat dieses Timing zwar durchkreuzt. Nichtsdestoweniger ist Dr. Stümper auf Grund der Stuttgarter Modellversuchs-Erfahrung unter den offiziellen Teilnehmern seitens der Regierung, Polizei und Bundeswehr der Mann, der Durchführung, Klima und Zielsetzung der nach wie vor geplanten Loccumer Gespräche — und eventuell weiterer Gesprächsrunden — entscheidend bestimmt.

Wer wissen will, welchen Sinn die Gespräche seitens des Staates und seiner „Sicherheitsorgane" haben, und was von den Beteuerungen zu halten ist, die Loccumer Gespräche könnten der Friedensbewegung dienen, muß sich ansehen, für welches Programm der Name Stümper steht.

Zunächst eins vorweg, um Mißverständnisse zu vermeiden: Dr. Stümper hat keine aktive Nazi-Vergangenheit, sondern gehört zur Generation der sog. weißen Jahrgänge, deren Karriere erst mit der Restauration des westdeutschen Staatsapparats nach 1945 begann. Er wurde 1925 in München geboren, durchlief die Offiziershauptschule, Jurastudium, Arbeitsdienst, war Leutnant bei der Kriegsmarine. Nach '45 war er zunächst als Richter in Zivil-und Strafsachen tätig. Von 1958 bis 1962 war er Leiter der Polizeifachschule und Rechtsabteilung in Stuttgart, von 1962 bis 1971 Polizeipräsident von Mannheim. Seit 1971 ist er als Ministerialdirigent leitender Polizeidirektor der Abteilung „Öffentliche Sicherheit" im Innenministerium Baden-Würtembergs und damit verantwortlich für die fünf Landespolizeidirektionen, die Bereitschaftspolizei, die Wasserschutzpolizei, die Landespolizeischule, das Landeskriminalamt sowie auch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Mindestens schon seit 1975 ist er Mitglied des AK II der Innenministerkonferenz („öffentliche Sicherheit"), der Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten der BRD, des Kuratoriums der Polizeiführungsakademie Hiltrup, des Forschungsbeirats des BKA; außer-

der Polizeiführungsakademie Hiltrup, des Forschungsbeirats des BKA; außer-

dem hat er einen Lehrauftrag für Kriminalpolitik an der Universität Mannheim. Er war Leiter der Arbeitsgruppe I der Kommission zur Reform des BKA sowie Vorsitzender der Projektabteilung der Innenministerkonferenz für die Entwicklung eines „Vorbeugungsprogramms gegen Jugendkriminalität".

Die „Stuttgarter Gespräche" sind keineswegs Dr. Stümpers erstes Modellprojekt. Er hat auch auf anderen Gebieten schon entscheidende Pionierarbeit für die „Innere Sicherheit" der BRD geleistet:

— er gilt unter seinen Kollegen als Vater des MEK, d.h. er hat den Aufbau verdeckt arbeitender, „operativer", d.h. nicht an Gesetz und Recht, sondern lediglich am Fahndungserfolg ausgerichteter Sonder-Einheiten konzeptionell an vorderster Front entwickelt und in Baden-Württemberg ihren Einsatz im Modellversuch erprobt. Konsequenterweise ist er heute Pionier, wenn es in Sachen „verdeckte Verbrechensbekämpfung", V-Leute-Einsatz u.ä. um die Loslösung der Polizei vom Legalitätsprinzip geht. Eine entsprechende Empfehlung des AK II der Innenministerkonferenz aus diesem Jahr trägt diesbezüglich eindeutig Stümpers Handschrift.

— als Projektleiter der Innenministerkonferenz-Kommission zur Entwicklung eines „Vorbeugeprogramms gegen Jugendkriminalität" war er verantwortlich für das hauptsächlich in Baden-Württemberg praktizierte Experiment des „Jugendpolizisten", das allerdings am massiven Widerstand der Jugendlichen scheiterte. Unter Stümpers Leitung wurden daraus die konzeptionellen Schlußfolgerungen gezogen, auf denen die aktuellen sog. Jugendpräventionsprogramme von Bund und Ländern heute basieren: Sie ersetzen die von den Jugendlichen abgewehrte direkte Bespitzelung durch die schleichende, aber gezielt betriebene Verpolizeilichung der Jugend- und speziell Jugendsozialarbeit (siehe dazu AK 232 „Die Jugendlichen von heute, die Kriminellen von morgen?").

Besondere Beachtung verdienen die kürzlich in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Pläne der Baden-Württembergischen Polizeiführung, den bevorstehenden Baubeginn am AKW



Polizeipräsident Stümper

Nun, ich glaube, daß Polizei und Friedensbewegung furchtbar aufpassen müssen, daß die Chaoten die Friedensbewegung nicht dazu nützen, um Kriminalität unter dem Deckmantel eines Grundrechts zu begehen, wodurch man ja das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit diskriminieren, vielleicht im Laufe der Zeit sogar gefährden könnte. Jeder vernünftige Mensch wird sehr darauf achten, daß man diese beiden ganz entgegengesetzten Dinge nicht miteinander verwischt, deswegen bin ich auch der Auffassung, wenn unter dem Schutz einer Demonstration Kriminelle tätig werden, das heißt Steine werfen und dergleichen, daß sich sofort die friedlichen von diesen absondern würden, damit die Polizei auf die Kriminellen zugehen kann, denn man kann nicht vom Frieden reden und selbst Steine und Molotowcocktail schmeißen.

(Interview des Süddeutschen Rundfunks am 6.8.83 mit Stümper)

Whyl mit einem Polizei-Großeinsatz durchsetzen zu wollen, bei dem mit „*Toten auf beiden Seiten*" gerechnet werden müsse. Angesichts dieser Lage verlangt die Polizeiführung Unterstützung seitens der Politiker: so solle eine entsprechende Entscheidung des Parlaments herbeigeführt werden, die „*die demokratische Legitimation verbreitern und die politische Durchsetzbarkeit erleichtern*" soll. Auch der Termin des Baubeginns müsse unter politischen und zugleich einsatztaktischen Gründen festgelegt werden. Günstig sei z.B. die letzte Märzwoche, weil dann die Landtagswahlen vom 25.3.84 vorbei seien, andererseits aber der geplante Groß-Lufteinsatz ,der Polizeikräfte noch nicht durch frische Frühjahrsbelaubung der Wälder behindert werde. Diese freie Sicht für die Luftlande-Truppen der Polizei sei nötig, denn: „*In dieser grünen Hölle kann eine ganze Armee verschwinden.*" Geplant ist ein Einsatz von mindestens 15.000 Mann, davon 5.000 aus Baden-Württemberg, der Rest aus Bereitschaftspolizeien anderer Bundesländer und BGS, ausgerüstet nach Möglichkeit mit Gummischrotgewehren und Hubschrauberstaffeln bei Kosten von mindestens 18 Millionen DM. Die knallharte Vorbereitung und gegebenenfalls

destens 18 Millionen DM. Die knallharte Vorbereitung und gegebenenfalls

Durchführung dieses bürgerkriegsartigen Großeinsatzes stammt aus der Werkstatt des Strategen Stümper — der damit nicht nur die „Schlappe" von 1975 ausgleichen will, sondern zugleich deutlich macht, wie er den Inneren Frieden herzustellen gedenkt.

Im Schatten der fünfzehnjährigen sozialdemokratischen „Sicherheitspolitik", zunehmend seit H.Herolds Abgang als langjähriger Chefideologe der westdeutschen Polizei, hat Stümper sich zum führenden Theoretiker, Ideologen und Propagandisten einer „**Sicherheitspolitik aus einem Guß**", zum „Sicherheitsstrategen" schlechthin entwickelt. Spätestens seit 1969 fordert er in den Kaderorganen der westdeutschen Polizei („Die Polizei", Zeitung der Führungsakademie Hiltrup, „Kriminalistik" u.a.) immer wieder eine „zentrale Planungs- und Forschungsstelle", eine auf einer solchen Grundlagenforschung aufbauende allgemeine präventive „Sicherheitspolitik". 1979 forderte er zum ersten Mal die Einrichtung einer von ihm sog. „**Generaldirektion Innere Sicherheit" um den „Gesamtauftrag ‚Innere Sicherheit' im Rahmen einer Generaldirektion zusammenzufassen, konzeptionell zielgerichteter auszugestalten und auch forschungs- und planungsmäßig zu untermauern"** („Kriminalistik", 1/79). Bis 1981 dürften zwischen 40 und 50 Stümper-Aufsätze rund um das Thema „Zeitgerechte Sicherheitspolitik?" in diversen Fachorganen der Polizei und sonstiger einschlägiger Presse erschienen sein. Stümper ist damit neben ex-BKA-Präsident H.Herold der schreibfreudigste Mann unter den westdeutschen Polizisten — und heute mit Sicherheit auch der meistgelesene. Seit 1981 ist sein Buch auf dem Markt, in dem er unter dem Titel „**Systematisierung der Verbrechensbekämpfung — Die Herausforderung von Politik, Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik**" seine strategischen Vorstellungen lehrbuchartig und leicht faßlich zusammengefaßt hat. Damit dürften seine Vorstellungen auch in die Polizeischulen Eingang gefunden haben, denn seine dogmatischen Schematisierungen und eingängigen, lehrsatzmäßig gefaßten Vereinfachungen der „Sicherheitsproblematik" müßten auch für den dümmsten Bullen beim zweiten Lesen verständlich sein.

Mit der Veröffentlichung dieser Propagandabroschüre stieg Stümper nachweislich zum Vorbeter seiner Szene auf: seither finden sich die von ihm jahrelang propagierten und in dem Buch präzisierten Vorstellungen z.T. bis in die Vokabeln hinein bei „Sicherheitsexperten" geringeren propagandistischen Kalibers wie z.B. dem Nachfolger Herolds im BKA, Dr. Heinrich Boge, wie in den Mitteilungen des Innenministeriums zur Inneren Sicherheit u.a. Stümper selbst kann sich seither in neu verfaßten Aufsätzen darauf beschränken, sich selbst zu zitieren, bzw. die von ihm selbst formulierten Grundsätze mit Hinweis auf die von ihm „bekanntlich" vertretenen Positionen „anzuwenden". Wer Stümpers Vorgehen — und damit das der offiziellen Gesprächsteilnehmer in Loccum und anderswo — verstehen will, sollte einige Kernpunkte dieses Buches im Kopf haben (im übrigen sei d r i n g e n d angeraten, das Buch ganz zu studieren).

Kernpunkte aus Dr. Stümpers Systematik:
1. Sicherheitspolitik total

Stümpers Ausgangslage: „*Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs. Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt. Weit in die Geschichte zurückreichende Entwicklungen scheinen einem Abschluß oder ihrem Ende entgegenzugehen. Sie lassen erhebliche ethische und weltanschauliche sowie menschliche, gesellschaftliche und staatliche Freiräume entstehen, die es neu auszufüllen gilt. Was an gewachsener Substanz bleibt, ist fraglich. Dieser Entwicklungsbruch vollzieht sich im geisteswissenschaftlichen Bereich genauso wie im ideologischen, im technischen genauso wie im wirtschaftlichen. Er trifft letztlich die ganze Menschheit. Und er trifft zwangsläufig auf eine dadurch weithin verunsicherte Welt.*

Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich. Aus diesem Grunde ist es gerade in einer solchen Zeit von höchster Bedeutung, systematisch, mit einem festen Konzept an die vielfältigen, sich im Sicherheitsbereich quer durch das ganze Leben stellenden Probleme heranzugehen."

stellenden Probleme heranzugehen."

Folgerichtig ist für ihn der „polizeiliche Auftrag" heute total. Dazu hieß es schon '79 bei ihm unmißverständlich: „*Heute ist neben dem früheren (teils auch schwieriger gewordenen) polizeilichen Auftrag ein durchgreifender, insoweit völlig neu gerichteter Generalauftrag hervorgetreten, nämlich die innere Sicherheit und die innere Ordnung eines Staates als solche aufrechtzuerhalten. Der polizeiliche Auftrag hat für den Staat einen regelrecht existenziellen Stellenwert bekommen. Durch vielfache länder- und staatenübergreifende Bedrohungen der inneren Sicherheit in weiten Bereichen (internationale Kriminalität; Rauschgift; Terrorismus; gewalttätige Auseinandersetzungen mit militanten Gruppierungen) sind wir von vielen Einzelaufträgen in einen Generalauftrag hineingewachsen, der für einen Staat oberste politische Bedeutung hat: Sicherheitspolitik ist zur Existenzpolitik geworden.*" (Kriminalistik 6/79)

Für Stümper sind Rechtspolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Schulpolitik usw. Instrumente einer so verstandenen Sicherheitspolitik, die — z.B. im Jugendbereich — „*eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit*", „*ein positives Verhältnis zur Rechtsordnung*" aufbauen sollen— bis dahin, das „*notwendige Gespür*" zu vermitteln, „*wann man den staatlichen Organen bei der Verfolgung strafbarer Handlungen zu helfen hat . . .*".

Besondere Erwährung verdient in diesem Zusammenhang Stümpers Verhältnis zur „Verteidigungspolitik": Er wendet sich entschieden gegen die „schematische Grundeinteilung" von innerer und äußerer Sicherheit. „**In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen**

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

und subversive Aktionen von innen nicht nur im Ernstfall zusammenwirken, sondern lange Zeit voraus systematisch geplant, netzplanmäßig vorbereitet und in einem langfristigen Ablauf genau aufeinander abgestimmt durchgeführt werden ... Das gemeinschaftliche Planen von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales, Vernünftiges und Notwendiges gesehen werden. Es darf nicht zu einem staatspolitisch-moralischen Naserümpfen führen, als ob es sich dabei um staatlich ‚ehewidrige Beziehungen' handeln würde."

Bleibt im Zusammenhang der Lageeinschätzung und Aufgabenbestimmung noch das Schlußwort des Buches zu zitieren: **„Die jetzige Sicherheitslage ist ernst. Dies Urteil gründet sich auf eine Gesamtsicht, von der Entwicklung der Kriminalistik über aufgetretene innere Unruhen größeren Ausmaßes bis zu einem zunehmenden Einflußbereich staatsfeindlicher Kräfte von innen und außen. Wollen wir die Lage noch im Griff behalten und — was notwendig ist — wieder mehr in den Griff bekommen, muß mit großer Entschlossenheit dieser Auftrag angepackt werden."**

2. Strukturprobleme der Demokratie

Grundgesetz, Föderalismus, Recht und Gesetz sind für Stümper — wie er nicht müde wird, immer wieder zu betonen — Behinderungen, die die Polizei für ihre Arbeit im Interesse der Demokratie in Kauf nehmen muß, — „*daraus folgt aber auch, ... daß Rechtsordnung und polizeilicher Auftrag aufeinander abgestimmt sein müssen.*" Die Zeiten der „Sonnenscheinpolizei" seien längst vorbei; die Polizei brauche also mehr Eingriffsrechte, damit der Rechtsstaat auch in schweren Zeiten Rechtsstaat bleibe. In einer Zeit des Umbruchs sei es für einen demokratischen Staat „*mit einer aus politischen Gründen bewußt in Kauf genommenen Kompliziertheit*" extrem schwierig, die notwendige systematische Sicherheitspolitik durchzusetzen. „*Wenn es derzeit an einer wünschenswerten klaren und konsequenten Konzeption der Verbrechensbekämpfung fehlt, so ist dies nicht — jedenfalls nicht im Grundsätzlichen — auf die Unfähigkeit der Verantwortlichen, sondern auf die außergewöhnlich komplizierte und schwierige Entscheidungs- und Durchsetzungsstruktur zurückzuführen.*" Angesichts dieser Problematik nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, bedeute, „*zwangsläufig auch auf strukturelle, funktionelle und scheinbar etwas heikle organisatorische Fragen zu stoßen; man kann diese hier nicht einfach ausklammern.*" Eine „zeitgerechte Neukonzeption" der Sicherheitsinstrumentarien sei unbedingt nötig.

3. Generaldirektion Innere Sicherheit

Die „zeitgerechte Neukonzeption" für einen „effizienten Sicherheitsapparat"

3. Generaldirektion Innere Sicherheit

Die „zeitgerechte Neukonzeption" für einen „effizienten Sicherheitsapparat"

wäre für Stümper die Einrichtung der „Generaldirektion Innere Sicherheit" (GdIS). Sie soll die bisherigen sicherheitsrelevanten Abteilungen des Innenministeriums aufnehmen. So die Abteilung P (Polizeiangelegenheiten), IS (Innere Sicherheit), ZV (Zivilverteidigung) und möglichst U (Umweltangelegenheiten). Zwei neue „Kernstücke" müßten geschaffen werden: eine Strategieabteilung KP (Kriminalpolitik, Vorbeugung) sowie eine Einsatzabteilung PLFST (Planungs- und Führungsstab mit Lagezentrum).

Aufgaben der GdIS sollen sein:

— „*Erstellung, Auswertung, Bewertung und Fortschreibung eines Großlagebilds Innere Sicherheit*" — u.a. um „*Ansätze ganzer Kriminalitätsbereiche rechtzeitig zu erkennen . . .*" und präventiv zu bekämpfen;

— „*Initiierung, Auswertung und Umsetzung einer anwendungsbezogenen, sicherheits- und kriminalpolitischen Forschung*" (in das die bestehenden Akademien Hiltrup, Münster und die Forschungsstellen am BKA integriert werden sollen);

— „*Gesamtpositionierung der Inneren Sicherheit in der allgemeinen Regierungsverantwortung und -tätigkeit*" (d.h. unmittelbare Einflußnahme auf Regierungsentscheidungen durch entsprechende Entscheidungsvorbereitungen);

— „*Erarbeitung von Sicherheitsstrategien und Gegenstrategien*" (in permanenter ressortübergreifender Stabsarbeit mit dem Ziel des präventiven Eingriffs);

— „*Internationale Zusammenarbeit*";

— „*Erarbeitung von Vorschlägen zur Neustrukturierung von Sicherheitsinstrumentarien*" („Harmonisierung" mit den Geheimdiensten, Kooperation mit Zivil- und Katastrophenschutz, technischer Verbund aller Sicherheitsorgane u.ä. und als zweites: „Motivation der Sicherheitskräfte" nach innen und außen, z.B. durch Schaffung öffentlicher Anerkennung u.a.);

— „*Erfolgskontrolle*".

Eine solche „Generaldirektion" — als deren Direktor sich Stümper vermutlich selbst gern sehen würde — könnte noch am ehesten mit der Machtfülle des „Reichssicherheits-Hauptamts" der Nazis verglichen werden. Es ist bemerkenswert, daß sich bisher kaum eine kritische Stimme gegen diese Vorstellungen gewandt hat.

4.Elemente der Strategie

Stümper ist beflissen darauf bedacht, seine Sprache im demokratischen Rahmen zu halten. Aus „*präventivpolizeilichen Überlegungen*" habe man „*schon aus klimatischen Gründen Sicherheitslücken in Kauf zu nehmen, wenn man dadurch unserer Jugend von vornherein das Gefühl nehmen kann, in einem ‚engen', ‚kleinlichen' oder gar repressiv handelnden Staat aufzuwachsen. Man muß ihr — gerade in unserer schwierigen Zeit — innerlich eine Identifizierung mit unserer Gemeinschaft und dem von dieser Gemeinschaft getragenen Staat erleichtern. Insoweit also ein bewußtes Ja auch zu bestimmten, unsere polizeiliche Arbeit eingrenzenden, deutlich liberal ausgerichteten Normen.*" Dann aber kann er sich doch nicht mehr zügeln und kommt auf sein eigentliches Anliegen. Er fände es „*absolut unerträglich, aus opportunistischen Gründen entgegen der klaren Rechtslage, rechtliche Freiräume entstehen zu lassen . . .*". Wenn „*die gewollte positive Zielsetzung dadurch kaputtgemacht wird oder man sie kaputt machen läßt, daß man diesen Staat als ‚Überwachungs- und Schnüffelstaat' mit überzogenen repressiven oder gar faschistoiden Tendenzen beschimpft oder beschimpfen läßt, geht die sicherheitspolitische Rechnung nicht mehr auf. Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas in unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat ‚madig' machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüberhinaus auch eine allgemein menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen besonders verheerend auswirken kann. Auch in unserer Zeit gibt es ‚Schreibtischtäter', die einer ohnehin sich in unserer wertunsicheren Welt schwertuenden Jugend noch völlige Irritationen bescheren. Und nicht nur das. Sie liefern gewissermaßen Ausreden und sogar Rechtfertigungen für gemeinschaftswidriges, sozialwidriges und strafbares Tun vorweg! Eine Kriminalpolitik, die die geistigen Verführer ungerupft läßt und ihre Machtmittel nur gegen die Verführten, in der Regel junge Menschen, Kinder und Jugendliche, einsetzt, ist schon im Ansatz verfehlt.*"

Im Sinne eines derart faschistoid definierten „Umweltschutzes" postuliert

die geistigen Verführer ungerupft läßt und ihre Machtmittel nur gegen die Verführten, in der Regel junge Menschen, Kinder und Jugendliche, einsetzt, ist schon im Ansatz verfehlt."

Im Sinne eines derart faschistoid definierten „Umweltschutzes" postuliert

Dr. Stümper weitere strategische Grundsätze:

Vorbeugung — als „oberste Kriminalpolitische Grundausrichtung". Von den diversen Vorbeugungsmethoden, die er unterscheidet, sei hier nur die „subjektive Vorbeugung" vorgestellt: **„Darunter sind alle Maßnahmen zu verstehen, die auf die Meinungs- und Willensbildung sowie die Entschlüsse insbesondere noch leicht beeinflußbarer und labiler Personen oder auch potentieller und latenter Straftäter einwirken".** Als „zentralste Schwerpunktaufgabe" betrachtet er dabei die vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität. In einer geradezu dummdreisten Art polemisiert er gegen diejenigen, die sich gegen die — wesentlich von ihm — ausgebrüteten Jugendpräventionsprogramme wenden: „*Es scheint geradezu paradox, daß bestimmte Kreise, die bislang der Polizei zuviel Repression vorgeworfen haben, nunmehr, wo diese im vorbeugenden, unterstützenden und auch helfenden Bereich tätig werden will und tätig wird, lautstark dagegen protestieren: Die Polizei würde Kinder und Jugendliche bespitzeln wollen, und sie dränge sich in die Arbeitsbereiche anderer Berufe hinein! Man muß fast den Eindruck gewinnen, als ob diese Kräfte die Polizei bewußt wieder in die fein repressive Ecke zurückdrängen wollen, um sie als den ‚bösen Bullen' mit Schlagstock und nicht als den Menschen, mit dem man reden kann, abzustempeln. Man muß sich hier ernstlich die Frage stellen, inwieweit und wo hier Kräfte ein- und mitwirken, die diesen Staat und diese Gesellschaft nicht mögen und alles, was Positives bringen könnte, ablehnen.*"

Operative Arbeit — nach jahrelanger Propagierung und praktischen Erprobung der operativen Vorgehensweise wird sie inzwischen von Stümper zum bestimmenden Prinzip der Polizeiarbeit erklärt. Unmißverständlich heißt es: „*Schon die — weithin als selbstverständlich übernommene — strenge Trennung zwischen repressiven und präventiven Aufgaben und die darauf beruhende Grundstruktur der Aufgabenerfüllung der Sicherheitsinstrumentarien ist in wichtigen Bereichen überholt. Als neuartiges Element tritt der übergreifende Gesichtspunkt der operativen Arbeit hinzu. In ihr fallen repressive und präventive Belange weithin zusammen und werden auf eine höhere Ebene gestellt ... Die Polizei kann und darf nicht mehr wartet, bis irgendwo etwas passiert, dann erst tätig werden und nur akute Einzelfälle ermitteln. Sie muß vielmehr danach trachten, gerade die schwere, meistens sorgfältig abgedeckte und geplant vorgehende sowie weithin auch konspirativ ausgeübte Kriminalität, rechtzeitig zu erkennen und anzugehen. In der klaren Zielsetzung eines möglichst hohen Sicherheitsgewinns kommt es hierbei in erster Linie nicht mehr darauf an, einen bestimmten Einzeltäter seiner Bestrafung zuzuführen, es kommt selbst nicht einmal darauf an, auf alle Fälle eine bestimmte, bevorstehende Einzelstraftat zu verhindern, sondern letztlich entscheidend ist es, die kriminelle Grundstruktur (Gruppierung, Bande, Organisation, Funktionsnetz) ausfindig zu machen, auszuheben, insgesamt — womöglich — der Strafverfolgung zuzuführen und sie zu zerschlagen ... Oberstes Ziel ist sonach nicht der repressive Erfolg, sondern die möglichst umfassende Erfüllung des operativen Auftrags der Beseitigung von kriminellen Ausgangs- und Operationsbasen.*"

Angesichts solcher polizeilicher Methoden, die nicht mehr am verfassungsmäßigen vorgeschriebenen Legalitätsprinzip polizeilichen Handelns, sondernnur noch am Endziel der Liquidation der „Ausgangs- und Operationsbasis" selbst orientiert sind, denen es nicht mehr um die Verhinderung von Straftaten — andererseits aber auch nicht um eine Behebung der Ursachen, sondern letztlich um die Beseitigung der „Straftäter" selbst geht (siehe die Praxis der Sokos), ist es nur konsequent, wenn Stümper folgende Probleme von der Justiz „gelöst" haben möchte, indem er sie an „*unser polizeiliches Herz drücken*" will:

— „*Rechtsgrundlagen für Maßnahmen der verdeckten Ermittlungen mit Eingriffscharakter und Fragen ihrer nachträglichen Offenlegung,*

— *Probleme des Legalitätsprinzips,*

— *Einsatz von V-Leuten und die gerichtliche Verwendung ihrer Erkenntnisse,*

— *Verletzung von Strafrechtsnormen im Zuge von verdeckten Ermittlungen,*

— *Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen,*

— *Ankauf deliktisch erlanger Sachen.*" (Zu deutsch: die Polizei als Anstifter und Finanzier von Raub und Diebstahl!)

gen,

— *Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen,*

— *Ankauf deliktisch erlanger Sachen.*" (Zu deutsch: die Polizei als Anstifter und Finanzier von Raub und Diebstahl!)

„*Information als Ansatz und Angelpunkt polizeilichen Wirkens*" — hierzu wollen wir im Detail keine weiteren Ausführungen machen. Von aktuellem Interesse ist die Forderung Stümpers: „*Datenschutz muß sich in Konkurrenz mit anderen Rechtsgütern messen lassen ... Datenschutz darf nicht mit Entkriminalisierung verwechselt werden.*" Die Funktionsweise der Polizei sei nun mal „*vom Wesen her Verdachtsgewinnung*". Es interessiere **„selbst das Schwarze unter den Fingernägeln"**: Der erste Ansatz der Verdachtsschöpfung erfolge oft ganz im Vorfeld, erfasse notwendigerweise erst eine Vielzahl von Personen und spitze sich erst dann auf eine Person zu. Logischerweise müßten die Ermittlungsorgane deshalb mit vielseitigen, vagen Verdachtsschöpfungen beginnen, und daß dies **„in funktionsgerechter und nicht ‚altbabylonischer' Methode erfolgen sollte, dürfte an sich auch Einleuchten." „Datenschutz ist nicht das Höchste."**

Eine Begrenzung des EDV-Einsatzes seitens der „Sicherheitsorgane" sieht Stümper allein durch die Leistungsfähigkeit des polizeilichen Personals gegeben, dessen „Kreativität" nicht durch technischen und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden dürfe.

„Polizeiliche Maßanzüge fertigen"

Für Masseneinsätze gegen größere Bevölkerungsteile zu Zeiten innerer Spannung rät Dr. Stümper zu einer „*zugleich übergreifenden wie auch differenzierenden*" Vorgehensweise, in der „*entschlossenes Zugreifen*" mit „*bewußtem Zurückhalten*" kombiniert wird. Weil's so schön deutlich ist, wollen wir es zitieren: „*Argumentativ wird für die erste Grundeinstellung* (Durchgreifen — Anm. AK) *geltend gemacht, daß man nicht von vornherein Rechtsbrüche einreißen lassen dürfe und nur eine sofortige, entschlossene Position schwankende und labile Personen von weiterem strafbaren oder ordnungswidrigem Tun abhalten kann sowie die ohnehin zu Rechtsbrüchen entschlossenen zu Recht auch sofort trifft. Die zweite Grundeinstellung beruft sich darauf, daß bei solchen Massenerscheinungen der Großteil der Demonstranten ‚verführte' Mitläufer oder sogar Neugierige sind und daß durch einen unangemessen harten Einsatz ein Solidarisierungseffekt erzeugt würde, der das Störerpotential noch vergrößert und damit das Problem noch umfassender und schwieriger macht. Beide Argumentationen haben einen richtigen Kern. Beide haben nebeneinander Geltung. Es kommt nur auf die richtige Subsumtion, d.h. die richtige Anwendung an. Diese setzt voraus*

— *eine übergreifende Sicht der Probleme und*

— *eine differenzierende Betrachtung der Lagen der Beteiligten.*

Die übergreifende Betrachtung muß die Ausgangspunkte bestimmter Unruheerscheinungen sehen, insbesondere

— *die historische Situation, in der wir uns befinden,*

— *die speziell für junge Menschen sich daraus ergebenden besonderen Probleme und*

— *die bisher unsere jungen Menschen prägenden Faktoren (Erziehung, politisches und publizistisches Umfeld, Vorbildsuche und mangelndes Vorbildangebot)* (das zielt auf die SPD — Anm. AK).

Sie muß zugleich aber auch sehen, daß diese Grunddisposition strategisch wie taktisch gezielt genützt werden kann und genützt wird von

— *Kräften, die diesen Staat ablehnen und ihn letztlich vernichten wollen,*

— *Bestrebungen, die in einer bloßen negativen Kritik die Erfüllung ihres menschlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Auftrages sehen,*

— *Unzufriedenen, die sich irgendwie abreagieren wollen und*

— *bloßen Krawallmachern, die jede Gelegenheit dazu nützen, um ‚auf den Putz zu hauen'.*

...

Diese o.g. Elemente fallen nun bei den unterschiedlichen Anlässen auch in unterschiedlichen Formen zusammen ... Man muß demzufolge in den jeweiligen Lagen ‚polizeiliche Maßanzüge' fertigen.

Mit Leuten, die ‚innerlich zu' sind, also jede sachliche Erörterung ablehnen und das Suchen eines Gesprächs sogar als Schwäche und staatliche Entschlußlosigkeit werten, muß man eben handeln. Leuten gegenüber, die sich einem Gespräch zugänglich erweisen, muß man sich jedoch offen geben. (Man beachte den Zwischenton: offen g e b e n , nicht etwa sein — Anm. AK).

Bei einem Einsatz sieht man nun dem polizeilichen Gegenüber nicht ins Herz. Äußerlich sehen sie sich oft sehr ähnlich, manchmal sehen sie gleich aus.

muß man sich jedoch offen geben. (Man beachte den Zwischenton: offen g e b e n , nicht etwa sein — Anm. AK).

Bei einem Einsatz sieht man nun dem polizeilichen Gegenüber nicht ins Herz. Äußerlich sehen sie sich oft sehr ähnlich, manchmal sehen sie gleich aus.

Daraus folgt:

— *in der Vorbereitung entsprechender Einsätze ist zu versuchen, auf die unterschiedlichen Gruppierungen — soweit bekannt und soweit möglich — schon vorher einzuwirken.*

— *Im Einsatz müssen die gesetzlichen und taktischen Voraussetzungen geschaffen werden, den harten Kern, die treibenden Kräfte und die Einpeitscher zu erkennen und zu überführen.* (Dazu gehört für Stümper auch die Verabschiedung einer neuen Demonstrationsstrafrechts-Regelung — Anm. AK).

— *Die Grundposition, die es dabei auch optisch deutlich zu machen gilt, ist eine überlegte Entschlossenheit. Der Mutige tritt zunächst einen Schritt zurück, greift dann aber gezielt und fest zu.*"

Voilà — damit ist klar, war Dr. Stümper sich von Loccum verspricht: Entsolidarisierung und Spaltung entlang der Gewaltfrage und Kalkulierbarkeit der Bewegung für die polizeiliche Planung — das „Großlagebild Innere Sicherheit" Herbst '83. „Unangemessene", d.h. gegen die Falschen gerichtete, Solidarisierung provozierende polizeiliche Aktionen sollen vermieden werden. Gezieltes Vorgehen gegen die staatsfeindlichen, „bloß Negativen", „Krawallmacher" usw. soll ermöglicht werden. Wer sich auf ein Gespräch dieser Art einläßt, muß wissen, daß er/sie für diese Herren nichts anderes ist als „*Bazillen in einer Wunde mit der Folge der Entstehung eines Eiterherds oder gar der Vereiterung des ganzen Organismus.*"

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

P.S.

Für die, denen es noch nicht aufgrund eigener Lektüre auffallen konnte, sei angemerkt: es ist kein Wunder, daß Stümper an dem Entwurf der „Stuttgarter Erklärung" nichts auszusetzen fand — enthält diese doch an zentralen Stellen Aussagen, ja sogar Formulierungen, die glatt von ihm persönlich stammen könnten. Hier einige Kostproben:

— Die allgemeine Lage wird mit „*existenzieller Verunsicherung in Bezug auf den Staat und seine Grundordnung,*" mit Verlust der „*positiven Grundeinstellung*" beschrieben;

— die Bürgerinitiativen werden als Ausdruck der „*Strukturschwäche der repräsentativen Demokratie*" bezeichnet;

— gefordert wird, „*gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen*".

Schließlich heißt es in fast originaler Stümperscher Diktion: „*Die politische Vorbereitung auf Demonstraitonen beruht auf gründlicher Lagebeurteilung. Die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten und der sich daraus ergebende laufende Kontakt vor, während und nach einer Veranstaltung erleichtern die polizeiliche Lagebeurteilung und Einsatzvorbereitung. Sie helfen, die den gewaltfreien Verlauf einer Demonstration gefährdenden Mißverständnisse und Verhaltensweisen zu vermeiden und führen dazu, daß alle Beteiligten entkrampfter auf Konfliktsituationen zugehen und mit ihnen umgehen. Der Einsatz von Verbindungspersonen während der Dauer von Demonstrationen hat sich bewährt und ist auch in künftigen Fällen zu empfehlen.*" Voraussetzung für eine von der Polizei gewünschte deutliche Zurückhaltung sei

— „*eine frühzeitige, eindeutige Absage an Gewalttätigkeiten;*

— *eine Kalkulierbarkeit des gewaltfreien Verhaltens;*

— *das durchgängige Freihalten entsprechender Demonstrationen und Aktionen von jeglichen Gewalttätigkeiten.*"

Makaber wird es, wenn auf der anderen Seite in dem Papier, ebenfalls im echten Stümper-Ton, postuliert wird: „*Die Polizei ist ein zur neutralen Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan. Sie ist nicht der politische Ansprechpartner ... Sie darf nicht aus rechtsphilosophischen Überlegungen über Legitimität und Legalität unterscheiden, zwischen Gesetzen, die man beachten muß und Gesetzen, die man nicht zu beachten braucht. Sie ist daher nicht zur vorübergehenden Hinnahme von Rechtsbrüchen aus politischen Gründen befugt. Indem sich die Polizei an das geltende Recht hält, werden Reaktionen und Maßnahmen für alle Betroffenen kalkulierbar ... Rechtsstaatliche Prinzipien lassen es nicht zu, daß die Polizei bei der Begehung strafbarer Handlungen tatenlos zusieht . . .*" Dies als „Vertreter der Friedensbewegung" ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümpers zu formulieren, **deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der V o r k ä m p f e r für die Loslösung**

Handlungen tatenlos zusieht . . ." Dies als „Vertreter der Friedensbewegung" ausgerechnet gemeinsam mit Leuten aus der Strategie-Küche Stümpers zu formulieren, **deren Chef seit über zehn Jahren ganz offen der V o r k ä m p f e r für die Loslösung**

der Polizei vom Legalitätsprinzip ist, ist entweder eine politische Obszönität ohnegleichen oder eine furchtbar traurige Dummheit.

Wir empfehlen jeder/m, die „Stuttgarter Erklärung" eigenen Auges mit Stümpers „Systematik" zu vergleichen. Die Aha-Erlebnisse werden nicht ausbleiben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Literatur:

- Antifaschistische Russell-Reihe, Bd. 5: „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" — insbesondere die Seiten 159-167;
- AK 217, S.18: „Gedanken zum Jahreswechsel", ein Aufsatz Stümpers aus „Die Polizei" 1/82;
- AK 222, S.33: „Möglichst breite ‚ermittlungssichere' Füße / Zum Stümper-Buch ‚Systematisierung der Verbrechensbekämpfung";
- AK 228, S.13: „Die Wende — Sicherheitsstaat total";
- AK 232, S.30: „Die Jugendlichen von heute — die Kriminellen von morgen?"
- „Systematisierung der Verbrechensbekämpfung — Herausforderung von Politik, Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik", Dr. A. Stümper, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart 1981 (auf Nachfragen können auch diverse Aufsätze Stümpers aus den Jahren 1969 bis heute zur Verfügung gestellt werden)
- Dokumentation des Entwurfs zur „Stuttgarter Erklärung" in „taz", 24.8.83

Uniformen, Blut und Attentate

Wir schreiben 1943.
Im Reichstag. Einer taucht auf. Sprüht mit Gas gezielt auf Hitlers Uniform. Ruft ,,Zyklon-B für das Gaskammer-Reich!'' Wird abgeführt und erschossen.
Entsetzen packt das Land: ,,Gas-Attentat!''.
,,Abscheuliche, makabre Aktion'', schreit jeder Nazi.
An Kneipentischen und Kaminen philosophieren Frau und Mann.
,,Gas?! Igitt!'', ,,Wie ordinär!''.
Und überhaupt:
,,Man muß ihn auch als Menschen sehen. Seine Uniform ist das Übel!''.
Wie mensch spätestens seit den ,,Stern''-Tagebüchern weiß, war Hitler als Spaziergänger einer wie du und ich. Schade bloß, daß er der Führer war.
Nun ja: Fiktion...

Wir schreiben November 1968.
CDU-Parteitag. Kongreßhalle West-Berlin. Beate Klarsfeld ruft: *,,Nazi! Nazi!''*. Ohrfeigt Kanzler Kiesinger.
Rückblickend: ,,Aktionismus''?
Und die ,,Würde des Menschen Kiesinger''? Außerdem alles so lange her...
Wer weiß, weshalb er überhaupt...
Und vor allem:
Die Aktion konnte nicht der großen Mehrheit unseres Volkes vermittelt werden.
Das sagt eigentlich schon alles.

Wir schreiben September/November 1969.
Italien. ,,Heißer Herbst''. Fiat. Zehntausende Arbeiter werden ausgesperrt. Generalstreik. Unternehmer werden eingesperrt. Sitzen in ihren Chefetagen fest.
,,Infantil''? ,,Menschenverachtend''? Agnelli als Mensch, einer mit zwei Beinen, zwei Armen, zwei Augen — so ganz genau wie du und ich.

August 1983.
Im hessischen Landtag.
Der Grüne Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth bespritzt die Uniform eines US-Generals mit Blut. Ruft: *,,Blood for the bloody Army!''*.

Es kreischt und keift ein jeder Humanist. Von Zimmermann bis Kretschmann. Von General Bastian bis Horst-Dieter Zahn.

,,Zweifellos ist der General Williams ein Repräsentant dieser Politik'' (US-Kriege, Anm.AK). *,,Aber auch in der Generalsuniform bleibt er ein Mensch, dessen Würde unantastbar und unverletzlich ist für jeden, der gewaltfrei denkt''* (die grünen Landtagsabgeordneten in Baden-Würtemberg Kretschmann, Hasenclever, Heimann; 9.8.83).

Die hohen Regeln der *,,Gastfreundschaft''* seien verletzt worden, schreibt Kanzler-Kandidat K. Von wem ist General Williams eingeladen worden? Und wenn Herr Zimmermann, der Kemal Altuns Tod auf dem Gewissen hat, nun im Bundestag einen Pinochet-General einladen würde...? Kann man das jetzt überhaupt, nach dem ,,Blut-Attentat'', noch tun, wo doch *,,niemand mehr sicher sein kann, ob er nicht erschossen, entführt, eingesperrt, verprügelt, bespuckt, mit Farbe beschmiert oder mit Blut bespritzt wird''* (ebda.).

Für Kretschmann und seine Freunde steht fest: *,,Solche Aktionen und unsere Arbeit schließen sich (gegenseitig) aus''* (ebda.). Es kann eben nicht *,,die Aufgabe grüner Parlamentarier sein, die Zerstörung der letzten Reste von republikanischer und demokratischer Kultur zu betreiben: die Gelegenheit zum vernünftigen Gespräch''* (ebda.).

,,Ich finde das ganz schrecklich'', äußerte auch Pfarrer Albertz. *,,Aufs nachdrücklichste''* verurteilte SPD-Vorsitzender Vogel die Aktion der hessischen Grünen.

,,Das Blutattentat des hessischen Landtagsabgeordneten Schwalba-Hoth gegen den amerikanischen General Williams schließlich ist das bislang abstoßendste Beispiel eines anarchischen und infantilen Politikverständnisses'', schreibt ,,Stern''-Reporter H. Jaenecke (,,Stern'', 34/83).

Die Ziele der Friedensbewegung würden durch solche *,,irrationalen''* Aktionen aufs Spiel gesetzt, erklärte sofort Prof. von Ditfurth.

,,Diese ebenso infantile wie ekelhafte Aktion dieses Abgeordneten (...) zeugt vom gefährlichen Geist des politischen Fanatismus'', meint ein ,,zer'' im Kommentar in der ,,FR'' (5.8.83).

Er und die Mehrheit des deutschen Volkes (?) seien *,,tief betroffen und beschämt''*, orakelte der NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, SPD (zit. nach ,,FR'', 5.8.83), während Bundesaußenminister Genscher nicht lange fackelte und die Tat als *,,Angriff auf unsere innere Sicherheit''* erkannte (ebda.).

In Hessen vefaßten CDU und SPD im Landtag eine gemeinsame Erklärung: die Tat sei *,,blindwütiger, ja schizophrener Aktionismus; makaber, würdelos und menschenverachtend''* (ebda.).

Die Methode, Gegner als ,,Geisteskranke'' (,,schizophren'') zu erklären, hat Tradition.

Es gibt eben Dinge, die zwar real existieren, wo es aber der gute Ton in unserer feinen ,,republikanisch-demokratischen'' Gesellschaft verbietet, sie anzuhören, anzusprechen oder einfach zu sehen.

Man ist sensibel. Man war es schon immer in Deutschland.

,,Da habe ich eine andere furchtbare Sache gesehen. Da war eine Grube gewesen, die war aber schon zu. Da quoll, wie ein Geiser ... ein Blutstrahl heraus. Auch so etwas habe ich nie gesehen. Ich war nie Soldat. Es gibt doch genügend andere, die können das sehen. Die kippen nicht aus den Latschen. Ich kann's nicht sehen, sagte ich. In der Nacht kann ich nicht schlafen. Ich träume — ich kann's nicht'' (,,Bruder'' E i c h m a n n, zit. nach ,,Die Banalität des Bösen'', Hannah Arendt, S.123).

Auch wir sind sensibel.
In der Dritten Welt mag es noch unschöne, gar blutige Szenen geben. In unseren westlichen Kulturparadiesen läuft es elegant-professionell ab.
Man redet vernünftig miteinander.
Wie in Loccum.
Wir sind ja schließlich keine Barbaren (mehr).

,,Einen Hauch von Barbarei und Altem Testament'' erblickt beispielsweise Horst-Dieter Zahn (SB) in der ,,Sprache des Bluts'': *,,Eine ,Sprache', die in all ihren Varianten viel an Mystischem, Irrationalem enthält und jedenfalls auf die Ausschaltung kritischer Vernunft hinausläuft''* (,,Pflasterstrand'', Nr.165).

Der Hinweis auf das Alte Testament ist interessant. Man hätte ja beim Stichwort Barbarei auch an die Germanen-Sagen denken können. Tut Zahn aber nicht.

Mögen die Evrens und Pinochets, die Zimmermänner und Strauß diesen Appell zum ,,sanften Umgang'' mit ihren Gegnern hören.

In dem Haufen von Verurteilungen der hessischen Aktion taucht immer wieder die ,,Sache mit der Uniform'' auf.

,,Die aktive, gewaltfreie, symbolische Aktion richtet sich jeweils gegen eine bestimmte Politik, nicht gegen Personen'' (Lukas Beckmann, 15.8.83). Ähnlich fragte sich auch MdB Joschka Fischer, ob es nicht besser gewesen wäre, das Blut — wenn schon Blut — auf den Boden oder auf eine Landkarte Mittelamerikas zu spritzen.

,,Menschenverachtende Handlung'', so sah es auch Ex-General Gert Bastian (9.8.83), der im übrigen im Verteidigungsausschuß des Bundestages keine Einwände gegen die Anschaffung des deutsch-französischen Panzerabwehr-Kampfhubschraubers anzumelden hatte. (*,,Ich habe nichts dagegen. Es handelt sich um eine Anschaffung im Rahmen der defensiven, konventionellen Aufrüstung der Bundeswehr''*, laut ,,taz'', 18.8.83. Ein Novum: die Bundeswehr rüstet nur noch ,,gewaltfrei'' auf...).

Und Petra Kelly: *,,Die Würde und die persönliche Integrität eines jeden einzelnen Menschen soll bei gewaltfrei-*

auf...).
Und Petra Kelly: ,,Die Würde und die persönliche Integrität eines jeden einzelnen Menschen soll bei gewaltfrei-

en Aktionen n i c h t verletzt werden'' (9.8.83).

Es stellt sich also die Frage nach der Uniform.

Was werfen (warfen) wir denn Eltern und Großeltern anderes vor als eben diese grenzenlose Unterwürfigkeit gegenüber Uniformen und Uniformierten, diese gemeine Feigheit des Kadavergehorsams, der nach Buchenwald und Auschwitz führte?

Es stellt sich auch die Frage der Verantwortung des Menschen in Uniform.

,,Die Orden am Revers von Generalsuniformen sind Blutorden aus Vietnam, El Salvador, Nicaragua'' (Frank Schwalba-Hoth). Muß man denn immer und ewig gehorchen?

Viele haben sich zum sogenannten ,,Blut-Attentat'', übrigens eine merkwürdige Wortschöpfung, die hier aber tatsächlich von Wahrnehmungsstörungen zeugt, angemessener geäußert, so auch der Bundesvorstand der Grünen.

Alice Schwarzer schreibt unter der Überschrift ,,Verlogene Gewaltfreiheit'' (,,Emma'', 9/83):*,,Auf die Nerven geht es mir schon lange, das Gerede von der Gewaltfreiheit. Spätestens seit Krefeld ist es schier unerträglich geworden. Das Ganze erinnert mich penetrant an den Herbst '77 — den sogenannten ,deutschen Herbst'. Damals mußte man, bevor man auch nur einmal den Mund auftat, mindestens zehnmal versichern, man stehe ,fest auf dem Boden des Grundgesetzes'. Nur um nicht in den lebensgefährlichen Verruf des Sympathisantentums zu geraten. Heute wird gebetsmühlenartig der Spruch vom ,gewaltfreien Widerstand' runtergeleiert, bevor eine/r sich zu sagen traut, sie/er fände die Pershing II unsympathisch''. ,,Kündigen wir also der Verlogenheit des Diktats vom ,gewaltlosen Widerstand' die Zustimmung auf. Seien wir weder Lämmer noch Märtyrer noch Denunzianten. Seien wir bewußt, verantwortungsbewußt und mutig. Leisten wir a n g e m e s s e n e n Widerstand!''*.

Ähnlich erklärt Günther Anders (,,Die Antiquiertheit des Menschen''):*,,In einem von vielen Friedens-Almanachen nennt man mich wiederholt einen ,Pazifisten'. Ein für alle Male sei gesagt: Ich bin keiner! Denn der Terminus ist seit 1945 absurd. (...) Ich bin wirklich nicht so närrisch, so larmoyant, so martyrismussüchtig oder so feige, um zu glauben, daß wir die Erzeugung, Montierung, gar die Verwendung von interkontinentalen Raketen oder von Marschflugkörpern dadurch bekämpfen können, daß wir uns eingehakt auf das Pflaster legen und uns dann, vom Fernsehen aufgenommen, forttragen lassen''* (,,Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt'', 28.8.83).

Zum Schluß einige Daten zur Karriere des Generalleutnants Paul S. Williams, jr.: Von März bis September 1967 kommandierte er das 1. Bataillon, 69. Panzereinheit, 4. Infanteriedivision, in Südvietnam. Vom September 1974 bis Januar 1977 war er stellvertretender Kommandeur der US-Schule für Panzertruppen. Seine letzten beiden Dienstpositionen vor seiner Ernennung

1974 bis Januar 1977 war er stellvertretender Kommandeur der US-Schule für Panzertruppen. Seine letzten beiden Dienstpositionen vor seiner Ernennung

zum stellvertretenden Befehlshaber des 3. US-Korps waren Direktor der Abteilung für militärisches Personalwesen (,,ODCSPER''), im Heeresministerium vom Januar '77 bis November '78, und Kommandierender General der 1. Kavalleriedivision vom November 1978 bis November 1980.

E., KB Frankfurt

P.S.: In diesen Tagen erscheint eine Broschüre, die die Aktion und Reaktion dokumentiert, zu beziehen über Die Grünen im Landtag, Schloßplatz, 6200 Wiesbaden.

Als die Zeiten noch andere waren

,,Zuerst muß man die allgemeine Frage stellen: Was heißt Gewalt vermeiden? Sind denn die unerträglichen Arbeitsnormen keine Gewalt für die, die sich nach ihnen richten müssen? Sind mörderische Behausungen, ,Totenkammern', wie man sie nennt, für die Gastarbeiter keine Gewalt? Ist die systematische Ruinierung der Kleinbetriebe keine Gewalt, die man den kleinen Kaufleuten antut? Und die ständige Verschuldung der Bauern, die radikale, schleichende Verringerung des Kapitals der Kleinbauern, ist das keine Gewalt? Und noch allgemeiner: Beruht die gegenwärtige Gesellschaft nicht auf Gewalt? Wenn das der Fall ist, kann man an dieser Gesellschaft nicht dadurch etwas ändern, daß man sich über die Gewalt stellt. In diesem Moment sind alle Intellektuellen, die davon profitieren, daß es eine Kultur und Lebensmöglichkeiten für sie gibt, und die sich sagen: ,Ich werde kritisieren und schreiben, aber Gewalt halte ich für etwas Primitives und Barbarisches', Komplizen des Regimes, Komplizen einer bestimmten Gewalt, nämlich der etablierten.

Was sie also für barbarische und primitive Gewalt halten, ist die Gewalt der Massen, die nur eine Antwort auf die Gewalt ist, die man ihnen ständig antut. Wenn ein Intellektueller, der sich über Gewalt erhaben dünkt, konfrontiert wird mit dem, was wirklich in einer Fabrik, in diesem Gefängnis vorgeht, wenn er die Dinge sieht und danach immer noch sagt: ,Ich bin gegen jede Gewalt', dann ist das ein Intellektueller, der Komplize der Unternehmer, der Arbeitgeber, des Gewaltregimes ist. Man soll nicht sagen ,Weder Henker noch Opfer', denn wenn Sie nicht Henker sind, dann sind Sie das Opfer. Und wenn Sie behaupten, über allem zu stehen, dann sind Sie eben der Henker, und man hat zu wählen. Das ist also das allgemeine Problem.''

Opfer. Und wenn Sie behaupten, über allem zu stehen, dann sind Sie eben der Henker, und man hat zu wählen. Das ist also das allgemeine Problem.''

Günther Anders: Ein Terminus, der richtigzustellen ist

Günther Anders: Ein Terminus, der richtigzustellen ist

„Ich bin kein Pazifist“

In einem von vielen Friedens-Almanachen nennt man mich wiederholt einen „Pazifisten“. Ein für alle Male sei gesagt: Ich bin keiner! Denn der Terminus ist seit 1945 absurd. Wer noch heute diesen verwendet, der beweist damit, daß er noch immer nicht verstanden hat, welche Stunde uns damals geschlagen hat. Der Ausdruck mag so lange sinnvoll gewesen sein, als es noch die Alternative zwischen kriegerischen und friedlichen „Lösungen von Problemen oder Krisen“ gegeben hatte; als noch keine Gefahr bestanden hatte, daß die Menschheit durch die Entscheidung für (oder das Hineinschliddern in) die kriegerische Lösung ausgelöscht werden würde. Aber durch die Möglichkeit der Auslöschung der Welt ist auch die Gültigkeit der Alternative zwischen Krieg und Frieden ausgelöscht. Beziehungsweise die heutige Alternative lautet: Entweder bleibt Friede, oder es gibt überhaupt nichts mehr. Nichts.

Wer uns, die wir nicht für dieses Nichts, also nicht für die totale Vernichtung plädieren (was freilich die meisten indirekt durch ihre Indolenz tun); wer uns also mit einem Spezialnamen bezeichnet, so als wären wir Vereinsmeier wie Rohköstler oder Robbenschützer oder Anthroposophen oder Trotzkisten, so als verträten wir eine Marotte, wer uns also mit dem Sondernamen „Pazifisten“ belegt, der beweist damit, daß er von der neuen Situation, die vor 38 Jahren angehoben hat, überhaupt noch nicht Notiz genommen hat. Aus diesem Grunde bitte ich ein für alle Male darum, mit diesem Epitheton verschont zu werden.

Ebenso mit der Behauptung, ich verträte gandhihaft „das Prinzip der Gewaltlosigkeit“, des grundsätzlich „passiv bleibenden Widerstandes“. In welcher meiner Schriften sollte ich das getan haben? Ich bin wirklich nicht so närrisch, so larmoyant, so martyrimussüchtig oder so feige, um zu glauben, daß wir die Erzeugung, Montierung, gar die Verwendung von interkontinentalen Raketen oder von Marschflugkörpern dadurch bekämpfen können, daß wir uns eingehakt auf das Pflaster legen und uns dann, vom Fernsehen aufgenommen, forttragen lassen. Verschmutzte Kleider oder blaue Flecken garantieren keinen Sieg. Jesu Mahnung, daß wir nicht widerstreben sollen dem Übel, sondern, so uns jemand einen Streich gibt auf die rechte Backe, diesem die andere Backe auch darbieten sollen – diese Mahnung Jesu hat entsetzlicherweise ihre Geltung verloren. Jawohl, verloren. Und zwar deshalb, weil es heute nicht mehr nur um die einzelnen geht, die Jesus im Auge gehabt hatte, und weil wir, wenn wir geschlagen werden, nicht auf (nur) eine Backe geschlagen, sondern total zerschlagen werden; so daß gar keine andere Backe übrigbliebe, die wir darbieten könnten. Weil eben niemand übrigbliebe. Wenn wir – denn wir leben ja noch in der Endzeit, noch nicht im Moment des Zeitenendes – wenn wir uns aber in unserer heutigen Situation noch immer bereit dazu erklären, die linke Backe darzubieten, dann handeln wir damit nicht jesuanisch, sondern, weil wir den Massenmord pränumerandi akzeptieren, kriminell; ganz abgesehen davon, daß wir durch die Protzerei mit unserer Gewaltlosigkeit dem Angreifer aufs erbärmlichste unsere Harmlosigkeit und Loyalität und uns selbst und unseren Kameraden unsere Moralität beweisen wollen. Man kann auch aus Feigheit tollkühn ins Verderben rennen. Kurz: Die unsere Vernichtung in ihre Pläne einbeziehen, bekämpft man nicht passiv.

Günther Anders, 1902 in Breslau geboren, studierte Philosophie. 1933 emigrierte er nach Paris, 1936 in die USA. Aus seinen Erfahrungen als Fabrikarbeiter entwickelte er sein Hauptwerk „Die Antiquiertheit des Menschen“. Anders lebt heute in Wien.

„Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“, 28.8.83

Selbstmord für den Frieden?

,,Wahrlich ich sage euch: wer zu diesem Berge spräche: Hebe dich und wirf dich ins Meer und zweifelte nicht in seinem Herzen, sondern glaubte, daß es geschehen würde, was er sagt, so wird's ihm geschehen, was er sagt''.
(Jesus laut Markus 11, 23)

Eine weltweite Aktion **,,Fasten für das Leben''** hat am Hiroshima-Tag, am 6. August, begonnen. Sie soll nach dem festen Glauben ihrer Trägerinnen und Träger endlich den entscheidenden Durchbruch zur Abrüstung in Ost und West herbeiführen. Das Fasten ist in seiner Dauer ,,unbefristet''. Das heißt, es soll durchgehalten werden bis zu erkennbaren Anzeichen eines Durchbruchs bzw. zumindest einer Tendenzwende — oder bis zum Tod der Akteure.

13 Menschen — anfänglich 9 — sind es derzeit, die sich diesem unbefristeten Fasten aussetzen: 4 in Oakland/San Franzisko, 4 in Paris, 3 in Bonn und 2 in Toronto (Kanada). Alle 13, soweit sie sich öffentlich erkärt haben, sind extrem stark religiös motiviert, wobei christlicher Glaube im Vordergrund steht, aber auch z.B. buddhistische Elemente mit im Spiel sind. Intensiv unterstützt wird das ,,Fasten für das Leben'' weltweit von einigen hundert Menschen, anscheinend gleichfalls in erster Linie aus dem religiösen und sektiererischen Spektrum. Die Unterstützung geht von technischen Hilfeleistungen (Flugblatt-Verteilen, Büroarbeit usw.) bis zu vielfältigen eigenen Fastenaktionen, die zum Teil sehr ausgedehnt sind, aber alle unterhalb der Gefahrengrenze befristet sind.

Auf die Kennzeichnung der Aktion als F a s t e n — und nicht etwa als Hungerstreik! — wird großer Wert gelegt: *,,Motiv für den Hungerstreik sei der Haß auf den politischen Gegner, Anstoß des Fastens die ,leidende Liebe' für die Menschen, die man retten will — der politische Gegner ist ein Irrender, der zur Umkehr gebracht werden soll''* (,,Zeit'', 19.8.). Die bekannteste der 13 Fasterinnen und Faster, die Französin Solange Fernex, sagt: *,,Unser Appell richtet sich an ausnahmslos alle Menschen (...) Die Geschichte kennt viele Beispiele von Verantwortlichen in hohen Stellungen, die abgedankt haben. Das Leben ist ein gemeinsames Gut von uns allen. Wir haben daher keine Gegner, lediglich Helfer und solche, die es werden können''* (Rundbrief Nr.6).

Weil es um absolute Liebe und nicht um politischen Kampf geht, soll auch von Druckausübung gegenüber den Herrschenden nicht die Rede sein. *,,Wir erheben keine Forderungen, sondern appellieren an die Menschen, ihr Gewissen zu prüfen''*, sagt Dorothy Granada. (Rundbrief Nr.6)

Daß dieser Appell zum Erfolg führen



Forts. von vorheriger Seite

wird, scheint die feste Glaubensüberzeugung der 13 und der meisten ihrer Unterstützer zu sein. Sie lehnen es daher strikt ab, ihr unbefristetes Fasten als ein Selbstmord-Kommando interpretieren zu lassen: **„Das Fasten für das Leben hat nicht das geringste mit Selbstmord zu tun. Wir führen eine gewaltfreie Aktion durch, die gute Aussichten hat, erfolgreich zu sein"** (Solange Fernex, Rundbrief Nr.6). Solange Fernex, die sich selbst als eine „pathologische Optimistin" bezeichnet, versichert, fest an den Erfolg ihrer Fastenaktion zu glauben: **„Sonst würde ich sie doch nicht machen"** („taz", 29.7.).

Wer politische Zweifel am Erfolg der Aktion anmeldet, wird nicht mit Sachargumenten gekontert, sondern muß sich sagen lassen, daß er einfach ein Defizit an Heiterkeit, Hoffnung und Wundergläubigkeit hat. So erging es beispielsweise Petra Kelly, die Solange Fernex schriftlich „angefleht" hatte, vom unbefristeten Fasten abzulassen („Frankfurter Rundschau", 22.8.). Ihr wurde von zwei Unterstützern der Fastenaktion, die zugleich Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion sind, geantwortet, sie neige wohl zum Pessimismus. Und: *„Komm doch einmal vorbei und nimm etwas von der Atmosphäre der Hoffnung in Dich auf, die uns hier erfüllt."*

In der grünen Fraktion wird die Fastenaktion wohl ohnehin noch für Debatten sorgen, denn der Bundestagsabgeordnete Roland Vogt ist seit langem als Befürworter solcher Aktionen bekannt. Mittlerweile hat er angekündigt, sich dem Fasten — gemeint ist anscheinend: dem unbefristeten?! — ab 6. September anzuschließen.

kannt. Mittlerweile hat er angekündigt, sich dem Fasten — gemeint ist anscheinend: dem unbefristeten?! — ab 6. September anzuschließen.

Gehört Gott zur Friedensbewegung?

Die Fastenaktion steht in ihren religiösen, christlichen Begründungen auf äußerst wackeligem Fundament. Solange Fernex sagt: *„Ich habe mein Leben, das ich von Gott bekommen habe, in Gottes Hand gelegt, um von ihm als ein Instrument des Friedens, der Umkehr, der Versöhnung gebraucht zu werden"* (Rundbrief Nr.7). Und Fasterin Jo Jordan erinnert sogar an Jesus, der ja auch für das Heil der Menschheit den Tod auf sich genommen habe („Zeit", 19.8.). Gott *„sehne"* sich *„nach Schritten zu internationalem Frieden"*, behauptet einer der geistlichen Unterstützer der Fastenaktion, Bruder Alain (Rundbrief Nr.6).

Gerade d i e s e Eigenschaft wird man Gott — um dessen Existenz hier nicht gestritten werden soll — ganz gewiß nicht zuschreiben dürfen. Allein die Ereignisse unseres Jahrhunderts reichen aus für die eindeutige Erkenntnis, daß sich Gott nicht als Verbündeter de Friedensbewegung in Anspruch nehmen läßt. Es hat zu keiner Zeit der großen organisierten Massenmorde an Millionen Menschen gefehlt, die die ganze Kraft ihres Glaubens und ihrer Gebete in die Waagschale geworfen haben, um ein Ende des Grauens zu erreichen. Und immer auch hat es Menschen gegeben, die im selbstlosen Einsatz für ihre Mitmenschen bis zur Aufopferung der eigenen Person gegangen sind. Bewirkt hat alles das für die Abschaffung von Kriegen und anderen Schlächtereien sehr wenig. Die Überzeugung der Fasterinnen und Faster, daß t r o t z d e m Gott nun gerade mit i h n e n „etwas ganz Besonderes vorhat", ist, nach rein religiösen Kriterien beurteilt, nur Vermessenheit.

Selbstmord als politische Waffe?

Die Vorstellung, daß die herrschenden Vorbereiter des millionenfachen atomaren Massenmords ganz plötzlich durch das Fasten oder auch den Tod von 13 Menschen von Gewissenszweifeln geschüttelt werden, braucht wohl nicht ernsthaft diskutiert zu werden. Eine solche Vorstellung kann nur im Gewächshaus einer geistig zugemauerten „in-group" blühen, wo statt der wirklichen Welt die Phantasien und Atmosphären gepflegt werden. Dort herrscht der Glaube, der Berge versetzen kann, verbunden mit grandiosen *„kosmischen Kräften und Energien in uns"*. *„Mit dem rationalen, kopflastigen Politkalkül"* ist das alles nicht verstehbar, wie es in einem Schreiben aus dem Unterstützerkreis heißt.

Das „Fasten für das Leben" wird nicht zu der angestrebten Tendenzwende in Richtung Abrüstung führen. Es wird zum Tod der Beteiligten oder zum Abbruch führen. Letzteres ist gar nicht so unwahrscheinlich, denn die 13 haben sich die Möglichkeit zum rechtzeitigen Ausstieg offengehalten: Ihre Forderungen — die ja sowieso gar keine Forderungen sein sollen — sind so vielfältig, daß sich irgendwie auch die Behauptung konstruieren ließe, da habe sich nun abrüstungsmäßig tatsächlich etwas Wichtiges bewegt, so daß man das Fasten erst einmal abbrechen könne. Wenn es dazu käme, wäre sicher nicht Angst vorm eigenen Tod der Auslöser, denn davon scheinen die 13 sich bereits freigemacht zu haben. Wohl aber könnte die Angst vor dem Scheitern der eigenen Glaubenszuversicht eine entscheidende Rolle spielen. Da nun einmal so heiter und transzendental auf den Erfolg der Aktion vertraut wird, könnte die Neigung bestehen, Erfolgsanzeichen herbeizuphantasieren.

Es bleibt die Frage nach dem politischen Effekt der Fastenaktion. Unter

anzeichen herbeizuphantasieren.

Es bleibt die Frage nach dem politischen Effekt der Fastenaktion. Unter

bestimmten Bedingungen kann die Aufopferung des eigenen Lebens starke politische Wirkungen hervorrufen. Ein herausragendes Beispiel aus jüngster Zeit ist die Ermordung des philippinischen Oppositionsführers auf dem Flughafen von Manila. Alles, was bisher dazu bekannt wurde, spricht dafür, daß Benigno Aquino über die Mordpläne informiert war und den eigenen Tod (bzw. dessen hohe Wahrscheinlichkeit) in vollem Bewußtsein auf sich genommen hat. Sein Tod hat auf alle Oppositionskräfte in der philippinischen Bevölkerung wie ein Signal zur Sammlung und zum offenen Hervortreten gewirkt. Auch die Wirkungen in der internationalen Öffentlichkeit sind erheblich.

Ein anderes Beispiel ist die Selbsttötung des Türken Kemal Altun in Berlin. Auch wenn wohl in erster Linie extreme persönliche Verzweiflung zu diesem letzten Schritt geführt hat, geschah Altuns Freitod in einer Situation, wo er die Unmenschlichkeit bundesdeutscher Ausländer- und Ausweisungspolitik aufrüttelnd bloßstellt. Zumindest die im Effekt mörderische Ausweisungspraxis der BRD-Behörden wird nach diesem Tod nicht einfach weitergehen können wie bisher.

Im Gegensatz dazu ist zu bezweifeln, ob der Tod der 13 Fasterinnen und Faster bzw. einiger von ihnen politisch etwas bewirken würde. Der Gegenstand ihre Fastens ist bereits seit langem in den Diskussionen und Aktionen von vielen Millionen Menschen rund um die Erde. Wer sich bisher vom drohenden atomaren Weltfinale nicht schrecken und aufrütteln ließ, der wird auch durch den Hungertod von 13 Menschen keine neuen Erkenntnisse gewinnen. Ihr Tod wäre politisch sinnlos. Allenfalls könnte er die Einsicht voranbringen, daß mit universaler Liebe, religiösen Phantasien und verabsolutierter Gewaltfreiheit gegen die Mächtigen dieser Welt wenig auszurichten ist. Das wäre zwar nützlich, aber gewiß nicht im Sinn der 13 Fasterinnen/Faster und ihrer Unterstützerinnen/Unterstützer.

Kt., Hamburg

Kampfhubschrauber für den Frieden?

Gerd Bastian ist in letzter Zeit als scharfer Abgrenzer gegen jede Form von Gewalt aufgetreten. Die Blut-Aktion von Schwalba-Hoth nannte er eine *„abscheuliche Aktion"*, eine *„parteischädigende, menschenverachtende Handlung"*. Für die Aktionen in Krefeld hat er nur die Begriffe *„Ausschreitungen"* und *„Gewalttäter"* parat. (So in seinem Brief an die grüne Bundestagsfraktion vom 9.8.). Bei militärischer Gewalt des Staates hat der Ex-General ganz andere Maßstäbe: Was anfangs nur als Gerücht durch die Grüne Fraktion geisterte, wurde durch den Chefredakteur der „Wehrtechnik" öffentlich bestätigt: Wolfgang Flume lobte die konstruktive Zusammenarbeit im Verteidigungsausschuß, in dem Bastian für die Grünen sitzt; dabei nannte er konkret Bastians Zustimmung für das neue Kampfhubschrauber-Panzerabwehrwaffensystem der Bundeswehr. Ein „Witz" am Rande: Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag war die etablierte Öffentlichkeit über die Grünen hergefallen, sie würden die Geheimhaltungspflichten im Verteidigungsausschuß nicht einhalten. Bastian hatte erwidert, er wisse, was geheimhaltungspflichtig sei.

Es geht bei besagtem Projekt um die Anschaffung von 200 Hubschraubern des Typs PAH-2 ab 1986. Die Kosten dieses Systems betragen 1,5 Mrd. bzw. mit allen Nebenkosten 4 Mrd. DM. Die Zustimmung Bastians, die er inzwischen auch öffentlich verteidigt, ist ein überaus interessanter Beitrag zur aktuellen Debatte über die Festlegung der Friedensbewegung auf prinzipielle und absolute Gewaltfreiheit. Es zeigt sich zudem, wie schnell am grünen Tisch entwickelte Modelle sogenannter „defensiver Verteidigung" zur Unterstützung der real laufenden konventionellen Kriegsrüstung verkommen.

„Ich habe nichts dagegen, es handelt sich um eine Anschaffung im Rahmen der defensiven, konventionellen Aufrüstung der Bundeswehr", verteidigte Bastian seine Zustimmung gegenüber der ‚taz' (17.8.). Seine Zustimmung war nicht einmal ein versuchtes Tauschgeschäft für Abrüstung auf anderen Gebieten: *„Ob wir etwas abschaffen oder auf etwas verzichten können, werden wir später sehen"* (ebenda). Inzwischen hat Bastian dazu gegenüber der Presse eine Erklärung abgegeben (s. Kasten).

Grünes Programm für Kampfhubschrauber?

Bastian nennt den Vorwurf „unbegründet", er habe gegen sicherheitspolitische Grundsätze der Grünen verstoßen. Die neuen Kampfhubschrauber seien sogar *„besonders wichtig"* im Rahmen der grünen Forderung für eine defensive Umstrukturierung der Bundeswehr.

Gottlob irrt hier Bastian gewaltig (zumindest, was den g e g e n w ä r t i g e n Programmstand der Grünen anbelangt). Den ersten massiven Vorstoß für die Aufnahme der Vaterlandsverteidigung ins Programm der Grünen machten die Baden-Württembergischen „Realpolitiker" im September 1981 auf ihrem Landesparteitag. Der grüne Landtagsabgeordnete Kretschmann forderte: *„Wenn wir uns etablieren wollen, dann können wir nicht immer die weiße, grüne Weste anbehalten, sondern müssen uns auch mit dem befleckten Geschäft der Politik einlassen"*. In diesem Fall ein blutbeflecktes Geschäft!... Der Leitantrag forderte zunächst eine „defensive Territorialverteidigung". *„Wann im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet werden kann"*, das hänge von den *„Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab"*, hieß es dazu. Eine erhebliche Minderheit drohte nach der Annahme dieses Antrags mit dem

Friedenshubschrauber

Austritt aus der Partei, da hier das Prinzip der Gewaltfreiheit aufgegeben

schrauber der Firma Messerschmidt-- Bölkow-Blohm vom Typ Bo 105, der

Austritt aus der Partei, da hier das Prinzip der Gewaltfreiheit aufgegeben werde. Es kam zu einem Kompromiß, es heißt jetzt: *„Wir fordern die Auflösung der hierarchischen, zentralisierten Struktur der Armee, die sich als A n g r i f f s instrument einsetzbar macht"*. (s.AK 209). Das ist zweifellos im Sinne einer bloßen Umstrukturierung der Bundeswehr i n t e r p r e t i e r b a r.

Am 2. bis 4.10. 1981 wurde auf dem Bundesparteitag ein **„Grünes Friedensmanifest"** verabschiedet. Den Vertretern einer „alternativen Verteidigung" wurde darin eine Absage erteilt: *„Die Arbeitsformel der Grünen lautet: Abbau der militärischen Rüstung und Aufbau der Fähigkeit zur sozialen Verteidigung"* heißt es dort.

Ausgehend von einer *„Abrüstung von Waffensystemen, die eindeutig zum Angriff bestimmt sind (...), müssen weitere Schritte einer Abrüstung gegen Null bis hin zur vollständigen Auflösung der Bundeswehr und aller Militärapparate unternommen werden."* Gefordert wurde außerdem eine *„öffentliche Diskussion über die soziale Verteidigung auch im Verhältnis zu den verschiedenen militärischen Konzepten, die als Alternative zur gegenwärtigen Aufrüstungspolitik innerhalb der Friedensbewegung genannt werden."* Eine solche „Diskussion" kann wohl kaum in eine Forderung nach einer „defensiven Bundeswehr-Umstrukturierung" umgemünzt werden. Selbst für den Fall eines „militärischen Übergriffs" auf die BRD fordert das Manifest trotz der „Risiken" sozialer Verteidigung: **„Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Fall nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde."** Versuche, gerade diesen Satz zu streichen, scheiterten; ebenso erging es dem Antrag Hamburger Grüner, die Frage nach dem Für und Wider der „alternativen Verteidigung" offen zu lassen. Auch das Sindelfinger Programm forderte nicht „alternative" militärische Verteidigung, sondern gewaltfreie soziale Verteidigung. Im Wahlprogramm für 1983 (verabschiedet am 15.1.) werden „einseitige Abrüstungsschritte auch im konventionellen Bereich" gefordert, insbesondere bei „Offensivwaffen. Als Definition solcher Waffen wird eine Reichweite „über die Grenze hinaus" angegeben.

Zum Beschaffungsprogramm und Einsatzkonzept

Ende 1980 wurden die ersten *„Panzerknacker für die Bundeswehr"* in Dienst gestellt. Der PAH 1 ist ein Hub-



Friedenshubschrauber

schrauber der Firma Messerschmidt-- Bölkow-Blohm vom Typ Bo 105, der mit 6 Hot-Raketen zur Panzerabwehr ausgerüstet ist. Die Hot ist eine in deutsch-französischer Koproduktion erstellte Panzerabwehrwaffe, von der bisher schon über 30.000 Stück in alle Welt verkauft wurden. Mit 210 km/h, kann dieser Hubschrauber wie ein Grashüpfer über das Gelände hüpfen, muß dann kurz aus der Deckung gehen, in spätestens 17 Sekunden würde dann die Hot-Rakete zum Stückpreis von 35.000 DM drahtgelenkt in einen Panzer fliegen und dies auf Entfernungen von 4 km mit 80%iger Wahrscheinlichkeit. Dabei würde es nicht nur Blut-spritzer auf fremden Uniformen geben, sondern die Hot würde alles andere als gewaltfrei jede Panzerung durchschlagen und den Panzer samt Besatzung vernichten (liegt es nun daran, daß es sich um „Russen" handeln könnte, an der „Verteidigung" oder woran eigentlich, daß dies gerechtfertigt sein soll?). Ursprünglich wollte die Bundeswehr bis 1983 212 Stück davon zum Preis von je 4.348 Mio. DM in Dienst stellen (Angaben HA, 5.1280, Welt, 6.5.81). Mit den im Juni 1983 vom Bundestag im Verteidigungsausschuß genehmigten 10 weiteren PAH 1 *(mit oder gegen Bastians Stimme?)* werden es insgesamt 100 sein (FAZ, 23.6.83). Nun soll der PAH 2 ab 1986 zum Stückpreis von 10-15 Mio. DM folgen. Es handelt sich bei dem Hubschrauber wiederum um ein deutsch-französisches Koprodukt. Dieser Hubschrauber soll „nachtkampffähig" und noch wendiger sein, seine Reichweite und Einsatzzeit ist erheblich erweitert (600 km). Dieser Hubschrauber soll keineswegs, wie Bastian jetzt behauptet, den PAH 1 einfach „ersetzen". Der PAH 1 soll dann vielmehr die Alouette II als „Verbindungshubschrauber" ersetzen, ein System, das vor 40 Jahren entwickelt wurde und ab 1993 verschrottet würde (s. FAZ, 23.6.).

Im Sinne der Grünen-Definition einer „Offensivwaffe" (die über die Grenze reicht) behauptet nun Bastian, dieser Hubschrauber sei eine „Defensivwaffe". Trotz seiner Reichweite von

Fortsetzung nächste Seite

STELLUNGNAHME GERT BASTIAN ZU EINER ZUSTIMMUNG DER ENTWICKLUNG EINES PANZERABWEHRHUBSCHRAUBERS PAH II

Die von der TAZ gegen mich erhobenen Vorwürfe, meine Zustimmung im Verteidigungsausschuß zur Entwicklung eines Panzerabwehrhubschraubers II für die Bundeswehr würde die sicherheitspolitischen Grundsätze der GRÜNEN verletzen, weise ich als unbegründet zurück.

Panzerabwehrhubschrauber werden in der Bundeswehr bereits seit längerer Zeit verwendet. Dabei handelt es sich um Hubschrauber, die mit weitreichenden Panzerabwehrraketen bestückt sind und angreifende Panzer vom eigenen Gebiet aus auf große Entfernung treffsicher bekämpfen können.

Für eine angriffsweise Verwendung sind Panzerabwehrhubschrauber dagegen weder gedacht noch geeignet. Für die von den GRÜNEN geforderte Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation sind Panzerabwehrhubschrauber daher besonders wichtig. Wer diese Forderung der GRÜNEN ernst nimmt und nicht zum bloßen Lippenbekenntnis abwerten will, hat daher allen Grund, sich für die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern in der Bundeswehr einzusetzen.

Im übrigen dient die im Verteidigungsausschuß beschlossene und auch von mir unterstützte Neuentwicklung eines Panzerabwehrhubschraubers - nicht wie die TAZ meint - der Aufrüstung, sondern einer späteren Ablösung der jetzt verwendeten Fluggeräte zum voraussehbaren Zeitpunkt ihrer beginnenden Fluguntauglichkeit.

Forts. von vorheriger Seite

600 km kann man behaupten, daß er in der Regel an der unmittelbaren Grenzfront, zu Kriegsbeginn sogar auf BRD-Gebiet eingesetzt würde. Im allgemeinen sollen solche Kampfhubschrauber nicht hinter den feindlichen Linien als Kommandotrupps operieren, auch wenn dies beim Manöver ,,Scharfe Klinge'' (1981) erprobt wurde. Die Kampfhubschrauber deswegen als ,,defensiv'' und gerechtfertigt einzustufen, hieße aber, j e d e r Waffe für den unmittelbaren Fronteinsatz den Segen zu geben. Wo dann im Krieg die Front konkret liegt, wird ignoriert.

Es gehört ja lediglich zum NATO-Tabu bzw. zur Verdummungspropaganda, daß sie sich auf die ,,Verteidigung'' des eigenen Gebiets beschränken wolle. So heißt es z.B. zum Rogers-Plan, der einen Blitzangriff gleich bis ins polnische Gebiet vorsieht, in der ,,Welt'' (am 15.7.83): ,,*Um Irrtümern des Argwohns vorzubeugen: Die westlichen Truppen würden darum nicht von der Verteidigung zum Angriff wechseln.*'' Oder: ,,*Was würden sie (die Landstreitkräfte der NATO — Anm. AK) tun, wenn nach einem Angriff des Warschauer Pakts auf den Westen sich eine Lage einstellen würde, die es gestattet, den Angreifer auf sein eigenes Territorium zu verfolgen?* ***Hierüber wird in der NATO nicht gesprochen.*** *Dem Beobachter ist aber klar, daß die innerdeutsche Grenze in einem solchen Fall nicht tabu wäre*'' (Welt, 21.9.81). Selbstverständlich taugen die Kampfhubschrauber auch für einen Angriffskrieg (sog. ,,Vorneverteidigung'').

General Dr. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Oberbefehlshaber der Allierten Streitkräfte Europa-Mitte, hielt Anfang Februar einen Vortrag, in dem er von diesem Instrument schwärmte (abgedruckt in ,,Europäische Wehrkunde'', 8/83): ,,*Die Militär-und Kriegsgeschichte nennt manche Beispiele dafür, daß entweder die überlegene Beweglichkeit oder die überlegene Feuerkraft einer Seite die Grundlage für eine erfolgreiche Operationsführung oder gar des Sieges war. Relativ selten aber sind die Beispiele, wo es gelang, beide Überlegenheitsfaktoren zu vereinen. Wenn dies der Fall war, war meist ein überwältigender Sieg die Folge.*'' Genau ein solches Instrument sollen spezielle Luftbrigaden aus Kampfhubschraubern werden, von denen die NATO unmittelbar 6 Bataillone zusammenstellen könnte. ,,*Zehnfach gesteigerte Aufmarschgeschwindigkeit*'' , ,,*unbegrenzte Fähigkeit der Auflockerung*'', ,,*die Fähigkeit, rasch Feuerschwerpunkte zu bilden*'' und die ,,*Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Bewaffnungen*'' sollen die Fähigkeitgeben, im Gefecht **,,jeden Feind zu vernichten''... ,,Sie könnten die Hauptlast eines G e g e n a n g r i f f e s tragen, sei es in einer konventionellen Operation oder in Vorbereitung oder Ausnutzung nuklearen Feuers.''**

Bei dieser Einsatzplanung kann es nicht ausbleiben, daß die Aufgaben des Kampfhubschraubers ausgeweitet werden. Die Firma Sikorsky hat bereits einen Typ entwickelt, der andere Kampfhubschrauber im Gefecht ausschalten soll (s. ,,Internationale Wehrrevue'' 7/83). Da die Kosten in der Größenordnung eines Panzers liegen, könnten in naher Zukunft im Sinne Etterlins (s.o.) weitere Gefechtsfeldaufgaben ebenso folgen. Im Gespräch ist bereits, Cruise missiles ,,unverwundbar'' auf Hubschraubern zu stationieren, wegen der guten Möglichkeiten im ,,nuklearen Feuer'' könnten es ebenso gut auch taktische Atomwaffen oder Neutronenbomben sein, die auf Hubschraubern stationiert werden.

Vorzüglich eignet sich der Hubschrauber natürlich schon heute für den Einsatz in der 3. Welt, gerade der Vietnam-Krieg war es, der dem Hubschrauber zu einer besonderen Rolle verhalf. Frankreich wollte ursprünglich s t a t t der Koproduktion einen Jagd- und Kampfhubschrauber mit Raketenbewaffnung entwickeln, heißt es (FAZ, 23.6.83). ,,*Beide Partner sind sich jedoch einig, daß jeder von ihnen aus dem gemeinsamen Panzerabwehrhubschrauber andere Versionen entwickeln kann, so wie es seinen Interessen entspricht*'' (ebenda). Auch hier wieder dürfte die Version einer ,,defensiven'' Waffe schlicht daneben liegen.

Alternative Wunschträume

Daß ein Vertreter ,,alternativer Verteidigungskonzepte'' eine solche Wunderwaffe auch für sein System haben möchte, kann man vielleicht noch unter militärtechnischen Gesichtspunkten verstehen. In seinem Buch ,,Frieden schaffen!'' (erschienen 1983 im Kindler-Verlag) fordert Bastian für sein Modell sogar ausdrücklich eine ,,A u f s t o c k u n g'' der Kampfhubschrauber. (Nebenbei will er auch die Anzahl der Bundeswehrangehörigen unangetastet lassen, mehr Panzerabwehrsysteme und ,,den Ausbau vor allem bodengestützter Luftverteidigung''; die Kürzung bei der Beschaffung des Flugabwehrsystems Roland müsse rückgängig gemacht werden (S. 165-167).

Auf der anderen Seite widerlegt Bastian dort sich selbst: Unter den gegenwärtigen Umständen atomarer Kriegsplanung und spätestens mit der ,,Nachrüstung'' würden - so schreibt Bastian - alle NATO-Soldaten ,,*in die unzumutbare Lage gebracht, nach einem Ausbruch von Feindseligkeiten in Europa das Schützenswerte ... nicht mehr verteidigen zu können, sondern mit allem, was sie tun, seine Zerstörung nur umso vollständiger zu machen*'' (S. 148/149). Mit der ,,Nachrüstung'' müßte ,,*die Verweigerung des Wehrdienstes ... zur allein zulässigen und vor der Gesellschaft verantwortbaren Haltung werden*'', führt Bastian durchaus konsequent aus (S. 150).

Wieso diese Verweigerung nicht für die Anschaffung von Milliarden-Systemen gilt, die auch noch im atomaren Gefecht als ideales Kampfmittel gelten, bleibt wohl unergründlich, zumal Bastian in seinem Buch ausführt, daß es sich bei der angeblichen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes schlicht um ein Märchen handelt, an das kein führender NATO-Militär glaubt.

Auffällig ist aber auch dort, daß Bastian den ,,Verteidigungswillen'' der Bundeswehr außer jeden Zweifel heben will, obwohl schon heute die Rüstung der Bundeswehr auch ein arbeitsteiliger Beitrag ist, um anderen NATO-Ländern ihre Interventionsmöglichkeiten in der 3. Welt zu erleichtern und zu ermöglichen. (Falkland! Tschad!). Den Rogers-Plan, der eine konventionelle Angriffsstrategie der NATO vorsieht, erwähnt Bastian überhaupt nicht. Im Gegenteil, die in ähnlicher Richtung argumentierende ,,Viererbande'' (die gleichzeitig für den Abbau atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa eintreten) wird rundheraus gelobt, einschließlich ihrer konventionellen Überlegungen.

Frau/man darf gespannt sein, ob die Grünen in der Lage sind, solche Pro-Rüstungsvorstöße zu stoppen. Bisher hat dieser Vorgang nicht annähernd soviel Aufregung und Betriebsamkeit verursacht, wie die Blutspritzer von Schwalba-Hoth auf einer Generalsuniform.

Immerhin haben die Grünen auf ihrer letzten Sitzung der Bundestagsfraktion (in Abwesenheit von Gert Bastian vereinbart, g e g e n jede Zustimmung von Waffensystemen einzutreten, sondern vielmehr die Kürzung des Rüstungshaushaltes um ein Drittel zu fordern.

Hessen:

Volksbegehren kommt voran

,,*In der Erwägung, daß das Recht des Volkes, über die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen selbst und unmittelbar zu entscheiden, unveräußerlich ist ...*'' Mit diesen Worten beginnt ein Gesetzentwurf, für den in Hessen seit Mitte August Unterschriften gesammelt werden, um ein/en Volksbegehren/Volksentscheid zu beantragen. Das Gesetz soll alle Landesorgane verpflichten, ,,Herstellung, Transport, Lagerung und die Stationierung von jeglichen Massenvernichtungswaffen — insbesondere Pershing II, Cruise Missiles und vergleichbaren Waffensystemen — auf dem Gebiet des Landes Hessen zu verhindern''. Daß der Anspruch, über die Erhaltung der Lebensgrundlagen selbst und u n m i t t e l b a r zu entscheiden, ein ,,unveräußerliches Recht'' sei — das stand wohl bislang noch in keinem Gesetzentwurf, der in diesem Land jemals auf die Reise geschickt worden ist — und sei es, um in irgendwelchen Papierkörben zu landen. Mag sein, daß es Zukunftsmusik ist, die hier gespielt wird. In Hessen jedenfalls werden die Noten dazu derzeit unter die Leute gebracht.



Wie reagiert so ein Bürger, den man im allerweitesten Sinn dem hessisch-demokratischen Lager zurechnen kann, wenn er um seine Unterschrift angegangen wird? Er sagt: ,,Wenns gegen die Raketen geht, unterschreib ich''. Dann sieht er auf dem Formular, daß eine Bestätigung seiner Wahlberechtigung durch die Behörden vorgesehen ist. Hoppla, das ist ja ernst, denkt er und meint: ,,Wie bei der Startbahn''. Die schreibbereite Hand sinkt, um sich lieber doch erst durchzulesen, was da unterzeichnet werden soll. Er unterschreibt und fragt: ,,Ob's denn diesmal durchkommt?'' Der Zweifel ist unüberhörbar. Er verabschiedet sich mit einem ,,Na, denn viel Erfolg''. Vielleicht setzt sich im Laufe dieser Kampagne die Erkenntnis durch, daß der ,,Erfolg'' von ihm und niemand anderem abhängt.

Apropos ,,er'': So langsam verfestigt sich der Eindruck beim Sammeln, daß es mehr sie als er ist.

Ob's denn durchkommt? Daß es n i c h t durchkommen werde, ist das e i n z i g e Argument gegen dieses hessische Volksbegehren für den Frieden, das gleichermaßen von den Gegnern der Friedensbewegung wie auch innerhalb der Friedensbewegung benutzt wird. Justizminister Günter (SPD) erklärte mit reichlich Schleim, die Landesregierung nehme das Anliegen, Frieden zu schaffen, ,,ernst''. Dies könne jedoch nicht über ein Landesgesetz erreicht werden, da die ,,Verteidigungspolitik'' in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes falle. Damit ist angekündigt, daß die Landesregierung den Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens ablehnen will (wenn er demnächst von 120.000 Wahlberechtigten gestellt werden wird). Er umgeht dabei ein kleines Problemchen der SPD: Nach der Wahl am 25.9. wird es keine sozialdemokratische Alleinregierung in Hessen mehr geben, auch keine geschäftsführende. Herr Günther müßte sich also, falls er Justizminister bleibt, mit einem künftigen Koalitionspartner darüber absprechen — vielleicht mit der CDU?

Die knochenharten Sozialdemokraten in der Landesregierung wähnen sich in Sicherheit. Sie glauben, im Wahlkampf am besten zu fahren, indem sie gar keine Antwort zur Frage der Raketen-Stationierung geben. Monoton wird wiederholt, ,,zuständig'' sei ja die Bundesregierung, und wir ... wir sind für Frieden, Frieden und nochmals Frieden. Freilich gehen einem genervten Ministerpräsidenten, zumal wenn er Börner heißt, im Wahlkampf-Einsatz schon mal die Gäule durch. ,,Was wollt ihr denn?'', pöbelt er dann los, ,,die Entscheidung der Mehrheit i s t doch am 6. März gefallen''. So redet einer, der f ü r den NATO-Doppelbeschluß (einschließlich seines Rüstungsteils) ist, aber heilfroh, daß jetzt andere den Ärger damit haben. An diesem schlichten Spruch — die Entscheidung ist gefallen — kann man sehen, was das Friedens-Geseiere der diversen SPD-Parteitage den Führern real bedeutet. Protestiert wird allein der Show halber, aber nicht um die Stationierung wirklich zu verhindern.

So grob geht freilich der Durchschnitts-SPDler, wie er etwa auf Anti-Kriegs-Tagen des DGB anzutreffen ist, mit dem Volksbegehren nicht um. Was denn passiere, fragt er in gekonnt nachdenklicher Eppler-Pose, ,,wenn ein Volksentscheid w i r k l i c h zustande käme, die Mehrheit aber f ü r die Rüstung votiert''? Nicht etwa, daß der Gute sich deshalb grämt, weil in diesem hypothetischen Fall die Kriegsvorbereitung unter noch schwereren Bedingungen zu bekämpfen wäre. Nein, er macht sich vielmehr Sorgen, daß die unterlegene Minderheit dann ,,zu den Waffen greife''. Und damit wäre die Gewaltfreiheit passé. Die Aufrechterhaltung des inneren Friedens ist wichtiger als die des äußeren Friedens. Solche Argumente kommen von Sozialdemokraten, die sich (inzwischen) durchaus als zur Friedensbewegung zugehörig verstehen! Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Staatsloyalität und Unterwerfung.

Kommen wir schließlich noch zu denjenigen Einwänden, die speziell von linken Sozialdemokraten kommen. Sie sind für die Volksbefragung auf Bundesebene, aber gegen das Volksbegehren im Hessenland. Denn mit der landespolitischen Initiative ziele man ,,auf den falschen Gegner''. Dadurch würden die Massen in Illusionen gewogen und falsch orientiert. Daß der Antrag auf Durchführung eines Plebiszits, in einem Bundesland erfolgreich gestellt, die beste Unterstützung für ein ebensolches Verfahren bundesweit wäre, die sich momentan vorstellen läßt, will ihnen nicht in den Sinn. Nein, die Unterschriften m ü s s e n unter den Aufruf der Hannoveraner Konferenz gesammelt werden, auch wenn es politisch völlig belanglos ist, ob dort nach Albertz, Gollwitzer und Lafontaine auch noch du und ich unser Kürzel drunter setzen. Dieser Argumente befleisigen sich zusätzlich die MLPD und der bayerische Arbeiterbund — (objektiv) hilfreich bemüht, die SPD-Landesregierung im Wahlkampf aus der Angriffslinie herauszuhalten ...

Ob's denn wirklich durchkommt? Spätestens nach dem Volksbegehren ,,Keine Startbahn West'' müßte doch klar sein: Es gibt in diversen Landesverfassungen Paragraphen, in denen von Volksbegehren/Volksentscheid die Rede ist. Es gibt bedrucktes Papier. In der politischen Realität der Bundesrepublik gibt es k e i n e Plebiszite, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Dies ist augenscheinlich auch der ganze Sinn des plumpen Tricks, mit dem die sog. Verfassungsväter an diese Frage herangegangen sind (auf Landesebene ja — im GG nein). Wer das Plebiszit will, auf welcher Ebene auch immer, kommt um eine — sagen wir mal: beträchtliche — Veränderung dieser real existierenden Demokratie, die eben keine ist, nicht herum. Das zu erkennen, sollte nicht so schwierig sein. Wenn dem so ist, geht es aber nicht um die Frage, ob der Bund oder das Land, sondern darum, ob das Volk oder die Herrschenden ,,kompetent'' sind. Lehrt das Beispiel Startbahn West, daß wir schlechte Erfahrungen mit der plebiszitären Demokratie gemacht hätten? Nein. Der Volksentscheid ist der Bürgerbewegung ja v e r w e h r t worden. Daß er der Regierung nicht in den Kram paßte, kann aber kein Grund sein, davon die Finger zu lassen. Im Gegenteil. Sollen wir vielleicht solange warten, bis er uns geschenkt wird??

Wäre das Volksbegehren von der organisierten Linken abhängig, in der diese Unklarheiten grassieren und Untätigkeit bewirken, es wäre wohl zum Scheitern verurteilt. Doch die Hoffnung auf jene hessische Eigentümlichkeit, die sich bereits beim Flughafen-Konflikt bemerkbar gemacht hatte, trog auch diesmal nicht. Seit die Sache läuft, melden sich urplötzlich Initiativen und einzelne Menschen aus dem ganzen Bundesland, die die Sache in die Hand nehmen. Unterschriften-Listen, Plakate und eine Massenzeitung in 100.000 Auflage (,,Frieden jetzt'') sind im Nu vegriffen. Mensch staunt über den eklatanten Widerspruch zwischen Resignation, Überheblichkeit und Passivität an linken Kneipentischen einerseits und dem Echo ,,draußen'' andererseits. Die Lawine rollt, während in den Redaktionsstuben von ,,taz'' und ,,Pflasterstrand'' noch räsonniert wird, ob man überhaupt einen Schneeball werfen soll.

KB/Gruppe Frankfurt

Gute Möglichkeiten leichtfertig verspielt

Am 24.8. lehnte die Bremische Bürgerschaft mit der Mehrheit von SPD, CDU und FDP einen Antrag von Peter Willers (GUL/Grüne und Liberale Gruppe) ab, das Thema Volksbefragung zur ,,Nachrüstung'' auf die Tagesordnung zu nehmen.

Auf diese parlamentarische Ablehnung mit dem Durchführen einer autonomen Volksbefragung zu reagieren, wurde von einer Mehrheit der Bremer Friedensbewegung abgelehnt.

Stattdessen soll am Tag der Bürgerschaftswahl, dem 25.9., ein Aktionstag stattfinden.

SPD im Gegensatz zur Friedensbewegung

Hauptschuld am Scheitern jeglicher parlamentarischer Behandlung eines Gesetzes für eine konsultative Volksbefragung trifft die Mehrheitsfraktion SPD. Hätte sie sich auf die Seite der Friedensbewegung gestellt und eine eigene Gesetzesinitiative eingebracht, wäre eine Volksbefragung am Wahltag ohne Probleme durchführbar gewesen. Jedoch nicht einmal die Mitglieder des SPD-Unterbezirks Ost, der die Unterstützung plebiszitärer Maßnahmen angekündigt hatte (siehe AK 236), setzten sich für eine Volksbefragung auf Landesebene ein. Der traurige Beweis, immer dann eine bestimmte Rolle in der Friedensbewegung zu beanspruchen, wenn es nichts kostet, wurde von der SPD erneut erbracht.

Erleichtert wurde der SPD ihr Vorgehen durch die Abgeordneten der GUL, Willers und Schröder. Nachdem die Bremer Grünen es auf ihrer Programmberatung bereits abgelehnt hatten, unter dem Punkt ,,Basisdemokratie'' die Forderung nach einer Volksbefragung aufzunehmen, weigerte sich Willers Ende Mai, einen Antrag der BIFA (Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung) zur Volksbefragung in der Bürgerschaft zu stellen. Neben Befürchtungen von einer Niederlage (nur knappe Mehrheit gegen die Stationierung) zog Willers sich darauf zurück, daß die Bremer Initiativen eine Volksbefragung nicht debattiert hätten.

Wenige Stunden vor Antragsschluß gelang es, Uwe Schröder (ehem. FDP) zum Einbringen einer Gesetzesinitiative zu veranlassen. Es ließ sich allerdings nicht verhindern, daß Schröder die Forderungen der BIFA änderte. Aufgrund einer übervollen Tagesordnung

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

wurde der Antrag Schröders auf die Bürgerschaftssitzung im August verschoben.

Ganz ohne Absprache mit irgendeiner Friedensgruppe teilten die Grünen am 24.6. über die Presse mit, sie wollten bei einem Scheitern von Schröders Antrag ein Volksbegehren durchführen. Stattdessen hatte die BIFA sich bereits für eine autonome Volksbefragung ausgesprochen.

In den Bremer Gruppen wurde über das beste Verfahren noch diskutiert. Immerhin versprachen die Grünen, daß es gewährleistet sei, daß im August ein Antrag auf Volksbefragung gestellt werde. Es war deshalb für die Bremer Initiative Volksbefragung und alle anderen Friedensgruppen eine böse Überraschung, als Uwe Schröder sieben Tage vor der Bürgerschaftssitzung seinen Antrag ohne Absprache zurückzog. Er begründete dies damit, daß durch das BVG-Urteil von 1958 sein Antrag unhaltbar und gesetzeswidrig sei. Und weil entgegen den ursprünglichen Zusagen die Grünen eine Absicherung der Antragstellung versäumt oder aus Zutrauen zu Schröder schlicht unterlassen hatten, war das Thema Volksbefragung von der Tagesordnung der August-Sitzung der Bürgerschaft verschwunden. Ein letzter Versuch von Willers, über einen Dringlichkeitsantrag das Thema doch zum Diskussionspunkt zu machen, scheiterte in der Geschäftsordnungsabstimmung an den etablierten Parteien.

Jusos und Grüne: Für außerparlamentarische Aktivitäten keinen Handschlag

Die Einzelaktion eines Abgeordneten hätte unter den Bedingungen außerparlamentarischen Drucks nicht ausgereicht, der SPD einen guten, ungestörten Abgang zu verschaffen. Leider ist aber die Kampagne für eine Volksbefragung in Bremen etwas schleppend in Gang gekommen. Dafür sind zum Teil die Jusos und die Grünen verantwortlich.

Während die Grünen an das ganze Thema Volksbefragung mit Halbherzigkeit herantraten, sprachen sich die Bremer Jusos bereits sehr früh für die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung aus. Das Beharren auf nur dieser Forderung war spätestens seit dem 24.6. perspektivlos, als der SPD-Landesvorsitzende Kunick mitteilte, daß die SPD eine Volksbefragung ablehne. Nichtsdestotrotz hätten eine aktive Beteiligung an der Arbeit der Bremer Initiative Volksbefragung und das Vertreten von deren Forderungen im Bremer Friedensforum dazu beitragen können, den außerparlamentarischen Druck für eine konsultative Volksbefragung zu erhöhen, doch selbst in dieser Hinsicht war von den Jusos ebensowenig zu sehen wie von den Grünen. In der BIFA besaß ein Juso-Funktionär gar die Dreistigkeit, die Unterstützung einer autonomen Befragung von einer „Klärung der Gewaltfrage" im Sinne der Jusos abhängig zu machen. Doch selbst, als in der BIFA über die „Gewalt-Debatte" eine Einigung erzielt worden war, trugen die Jusos zur Kampagne nichts bei.

Nach der Stellungnahme Kunicks war politisch vor allem brisant, wie mit einer Ablehnung der Volksbefragung durch die Bürgerschaft umgegangen werden soll. Die BIFA, die BAL und nach einigem Zögern auch die DKP traten für eine autonome Volksbefragung am 25.9. ein. Mitten in den Klärungsprozeß platzten dann die Grünen mit der Pressemitteilung, s i e wollten ein Volksbegehren durchführen, während die Jusos durchgängig die Position vertraten, nach der Bürgerschaftssitzung solle außer Flugblattverteilen nichts geschehen.

Der grüne Vorschlag eines Volksbegehrens stieß zunächst auf wenig Gegenliebe — auch in einigen Friedensgruppen wurde eine autonome Volksbefragung positiv diskutiert —, und die Grünen wechselten nach einigem Hin und Her ihre Position, ohne deswegen mehr zu tun als bisher. Im Gegenteil: Trotz Bitten der BIFA an Willers, mit den Initiativen gemeinsam vor der Bürgerschaftssitzung eine Pressekonferenz durchzuführen, um weitere Öffentlichkeit herzustellen, und an Jürgen Reents, von Bonn aus die Pressearbeit zu verstärken, nutzten die Grünen ihre Möglichkeiten nicht und stellten sie nicht zur Verfügung.

Über diese Politik des passiven Boykotts gingen die Jusos mit der Veröffentlichung eines Papiers hinaus, in dem sie sich direkt gegen eine autonome Volksbefragung aussprachen, weil:
— die Initiativen nicht ausreichend einbezogen seien;
— sich zu wenig Menschen an der Abstimmung beteiligen würden;
— das Ergebnis dann nicht mehr als bisherige Meinungsumfragen bewirken würde;
— *„die Rechtskräfte ... die Authentizität des Ergebnisses anzweifeln"* würden.

Dennoch erhielt die Friedensbewegung die freundliche Zusicherung, daß die Jusos *„nicht öffentlich gegen eine autonome Befragung agitieren werden."* Von dieser Zusicherung wurde allerdings das ständige Auftreten der Jusos in ihren Friedensgruppen gegen eine autonome Befragung nicht erfaßt.

Es blieb der BAL vorbehalten, durch eine kurze Besetzung der Rathausvorhalle und die Übergabe einer Resolution an Bürgermeister Koschnick zwei Tage vor der Bürgerschaftssitzung noch einmal für Öffentlichkeit zu sorgen.

Auf einer Versammlung der Friedenskräfte am 25.8., auf der das weitere Vorgehen beraten wurde, fand eine autonome Volksbefragung zwar keine einhellige und stürmische Zustimmung, jedoch war die Debatte in den unabhängigen Initiativen meist recht positiv verlaufen, auch wenn sich einige Gruppen vehement gegen eine autonome Volksbefragung äußerten.

Ein Beschluß, eine autonome Befragung durchzuführen, war allerdings nicht möglich. Beschlossen wurde, den 25.9. zu einem Aktionstag zu gestalten, an dem aufgeklärt werden soll, an wem es liegt, daß keine Volksbefragung durchgeführt wird, an dem einige Gruppen vielleicht Befragungen in ihrem Stadtteil machen wollen, und an dem, sofern eine juristische und politische Überprüfung es als sinnvoll erscheinen läßt, die ersten Schritte zu einem Volksentscheid gegangen werden sollen, um die Kampagne für eine Volksbefragung weiterzuführen.

KB/Gruppe Bremen

„Wir reden davon, daß wir eine Demokratie verteidigen wollen, dann müsssen wir zunächst einmal eine Demokratie sein und Demokratie riskieren..."
(Ex-Innenminster G. Heinemann am 19.10.1950 im Rundfunk)

1951: Holzhammer gegen die Volksbefragung

Das demokratische Bewußtsein der großen Bundestagsparteien war extrem unterentwickelt, wie sich angesichts der etwas hysterischen Reaktion auf die Volksbefragungskampagne gegen die Remilitarisierung von 1951 zeigen sollte. Anfangs war das Bundeskanzleramt die Entwicklung locker angegangen: Als der Essener Kongreß „Rettet den Frieden" (s. AK 213 und AK 234) am 28.1.1951 beschlossen hatte, die Bundesregierung zur Durchführung eines Plebiszits über die Frage **„Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland im Jahre 1951" aufzufordern, und am nächsten Tag eine kleine Delegation vor den Türen des Bundeskanzleramtes stand, um einen entsprechenden Brief zu überbringen, versuchte man es noch mit Abfertigen.** *„Wir sind einen Tag nach der großen Kundgebung nach Bonn gefahren und wünschten, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer zu sprechen. Aber das schien nicht möglich, wir wurden über die Hintertreppe zu einem Regierungsrat geführt, der uns abfertigte. Frau Höreth-Menge z.B. sagte, daß das Volk das Recht hätte, in einer solchen Sache gefragt zu werden. Daraufhin gab der Herr Regierungsrat zur Antwort: das Volk würde ja auch nicht gefragt, ob es Steuern zahlen wolle oder nicht"* (Christa Thomas, Zeugenaussage vor dem BGH 1954 — s. AK 214).

Als daraufhin am 14.4.51 auf einem zweiten Kongreß in Essen beschlossen wurde, die Volksbefragung autonom durchzuführen waren die Reaktionen heftiger. Besonders das antikommunistische Propagandaministerium für gesamtdeutsche Fragen, in dem Jakob Kaiser schaltete, wurde schnell aktiv: In einem Eilbrief an den Bundesinnenminister Robert Lehr vom 18.4.51 wurde eine bunte Mischung aus Hirngespinsten, Angstmacherei und Machtphantasie kolportiert.

„Nach den Nachrichten, die mich aus der Sowjetzone erreichen, muß mit einer neuen großen, von der Sowjetzone aus gesteuerten Aktion im Zuge des ‚kalten Krieges' im Bundesgebiet gerechnet werden, die mit dem 1. Mai im ganzen Umfang anlaufen soll und ihren Höhepunkt in der Durchführung der Volksbefragung gegen Remilitarisierung erreichen wird. (....) Die eigentliche Volksbefragung soll am 13. Mai anlaufen. (...) Um die Aktion auf breitere Basis zu stellen, sollen alle westdeutschen KP-Leute, die sich in der Sowjetzone befinden, umgehend nach dem Bundesgebiet zurückkehren und sich hier als Leiter von ‚Volksbefragungsausschüssen' aktiv einsetzen. (...) Ich halte entsprechende Gegenaktionen, die schnell und wirksam anlaufen müßten, für unbedingt erforderlich. Hierzu wird in erster Linie eine Aufklärung der Bevölkerung in breitem Rahmen notwendig sein (...) Nach dem Grundgesetz sind Volksabstimmungen nicht zugelassen, wenn trotzdem in den letzten Jahren Volksbefragungen nach der Methode der Demoskopie im Bundesgebiet durchgeführt worden sind, so hat es sich dabei um Vorgänge unbedeutender Art und nicht staatsgefährdenden Charakters gehandelt. Im gegenwärtigen Fall wird die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung aber mit dem Ziel der Erschütterung des demokratischen Lebens der Bundesrepublik (...) betrieben."

Damit waren, ohne auch nur eine scheinbare Prüfung der rechtlichen Lage, die Maßnahmen und Strategien für die nächsten Monate vorgezeichnet. Auffällig ist die ständige Betonung des *„Ausmaßes und der Gefährlichkeit"* (Kaiser) dieser Aktion, des *„aktiven Widerstandes"* (CDU-MdB Brockmann), die auch in der Interpellation der CDU/CSU, FDP, DP, BP vom 20. April 1951 ihren Ausdruck fand: *„Diese Volksbefragung gegen die Remilitarisierung soll fraglos als der massivste Angriff des Jahres 1951 aus der Sowjetzone gegen die demokratischen Organe in der Bundesrepublik gestartet werden."* Das und auch der Unterzeichnerkreis der ersten Publikation des Hauptausschusses, des „Aufruf an alle Deutschen", zeigen, auf was für eine breite Basis sich die Volksbefragungsbewegung zu diesem Zeitpunkt stützen konnte. Unterzeichner des Aufrufes waren z.B. die Schriftsteller Reinhold Schneider, Peter Martin Lampel, Georg Schwarz, die Beamten Obermagistratsrat D. Julius Hahn, Oberregierungsrat Rolf Sundrich, die Gewerkschafter Max Faulhaber (Bezirksvorsitzender), Franz Leutner (Betriebsratsvorsitzender), die Theaterintendanten Otto Imhof, Vogt-Wilseck, Pastor Friedrich Bultmann etc. Eine nicht unwichtige Rolle spielten auch ehemalige Offiziere der Wehrmacht, die sich allerdings aus fragwürdigen Motiven gegen die Remilitarisierung stemmten: Sie wollten erst die Ehre des deutschen Soldaten der Weltkriege wiederhergestellt wissen.

Verbieten oder nicht!

Bereits am 18.4. wurde im CDU-regierten Rheinland-Pfalz die Volksbefragung auf Landesebene verboten. Die Regierung hatte es mit gutem Grund eilig: Die Landesverfassung sah Volksabstimmungen vor und die Volksbefragungsausschüsse hatten innerhalb weniger Tage die für die Einleitung eines Plebiszits erforderlichen Stimmen zusammen. Das Land Hessen beschwerte sich nach diesem Verbot im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen: *„Ich halte diese Methode nicht für wirkungsvoll, weil man politischen Aktionen nur schwer mit Polizeiverboten beikommt".* Zinn (SPD) schlägt stattdessen eine große, zentral von Kaiser gesteuerte Aufklärungskampagne vor, die klar machen soll, daß jeder Einzeichner der Volksbefragung *„für ein bolschewistisches Deutchland"* stimmt. Am nächsten Tag telegrafiert Kaiser an Zinn zurück: *„Im Hinblick auf den Umfang und die Gefährlichkeit der Aktion halte ich Aufklärungsaktionen (...) allein nicht für ausreichend".* Gleichzeitig drängt Kaiser Bundesjustizminister Rosenburg auf Erlaß eines Gesetzes zu Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz, um ein Verbot zu erleichtern. Erwogen wird auch die Einführung eines Gesetzes über die „Genehmigung von Unterschriftensammlungen". Als das Verbot am 24.4. durch die Bundesregierung ausgesprochen wurde, kennen aber auch die SPD-regierten Bundesländer kein Halten mehr. In Hessen zum Beispiel wird durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Frankfurt die „Sozialistische Volkszeitung" für drei Monate verboten, und die sie herstellende Rhein-Main-Druck GmbH wird für die gleiche Zeit versiegelt. Anlaß: In einer Ausgabe hatte die „SV" für die Volksbefragung geworben.

Die Volksbefragung wird von den bürgerlichen Parteien zum Polizeiproblem heruntergespielt. Ein Unterfangen, das aber kaum gelingt, weil die Justiz zu dieser Zeit durchaus nicht überall willens ist, dem autoritären Staat ihre Referenz zu erweisen.

Freisprüche

Für den politischen Charakter der Justiz bezeichnend ist ein Schriftwechsel des Oberstaatsanwalts am Landgericht Bremen, der am 20.7. 1951 Bedenken äußert, in sechs Ermittlungsverfahren wegen Übertretung des Volksbefragungsverbots Anklage zu erheben. Die Anklageerhebung würde nämlich voraussetzen, daß die Anordnung des Innensenators, die Volksbefragung zu verbieten, auf ihre Gültigkeit hin untersucht würde. Formell bestünden an dieser Gültigkeit zwar keine Zweifel, materiell-rechtlich aber dafür erhebliche: da die Bundesregierung keine Legislative sei, ihr Beschluß vom 24.4. 1951 mithin keine gesetzliche Grundlage für ein Verbot darstellen könne, fehle für die Anordnung des Innensenators die materielle Grundlage. Außerdem: *„Ein unteres Gericht, das für die Aburteilung von strafbaren Handlungen gemäß § 110 zuständig wäre, würde m.E. mit den ihm hier in Bremen zur Verfügung stehenden Beweismitteln schwerlich in der Lage sein, den Nachweis mit einer zur Verurteilung ausreichenden Sicherheit zu führen."* Da auch ein hochverräterisches Unternehmen nach Artikel 143 kaum nachweisbar sein werde, würde er von einem Strafverfahren lieber Abstand nehmen: *„Weil ich bei der Unsicherheit der Rechtslage einen Freispruch aus politischen Gründen nicht riskieren kann."* Weitaus weniger Skrupel hatte das Landesverwaltungsgericht zu Schleswig, das am 11.6. 1951 für Recht erkannte, daß eine Veranstaltung des Friedensringes in Flensburg zu Recht verboten worden sei. Bemerkenswert daran ist, daß diese Veranstaltung an sich garnichts mit der Volksbefragung zu tun hatte, sondern als Thema „Zwischen Krieg und Frieden" hatte: *„Dies Thema bekommt aber"*, befand das Gericht, *„aus den besonderen Umständen einen notwendigen Bezug zu der Agitation für die ‚Volksbefragung'. Die ganze Öffentlichkeit steht unter dem Einfluß der vom russisch-kommunistischen Einflußgebiet her betriebenen Agitation.."* Die Rechtmäßigkeit der Verfügung des schleswig-holsteinischen Innenministers wurde garnicht erst untersucht. Da ging das Landgericht Stuttgart in seinem Beschluß vom 18.9.51 schon härter mit der Regierung ins Gericht. Die Beschlagnahmung von 2 Tonnen Volksbefragungsbroschüren bei dem kaufmännischen Angestellten Karl Leinhaas wurde aufgehoben. Gleichzeitig wurde das Urteil des Amtsgerichts Esslingen, das die Beschlagnahmung für Recht erklärt hatte, scharf kritisiert: *„Die Anführung des Beschlusses der Bundesregierung vom 24.4.51 läßt vermuten, das Amtsgericht erblicke in dem erwähnten Beschluß eine von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene Anordnung. Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden. (...) Worauf es hier allein ankommt, ist die Beantwortung der Frage, ob sich das Mittel, das die Ausschüsse für die Volksbefragung zur Durchführung ihrer Bestrebungen anwenden, gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Daß das Mittel der Volksbefragung sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, kann nicht zweifelhaft sein."* Ruhe in die aufgeregte Diskussion der Gerichtsentscheidungen brachte erst ein Urteil des Oberlandesgerichts Neustadt (NJW 1952, S. 598), das das Volksbefragungsverbot für rechtmäßig erklärte: *„.... es handelte sich um eine private Volksbefragung auf breitester Grundlage unter Vortäuschung demokratischer Formen. (...) Die Befragten mußten besorgt sein, in Falle einer Ausdehnung des Herrschaftsbereichs der östlichen Machthaber auf den Westen zur Verantwortung gezogen zu werden. Von einer freien Abstimmung konnte daher keine Rede sein. (...) Wer eine solche ‚wilde Volksbefragung' wie die vorliegende veranstaltet oder sich an einem solchen Unternehmen beteiligt, verstößt gegen die verfassungsmäßige Ordnung in Bund und Land"* (nach NJW). Das war aber nur die halbe „Wahrheit", wie der erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts allerdings erst 5 Jahre später, am 6.12.56, befand. Es hob zwei Urteile auf, die gegen Aktive der Volksbefragung wegen Übertretung der Polizeiverordnung Zwangsgelder verhängt hatten, weil *„die zuständige Landesbehörde die gemäß Art. 9 Abs. 2 GG in Verbindung mit § 2 des Reichsvereinsgesetzes erforderliche Auflösungsverfügung gegen die Volksbefragungsausschüsse nicht erlassen (hat). Die Polizeiverordnung kann daher als eine rechtlich einwandfreie Grundlage für ein (...) Vorgehen gegen die Volksbefragungsausschüsse (...) nicht angesehen werden."*

Was aber bleibt?

Auf der Tagung am 16.3.52 in Hoheyburg wurde das Ergebnis der Volksbefragung bekanntgegeben: Knapp über neun Millionen Stimmen waren gegen die Remilitarisierung zusammengekommen. Die Bewegung aber war zu diesem Zeitpunkt so gut wie am Ende, die Nachfolgeorganisationen des „Hauptausschusses" agierten zwar noch eine gute Zeit lang, sie orientierten sich aber immer stärker an den parteipolitischen Richtlinien, dem eingefahrenen Jargon der KPD und sackten fast bis zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Isolation zeigte sich vor allem daran, daß auch potentielle Verbündete wie Teile der Evangelischen Kirche kaum mehr zu gemeinsamen Aktivitäten bewogen werden konnten. Die heutige Einschätzung von DKP-nahen oder ihr angehörenden Kräften, die Volksbefragung habe damals „einen dritten Weltkrieg verhindert" (ein Mitarbeiter der „Tat") oder die Aufrüstung um mehrere Jahre verzögert, ist kaum mehr als eine erhebliche Selbstüberschätzung. Eine Schwäche der Volksbefragungsbewegung, die heute auch von damals Beteiligten zugegeben wird, war die ungenügende Verankerung in vielen der befragten Gebiete. Die Fälle, in denen der Einfachheit halber ein paar KPD-Angehörige für sich einen Volksbefragungsausschuß bildeten, ohne sich um Angehörige anderer Linien zu kümmern, sind so selten vermutlich nicht gewesen. Aber auch die Argumentationsschiene der Volksbefragungskampagne war nicht immer glücklich gewählt. Stereotypen herrschten vor. So wurde auf Flugblättern immer wieder davor gewarnt, daß Aufrüstung den Wohlstand gefährde und Arbeitslosigkeit herbeiführe — ein nicht falsches, in der Situation eines stetigen wirtschaftlichen Aufschwungs aber nicht gerade glücklich plaziertes Argument. Verheerend wirkte sich auf die Durchführung der Volksbefragung die fast einhellige Ablehnung der Kampagne durch alle bürgerlichen Medien aus. Selbst die durchaus namhaften Unterstützer der Bewegung kamen in der Öffentlichkeit, mit Ausnahme Martin Niemöllers, kaum mehr zu Wort.

Stark unterentwickelt war die juristische Argumentation auch auf der Seite der Volksbefragungsbefürworter, offensive juristische Schritte wurden — mit Ausnahme einer sehr moralischen Denkschrift an Bundespräsident Heuß vom 12.5.51 — nicht unternommen. Aber auch die politische Argumentation für das Instrument des „Volksentscheids" war kaum ausgeprägt — die Kampagne war in ihren Veröffentlichungen vor allem auf die Publikation von Argumenten und Parolen gegen die Remilitarisierung aus, ohne das Spezifische der gewählten Kampagnenform zu vermitteln.

Emil Popular

Neueste Meinungsumfragen bestätigen: Mehrheit gegen Raketenstationierung wächst

Anfangs wollte das ZDF-Barometer die letzten Zahlen der „Forschungsgruppe Wahlen" aus Mannheim zur Frage der „Nach"-Rüstung gar nicht bringen. Es wurde vermutet, diese Weigerung sei bereits Bestandteil der Bonner Kampagne für die Stationierung, die für diesen Herbst geplant ist und mit massiver Medienmanipulation einhergehen soll. Das ZDF hingegen behauptete, die Ergebnisse seien überhaupt nicht sensationell. Schon im Frühjahr habe die Zahl derjenigen, die eine Stationierung im Falle des Scheiterns der Genfer Verhandlungen nicht wollten, über 70% gelegen und über 60% bei den CDU-Anhängern.

Wir werden hier einige Anmerkungen zu den Umfrage-Ergenissen machen, die wir in Auszügen dokumentieren.

Es ist ganz offensichtlich, daß — je näher die Stationierung gerückt ist — die Zahl derjenigen, die zumindest lieber ein „Moratorium" oder Verhandlungsergebnisse (ohne Stationierung) wollen, erheblich gestiegen ist. Im Herbst 1982 lagen die Vergleichszahlen bei SAMPLE und bei der (anfangs ebenfalls zurückgehaltenen) SINUS-Studie „erst" bei 54 und 58%. Am deutlichsten ist dabei der Umschwung der SPD-Wählerschaft in Richtung Ablehnung.

Auffällig ist ebenfalls, daß mit der Häufigkeit des Kirchenbesuchs zwar das Gottvertrauen wächst, nicht aber der politische Verstand. Die durchschnittliche CDU/CSU-Wählerschaft schwankt offenbar irgendwo zwischen großem und mittlerem Gottvertrauen. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern (die wir hier nicht gesondert aufführen) gibt es kaum nennenswerte Abweichungen vom Bundesdurchschnitt und keineswegs ein Profil, daß auch nur annähernd der SPD-Wählerschaft gleichen würde.

Der aufmerksame AK-Leser weiß, daß es mit Umfragen, die die Ablehnung eines Stationierungsvollzugs anzeigen, so eine Sache ist (s. dazu ausführlich den Artikel in AK 232, S.8 f.). Bei NATO und Bundeswehr reicht die Zustimmung bis zu 80%. Auch der NATO-Doppelbeschluß erhält erheblich Zustimmung.

Im Juni, also fast prallel zu dieser hier wiedergegebenen Umfrage, ermittelte Allensbach 49% für den Doppelbeschluß und 22% Gegner. Emnid hingegen (s. Faksimile) ermittelte inzwischen (im Juli/August eine (relative) Mehrheit von Doppelbeschluß-Gegnern (s. zu diesem Unterschied die Anmerkung am Ende des Textes), auch hier ist zumindest der Trend in Richtung Ablehnung eindeutig und wiederum die größte Veränderung im SPD-Potential festzustellen. Die Trends in diese Richtung sind ziemlich eindeutig. Die Forschungsgruppe ermittelte gleichzeitig, daß sich Kohl und auch die CDU-CSU-FDP-Koalition ansonsten allgemeiner Beliebtheit erfreuen, daß die Sparmaßnahmen dieser Regierung in der Regel von einer Mehrheit als „richtig" und von fast 10-20% als zu gering angesehen werden. In der Friedensfrage wächst gleichzeitig das Ansehen der Friedensbewegung einschließlich der Aktionen des ‚zivilen Ungehorsams', während 80% eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes begrüßen (und immerhin 50% der SPD-Wähler, der Partei also, die diese Verschärfung für „überflüssig" und „falsch" hält), diese Zahl war zu Zeiten tatsächlich militanter Aktionen eher niedriger.

Die Umfrageergebnisse zeigen ganz eindeutig, daß die Ablehnung sich direkt und einzig und allein auf eine tatsächliche Aufstellung der Raketen bezieht. Schon in der Sinus-Studie (1982) glaubte nur noch ein Viertel, daß die neuen Raketen friedenssichernd wirkten, während nahezu 50% davon ausgingen, die neuen Atomwaffen würden das Kriegsrisiko erhöhen. Inzwischen gehen immer mehr Bundesbürger davon aus, daß tatsächlich stationiert werden wird. Lt. „Spiegel" nahmen noch 1981 (am 23.1.81) 64% der Bundesbürger an, daß das Ziel des Doppelbeschlusses die V e r m e i d u n g einer tatsächlichen Stationierung sei, inzwischen glauben 62% an eine Stationierung in diesem Jahr. Dabei ist interessant, daß in d e n Gruppen der Glaube an eine Stationierung am geringsten ist, wo auch die Ablehnung einer Stationierung beim „Scheitern" von Genf am geringsten ist. Hier sind die häufigen Kirchgänger wieder einmal führend, lediglich 53% von ihnen gehen von einer Stationierung aus. Eine Ausnahme bilden die Frauen, von denen 40,5% nicht an eine Stationierung glauben mögen, obwohl in dieser Gruppe die Ablehnung einer Stationierung vergleichsweise hoch ist.

Diese Umfrageergebnisse werden in großen Teilen der Friedensbewegung so verkauft, als sei die „Unregierbarkeit" der BRD mit solcher Ablehnungsquote inzwischen „nahe herbeigekommen". — Wie nun stellen die Herrschenden es sich demgegenüber vor, eine Akzeptanz ihrer „Nach"rüstung zu erreichen? Bekanntlich setzen SPD- und DGB-Spitze auf das „Waldspaziergangs"kalkül, d.h. auf einen Teilverzicht bei der „Nach"rüstung (auf die Pershing II, die besser konventionell einzusetzen sei). Da die Sowjetunion für diesen Preis nicht alle und auch nicht fast alle ihrer Mittelstreckenraketen verschrotten würde, wie das die Atompokerer von DGB und SPD fordern, zielt dieses Kalkül der Sache nach lediglich darauf, eine Akzeptanz der Atomrüstung dadurch zu erreichen, daß der SU der „Schwarze Peter" zugeschoben wird. Die CDU/CSU hingegen hat sich inzwischen auf die uneingeschränkte Stationierung festgelegt (obwohl das letzte Wort bekanntlich in Washington gesprochen werden wird). In diesem Sinne soll parallel zu den Herbstaktionen eine großangelegte Propaganda-Kampagne abgezogen werden (dabei könnten vermeintliche sowjetische U-Boote, abgeschossene oder verschwundene Flugzeuge u.ä. eine Rolle spielen). Trotzdem geht Karl Feldmeyer in der „Frankfurter Allgemeinen", die diesen Kurs verteidigt, davon aus, daß d i e s den Stimmungsumschwung n i c h t bringt: *„Diejenigen, die sich dieser Aufgabe anzunehmen haben, machen sich keine Illusionen über die Erfolgschancen : Umfragen, die eine negative Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung zur Aufstellung der Mittelstreckenwaffen*
jtugen, die eine negative Einstellung ei-
nes großen Teils der Bevölkerung zur Aufstellung der Mittelstreckenwaffen
erkennen lassen, legen solche Skepsis nahe. Es wäre nicht der erste Versuch, ... Einsicht in die Notwendigkeit der Nachrüstung zu schaffen". Feldmeyer geht sogar von einer dauerhaften Verschlechterung der öffentlichen Meinung insbesondere bezüglich der „Schutzmacht" USA aus. Trotzdem müsse die Stationierung unbedingt durchgeführt werden, damit dann nach Vollzug der „Alltag" einkehrt bzw. der „Beweis" erbracht ist, daß damit der Krieg nicht unmittelbar ausbricht, das werde dann schon den Stimmungsumschwung bringen: *„Umso notwendiger ist es, daß die Regierungen die im Bündnis vereinbarten Beschlüsse konsequent verwirklichen. Bonn muß demonstrieren, daß es seiner Sache sicher ist. Je besser dies gelingt, um so stärker wird die Bundesregierung aus der Kraftprobe dieses Herbstes hervorgehen. Die Erfharung, daß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen weder den Alltag der Politik noch den des einzelnen verändert, wird erleichternd und ernüchternd wirken."* (FAZ, 26.8.83)

Volksbefragung stößt auf Zustimmung

Erstaunlich sind die Umfrageergebnisse zur Volksbefragung. 71.7% haben sich für eine Volksbefragung über die Stationierung ausgesprochen. Nun mag man einwenden, diese Zahl sei geringer als die der Gegner des Stationierungsbeginns. Dabei muß man allerdings zweierlei berücksichtigen: Zum einen will der größere Teil derer, die sich gegen einen Stationierungsbeginn ausgesprochen haben, lediglich eine V e r s c h i e b u n g , eine Art Moratorium — nicht eine generelle Ablehnung; zum anderen haben zwar heute alle namhaften Kräfte der Friedensbwegung sich der Forderung nach der Volksbefragung angeschlossen, aber als „Kampagne" bzw. als zentrale Forderung (wie wir es vorgeschlagen hatten) läuft es nicht, sondern eher am Rande. Man vergleiche dies mit der öffentlichen Diskussion um das Pro und Kontra einer Stationierung.

Noch interessanter ist das Ergebnis, wo nach der generellen Einstellung zur Volksbefragung und ihrem Einsatz als A l t e r n a t i v e zur Entscheidung durch die Politiker gefragt wird. Auch hier ergibt sich breits eine absolute Mehrheit für eine Volksbefragung, d.h. im Grunde für den Volksentscheid. Und dies steht im krassen Widerspruch zu der Tatsache, daß sich nahezu sämtliche Kräfte in der Friedensbewegung mit allen schlechten Argumenten dagegen gewehrt haben, diese Frage überhaupt zu stellen. Aus den Umfragen geht übrigens hervor, daß es sich hier um ein Akadmiker-, ein wenig auch um ein „männliches" Problem handeln muß. In diesem Fall, a u s s c h l i e ß l i c h in diesem Fall ist es im Gegensatz zu allen anderen Fragen so, daß mit höherer Schulbildung auch die Ablehnung eines Volksentscheids bzw. einer Volksbefragung zunimmt. Über die Stationierung wollen 74,3% der Volksschüler (ohne Lehre) abstimmen und 67,4% der Abiturienten. Für
Über die Stationierung wollen 74,3% der Volksschüler (ohne Lehre) abstimmen und 67,4% der Abiturienten. Für
einen Volksentscheid hingegen sprechen sich immerhin noch 65% der Volksschüler (ohne Lehre) aus, aber nur noch 48,1% der Abiturinhaber. Tatsächlich entspricht dies schon fast der Meinung der „häufigen Kirchgänger"; dort wollen 46,3 einen Volksentscheid, 52,8% sind dagegen.

Anmerkung:

Der Spiegel (vom 29.8.83) führt das kraß unterschiedliche Ergebnis zwischen Emnid und Allensbach bei der Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß u.a. auf die unterschiedliche Fragstellung zurück, was bei starker Unentschlossenheit krasse Auswirkungen bzw. Manipulationen zur Folge könne : *„Allensbach erwähnt zum Beispiel mit keinen Wort, daß es um Raketen der USA geht (nur von der NAO ist die Rede), liefert die Begründung für eine positive Antwort gleich mit („Gegengewicht zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen") und stellt nur zwei Antworten zur Wahl: „Finden Sie diesen Doppelbeschluß alles in allem gut oder nicht gut?" "*

Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen im Juli 83 (1000 Befragte)

Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen im Juli 83 (1000 Befragte)

Frage : In Genf führen die Sowjetunion und die USA derzeit Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen. Wenn diese Verhandlungen bis zum Herbst zu keiner Einigung führen, was sollte dann geschehn ?

A Weiter über Abrüstung verhandeln und keine neuen Raketen in der Bundesrepublik aufstellen

B Waiter über Abrüstung verhandeln, aber gleichzeitig neue Raketen in der Bundesrepublik aufgestllen

C Abrüstungsverhandlungen abbrechen und neue Raketen in der Bundesrepublik aufstellen

Antworten (Prozentwerte)		Bundestagswahlabsicht					Geschlecht		Kirchgang		
	Gesamt	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Rest	Männl.	Weibl.	oft	ab und zu	selten
weiter/keine Raketen	75.5	61.8	86.7	71.o	96.1	83.1	71.3	79.1	64.1	75.6	81.7
weiter/neue Raketen	20.4	32.7	11.4	21.9	3.9	10.6	24.8	16.7	29.4	20.7	15.2
abbrechen/neue Raketen	3.2	4.6	1.2	7.2	o.o	4.5	3.4	3.1	4.o	3.3	2.8
weiß nicht	o.8	o.9	o.7	o.o	o.o	1.8	o.5	1.1	2.5	o.5	o.3
Frage:glauben sie, daß in diesem Jahr neue Raketen in der Bundesrepublik aufgestellt werden oder glauben sie das nicht ?											
glaube ich	61.8	56.7	63.2.	61.2	78.8.	65.9	66.6	57.9	53.o	60.7	67.o
glaube ich nicht	36.8	42.o	35.3	36.o	21.2	32.2	32.4	40.5	44.7	38.o	31.9
weiß nicht	1.4	1.3	1.5	2.7	o.o	1,9	1.1	1.6	2.4	1.2	1.1
Frage : Sollte in einer Volksbefragung festgestellt werden, ob die Bürger in der Bundesrepublik für oder gegen die Stationierung neuer Raketen sind oder sollte eine solche Befragung nicht durchgeführt werden ?											
Volksbefragung	71.7	57.9	82.4	55.o	95.4	82.8	68.9	74.o	59.1	71.8	79.o
keine Volksbefragung	28.3	41.9	17.6	45.o	4.6	17.2	31.1	25.8	40.9	28.o	21.o
Frage Was meinen sie ganz allgemein : Sollten die wichtigsten politischen Fragen durch Volksabstimmung entschieden werden können oder sollten wie bisher allein die gewählten Politiker diese Frage entscheiden ?											
durch Volksabstimmung	58.3	45.2	67.7	41.4	75.5	75.o	54.1	61.9	46.2	58.9	64.6
gewählte Politiker	41.2	54.4	31.8	58.6	24.5	23.2	45.1	37.8	52.8.	41.o	35.1
weiß nicht	o.5	o.4	o.5	o.o	o.o	1.8	o.8	o.4	o.9	o.2	o.4

Bisherige Unterstützer der Volksbefragung

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Dr. Lisa Abendroth; Juso-Unterbezirk Ahrweiler; Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Pfarrer Heinrich Albertz; Prof. Dr. Amati (Genf); Anstiftung der Frauen für den Frieden; Südwestdeutsche Ärtzeinitiative gegen Atomwaffen; Elisabeth von Ascheraden; az - die andere Zeitung (Frankfurt); BAP (Kölsch-Rock-Gruppe); Friedensinitiative Barmstedt; BIFAS Karlsruhe; Gewaltfreie Aktion Bonn; Bosch'ler Initiative für Frieden und Abrüstung (Stuttgart); Bürgerinitiative gegen Atomraketen Unterallgäu; Bundeskonferenz autonomer Friedensinitiativen (BAF); Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO); DIE GRÜNEN im Bundestag; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Firedensinitiative Dachau; Friedensinitiative Daimler-Benz (Sindelfingen); Franz-Josef Degenhardt; Demokratische Fraueninitiative (DFI- Bundesebene); Dr. Wolfgang Deppe; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK); Deutsche Jungdemokraten (Bundesvorstand); Deutsche Kommunistische Partei (DKP-Parteivorstand); Prof. Dr. Reiner Diederich (GEW); Jochen Dietrich (VDS-Vorstand); Prof. Dr. Hoimar von Ditfurth; Friedensinitiative Dortmund-Hörde; Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin); AStA der Gesamthochschule Duisburg; Prof. Dr. Eckhard Eich; Friedensgruppe Klinikum Essen; Betriebliche Friedensinitiative Fellbach; Frauen für Frieden Balingen; Initiative "Frauen in die Bundeswehr?- Wir sagen Nein!"; Friedensinitiative Freiberg; Friedensplenum Gelsenkirchen/AG Volksbefragung; Arbeitskreis Gesundheitswesen gegen Atomtod; Conny und Thomas Händel (Gewerkschaftssekretäre); DIE GRÜNEN Heddesheim; Basisinitiative Gewaltfreie für das Leben (Heidelberg); Gewerkschafter für den Frieden (Heilbronn); FI Marienhospital Herne 1; Initiative "Hessisches Volksbegehren für den Frieden"; DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag; Friedensinitiative Bad Honnef; Prof. Dr. K. Humme; Betriebliche Friedensinitiative IBM Hannover; Jugendgruppe IG Druck und Papier (Hannover); Initiative Kirche von unten (IKVU); Junge Pioniere (Bundesleitung); Jungsozialisten in der SPD (Bundesvorstand); FI Kiel-Ostufer; Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ); Kommunistische Partei Deutschlands (KPD); FI Krankenhaus Köln-Holweide; Kommunistischer Bund (KB); Konferenz der Landesschülervertretungen (KdLSV); Helene Kreiser (Rentnerin, Rosenheim); Oskar Lafontaine (SPD-Landesvorsitzender Saarland, Oberbürgermeister Saarbrücken); Jo Leinen (BBU); AG Volksbefragung Leverkusen; Liberale Demokraten (Bundesvorstand); Dr. von der Lieth (Heidelberg); DIE GRÜNEN (KV Lindau); Löwen-Lädle (Schwäbisch-Gmünd); Grüne Initiative Marbach; Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands; Mittelamerikakomitee; Wolfgang Niedecken (BAP); Juso-Unterbezirk Nürnberg; Pax-Christi-Basisgruppe Tübingen; Frauenhausverein Rems-Murr e.V.; Dr. Detlef Rohm (ötv); Service Civil International (Bundesvorstand); F. W. Siebert (Pfarrer); Betriebliche FI Siemens Berlin; Friedensgruppe "ENtrüstung" (Sindelfingen); Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ-Bundesvorstand); Juso-Landesverband Schleswig-Holtstein; Prof. Dr. Heinz Schmidt (Berlin); Standorte (Essener Stadtzeitung); Antikriegsinitiative Stuttgart; Friedensgruppe Stuttgart Feuerbach; Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS); Volksfront, Wilhelmshavener Friedensinitiative (WiFri); ca. 500 Teilnehmer des Mainzer Wissenschaftlerkongresses; Unabhängige Wolfenbütteler Kriegsgegner; Friedensinitiative Zollernalbkreis; Gerhard Zwerenz (Schriftsteller); sowie eine Vielzahl weiterer Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen.

Hier Mehrheit, dort Minderheit

„Spiegel"

Umfragen der Meinungsforscher zum Nato-Doppelbeschluß und ihre Widersprüche



Im Juni ließ das Allensbacher Institut für Demoskopie, im Juli ließ die Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen" einige hundert Interviewer ausschwärmen, um die Volksmeinung zur Nachrüstung einzuholen.

Die Ergebnisse machen den Eindruck, als seien die Interviewer in zwei verschiedenen Ländern gewesen: die einen in einem raketenfeindlichen, die anderen in einem für die neuen Waffen aufnahmewilligen.

„75 Prozent sind gegen neue Raketen", meldete die Hamburger „Morgenpost" auf Seite eins, und ähnliche Schlagzeilen über die Umfrage der „Forschungsgruppe" standen vergangene Woche in vielen deutschen Zeitungen.

Laut Allensbach ist knapp die Hälfte der Bundesbürger (49 Prozent) für den Nato-Doppelbeschluß, und lediglich eine Minderheit von 22 Prozent lehnt ihn ab.

Viel spricht dafür, daß weder das eine noch das andere Ergebnis realistisch ist.

Ende Juli/Anfang August kam Emnid (Bielefeld) zu einem anderen Befund. Demnach gibt es weder für noch gegen den Nato-Beschluß eine Mehrheit. Denn nicht weniger als 30 Prozent der Bundesbürger können oder wollen sich nicht auf eine der beiden Meinungen festlegen (siehe obere Graphik).

Das Bielefelder Institut meldete außerdem einen Meinungsumschwung, den die beiden anderen Institute nicht festgestellt haben: Es gibt heute mehr Gegner als Befürworter des Nato-Beschlusses (34 gegenüber 28 Prozent), vor zwei Jahren und sogar noch zu Beginn dieses Jahres (als Emnid dieselbe Frage stellte) war es umgekehrt.

Die Wende in absoluten Zahlen: Um etwa sechs Millionen Männer und Frauen hat sich die Zahl der Gegner erhöht.

Das Raketenthema ist so kompliziert und löst so starke Emotionen aus, daß die Institute noch größere Mühe als sonst haben, politische Sachverhalte in Interviewfragen umzusetzen. Das Risiko falscher Zahlen ist hoch: Je schwacher Meinungen ausgeprägt sind, desto leichter können sie schon durch einen Halbsatz oder sogar nur durch ein Wort im Fragebogen beeinflußt werden.

Wie die Institute diese Aufgabe zu lösen vermögen, bleibt nahezu unbekannt. Die meisten waren oder sind zwar mit umfassenden Untersuchungen beschäftigt (Allensbach zum Beispiel für die Bundesregierung), aber die Auftraggeber, vom US-Geheimdienst bis zur SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, hüten die Daten als geheime Munition für den heißen Herbst.

Die wichtigste Erkenntnis zumindest einiger Auftraggeber, gewonnen aus Untersuchungen mit drei oder vier Dutzend Fragen: Auch unter den Bundesbürgern, die noch keine Meinung äußern, sind Bedenken und Sorgen gewachsen, seit die Stationierung nähergerückt ist.

Weitere Trends: Die Friedensbewegung ist populärer geworden, bis weit in die Reihen der CDU/CSU-Wähler hinein; die antiamerikanische Minderheit ist zwar nicht größer, aber aggressiver geworden; einen Austritt aus der Nato und einen Abzug der amerikanischen Truppen bejahen mehr Bundesbürger, als es Grün-Wähler gibt; die Furcht vor den Russen ist sich vermindert; für gewaltfreie Aktionen im Herbst haben sich Verständnis und Sympathie ausgebreitet.

Auch die Datenreihen, die solche Erkenntnisse vermitteln, sind Indizien dafür, daß die Allensbach-Zahl von 49 Prozent Doppelbeschluß-Befürwortern zu hoch und die Zahl von 22 Prozent Gegnern zu niedrig ist.

Daß Allensbach und Emnid bei ihren Fragen zu verschiedenen Ergebnissen kommen, ist auf minimale Textunter-



Stand der Planung in Bremerhaven/Nordenham und Hamburg

Bremerhaven/Nordenham

Für die am 13., 14. und 15.10.83 in Bremerhaven/Nordenham geplanten Aktionen wurde auf der Unterweserkonferenz am 14.8. von 300 Teilnehmern ein „Aktionsrahmen" beschossen, der auf der 2. Regionalkonferenz Nord am 21.8.83 in Hamburg nach einer Aussprache bestätigt wurde.
Nach bisherigem Stand werden also a l l e Kräfte der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen nach Bremerhaven/Nordenham mobilisieren. Das ist keineswegs selbstverständlich, denn im Rahmen der zentralen Herbstaktionen besitzt Bremerhaven das Flair möglicher Konfrontationen. Dazu hat sowohl die Medienkampagne des Verfassungsschutzes beigetragen, der das „Komitee gegen Bombenzüge" (KGB), eih Bündnis von Autonomen und Gewaltfreien, als d e n „terroristischen Untergrund" der Friedensbewegung herausstreicht, als auch die Tatsache, daß viele unabhängige Kräfte in Norddeutschland diese Aktion als ihren Schwerpunkt verstehen und der autonome Flügel daher relativ stark in der Vorbereitung vertreten ist.
Für den DGB-Bundesvorstand stand es von vornherein nicht zur Debatte, nach Bremerhaven aufzurufen. Der Bundeskoordinationsausschuß ist mit fadenscheinigen Argumenten auf Distanz gegangen. Er weigerte sich, diese Aktion überhaupt auf den zentral in Bonn gedruckten Plakaten zu nennen. Diese Aktion sprenge (natürlich nur „formal") den Aktionsrahmen, der auf der bundesweiten Aktionskonferenz (in Köln) beschlossen worden sei, jammerte Volkmar Deile von der Aktion Sühnezeichen in Bonn.
Auch in Norddeutschland war die Aktion heftig umstritten; nach zahlreichen Milimetergefechten und Auszeiten in achtstündiger Debatte war es dann geschafft.
Am 13., 14. und 15.10. sollen vor verschiedenen militärischen Einrichtungen Blockaden stattfinden (die Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven wird ab Donnerstag, dem 13.10., ab 11.55 Uhr blockiert).
Am Sonnabend, dem 15.10., versammeln sich alle Demonstrationsteilnehmer bis 11 Uhr vor der Bremerhavener Stadthalle. Nach der Auftaktkundgebung sollen zwei Demonstrationszüge zur Carl-Schurz-Kaserne geführt und diese umzingelt werden. (Eine 3. Demonstration soll eventuell aus Richtung Cuxhaven noch organisiert werden.) In der Kaserne am Rande des Hafengeländes befindet sich das „Military-Sealift-Command" der US-Streitkräfte, zuständig für den Nachschub auf See für die BRD und den Nahen Osten. Die eine Route wird direkt durch den Hafen geführt (s. auch den Entwurf der BIFA im letzten AK).

Wie „praktisch" dürfen die Aktionen sein?

Es liegt in der Luft, daß die Hafenroute - wie üblich - nicht genehmigt werden könnte, zumal der Container-Terminal (auch samstags in Betrieb) damit automatisch lahmgelegt würde. So wird dann ausdrücklich festgehalten, daß sich die Aktion *„nicht gegen die Hafenanlagen als solche und in keiner Weise gegen die Kollegen"* richten werde (für die Kollegen steht eine 3. Autostraße zur Fahrt nach Hause frei). Nicht in den „Aktionsrahmen" aufgenommen werden durfte der ausdrückliche Wille, den Containerterminal bei der Aktion „lahmzulegen".
Entscheidend war aber die Frage, was im Fall des Demonstrationsverbots gemacht werden solle. Hieß es ursprünglich im Entwurf, die Hafenroute sei *„unverzichtbar"* und: *„Wir werden uns unser Recht, dort zu demonstrieren, wo sich das Objekt unseres Protestes befindet, nicht nehmen lassen und sowohl juristisch wie politisch als auch p r a k t i s c h zu wahren suchen"*, so sind jetzt Formulierungen gewählt worden, die noch alle möglichen Schlupflöcher offenlassen. Die Hafenroute hat allerdings immer noch *„zentrale Bedeutung"*, nachdem es mehrere Vorstöße im Vorwege (nicht offen auf der Konferenz) gegeben hatte, die Route möglichst ganz zu kippen. Solche Vorstöße gab es in der BIFA, und vor allem in den Reihen der Jusos ging es hoch her. Bis zum letzten Moment (sogar auf der 2. Regionalkonferenz Nord) blieb es spannend, ob etwa auch die Schleswig-Holsteiner Jusos diese „Kröte" schlucken würden.
Im Falle des Verbots ist *„entschiedener Widerstand"* angesagt. Selbst eine „Zwischenlösung", die von den Bremer Jusos mitgetragen wurde, konnte nicht realisiert werden. Es hieß dort: ein Verstoß gegen das Demo-Verbot *„kann - wie das Beispiel Brokdorf gezeigt hat - möglich und sinnvoll sein. Wir werden uns das Recht, dort zu demonstrieren ... nicht nehmen lassen und politisch* („praktisch" fehlt hier - Anm. AK) *zu wahren suchen."*
Dieser Kompromiß als Konsens war aber nur möglich, weil auf der anderen Seite diese Kräfte schon im Vorfeld darauf verzichtet hatten, ein ausdrückliches Bekenntnis zur Gewaltfreiheit zu verlangen. Allen Unkenrufen zum Trotz ist das immer noch möglich. Es heißt jetzt:
„Umzingelung und Blockaden wollen wir mit friedlichen Mitteln erreichen. Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgehen wird. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern unseren Widerstand gegen die „Nach"-Rüstung politisch zum Ausdruck bringen,"
Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, „Provokationen" bzw. „Schikanen, Einschüchterungsversuche, Diffamierungen und Kriminalisierung" über Justiz und Polizei zu unterlassen. - Natürlich kam auf der Konferenz noch einmal der unvermeidliche Versuch (aus den Reihen der DKP), die „Gewaltfreiheit" festzuschreiben, der aber wieder zurückgezogen wurde.
Während der Aussprache der Regionalkonferenz wurde das Vorhaben der Kräfte aus den Reihen von KOFAZ und Jusos noch einmal deutlich. Sie wollen durch direkte Beteiligung an dem Bündnis erreichen, daß ggf. weitergehende Aktivitäten militanter Kreise unterbleiben. In diesem Sinne verstehen sie den Aktionsrahmen auch als „verbindlich" für alle denkbaren Aktivitäten.
Es wurde festgelegt, daß Details der Aktion bzw. die Reaktion im Falle des Verbots auf einer weiteren Konferenz diskutiert und festgelegt werden sollen.

Aus der Sicht des Verfassungsschutzes:

„Der Schleswig-holsteinische Verfassungsschutz besitze Hinweise darauf, daß es durch einen militanten Teil in der norddeutschen ‚Friedensbewegung' in den Tagen vor dem 15. Oktober vor Militäreinrichtungen der Amerikaner oder der Bundeswehr in Bremerhaven und Nordenham zu gewalttätigen Aktionen kommen könne. Dies sei möglicherweise ein stillschweigendes Zugeständnis, das die Vertreter sogenannter gewaltfreier Aktionen einigen Extremisten aus der Szene der undogmatischen Linken gemacht hätten. Diese gewaltbereiten Gruppen hätten sich auf Vorbereitungskonferenzen gegen eine Beteiligung an der als norddeutscher Schwerpunkt gedachten Demonstration am 15. Oktober im Raum Bremen ausgesprochen. Sie nannten sie eine ‚Latschen-Demo'. Statt dessen hätten diese Extremisten Aktionen in den Tagen unmittelbar davor angekündigt. Dann sei Gewalt nicht mehr auszuschließen, folgert der Kieler Verfassungsschutz." (FAZ, 31.8.83)
Eine kaum verhohlene Ankündigung, die Vorblockaden entsprechend polizeilich zu „behandeln", eine kaum verhohlene Distanzierungsaufforderung an gewaltfreie Kräfte.

Hamburg:

Für Hamburg wurde auf der 2. Regionalkonferenz Nord eine „Konzeption" der „Volksversammlung für den Frieden" in Hamburg am 21./22.10. beschlossen.
Alle Teilnehmer sollen sich am 22.10. bis 11 Uhr an diesen vier Sammelpunkten treffen:
- Altonaer Balkon (Sonderzüge aus Niedersachsen/Schleswig-Holstein)
- Heiligengeistfeld (Busse aus Niedersachsen)
- Bahnhof Barmbek (Busse aus Schleswig-Holstein)
- Sternschanze oder Dammtor (Züge/Busse aus Bremen)

Für die Hamburger Teilnehmer ist es (leider) freigegeben, ob sie zu den Sammelstellen gehen oder (nur) direkt zu Kundgebung.
Um „5 vor 12" verlassen die Demonstrationszüge die Sammelstellen. Die Züge aus Altona und vom Heiligengeistfeld werden zu einer Zwischenkundgebung am Hafen zusammentreffen, wo Redner von „Dritte-Welt"-Gruppen und Hafenbetrieben sowie ein ausländischer (türkischer) Kollege über Rüstungsproduktion und Rüstungsexport sprechen werden. Von 14 bis 16 Uhr wird die Abschlußkundgebung auf dem Rathausmarkt stattfinden. Jeweils ein Sprecher des DGB (Zimmermann, Baden-Württemberg), der Kirchen, der DKP, der Grünen bzw. GAL, der SPD und des BAF-Nord werden auftreten und es soll ein Grußwort aus Bremerhaven vorgetragen werden. Der Präsident der FDR (El Salvador), Ungo, wird ebenfalls zu den Rednern der Abschlußveranstaltung gehören. Bedingung für alle Redner ist, daß sie *„j e d e Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ablehnen"*.
Interessantes Geschiebe (vor allem im Hintergrund) dürfte es um die Frage geben, ob die Abschlußkundgebung tatsächlich auf dem Rathausmarkt stattfinden kann, da er innerhalb der Hamburger Bannmeile liegt (in Bonn soll eine Übertretung dieser Zone ja vermieden werden). Immerhin stammt diese Forderung nach diesem Kundgebungsort aus SPD-Kreisen und auch der DGB macht dieses Spiel mit. Natürlich wäre eine Genehmigung ohne weiteres möglich, wie es die Friedensdemonstration 1958 oder die Demonstration gegen die drohende Werftenschließung und Massenentlassung bei HDW; CDU und SPD-Rechte werden sich allerdings gegen eine Genehmigung sperren.
Senatssprecher Thomas Mirow erklärte bereits, der Rathausmarkt stehe *„höchstwahrscheinlich nicht zur Verfügung"*. CDU-Oppositionsführer Perschau forderte *„Keine Freigabe der Bannmeile"* („Welt", 16.8.). Fachbehörden forderten die Ablehnung, weil eine solche Genehmigung einen juristischen „Präzedenzfall" schaffen würde; die Demonstration sei keine von „allen demokratischen Kräften" getragene Aktion, sondern „ein zutiefst strittiges Vorhaben", bei dem „die Gefahr erheblicher Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" bestünde. Der Senat und der Präsident der Bürgerschaft, die für eine Genehmigung zuständig sind, haben sich (offiziell) mit der Frage noch nicht befaßt („Welt", 24.8.83).

Wie ungehorsam ist „ziviler Ungehorsam"?

Sehr umstritten waren die für den 21. und 22.10. geplanten Aktionen des zivilen Ungehorsams. Kräfte der Hamburger Friedenskoordination und andere wollten neben einer Demonstration auch zentrale Aktionen des zivilen Ungehorsams in der Konzeption der „Volksversammlung" verankert sehen, zu denen ebefalls schwerpunktmäßig zentral mobilisiert werden soll (einige sogar alternativ, d.h. statt der Bremerhaven-Aktion).
Mehrheitlich beschlossen wurden folgende Aktionen, die am Freitag, den 21.10. ab 13 Uhr beginnen sollen:
a) *Blockade der Führungsakademie*
b) *Menschenkette von der deutsch-südamerikanischen Bank (Neuer Jungfernstieg) bis zur Firma Rothfos (Sandtorkai); dort befindet sich auch das Konsulat von El Salvador; oder eine vergleichbare Aktion*
c) *Friedensfahrt auf der Elbe mit Beteiligung von Fischern und vielen Sportbooten, die zu einer zeitweiligen Blockade der Elbe führen soll*
d) *Mahnwache am Gedenkstein auf der Moorweide (dort war der Sammelplatz zur Deportation der Juden in die Vernichtungslager)."*

In der Auseinandersetzung um einzelne Aktionen kam es auf der Regionalkonferenz nahezu zum Eklat, weil sich eine erdrückende Mehrheit von KOFAZ- und Pro-SPD-orientierten Kräften gegen eine kleine Minderheit der schlecht vertretenen Blockierer ganz offen und schonungslos dafür einsetzte, daß solche Blockaden rein symbolischen Charakter zu tragen hätten. Im Blockade-Plenum Hamburg war erörtert worden, die Führungsakademie der Bundeswehr entweder bei einer Besetzung umzubenennen oder gar zu „demolieren", ebenso war im Gespräch, die Auslieferung des El Salvador-Kaffees zu blockieren.
Da der El Salvador-Kaffee aufgrund des Bürgerkrieges dort nicht sicher ist, wird der Kaffee hier in Hamburg in großen Mengen eingelagert. Zuständig ist die Firma Rothfos, der Chef ist gleichzeitig Konsul für El Salvador. Bei Rothfos wollte die Mehrheit eben nur eine Menschenkette von der Firma zu der Bank organisieren, die dieses Unternehmen finanziert.
Bei der Führungsakademie-Planung und der geplanten Ankündigung einer Besetzung handelte es sich seitens der Linken eh mehr um einen verbalen Kraftakt, denn eine solche Ankündigung hätte ja totsicher zu einem entsprechenden Polizeiaufgebot geführt, was bei der gegebenen Situation wohl das Ende jeder Besetzungsabsicht bedeutet hätte. Aber auch das war den Kräften aus dem Mehrheitsspektrum zuviel. Als Ziel einer Blockade wird in einem Mehrheitsbeschluß definiert, just an (a l l e n) solchen Aktionen Menschen beteiligen zu können, die so etwas bisher noch nie gemacht haben. Zudem müßten solche Blockaden dem Minimalkonsens entsprechen, sprich „von der gesamten norddeutschen Friedensbewegung" getragen werden können. Ausdrücklich wird die Besetzung oder „Demontage" abgelehnt. Selbst der Hinweis, daß es von einem höchst willkürlichen Demokratieverständnis zeugt, wenn die Mehrheit in einem g e m e i n s a m e n Aktionsrahmen der Minderheit politische Ohrfeigen verabreicht, konnte die KOFAZ- und Pro-SPD-orientierten Kräfte nicht hindern, mit ihrer Mehrheit durchzustimmen.
Der Ex-FDPler Middelhauve vom Hamburger Forum brachte es auf den Punkt: In Bremerhaven gäbe es immer noch „Unsicherheiten", was dort bei den Aktionen im einzelnen passieren könne, für Hamburg „darf es solche Unsicherheiten nicht geben". Dieses ließ sich für dieses Spektrum am einfachsten dadurch erreichen, daß alle konkreten Aktionsvorschläge für Blockaden voll übernommen und auf einen entsprechenden (symbolischen) Rahmen zurechtgestutzt wurden.
Das trug vor allem der DKP das uneingeschränkte Lob Hamburger „Sicherheitsschützer" ein. Ex-Verfassungs-Chef Horchem (CDU) erklärte, daß die DKP *„für die kommenden Großdemonstrationen als Beruhigungsfaktor angesehen werden"* müsse. Im Gegensatz zum „Verbund autonomer Gruppen unter der Bezeichnung ‚Friedenskoordination'", die „auf ‚dirkete Aktionen' und damit auf Konfrontation hin" ausgerichtet seien, würden sich die DKP und ihre Hilfsorganisationen *„nur an ‚gewaltfreien' Demonstrationen beteiligen und bei eigener Beteiligung entsprechend ihrer langfristigen Strategie für ‚Gewaltfreiheit' sorgen"* (FAZ, 23.8.83). *„Offenbar hat sich vorerst aber die Linie des Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolfgang Gehrcke durchgesetzt, der seine Kader für den DGB und die SPD ‚hoffähig' machen möchte"*, schrieb die „Welt" (am 23.8.83). Pawelzyk (SPD-Innensenator) gab die gleiche Einschätzung im Rundfunk zum Besten.
Am 23.8. protestierte das Hamburger Blockade-Plenum mit 100 Anwesenden gegen einen Beschluß der Regionalkonferenz, der sich ausdrücklich gegen den Diskussionsstand des Blockade-Plenums richte. *„Auch wenn wir mit dieser Mehrheit zusammenarbeiten wollen, können wir uns unsere weitergehenden Aktionsvorschläge von dieser Mehrheit nicht einfach wegstimmen lassen. Wir werden daher unsere Absicht, weitergehende wirksame Aktionen bei der FüAk* (Führuns-Akademie der Bundeswehr - Anm. AK) *oder anderswo durchzuführen, weiterverfolgen und bei entsprechend überzeugenden Konzept auch ohne den Segen der Regionalkonferenz durchführen."*
Die GAL erklärte auf ihrer Mitgliederversammlung am 27.8. ausdrücklich ihre Unterstützung dieses Beschlusses.
Allerdings kam es dann doch anders: Auf dem Blockade-Plenum am 30.8. schlug die Hamburger „Ohne Rüstung Leben"-Gruppe vor, an der FüAk neben Blockade (wie auf der Regionalkonferenz beschlossen) symbolisch der Opfer jener Militärs aus faschistischen Regimes, die dort ausgebildet werden und anderer Opfer des Militarismus durch eine Aktion zu gedenken. Rote Grablichter, Grabsteine- und -platten sollen mitgebracht, Gräber, Steine und Holzkreuze und ein „Blutspingbrunnen" sollen errichtet werden. Diese Idee stieß bei vielen Blockierern auf spontane Zustimmung. Damit war die Idee einer ‚direkten Aktion' vom Tisch, zumal die FüAk bei Blockade-Beginn bereits „dicht", nämlich im Wochenende, ist.
Zwar wird immer noch die Möglichkeit einer Rothfos-Blockade erkundet, aber nach bisherigem Stand ist die Absicht, während der Aktionswoche im Herbst in Hamburg über nur symbolische Behinderungen hinauszugehen, aufgegeben worden.

Die Vereinnahmung der Friedensbewegung durch die staatstragenden Kräfte

Ein Diskussionsbeitrag von Lucas Beckmann (Grüne) auf der Bonner Koordinationssitzung vom 13.7.

Wir dokumentieren hier einen Diskussionsbeitrag, den Lukas Beckmann von den Grünen auf einer Sitzung des Bonner Koordinationsausschusses gehalten hat. Der Beitrag wurde aus Anlaß der Debatte gehalten, ob Friedenskräfte in Bonn die Bannmeilengrenze betreten oder gar übertreten dürften, wir berichteten davon. Der Beitrag umfaßt aber eine generelle Einschätzung zum Einfluß von DKP—, SPD— und DGB—Kräften und den Aufgaben der Friedensbewegung.

Er war nicht nur Grundlage für die Diskussion und Beschlüsse der Grünen, sondern sollte darüberhinaus u. E. Berücksichtigung bei der Friedensbewegung finden.

Eine Zusammenfassung dieser Einschätzung hat Lukas Beckmann (im Zusammenhang seiner über die Schwalba-Hoth-Aktion) als Interview der dpa gegeben. Die Aufregung im Koordinationsausschuß war groß. Weil er nicht allgemein blieb, sondern die Vertreter des Bündnisses DKP-SPD-DGB beim Namen nannte, wurde das als „Denunziation" im KO—Ausschuß gebrandmarkt, just von solchen Kräften, die in Polizeigesprächen, wie sie stattgefunden haben, keinesfalls ein anrüchiges Unternehmen erblicken wollen.

(...)

Es gibt Historiker die sagen, die Friedensbewegung der 50iger Jahre gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ist aufgesogen und integriert worden von der SPD. Ich weiß, daß es andere gibt, die dies auch anders sehen. Konsens unter uns sollte sein, daß diejenigen Organisationen und Menschen, die die Friedensbewegung in den letzten Jahren hier aufgebaut haben, in der Pflicht sind, dafür Sorge zu tragen, daß sich dieser Integrationsprozeß und damit die politische Neutralisierung der Friedensbewegung nicht noch einmal wiederholt.

Die für manche nur scheinbare und dennoch in der Regel offensichtlich, oft auch nur hinter vorgehaltener Hand bestehende Koalition zwischen DKP, SPD und DGB in diesem Koordina- oft auch nur hinter vorgehaltener Hand bestehende Koalition zwischen DKP, SPD und DGB in diesem Koordina- tionsausschuß muß meines Erachtens um der Erhaltung einer blockunabhängigen Friedensbewegung willen sehr bald durchbrochen werden. Dies ist nach dem jetzigen Stand der Diskussion — und ich erinnere hierbei insbesondere an die Qualität der Diskussion bei unserem letzten Treffen — nur noch durch einen öffentlichen Eklat möglich, es sei denn, daß sich hier im Vergleich zu unserer letzten Sitzung ganz neue Formen der Diskussion entwickeln.

Ich halte es schlichtweg für einen Skandal, wenn in dieser Diskussionsrunde — und sei es zunächst auch nur spielerisch — Begriffe fallen wie BAF, GAF und RAF, weil man sich über die Konsequenzen solcher Diskussionsbrocken im Klaren sein muß: Es geht letztlich darum, den Versuch zu unternehmen, diejenigen, die beispielsweise eine Umzingelungsaktion der Bannmeile organisieren wollen und auch zunächst einmal verbal bekunden, einen Fußbreit in die Bannmeile hineinzugehen, aus der Friedensbewegung hinauszudiskutieren und hinauszukriminalisieren. Diese Diskussion beim letzten Mal war ihrer Qualität nichts anderes, als die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Diskussion zwischen Zimmermann auf der einen Seite und der Friedensbewegung auf der anderen Seite, nur eben mit dem Unterschied, daß die Fronten diesmal innerhalb der Friedensbewgung bzw. innerhalb dieser Friedenskoordination verlaufen. Anders kann ich Diskussionsbeiträge wie z.B. von Rudolf Hartung auf Anspielung der Umzingelungsaktion „ihr wollt uns wohl nicht dabei haben" nicht verstehen. Jeder und Jede von uns sollte sich zunächst einmal nur für sich darüber im Klaren werden, was die bisher hier geführte Diskussion für die weitere Existenz der Friedensbewegung nach dem Bonner Herbst und nach der leider auch sehr wahrscheinlichen Stationierung bedeuten kann.

Für die Friedensbewegung ist unerträglich, daß insbesondere die Organsationen, die sich bis zur Bonner Wende entweder nicht hervorgetan haben, oder nicht getraut haben gegen die Stationierung anzugehen, hier zum Maßstab der Konsensbildung und zum wesentlichen Sprachrohr der Friedensbewegung gemacht werden. Und wenn Vertreter des DGB auf der letzten Sitzung sagen, in Bonn und Stuttgart nehmen wir teil, weil unsere beiden Bedingungen „gewaltfreie Demonstration" (das ist hier ja auch insgesamt Konsens!), die Forderung einen Redner zu stellen, erfüllt worden sind, offensichtlich in Absprache mit der Geschäftsführung, ohne Absprache mit den 20 weiteren Organisationen dieses Koordinationsausschusses. Ich möchte nicht, daß wir in der Weise hier weiterarbeiten, daß sich bestimmte Kreise inner- nationsausschusses. Ich möchte nicht, daß wir in der Weise hier weiterarbeiten, daß sich bestimmte Kreise inner- halb dieses Ausschusses zunächst einmal darauf verständigen, daß in Hamburg Dohnanyi, in Bonn Ernst Breit und Willi Brandt sprechen, und danach die anderen Teile der Volksversammlung diskutiert und verabschiedet werden, die dann ja nach der Auffassung einiger von euch wohl nur noch nebensächlich sein können. Jeder einzelne von uns hat geradezu die menschliche Verpflichtung, sich den Initiativen der Aktionen der Friedensbewegung anzuschließen, völlig unabhängig von der Möglichkeit einzelner Organisationen sich politisch oder auch organisationspolitisch zu profilieren. Wer als Vertreter von staatstragenden Organisationen primär organisations— und damit auch gesamtpolitische Interesse in die Friedensbewegung reinträgt, unterstützt damit bewußt oder auch unbewußt einen Prozeß, der zum Aufsaugen und letztlich zur Exekutierung der Friedensbewegung beitragen wird. Der Fahrlässigkeit und Verantwortungslosigkeit, mit der hier eine politische Umorientierung der Friedensbewegung, ja eine stillschweigende Aufnahme der Abschreckungslogik vorgenommen wird, muß Einhalt geboten werden.

Ich vertrete hier diesen Standpunkt ohne Absprache mit dem Bundesvorstand oder auch sonstiger grüner Gremien. Wir werden am kommenden Wochenende auf der Bundesvorstandssitzung hierüber diskutieren und ich kann euch versichern, daß ich mit Händen und Füßen dafür kämpfen werde, daß diese Position sowohl innerhalb



des Bundesvorstandes, als auch innerhalb der Bundestagsfraktion mehrheitsfähig wird. des Bundesvorstandes, als auch innerhalb der Bundestagsfraktion mehrheitsfähig wird. Diejenigen, die wir als Friedensorganisationen vertreten und auch diejenigen, die sich bisher am Rande der Friedensbewegung orientieren, haben berechtigten Anspruch, über Rundschreiben und Pressekonferenzen von politischen Kursänderungen der Friedensbewegung zu erfahren.

(...)

Die Notwendigkeit dieser Diskussion im Koordinationsausschuß ist seit langer Zeit angelegt. Auf der vorbereitenden Sitzung im März für die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 17./18. April in Köln wurde sowohl von Seiten des KOFAZ als auch von Seiten der Aktion Sühnezeichen und der Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden überraschenderweise sehr aktionsfreudig über die Aktivitäten im Laufe dieses Jahres diskutiert, und ich habe seinerzeit die Hoffnung ausgedrückt, daß dies nicht nur der taktischer Versuch ist, im Vorfeld der Diskussion den autonomen und aktionsbezogenen Teil der Friedensbewegung mit einzubeziehen, um dann später wieder in die Organisation von traditionellen Demonstrationen überzugehen. Wir müssen in diesem Herbst deutlich machen, daß wir bereit sind, mit allen Mitteln des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams diese Stationierung zu verhindern und nicht nur dadurch, daß Menschen mit Bussen und Zügen nach Bonn kommen, aussteigen, sich ein paar Reden und Musikbeiträge anhören und dann wieder nach Hause fahren. Gerade auch der Mobilisierungsgrad von aktionsbezogenen Demonstrationsformen wird meines Erachtens hier in diesem Kreise sehr stark unterschätzt.

Die bisher von Seiten der Geschäftsführung und auch von Ulrich Frey mit einigen Freunden vorgelegte Konzeption für die Bonner Volksversammlung ist letztlich unterm Strich nichts anderes als die Planung einer traditionellen Demonstration, wobei dei Abschlußkundgebung als einzige — wenn man sie so bezeichnen kann — Aktion im Mittelpunkt steht. Ich halte eine soche Abschlußkundgebung für notwendig, möchte sie auch nicht eleminieren, sie muß jedoch zu einem integralen Bestandteil der gesamten Volksversammlung für den Frieden werden.

(...)

Natürlich liegt es auch im Interesse der GRÜNEN, daß die Mutter und Großmutter von N.N. nach Bonn kommen und ebenso liegt es in unserem Interesse, daß sowohl DGB als auch SPD möglichst breit mobilisieren. Das steht hier gar nicht in Frage. Zwei Millionen Menschen sind uns lieber als eine Million Menschen. Wer mich in diesem Punkt falsch versteht, will an die Substanz der Sache nicht heran. Die Stärke der Friedensbewegung liegt bisher in der Unabhängigkeit ihrer Konzeption von Abschreckungs— und Blocklogik. Das Geschwätz von der notwendigen Abrüstung über das Delegationsprinzip der Supermächte muß als solches ent- Abrüstung über das Delegationsprinzip der Supermächte muß als solches ent- larvt werden und es war deshalb notwendig, eine Friedensbewegung aufzubauen, die sich unabhängig von solchen offiziellen Abrüstungsverhandlungen eigenständige Positionen erarbeitet und weitere Aufrüstungsprozesse politisch verhindert. Wenn jetzt in Punkt 4 des Vorschlages des geschäftsführenden Ausschusses darauf hingewiesen wird, daß es notwendg ist, bei der Bonner Volksversammlung für den Frieden auch die politischen Perspektiven der Friedensbewegung deutlich zu machen, so taucht hier sehr bald die Frage auf, auf welcher Grundlage denn diese Perspektiven entwickelt werden sollen, wenn hier der Versuch gemacht wird, über das Trio DGB, SPD und DKP friedenspolitische Akzente zu setzen, die leider innerhalb der Abschreckungsdoktrin begründet liegen. Die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen mit der Erstschlagwaffe Pershing II hat Priorität. Das ist nach wie vor für DIE GÜNEN als auch hier in diesem Kreise Konsens.

Darüberhinaus geht es aber auch um die Reduzierung und letztliche Abschaffung des bereits vorhandenen atomaren und chemischen Waffenpotentials.

Die Friedensbewegung hat nach wir vor mit dem Dilemma zu kämpfen, zu spät auf die Beine gekommen zu sein, d.h. zu einem Zeitpunkt, wo es längst möglich war, die Menschheit mit atomaren und chemischen Waffen mehrfach zu vernichten. Mindestens doch bis an diesen Punkt heran müßte im Herbst 83 die Forderung und die Perspektive der Friedensbewegung reichen. Und ich will jetzt in diesem Zusammenhang gar nicht näher eingehen auf die ebenso große Selbstverständlichkeit, daß es natürlich in unserer Abrüstungs—Logik liegt, auch das konventionelle Waffenpotential zu reduzieren und letztlich abzuschaffen. Dies schließt natürlich auch ein die Forderung nach ABC—freien Zonen, und den Zusammenhang von Friedens— und Menschenrechtspolitik. Auf den Punkt gebracht stellt sich doch jetzt die Sache so dar, daß SPD und DGB es nun im letzten halben Jahr Gottseidank geschafft haben, sich auch zu mindest zeitweise, öffentlich nicht nur in Form von kleinen Zirkeln gegen die Stationierung zu stellen und dieser Koordinationsausschuß hier alles dafür tut, sie auch gleich zum Sprachrohr zu machen.

Damit ist faktisch der systemimmanente Teil der Abschreckungs—Logik soweit in die Friedensbewegung integriert, daß der autonome Charakter jenseits dieser Logik für eine notwendige Perspektive der Friedensbewegung nicht nur in Gefahr gerät, sondern letztlich keinen Platz mehr hat.

Natürlich muß die Stationierung — um noch kurz auf Achim Maske einzugehen — politisch und nicht physisch verhindert werden. Wer die Notwendigkeit von aktivem gewaltfreien Widerstand und zivilen Ungehorsam mit dem Bedürfnis nach physischer Verhinderung der NATO—Aufrüstung gleichsetzt, hat nichts begriffen. Aktiver gewaltfreier Widerstand setzt dort Zeichen und bringt Bewußtsein in Bewegung, wo Sprache nichts mehr bewegt und die erlebte Macht der Ohnmacht sich ausdrücken will. Die Bereitschaft der Bundesregierung zur Stationierung von neuen Mttelstreckenraketen und Erstschlagwaffen als verfassungswidrige und völkerrechtswidrige Handlung ist Anlaß genug, um darauf hinzuweisen, daß wir bereit sind, aufgrund der tiefgreifenden Gefahr und ihren weitreichenden Folgen nicht nur wie treue Bürger auf Bürgersteigen und Demonstrationsplätzen herumzuwandern, sondern bereit sind, uns auch selbst ein Stück weit durch entsprechende Aktionsformen des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams zu riskieren für einen wirklichen Frieden und eine wirkliche Abrüstung.

Wer die NATO—Aufrüstung verhindern will, kann auf Genf, auf eine Mehrheitsentscheidung im Bundesparlament gegen die Stationierung und auf die Friedensbewegung setzen. Wir setzen — nicht freiwillig — auf uns selber. Eine politische Verhinderung der Stationierung bedeutet die Aktivierung und teilweise auch Reaktivierung aller vorhandenen Kreativität innerhalb der Friedensbewegung. Ich bezweifle, daß und teilweise auch Reaktivierung aller vorhandenen Kreativität innerhalb der Friedensbewegung. Ich bezweifle, daß die bisher angelegte Organisationsstruktur für die Volksversammlung in Bonn dafür geeignet ist, wobei die sehr bald anstehenden Gespräche mit der Polizei diese Befürchtung wahrscheinlich noch bestärken werden.

Was ich von diesem Koordinationsausschuß erwarte, ist folgendes:

Die geschäftsführende Organisation dieses Koordinationsausschusses dekken den Rahmen für diese Volksversammlung durch den Satz: „alle müssen alles mitmachen können". Ich möchte dagegen halten oder auch hinzufügen: Die ganze Vielfalt und Kreativität der Friedensbewegung muß entsprechend der Möglichkeiten und Notwendigkeiten auf der Grundlage des gemeinsam verabschiedeten Aufrufs in Köln zum Ausdruck kommen können. Hierfür brauchen wir die politische und organisatorische Unterstützung dieses Koordinationsausschusses ohne jede Einschränkung. D.h. Initiativen sollen nicht gelähmt werden, sondern ganz im Gegenteil gefördert werden; d.h. die Ankunftsplätze der Busse, der Züge, die Marschrouten etc. müssen so organisiert werden, daß wir die bereits angesprochenen Aktionen wie Umzingelung der Bannmeile, Mahnwachen und Friedensketten an und zwischen den Botschaften der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs und auch weitere Aktionen durchführen können.

Hierfür ist es notwendig, daß die Geschäftsführung in den Gesprächen mit der Polizei sich nicht auf die Anmeldung bestimmter Plätze in der Bonner Innenstadt (Hofgarten, Marktplatz, Poppelsdorfer Allee, Münsterplatz etc.) beschränkt, sondern daß die gesamte Stadt Bonn inklusive Bad Godesberg zum Demonstrations—, bzw. Veranstaltungsort der Bonner Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober erklärt wird.

DKP und MLPD Kopf an Kopf

„Da staunt sogar die DKP", hatten wir über eine Notiz geschrieben, in der zitiert wurde, wie die MLPD (ehem.KABD) die Krefelder „Zwischenfälle" als lange vorbereitete Arbeit bezahlter Provokateure interpretiert (AK 236, S.15). „Stimmt nicht, die DKP ist unschlagbar", teilten uns daraufhin Leser mit und legten ein Exemplar des „duburger", einer DKP-Stadtteilzeitung aus Flensburg, bei? Dort steht:„*Rezept: Man nehme eine ganz gewöhnliche Friedensdemonstration wie die Ende Juni in Krefeld, wo 35 000 Menschen friedlich demonstrierten und ein Friedensfest feierten, sowie 400 vermummte Personen, die den Wagen des US-Vizepräsidenten Bush mit Steinen und Farbbeuteln bewerfen (ohne ihn jedoch zum Halten zu bringen, geschweige denn ihn aus dem Wagen zu holen). Diese ‚Demontranten' die ‚zufällig' die Geheimroute des Vizepräsidenten kennen, haben dann selbstverständlich noch ihr Kamerateam dabei, damit auch einige leibhaftige Bilder von der ‚steinewerfenden Friedensbewegung' um die Welt gehen können...Die Methode ist ebenso alt wie einfach: Man schleust ein paar gut ausgerüstete Provokateure ein. die für Zwischenfälle sorgen und hat dann einen Anlaß, Polizei und Justiz gegen die Bewegung einzusetzen...*".

Jetzt wo die DKP es schreibt, fällt es uns auch auf : Daß die Leute in Krefeld den Bush nicht aus der Kutshe gezerrt und allegemacht haben, ist wirklich höchst verdächtig. Das wäre der DKP bestimmt nicht passiert.

Heißer Sommer in Comiso

Etwa 4 km von Comiso entfernt, ganz in der Nähe des für die Stationierung der Cruise Missiles vorgesehenen Flughafens Magliocco haben Friedensbewegte aus Italien und anderen europäischen Ländern ihre Zelte aufgeschlagen. Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September rufen verschiedene italienische Friedensorganisationen zu einem „International Meeting Against Militarization and Cruise" (kurz: IMAC) auf. Das IMAC steht allen offen, die einen „gewaltfreien demokratischen Widerstand" gegen den Bau der Raketenbasis leisten wollen. Neben der Durchführung von kulturellen Initiativen, politischen Diskussionen, gewaltfreien Trainings, Öffentlichkeitsarbeit und populären Aktionen vor Ort ist es ausdrückliches Ziel des IMAC, letzlich zu einer „realen Blockade" der Bauarbeiten an der Basis zu kommen.

Auftakt-Blockade Ende Juli

300 Menschen beteiligen sich an der ersten Blockadeaktion am 20./21. Juli. Während ein Teil der Beteiligten mit dieser Aktion bereits die Absicht einer realen und wirksamen Blockade der Bauarbeiten in die Tat umsetzen will, ist die Mehrheit, vor allem die kommunistische Partei (PCI), der Meinung, es ging zunächst einmal um eine bloß symbolische Aktion mit dem alleinigen Ziel, die Öffentlichkeit aufhorchen zu lassen. Das praktische Ergebnis dieser Meinungsverschiedenheit ist schließlich, daß die Blockade am ersten Tag erst um 9 Uhr beginnt, das heißt n a c h d e m die Arbeiten auf der Basis längst begonnen haben. Tatsächlich wurde mit dieser Aktion eine Verzögerung der Bauarbeiten nicht erreicht, auch wenn 200 Carabinieri und Polizisten zwei Tage lang damit beschäftigt waren, die Blockierenden immer wieder zur Seite zu tragen. Dennoch, diejenigen, die sich in Comiso um die Intensivierung und Verbreiterung direkter gewaltfreier Aktionen bemühen, werten es als Erfolg, daß viele, die solchen Aktionen bisher mit Ablehnung begegnet sind, beginnen, sich für eine Blockade des Flughafens zu engagieren.

Eine Illusion wird zerschlagen

Zur massenhaften Besetzung des Flughafens haben die „Leghe Autogestite", ein Zusammenschluß anarchistischer Gruppierungen, für den 22.-24. Juli aufgerufen. Die Illusion, zumindest 2.000 Menschen würden diesem Aufruf folgen, erfüllt sich nicht; es kommen nur 200-300, die der Realisierung ihres hochgesteckten Zieles etwas ratlos gegenüberstehen.

Am Abend des 22. Juli formieren sie einen Demonstrationszug zum Haupttor des Flughafens, wo sie bereits von großem Polizeiaufgebot erwartet werden.

Mit einem riesigen bunten Drachen stoßen 15 Frauen des Frauencamps „La Ragnatelà" (Das Netz) zu dieser Kundgebung. Anläßlich des Vollmondes ziehen sie rings um das militärische Gelände. Später gelingt es ihnen an anderer Stelle, die Basis zu betreten. Sie werden vertrieben, ohne festgenommen zu werden.

Wenngleich sich die anarchistischen Gruppen keineswegs zum prinzipiell gewaltfreien Teil der Friedensbewegung zählen, beschränkt sich ihr Protest vor dem Haupttor auf Parolen gegen Cruise Missiles, NATO und Polizei; es geschieht wirklich nichts, was als tätlicher Angriff auf die Polizei interpretiert werden könnte. Dennoch spricht die sizilianische Presse von Steinwürfen, um den nachfolgenden Polizeieinsatz zu rechtfertigen.

Ohne vorherige Aufforderung zur Räumung stürmen die Polizeikräfte bei Einbruch der Dunkelheit mit Schlagstöcken, Tränengas und Brandbomben auf die Demonstranten los. Innerhalb von Sekunden gleicht der Platz einem vernebelten Schlachtfeld. Auch die mit roten Kreuzen gekennzeichnete Santitätsgruppe wird, während sie Verletzte versorgt, gezielt angegriffen. Mindestens 17 Personen werden bei dieser überfallartigen Räumung zum Teil schwer verletzt, unter ihnen zwei Behinderte. Zwei Personen werden verhaftet und einige selbst im Krankenhaus unter Bewachung gestellt.

Das IMAC — an der Aktion der „Leghe Autogestite" nicht beteiligt — gibt eine Erklärung heraus, die das Vorgehen der Polizei verurteilt und die Freilassung der Verhafteten fordert. Doch werden auch die Organisatoren dieser Aktion kritisiert, da ihr Vorgehen sich nicht an der Stimmung in der Bevölkerung orientiert und die Anwesenheit von Provokateuren begünstigt hätte.

Gewaltfreie Aktionen — verhaftet und verprügelt

An einer weiteren durch die Träger des IMAC initiierten Blockade vom 6.-8. August beteiligen sich an die 1.000 Menschen. Kurz vorher war es zwei kleinen Gruppen von Pazifistinnen und Pazifisten gelungen, in das Flughafengelände einzudringen. Die Zehn wurden verhaftet und müssen mit einem Gerichtsverfahren rechnen. Zwar fordert das IMAC ihre Freilassung, betonte in seiner Erklärung jedoch gleichzeitig, diese Aktion nicht unterstützt zu haben.

Die ersten beiden Tage der Blockade verlaufen ruhig. Am dritten Tag — drei Stunden vor dem beabsichtigten Ende der Aktion — ergeht der Befehl zur polizeilichen Räumung. Mit Knüppeln und Fußtritten traktieren Polizeikräfte die wehrlos am Boden Sitzenden, Hubschrauber werfen von oben Tränengasbomben. Während einige Polizisten die Blockierenden mit Pistolen bedrohen und Warnschüsse in die Luft abgeben, werfen einige andere Helme und Schilde weg und fordern die Demonstranten auf wegzulaufen.

Bei diesem bisher brutalsten Polizeieinsatz werden 150 Blockier/innen verletzt. 40 von ihnen ließen sich im Krankenhaus behandeln und haben inzwischen eine Strafanzeige erhalten, da ihre Daten offenbar weitergeleitet wurden.

An der Aktion beteiligte Abgeordnete, die ebenfalls verletzt wurden, betonten, daß der Angriff der Polizei ohne ersichtlichen Grund begonnen und absolut jeglicher Vorwand für eine Räumung gefehlt habe. Vermutungen, der Einsatzbefehl sei direkt aus Rom gekommen, sollen durch eine parlamentarische Anfrage überprüft werden.

Das Stück Land, auf dem das IMAC-Camp errichtet ist, wurde inzwischen von italienischen Friedensgruppen aufgekauft — aber noch nicht bezahlt. **Die Friedensbewegung braucht einen „Zufluchtsort" in der Nähe der Basis, um einen stabilen und kontinuierlichen Widerstand zu entwickeln und weitere Aktionen vorzubereiten. Das Land kostet 63 000 Mark. Die erste Rate muß bereits Ende September bezahlt werden. Bitte spendet an: Cassa Centrale die Risparmio per le Provincie Siciliane, Agenzia di Comiso No. 708, IMAC, No. 119329/10.**

Sabine, 15.August 83

Neonazis bewachen US-Armee

Über einen Zeitraum von gut 1 1/2 Jahren durfte sich der ANS/NA-Aktivist Arndt Heinz Marx aus Frankfurt als Wachmann bei der Civilian Support Agency umtun und erhielt die Gelegenheit, ungehindert in jede Kaserne im Bundesgebiet zu kommen. Bis zu seiner Entlassung im April 83 arbeitete er mitverantwortlich an der Organisation des US-Nachschubs in der BRD.

Weitere Beispiele für Neonazis bei der US-Army brachte eine „Panorama"-Sendung am 2.8.83.

— So soll das ANS/NA-Mitglied und Organisator der ANS-„Stabswache", Matthias Becker, bis zu seiner freiwilligen Kündigung über zwei Jahre als Feuerwehrmann bei der Army mit Zutrittberechtigung für alle Kasernen gewirkt haben.

— Bis nach dem Münchner Bombenanschlag arbeitete ein erklärter WSG-Hoffmann-Anhänger und Leiter einer „Antibolschewistischen Front" als Wachmann in Mainbullau und „sicherte" dort u.a. die Munitionsdepots.

Besonders pikant — vor allem im Hinblick auf die Herbstdemonstration — liegt allerdings ein Fall in Bremerhaven.

Dort nämlich werden die deutschen Wachmannschaften für die US-Einrichtungen von einem gewissen Ewald Marwede befehligt. Diesem Herrn obliegt offenbar der gesamte „Schutz" aller Einrichtungen der US Army, handelt es sich nun um Kasernen oder aber auch um den Munitionsumschlag. Die Brisanz dieser Angelegenheit liegt darin, daß Ewald Marwede wahrlich kein unbeschriebenes Blatt ist, was seine Aktivitäten für die NPD betrifft.

Bereits 1968 stellte ihn seine Partei als einen der Spitzenkandidaten für die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung ins Rampenlicht. Spätere Stationen von Marwedes „sauberer" Karriere: Ab 1968 NPD-Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung, ebenfalls in dem Jahr Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der NPD; wenig später seine Ernennung zum Kreisvorsitzenden; 1972 neben Martha Kruse aus Bremen Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl usw. usf.

Neben seinen parlamentarischen Aktivitäten fiel Marwede des öfteren durch seine kriminellen Aktionen auf: Z.B. 1969, als er mit gezogener (und glücklicherweise ungeladener, wie sich natürlich erst später herausstellte) Pistole zu nächtlicher Stunde!zwei harmlose Passanten in Bremerhaven überfiel, weil die angeblich Wahlplakate beiseite gestellt hätten! Oder z.B. im Februar 1972, wo Marwede dabei erwischt wurde, als er mit seinem Sohn AndreasWahlplakate der SPD beschmierte. In dem folgenden Prozeß wurde Marwede immerhin zu läppischen 600 DM verurteilt.

U.a. nach Marwede gefragt, wußte der zuständige US-Oberst Jon E. Porter (auf nebenstehendem Bild gemeinsam mit Marwede zu sehen) natürlich von nichts: „Ich glaube, das kann ich nicht kommentieren. Sie überraschen mich hier mit drei Dingen, von denen ich nichts weiß." („Panorama", 2.8.83)

Bedeckt hält sich in dieser Frage bislang auch der Bremerhavener Magistrat. Auf eine Anfrage der Betrieblich Alternativen Liste erfolgte bislang als Reaktion nichts.

„Interessant" wird es werden, wenn Marwede als Sicherheitschef mit seiner Truppe gegen die Demonstration am 15. Oktober antreten wird.

KB/Gruppe Bremerhaven



Neues Bündnis gegen die Friedensbewegung? Neonazi und Sicherheitschef Ewald Marwede (links) und der unwissende Jon Porter (rechts)

Friedenscamp in Nordenham diskutiert über die Behinderung der Munitionstransporte und die Herbstaktionen

Friedenscamp in Nordenham diskutiert über die Behinderung der Munitionstransporte und die Herbstaktionen



Neues Bündnis gegen die Friedensbewegung? Neonazi und Sicherheitschef Ewald Marwede (links) und der unwissende Jon Porter (rechts)

Über 500 Menschen trafen sich vom 19. bis 21. August zum „Friedens- und Umweltcamp" in Nordenham, zu dem der Arbeitskreis Wesermarsch — ein aus der Bewegung gegen das AKW Esenshamm entstandener Zusammenschluß — eingeladen hatte. Neben Mitgliedern der regionalen Anti-AKW-und Friedensbewegung waren auch zahlreiche Vertreter von Initiativen gegen die Munitionstransporte aus der gesamten BRD erschienen.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Camps lag entsprechend beim Umschlag amerikanischer Munition in Nordenham und sonstigen Militärgütern in Bremerhaven, ihrem Transport durch die BRD und ihrer Verwendung in Krisen- und Kriegsgebieten in aller Welt.

Über die Diskussion der speziellen Probleme der Arbeit der Initiativen gegen die Munitionstransporte hinaus sollte auch über die Beteiligung an den norddeutschen Herbstaktionen gesprochen werden. Als Einstieg hatte die Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung eine „alternative Stadtrundfahrt" vorbereitet, die dann auch im zünftigen" Rahmen durchgeführt wurde: massiv Zivilpolizei, Hubschrauberbegleitung usw. Auch in Nordenham selbst zeigte die Staatsgewalt Flagge: Die Verschönerung einer Mauer am Bahnhofsvorplatz durch ein riesiges Wandgemälde (die Polizei: „Farbschmierereien") nahm man zum Anlaß, vor dem Camp einen mittleren Truppenaufmarsch zu veranstalten. Über derartige Drohgebärden wurde allerdings — noch — nicht hinausgegangen.

Ein wichtiger konkreter Beschluß des Camps: Am 1. Sonnabend nach Ankunft des nächsten Munitionstransporters in Nordenham wird dort am Midgardhafen eine Demonstration stattfinden.

Diskussion über Herbstaktionen

Weniger ertragreich als der eben geschilderte Aspekt des Campverlaufs blieben indes die Diskussionen über die Herbstaktionen, die stark geprägt waren durch den teilweise niedrigen Informationsstand der auswärtigen Gruppen bezüglich der Aktionsplanung und den aktuellen politischen Auseinandersetzungen in der Region. Wenn man vom Bremer „Komitee gegen die Bombenzüge" absieht, bestand bisher in diesem Spektrum auch wenig Neigung, sich in die vorbereitenden Diskussionen einzubringen. So vertagte die Runde sich auf das erste Septemberwochenende in Bremen, um dort endgültig über das Ob und das Wie einer Beteiligung an den Aktionen in Bremerhaven/Nordenham zu entscheiden.

Hetzkampagne kommt auf Touren

Camp, alternative Stadtrundfahrt und begleitende Aktionen waren — nicht ganz unerwartet — für einen Teil der Medien willkommener Ansatzpunkt für die langsam auf Touren kommende Hetzpropaganda gegen die Herbstaktionen — genauer: gegen einen Teil der Herbstaktionen.

Schon vor Wochen hatte der Verfassungsschutz die Richtung gewiesen: Die Initiativen gegen die Munitionstransporte sollen als die Verbindungsstelle von Friedensbewegung und Terrorismus aufgebaut werden. Mit dem Bremer „Komitee gegen die Bombenzüge" (KGB) und dem mit ihm kooperierenden Arbeitskreis Wesermarsch (AKW) wurden die „Schaltstellen" schon ausgemacht. Report München (das ZDF-Magazin der ARD) unternahm es jetzt, aus einem entsprechenden Interview mit VS-Chef Hellenbroich und einigen — unerlaubt — aufgenommenen Schnipseln von Camp und Stadtrundfahrt eine Räuberpistole miesester Machart zusammenzurühren. Alle Zutaten einer echten Kriminalisierungskampagne waren in dem 15 minütigen Beitrag zu finden:

— „Gut organisiertes und zentralisiertes Vorgehen": Als Zentrale wurde der Arbeitskreis Wesermarsch vorgestellt, für den „2000 Sympathisanten die Informationen sammeln". Dazu dann Bilder vom Bremer BBA-Büro, um die „Schaltstelle" auch räumlich festzumachen.
— „Konspirative Methoden" — eine Behauptung, die an der Weigerung der Camp-Teilnehmer, das Aufnahmeteam unkontrolliert in den Bussen der Stadtrundfahrt filmen zu lassen, aufgehängt wurde.
— „Latente Gewaltbereitschaft": Die Aussage, keine Gewalt gegen Menschen ausüben zu wollen, sei nur „vorgeschoben".
— „Terroristische Umtriebe": Leute aus der „Terrorszene" hätten sich bereits in die Vorbereitungen der Nordenham-Aktion im Herbst eingeschaltet.

Da in Bremerhaven bei den Herbstaktionen der autonome Flügel ein stärkeres Gewicht besitzt, wird hier schon vorsorglich das Propaganda-Arsenal gegen den „Terrorismus" aufgefahren. Auch in der Friedensbewegung wird z.T. die große Sorge herumgetragen, was denn wohl in Bremerhaven alles passieren könnte . . .

KB-Gruppe Bremerhaven

Zimmermanns Worte - Musik in den Ohren der SPD- Polizei

Hamburg, 1. September 1983, Treffpunkt auf der Moorweide zur DGB-Demo. Wir waren kaum 50 Meter gegangen, da standen sie. Versteckt drückten sie sich an die Mauern hinter die Pfeiler der Brücke neben dem Dammtor-Bahnhof. Was sie da wollten, fragten wir uns. Das Kriegerdenkmal war doch noch nicht einmal zu sehen. Und dann folgte der Einsatz. Sie liefen auf den Lautsprecherwagen der Autonomen zu und versuchten, die Transparente runter zu reißen und schließlich den ganzen Zug zu stoppen. Sie hatten - fast ist es in diesem Land überflüssig dies zu sagen - nicht aufgefordert, ein bestimmtes Transparent aus den und den Gründen zu entfernen. Solche Angelegenheiten werden lieber gleich polizeilich geregelt. Was die Hamburger Polizei ins Laufen gebracht hatte, war ein Transparent, auf dem sinngemäß stand : „Innenministerkonferenz (die tagte zu dem Zeitpunkt in Hamburg) - Mörder Kemal Altuns". Im ersten Anlauf glückte ihnen gar nichts. Zu viele Leute standen jetzt um den Wagen herum, sie waren einfach zu wenige und konnten schließlich abgedrängelt werden. Erst ein Trupp, der von der anderen Seite kam, zog glücklich mit dem Transparent ab. Ein höherer Polizeicharge hatte dabei ein Spruchband, auf dem die Trauer um Kemal ausgedrückt wurde, gleich mit abgerissen.

Beim Hauptbahnhof folgte der nächste Einsatz. Hier gegenüber befindet sich der Sitz der Ausländerbehörde, vor der eine Mahnwache organisiert ist. Ein Fotograf, der versucht hatte, Zivile zu knipsen, wurde in die Demo rein verfolgt. Gleich hatten sie Chemical Mace in der Hand und spritzen damit wie blöde um sich. Eine Frau wurde aus kurzer Entfernung direkt ins Gesicht getroffen. Nur wenig später kam ein ganzes Aufgebot der uniformierten Gewalttäter und drängten den Zug zurück.

Aber sie wollten noch mehr, gut 10 Leute haben sie sich zum Schluß dicht am Kundgebungsplatz bei DGB-Haus gegriffen. Die Leute wurden von Zivilen und Uniformierten verfolgt. Wie das ablief, zeigt das Beispiel einer Frau: sie war quer über das Gelände verfolgt worden, als sie sie hatten, rissen sie sie zu Boden. Sie rief laut um Hilfe. Ein Ziviler kniete sich auf sie, drehte ihr die Hände auf den Rücken und fesselte sie. Als der Hamburger SPD-Innensenator seinem Bundesinnenminister wenig später im Rathaus Meldung machte, soll Zimmermann zufrieden gegrinst haben.

Also so ganz geglückt ist die demonstrationsrechtliche Wende doch noch nicht. Beim letzten Einsatz nahe dem DGB-Haus haute die angestrebte Taktik der „Entmischung" einfach nicht hin. Als immer mehr Wannen dort zusammengezogen wurden, strömten auch immer mehr Leute, die schon beim Abmarsch waren, dorthin.

H., Hamburg

Frauenwiderstand von Magie bis Antiimperialismus

Gemeinsam sind wir unerträglich

Bericht vom Frauenwiderstandscamp Reckershausen/Hunsrück

Kaum bemerkt von der friedensbewegten Öffentlichkeit, hat in Reckershausen/Hunsrück vom 15.7. bis 15.8. ein Camp stattgefunden, das aus dem Rahmen der üblichen Camps herausfiel: das Frauenwiderstandscamp.

Das Chaos wird organisiert

Schon bei den ersten Vorbereitungstreffen wurde klar, daß Frauen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen (und das heißt auch mit den unterschiedlichsten Einschätzungen über Kriegsgefahr, Patriarchat, Gewaltfreiheit etc.) an dem Camp teilnehmen wollten. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben würden, wurde beschlossen, daß ein Frauencamp stattfinden soll, das für alle Frauen offen sein soll und sich auch gegen Patriarchat und alltägliche Gewalt richten soll. Als Ziele des Camps wurden genannt:

„*— unsere Widerstandsformen zu entwickeln,*

— Öffentlichkeit schaffen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen,

— den reibungslosen Ablauf der Stationierung stören, ver- oder behindern".

(alle Zitate aus den Protokollen der Vorbereitungstreffen).



Deshalb sollte das Camp an einem Stationierungsort der Mittelstreckenraketen stattfinden. Die Vorbereitungs-

Deshalb sollte das Camp an einem Stationierungsort der Mittelstreckenraketen stattfinden. Die Vorbereitungs-

Frauen entschieden sich schließlich für Wünschheim/Hunsrück, weil im Hunsrück die Konzentration von Militäreinrichtungen am größten ist und weil in Hasselbach — ganz in der Nähe von Wünschheim — aller Wahrscheinlichkeit nach die 96 Cruise Missiles stationiert werden sollen.

Das Camp sollte vier Wochen dauern, um möglichst viele Frauen zu erreichen und um Zeit zu haben, Aktionsformen und weitergehende Strategien zu entwickeln. Ausdrücklich wurde das Camp nicht als „gewaltfrei" und „Friedenscamp", sondern als „Widerstandscamp" bezeichnet.

Schon bei der Erstellung eines gemeinsamen Aufrufs tauchten die ersten größeren Schwierigkeiten auf, weil verschiedene „Weltanschauungen" aufeinanderprallten. Aus einem Entwurf und einem Gegenvorschlag wurde zunächst ein vorläufiger Aufruf zusammengebastelt. Schließlich einigte frau sich darauf, nur einen kurzen, ganz allgemein gehaltenen Aufruf zu verbreiten. Den einzelnen Städtegruppen wurde es überlassen, ob sie noch mit einem eigenen Aufruf zum Camp mobilisieren wollten.

Die inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Vorbereitungsphase resultierten im Wesentlichen aus zwei konträrer Grundpositionen:

„*Gewalt gegen Frauen, Krieg und Frieden werden zurückgeführt auf einen zeitlosen Geschlechtergegensatz. Die zunehmende Militarisierung ist der militärische Ausdruck des Patriarchats, welches sich für uns zusätzlich in einem gegen uns gerichteten Alltagskrieg ausdrückt. Deshalb ist es notwendig, die von Männern gesteckten Bahnen zu verlassen, uns zu verweigern im Frieden und im Krieg, privat und öffentlich, im alltäglichen Krieg offensiv zu werden für unseren Frieden, unsere Kraft.*

Es besteht der Wunsch, dies innerhalb des Camps umzusetzen, neue Umgangsformen unter Frauen zu entwickeln, ein Stück Utopie Frauenwelt zu leben.

Demgegenüber steht das Interesse, das Widerstandscamp weniger in den Zusammenhang von Frauenbewegung zu stellen, sondern mehr in den insgesamten Zusammenhang von breitem Widerstand gegen die Stationierung und die Militarisierung der BRD. Es reicht nicht aus, die weltpolitischen Zusammenhänge der Kriegsbedrohung auf einen zeitlosen Geschlechtergegensatz, immerdar, in jedem Land, egal, wie unsere Verhältnisse aussehen, zurückzuführen. Als Menschen leisten wir Widerstand gegen den geplanten Wahnsinn, gegen die Unterdrückung des Menschen durch Menschen, die sich durch die zunehmende Militarisierung verstärkt. Wir wollen uns nicht länger zurückziehen auf die Position, wir Frauen seien auch in der Friedensbewegung friedfertiger. Wir wollen uns gemeinsam überlegen, wie wir langfristig die Ziele des Machtapparates auf breiter Ebene boykottieren können."

Über mögliche Aktionen des Camps wurde lange diskutiert. Schließlich wurde dazu eine gemeinsame Aussage formuliert:

„*Die vom Camp aus geplanten Aktionen sollen so laufen, wie sie gemeinsam abgesprochen wurden. Einzelaktionen, die nicht im Camp abgesprochen wurden, sind 'ne eigenständige und eigenverantwortliche Sache, die auch nicht 'ne Aktion des Camps sein können. Gibt es Widersprüche und Kritik zu den Aktionen, die außerhalb des Rahmens des Camps gelaufen sind, so war und ist und wird es uns wichtig sein, daß sie nicht zu Spaltungen und Distanzierungen führen.*"

Als Aktivitäten im Camp wurden eine Vielzahl von Workshops, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen, Wandzeitungen und und und geplant.

Schließlich wurde noch ein Aktionswochenende angekündigt, damit auch Frauen, die nur ein Wochenende Zeit haben, teilnehmen können. Dieser offene Rahmen (keine Festlegung auf Gewaltfreiheit; einzelne Gruppen können eigenverantwortlich Aktionen machen, soweit der Bestand des Camps nicht gefährdet ist) wurde auf dem letzten Vorbereitungstreffen unmittelbar vor dem Camp dann doch noch eingeengt.

fährdet ist) wurde auf dem letzten Vorbereitungstreffen unmittelbar vor dem Camp dann doch noch eingeengt.

Der Bürgermeister von Reckershausen, der zuerst das Camp großzügig unter der Hand stattfinden lassen wollte, wurde von der Kripo mit „Informationen" des LKA Mainz „aufgeklärt" und verlangte nun einen offiziellen Antrag auf Genehmigung eines Zeltplatzes mit der Unterschrift von verantwortlichen Frauen. Außerdem kündigte die Polizei Streifenfahrten an (was sie dann auch Tag und Nacht tat), und in den umliegenden Militäranlagen wurde Bereitschaftsdienst angeordnet. So kam der Beschluß zustande, daß vom Camp aus nur legale Sachen laufen könnten, weil sich nur unter dieser Bedingung verantwortliche Frauen fanden.

Vom Camp aus lief eine Vielzahl von Aktionen, es gab Workshops, AGs usw. Ich will daraus nur einige Beispiele herausgreifen, um verschiedene Standpunkte in der Diskussion der Frauenbewegung darzustellen und die Ansatzpunkte aufzuzeigen, die für die Friedensbewegung insgesamt interessant sein könnten.

Doch zunächst einiges zur Organisationsstruktur des Camps; daran lassen sich schon einige Probleme und die Grenzen dessen erkennen, was auf dem Camp möglich war.

Tabuzone Inhalt

Im Camp waren ständig ca. 150 Frauen und Kinder anwesend; am Aktionswochenende waren es ungefähr 1000.

Das ganze Camp war so organisiert, daß möglichst alle Frauen in Bezugsgruppen waren. Dort sollte das tägliche Leben organisiert (Essen etc), wichtige Diskussionen geführt und Aktionen geplant werden. Ein Teil der Bezugsgruppen bildete sich schon vor dem Camp in den einzelnen Städten; für neue Frauen gab es jeden Morgen einen Treffpunkt, um neue Bezugsgruppen zu bilden. Jeden Abend fand der Weiberrat statt, in den pro Bezugsgruppe eine Frau delegiert wurde. Dort wurde Organisatorisches besprochen, und die Bezugsgruppen und Arbeitsgruppen stellten ihre Aktionen, Workshops etc. vor, um auch Frauen aus anderen Gruppen die Teilnahme zu ermöglichen. Die Delegierten gaben diese Informationen dann an ihre Bezugsgruppe weiter. Im Weiberrat sollten lediglich Informationen ausgetauscht werden; die Diskussionen und Entscheidungen sollten in den Bezugsgruppen laufen.

Einmal wöchentlich fand ein Organisationsplenum statt. Dort sollte aber nur Organisatorisches (Einkaufs-, Info-, Pressedienst usw.) besprochen werden. Diese Diskussionsstrukturen sollten dazu führen, daß sich jede Frau an allen wichtigen Diskussionen (in ihrer Bezugsgruppe) beteiligen könnte.

Die Realität sah jedoch anders aus. Die meisten Bezugsgruppen waren relativ homogen, so daß dort kaum kontroverse Diskussionen geführt wurden. Themen, die die einzelnen Bezugsgruppen nicht für wichtig hielten, wurden dort auch nicht besprochen. Im Weiberrat wurden unter Hinweis auf die vereinbarten Diskussionsstrukturen fast alle inhaltlichen Diskussionen abgewürgt, und so fand kaum ein Austausch zwischen verschiedenen inhaltlichen Positionen statt. In der zweiten Hälfte des Camps gab es zwar mehr inhaltliche Arbeitsgruppen, z.B. zur NATO-Strategie, Gewaltfrage u.a., aber auch dort war jeweils — je nach Thema — nur ein bestimmtes Spektrum vertreten.

Der Grund für das Festhalten eines großen Teils der Camp-Frauen an diesen Diskussionstrukturen war wohl neben der Scheu vor möglicherweise harten inhaltlichen Auseinandersetzungen auch die Befürchtung, durch solche Diskussionen könnten Gräben aufbrechen, die die Gemeinsamkeit eines Camps mit solch unterschiedlicher Zusammensetzung in Frage stellen würden.

Der wachsende Unmut über die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung führte dann doch dazu, daß in der dritten Woche endlich ein inhaltliches Plenum über das „Außenlager" Hasselbach und den Brief an die Gefangenen von Krefeld stattfand. Näheres dazu weiter unten.

Plenum über das „Außenlager" Hasselbach und den Brief an die Gefangenen von Krefeld stattfand. Näheres dazu weiter unten.

Diese Struktur deutet schon an, daß zwar viele kleinere Aktionen nebeneinander laufen konnten, die inhaltlichen Positionen, die hinter den einzelnen Aktionen standen, aber sehr unterschiedlich waren und nicht zur Diskussion gestellt und hinterfragt wurden. Das Camp bot dafür nur den organisatorischen Rahmen und einen schmalen Minimalkonsens (gegen die Stationierung und alltägliche Gewalt gegen Frauen). Es gab m.W. nur eine Aktion, die vom ganzen Camp gemeinsam diskutiert und getragen wurde:

Tag der offenen Tür bei den Cruise missiles

Als Ort für die zentrale Aktion am Aktionswochenende bot sich das Gelände bei Hasselbach an. Es handelt sich dabei um ein großes, derzeit ungenutztes Gelände mit Munitionsbunkern, Unterständen, LKW-Reparaturwerkstatt, Wachturm etc., in dem früher Nike-Hercules-Raketen gelagert waren. Der hintere Teil des Geländes mit den Bunkeranlagen ist in den letzten Monaten mit einem neuen dreifachen Zaun mit Natodraht etc. versehen worden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß hier alle 96 Cruise Missiles stationiert werden sollen.

Bereits eine Woche vor dem Aktionswochenende fand eine Demonstration zu diesem Gelände statt. Seitdem lebten ca. 20 Frauen innerhalb des militärischen Sicherheitsbereiches vor dem Zaun. Sie wollten ihre eigenen Grenzen kennenlernen und setzten sich vor den Zaun. Schließlich beschlossen sie, zu bleiben und ihren Widerstand „vor Ort" zu entwickeln. Daraus wurde dann das „Außenlager" Hasselbach.

Eine Woche lang wurde im Camp über das Aktionswochenende in Hasselbach diskutiert. Die Idee, eine Aktion direkt auf dem Militärgelände zu machen, stieß zwar auf breite Zustimmung; viele Frauen hatten jedoch Angst vor Festnahmen, Knüppeleinsatz und nachfolgenden Prozessen.

In der Aktionsvorbereitung wurde diesen Ängsten Rechnung getragen: zum einen sollte das Eingangstor geöffnet werden, damit viele Frauen gleichzeitig auf den Platz können; die Frauen sollten möglichst in Gruppen zusammenbleiben, und der Rückzug sollte geschlossen nach vereinbarten Signalen vor sich gehen. Außerdem wurden schon vorher bei Rechtsanwältinnen Informationen über mögliche Konse-

schlossen nach vereinbarten Signalen vor sich gehen. Außerdem wurden schon vorher bei Rechtsanwältinnen Informationen über mögliche Konse-

quenzen eingeholt. Es wurde vereinbart, keine „größeren Sachbeschädigungen" zu begehen, um eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zu umgehen.

Selbstverständlich war es jeder Frau selbst überlassen, vor Ort spontan zu entscheiden, ob sie auf das Gelände gehen wollte oder nicht.

Da klar war, daß eine längerfristige Besetzung unmöglich war, wurde beschlossen, nach der dritten Aufforderung durch die Polizei bzw. spätestens nach einer Stunde, das Gelände freiwillig zu verlassen. Wir rechneten allerdings damit, daß die Polizei viel früher da sein würde.

Zu der Aktion selbst gab es die unterschiedlichsten Vorstellungen: die einen wollten das Gelände symbolisch in Besitz nehmen, der „Todesmaschinierie" ein Stück utopisches Frauenland entgegensetzen; die anderen wollten öffentlich machen, welche Bedrohung von diesem harmlos aussehenden Gelände ausgeht, und ihren Widerstand gegen die NATO-Aufrüstung — über gesetzliche Schranken hinweg — verdeutlichen.

Am Samstag morgen setzten sich zwei Demonstrationszüge durch die Orte der Umgebung in Bewegung. Eine Fahrrad-Rallye führte an verschiedenen Militäreinrichtungen vorbei und machte dort kleinere Aktionen. Endpunkt der drei Demozüge war das Gelände in Hasselbach. Nachdem unterwegs im Wald alles „grün" war, war es überraschend, vor dem Gelände nur ein einsames Zivi-Auto zu sehen. Die Stimmung der Frauen vor Ort war eigentlich gegen eine Besetzung, bis — ja bis der letzte Zug auftauchte mit einer Gruppe Samba-spielender und tanzender Frauen vorneweg. Dieser Zug bewegte sich langsam auf das Tor zu, die anderen Frauen schlossen sich an. Direkt vor dem Tor fand eine Tanzsession statt und — hinter einigen Transparenten verborgen — machten sich Frauen an dem Schloß zu schaffen. Der Rhythmus wurde immer schneller und plötzlich — ging das Tor auf und ca. 500 Frauen strömten auf den Platz. Was vorher unmöglich erschien, wurde möglich: die unterschiedlichsten Aktionen liefen nebeneinander, ohne sich gegenseitig zu stören. Da tanzten Frauen um eine goldfarbene Decke und beschworen die Erdmächte, uns beim Kampf gegen die Stationierung zu unterstützen, während daneben eine NATO-Fahne verbrannt wurde und eine Frau einen Drachen steigen ließ. An den Wänden standen magische Symbole neben Anti-NATO-Parolen, und über dem Eingang wehte ein Transparent: „Tag der offenen Tür bei den

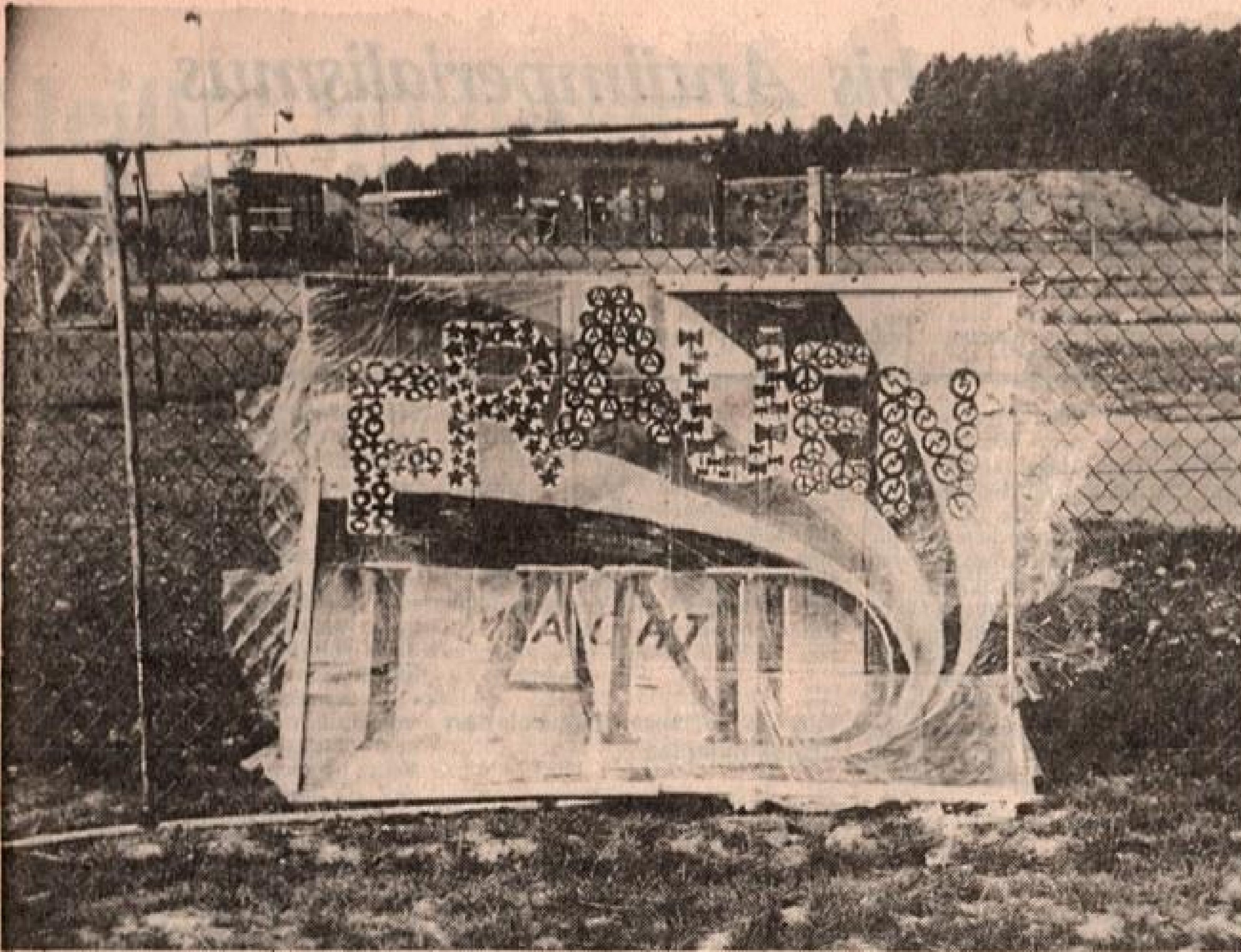
den Wänden standen magische Symbole neben Anti-NATO-Parolen, und über dem Eingang wehte ein Transparent: „Tag der offenen Tür bei den

Cruise Missiles". Dabei beschränkte sich die Polizei auf die Beobachtung

Fortsetzung nächste Seite



So einfach kann frau es sich auch machen (Munitionsbunkeranlagen in Hasselbach vor der Besetzung)



Forts. von vorheriger Seite

vom Hubschrauber aus.

Nach einer Stunde zogen sich alle Frauen geschlossen aus dem Gelände zurück.

Die Polizei griff erst ein, als fast alle Frauen wieder im Camp waren: sie vertrieb die 20 Frauen, die vor dem Zaun lebten, aus einem Waldstück, das die Bundeswehr für sich beansprucht. Auf dem Zufahrtsweg konnten die Frauen aber bleiben.

In den „Hunsrücker Nachrichten" war über die Aktion zu lesen, wegen des „nur geringen Sachschadens" sei keine Anzeige erstattet worden. Ansonsten berichtete die anwesende Presse so gut wie gar nicht über die Aktion. Bei DPA blieb von der ganzen Sache nur die Meldung übrig, daß 500 Frauen, auf Kochtöpfe und Trommeln schlagend, durch den Wald gezogen seien. Offensichtlich sollte die Aktion totgeschwiegen werden. Auch sonst wurde das Camp in der Presse immer wieder als besonders friedlich und gewaltfrei dargestellt. Von Frauen wird offenbar nichts anderes erwartet, und was diesen Rahmen verläßt, wird ignoriert.

Ich finde diese Aktion gerade deshalb besonders aufschlußreich, weil sie zeigt, daß verschiedene Aktionsformen, die auf unterschiedlichen Positionen beruhen, nebeneinander und zusammen möglich sind, ohne daß der Aktionsrahmen von vornherein einseitig auf Gewaltfreiheit festgelegt wird.

Wo geht's hier bitte zu neuen Ufern?

In den Diskussionen danach wurde die Aktion insgesamt positiv beurteilt, weil einerseits viele Frauen ihre Grenzen (bis dahin) überschritten haben und die Aktion bei allen Frauen emotionale Stärke und Kraft hinterlassen hat, und andererseits (m.W.) zum ersten Mal in der Geschichte der BRD militärisches Sperrgebiet (wenn auch nur kurz) besetzt wurde. Aber es wurde auch deutlich, daß der Rahmen dessen, was möglich gewesen wäre, nicht voll ausgeschöpft wurde. So blieb z.B. das zweite Tor zum hinteren Teil des Geländes zu, die Unterstände sind noch benutzbar usw. Als Gründe dafür wurden genannt, daß vorher Grenzen gesetzt wurden und daß niemand vorher daran gedacht hat, dort unbehelligt agieren zu können.

Viele Frauen äußerten, daß es notwendig sei, sich gerade im Hinblick auf den Herbst zu radikalisieren und einen Schritt weiter zu gehen. Latschdemos und Blockaden, die letztendlich doch nur symbolischen Charakter haben, reichten nicht aus. Es sei endlich an der Zeit, sich Aktionsformen zu überlegen, die effektiv stören und behindern, und tatsächlichen Widerstand zu leisten. An diesem Punkt war auch eine Annäherung mit Frauen aus dem gewaltfreien Spektrum zu bemerken, die auch über symbolische Aktionen hinaus wollten.

Bereits in der ersten Woche lief auch ein Versuch, dies praktisch umzusetzen. Ein Trupp der Bundeswehr, der den Start von Lance-Raketen üben wollte, wurde blockiert und umzingelt, die einzelnen Soldaten in Diskussionen verwickelt.

Die Militärs unternahmen daraufhin den lächerlichen Versuch, mittels einer Wäscheleine ein Waldstück zum militärischen Sperrgebiet zu erklären, mußten aber die Übung abbrechen und unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die nachsetzenden Frauen verfolgten sie noch stundenlang durch den Wald.

Trotz der Annäherung zwischen verschiedenen Teilen der Friedensbewegung zeigten sich doch die Grenzen der Gemeinsamkeit.

Nach einer Diskussion im Anschluß an den Film der Freiburger Medienwerkstatt „Frieden — ein Wort kann eine Karikatur sein" wurde vereinbart, einen offenen Brief an die Gefangenen von Krefeld zu schreiben (siehe AK 236). Dieser Brief beherrschte drei Tage lang die Diskussionen im Camp. Es zeigte sich, daß diejenigen, die Bedenken hatten, weder Informationen über die Aktion, den Polizeieinsatz und die Distanzierungen hatten noch wußten, was Autonome und antiimperialistische Gruppen vertreten. Da war von Befürchtungen die Rede, Steineschmeißer könnten sich durch den Brief ermutigt fühlen, die Gefangenen könnten die größten Frauenfeinde sein, das wolle frau nicht unterstützen. Schließlich konnte der Brief nicht einstimmig verabschiedet werden. Trotz aller Bemühungen, anders als sonst miteinander umzugehen, kochten an diesem Punkt die Emotionen über.

Ein weiterer Punkt der inhaltlichen Auseinandersetzung war die „Außenstelle Hasselbach". Diese hatte sich inzwischen weitgehend verselbständigt. Die Frauen, die dort lebten, planten, auch über die Dauer des Camps hinaus ein Lager zu errichten, ähnlich wie die Frauen in Greenham Common. Sowohl die Illusion, dort längerfristig bleiben zu können als auch der Anspruch, dieses Lager zum Zentrum des Frauenwiderstandes zu machen, stieß bei vielen Frauen auf Widerspruch, da es wichtig sei, überall vor Ort Widerstand zu leisten und nicht einen Platz zum Zentrum zu erklären. Vor allem Frauen, die andere Aktionen machten, fühlten sich und ihre Projekte an den Rand gedrängt, da fast nur noch über Hasselbach diskutiert wurde.

Wenige Tage nach dem Ende des Camps in Reckershausen wurde auch Hasselbach geräumt und die Hütten plattgewalzt. Die Frauen wollen aber dennoch dort bleiben.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über

Puffhausen

ein. An einem Ausgang des US-Flugplatzes Hahn liegt das Dorf Lautzenhausen. Es muß wohl früher einmal ein Dorf wie jedes andere gewesen ein. Heute ist in diesem Dorf jedes zweite Haus ein Puff, eine Bar oder ähnliches,.

Einige Frauen wollten dort eine Aktion machen und auf den Zusammenhang zwischen Sexismus und Militarismus aufmerksam machen. Bei den Diskussionen um eine mögliche Aktion wurde klar, daß wohl niemand ausgereifte theoretische Ansätze hatte, um diesen Zusammenhang logisch erklären zu können. Von gemeinsamen Erklärungsansätzen konnte erst recht keine Rede sein. Da wurden platte Erklärungsversuche gebracht, wie: „Männer eignen sich Frauen an, wie sie sich ein fremdes Land aneignen", „Militarismus ist die Spitze des Sexismus, der Gewalt gegen Frauen", „Männer bringen den Tod, Frauen das Leben", „Soldaten schützen die ‚eigenen' Frauen vor fremden Soldaten und vergewaltigen die fremden Frauen".

Entsprechend hilflos waren auch die Aktionsvorschläge. Der Vorschlag, eine zerstückelte Frau mit einer Bombe in der Vagina darzustellen, wurde noch abgeleht, aber der Vorschlag, eine Rakete zu tragen, unter der ein Penis zum Vorschein kommt, wurde von vielen unterstützt. Welche Aktion nun tatsächlich stattgefunden hat, konnte ich nicht mehr in Erfahrung bringen. Die Diskussion darüber hat mir aber gezeigt, daß auch wir keine ausgereiften Erklärungen haben, um diesen extremen Sexismus beim Militär, den Zusammenhang zwischen Vergewaltigung und Krieg zu erklären.

Das Camp im Hunsrück hat gezeigt, daß es möglich ist, aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen heraus gemeinsame Aktionen zu entwickeln, daß verschiedene Teile der Friedensbewegung (militante und gewaltfreie) durchaus zusammenarbeiten können, o h n e sich gegenseitig völlig einzuschränken, und das heißt heute vor allem, ohne daß allen Aktionen der Stempel der Gewaltfreiheit aufgedrückt wird. Andererseits wurde auch deutlich, daß dieser Zusammenarbeit dort (noch) die Grenzen gesetzt sind, wo es um die Inhalte geht. Hier ist wohl noch eine Menge zäher Auseinandersetzungen nötig.

Ich meine aber, daß das, was in diesem Camp möglich war, auch in der Friedensbewegung insgesamt möglich sein muß.

Das Camp hat auch gezeigt, daß es wohl viele Menschen gibt, die bereit sind, mehr zu tun, als Latschdemos, Menschenketten und symbolische Blockaden zu machen, die sich nicht mit dem begnügen wollen, was bisher für den lauwarmen Herbst geplant ist. Es gilt nun, gemeinsame Aktionsformen zu finden, um tatsächlich den reibungslosen Ablauf der Stationierung und des Militärapparates zu stören und zu behindern. Blockaden von Munitionstransporten könnten ein Anfang dazu sein.

Gy/KB Nürnberg

Eine ganz alltägliche Geschichte

Es begann alles ganz alltäglich. Ein Büro, ein Chef, eine Angestellte. Freundlich-kollegiale Atmosphäre. Sie sprechen über eine bestimmte Frage, beugen sich über ein Blatt Papier. Er legt ihr den Arm um die Schultern, redet weiter. Rutscht mit seiner Hand langsam tiefer und greift — weiter über das Papier redend — nach ihrer Brust.

Sie zuckt zusammen — hilflose Wut, Ohnmacht, Verletzung, Demütigung. Was tun? Hier, wo alle so freundlich und easy miteinander umgehen, darf frau doch nicht einfach ausklinken. Frau ist doch vernünftig. Über so was kann frau doch reden. Frau holt tief Luft, sagt mehr oder minder ruhig und mehr oder minder kühl: „Bitte lassen Sie das, ich möchte das nicht." Oder auch: „Bitte laß das, ich will das nicht." Er hört das kaum, es paßt ins Schema, so was sagen Frauen immer, man hat es ihnen so beigebracht, sie müssen es regelrecht sagen, aber sie meinen es natürlich nicht so.

In heimlicher Siegesgewißheit drückt er noch mal ihre Brust und zieht die Hand langsam zurück, sie mit sanftem Druck auf ihrer Schulter liegen lassend. „Was meinen Sie, wollen Sie nicht heute abend mit mir essen gehen, so ganz ungezwungen?" (Oder auch: „Na ja, geh'n wir doch heute abend essen, mal so ganz locker."). Charmantes, siegesgewisses Lächeln, wer kann denn da schon nein sagen wollen, wenn der Chef persönlich ... Frau nimmt alle Energie zusammen, sagt kühl und vernünftig „Nein danke", dreht sich um und geht raus oder setzt sich an die Schreibmaschine, fängt an zu tippen. In ihrem Kopf jagen sich Gedanken: hin die freundlich-kollegiale Atmosphäre, auf der Hut sein, keine Mißverständnisse aufkommen lassen, hätte ich dieses T-Shirt besser nicht anziehen sollen, oder wenn, dann wenigstens mit BH. Das Gesicht verschließen, unbeteiligt gucken, nur nichts Persönliches, Privates mehr sichtbar werden lassen. Ob er das wieder macht, ob er jetzt superkritisch wird, sie fachlich fertigmachen wird?

In den nächsten Tagen gehen die großen und kleinen Anzüglichkeiten weiter. Frau versucht, ein klärendes Gespräch zu führen. Sagt noch mal, daß sie das nicht will. Wenn's hoch kommt, wagt sie sogar etwas Kritik. Er guckt verständnisvoll. „Is doch nich so gemeint, hab dich doch nich so, die meisten Frauen wollen das doch so."

Immerhin hat sie danach erst mal Ruhe. Er zuckt die Achseln. Bei der ist halt nichts zu machen. Und sieht sich nach einer anderen um.

Wie gesagt, bis hierher eine ganz alltägliche Geschichte. In nicht sehr zahlreichen Varianten tagtäglich in Büros, Redaktionsstuben, kirchlichen, gewerkschaftlichen und sonstigen Besprechungen ablaufend. In dieser oder einer anderen Variante eben auch bei den Grünen im Bundestag.

Ein Chef, eine Angestellte usw. usw. Wie konnten wir so naiv sein, etwas Anderes zu erwarten?

Es folgt ein gar nicht so alltägliches Zwischenspiel, in dem die Frauen die Initiative ergreifen.

Die Fakten sind bekannt. Drei Frauen verfaßten einen Offenen Brief, den sie in die Fächer der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter legten. Ohne Namensnennung, weil es um mehr ging als um einen Einzelfall. Offen — denn: „*Wir sind gegen jede Form der Herrschaftsausübung und das ist uns wichtiger als irgendeine Parteidisziplin.*" Die Fraktion — oder Teile davon — bemühte sich, die Sache intern beizulegen, auch als längst bekannt war, daß die Springer-Presse über das Material verfügte. Erst die Veröffentlichung in der Bild-Zeitung brachte die Puppen zum Tanzen. Die BILD-Nation heuchelte Empörung, den schwarzen Flecken auf der moralin-grünen Weste genießerisch auskostend. Die Bürgerlichen grinsten hämisch oder zuckten gequält-verständnislos mit den Achseln. Nein, diese Grünen; wegen so einer Lappalie; diese öffentliche Selbstzerfleischung, peinlich! So was ist doch keine politische Partei!

Die Grünen seufzten: ja, es war nicht richtig von ihm; ja, er hätte das nicht tun dürfen; ja, es war Gewalt gegen Frauen, gewiß, gewiß. Aber muß denn immer alles gleich an die Öffentlichkeit. Wie konnte das passieren? Und außerdem, das Problem ist so komplex. Alle Menschen haben Fehler. Auch Frauen haben Fehler. Man darf ihn nicht verurteilen. Man muß ihm helfen. Wo bleibt die Menschlichkeit?

Oder auch: man soll das nicht so aufbauschen. Eine Ohrfeige hätte klare Verhältnisse geschaffen. Das ist zwar nicht gewaltfrei, aber ... (gelegentlich wirksamer als viel Gerede — ist frau versucht zu ergänzen). Die taz bietet ein buntes Gemisch: verständnisvolle Berichterstattung aus der Sicht der Frauen; reißerische Titel à la „Der Müslimann", „vom ‚Sex-Skandal' des ‚Busengreifers' ", „Gegen Sexismus — nicht nur im Tulpenfeld" und deplazierte Satire. (Kann man Sexismus überhaupt — und erst recht zu diesem Zeitpunkt — dadurch karikieren, daß mann ihn auf die Spitze treibt?). Das Ganze garniert mit jenem Hauch genüßlicher Häme, der einen so wunderbar knapp über den schnöden Dingen dieser Welt schweben läßt.

Allerorts wird lebhaft diskutiert. Wenn auch nicht gerade darüber, welche Hilfe und Unterstützung denn d i e F r a u e n brauchen bei der Erkämpfung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen „der Mann" und „die Partei", Womit wir wieder bei ganz alltäglichen Dingen angelangt wären.

Die Frauen in der Grünen Fraktion haben einen sehr mutigen Schritt getan, vielleicht den mutigsten, den Frauen gegen die alltägliche, unmittelbare, sexistische Gewalt in einer derartigen Institution in den letzten Jahren getan haben. Sie haben uns noch einmal vor Augen geführt, welcher Zündstoff in diesem vermeintlich Privaten liegt, wenn es nur erst mal an die Öffentlichkeit gebracht ist. Zündstoff für Auseinandersetzungen mit Männern, gerade auch mit grünen, alternativen, linken, deren — von Ausnahmen abgesehen — absolute Ignoranz gegenüber der Bedeutung des Sexismus auf den Alltag von Frauen erschreckend ist. Die Leserbriefseiten der taz sprechen eine deutliche Sprache. (Eine genauere Analyse der in zahlreichen Leserbriefen, Diskussionsbeiträgen etc. freimütig zum Ausdruck gebrachten Einstellungen wäre sicher aufschlußreich. Eine gute Aufgabe für diejenigen Männer, die mit glasklaren politischen Einschätzungen à la „Gewalt gegen Frauen, ist doch klar, kann auf keinen Fall geduldet werden, Ausschluß das Mindeste" schnell bei der Hand sind, um sich nicht auf die konkrete Erfahrungswelt von Frauen, mit denen sie täglich zusammen leben und arbeiten, einlassen zu müssen).

Zündstoff für die Fraktion offenbar; ist es doch nun auch wieder alltäglich, daß Männer diese Herausforderung von Frauen, diese Konfrontation mit einem unbequemen Thema dadurch „bewältigen", daß sie es für andere, ihnen viel wichtigere Fragen instrumentalisieren. So ganz unrecht dürfte Klaus Hecker nicht haben, wenn er sich über eine „machtpolitische Ausnutzung des Konfliktes" beklagt.

Zündstoff für die Auseinandersetzung unter Frauen; auch die Frauen in der Fraktion waren ja keineswegs alle einer Meinung, weder in puncto Sexismus, noch in den „machtpolitischen Interessen".

Überall liegt noch genügend Stoff zur „Nachbereitung". Vorerst bleibt unterm Strich: ein Schritt aus dem privaten — wenn auch mitnichten idyllischen — Puppenstübchen in die zugige Öffentlichkeit, ein Schritt raus aus den Fesseln der Parteiloyalität. Wenn das als Erfolg und Ermutigung für Zukünftiges bliebe, jetzt, wo „der Fall" erst mal vom Tisch ist, wäre es schon viel.

Und noch was Substantielles: Die Grünen Frauen im Bundestag wollen eine Dokumentation über sexuelle Ausbeutung am Arbeitsplatz erstellen. Sie bieten allen Frauen an, ihre Erfahrungsberichte (auch anonym) an: Die Grünen im Bundestag, Frauengruppe, Bundeshaus, 53 Bonn 1, zu senden. Eine sinnvolle Sache, die größtmögliche Unterstützung verdient.

G., Göttingen

Wahlkampf in Bremen
Die Spannung wächst

Anfang August ist neben der Betrieblich Alternativen Liste (BAL) und den Grünen auch Olaf Dinnés Bremer Grüne Liste (BGL) in die Startlöcher gegangen, um am 25.9. bei den Bremer Bürgerschaftswahlen die 5%-Hürde zu nehmen.

Es war in letzter Zeit still geworden um diese rechtsökologische Gruppe, die seit vier Jahren in der Bremer Bürgerschaft sitzt und jegliche Sympathien des linken Spektrums in Bremen verspielt hat. Da sie scheinbar völlig aussichtslos war, trauten viele ihr die Energie für die Bürgerschaftwahl gar nicht zu. Als aussichtsreicher Konkurrent der Grünen galten sie wohl bei niemandem. Aber das war ein Irrtum: Wie Phönix aus der Asche stieg die BGL 7 Wochen vor dem Wahltermin in die Arena, mit fertigem Programm — sehr professionell aufgemacht, aber rechtslastig wie ihre bisherige Politik, mit geschickter Plakatierung (Bremer Grüne — Liste 4; ohne jeden Inhalt) und aufwendiger Werbekampagne über Beilage in der Lokalpresse. Der Joker, den die BGL dann aus der Tasche zog, erregte tagelang die Gemüter in der Scene: Neben den in der Bürgerschaft vertretenen 3 BGLern kandidiert Fritz Bettelhäuser, Betriebsratsvorsitzender der Großwerft Vulkan, der in den Betrieben, aber auch in Bremens Linken ein hohes Ansehen genießt und allgemein als Linker gilt. Er begründete seinen Überraschungscoup vor allem mit handfestem Antikommunismus: Die BGL sei die einzige Liste, auf der keine Kommunisten kandidieren.

Grüne sehen ihre Felle davonschwimmen

Die Kandidatur des lange und heiß von den Grünen umworbenen Bettelhäuser bei der BGL löste erhebliche Verunsicherung bei den Grünen aus. Mit dem exponierten betrieblichen Vertreter hätten sie der BAL ganz anders entgegentreten können, während die Grünen nun als einzige der drei konkurrierenden Listen ohne jegliche betriebliche Orientierung dastehen. Mehrere Mitglieder beantragten, Gespräche mit der BGL über eine gemeinsame Liste aufzunehmen, um zu verhindern, daß nach dem 25.9. gar keine Grünen mehr in der Bürgerschaft vertreten sind. Es wurden außerordentliche Mitgliederversammlungen gefordert, offene Briefe verfaßt. Über die Presse wurde von „Unparteiischen" zu Einigungsgesprächen eingeladen. Ein Meinungsbild der grünen Mitgliederversammlung ging ganz knapp aus — die Beteiligten stritten sich, ob für oder gegen Bündnisgespräche. Der Versuch, zu einer gemeinsamen Grünen Liste zu kommen, war jedenfalls mehrere Tage lang Thema in der Lokalpresse. Die einzige offizielle Antwort der Grünen: Kommt gar nicht in Frage. Keinerlei Erklärung, warum das ausgeschlossen sei. Ganz offensichtlich ist es schwierig, wenn man um das gleiche konservative Wählerspektrum wirbt, sich inhaltlich abzugrenzen. Die Vorstellungen vieler Grüner liegen ja auch auf ähnlicher Ebene wie die der BGL. Wäre Bahro nicht gerade bei Bagwhan gewesen, wäre es vielleicht doch noch zu einer Einigung der grünen Kontrahenten gekommen. Voraussetzung der BGL für eine Einigung wäre allerdings gewesen, daß die Grünen sich von ihren Ex-„Kommunisten"(KBW, KPD) trennen; die BGL hätte dann auf Dinné und Brox verzichtet. Ausgerechnet Peter Willers, der 1979 haargenau die gleiche Bedingung an die AL formulierte, wies den BGL-Vorschlag mit der Begründung zurück, die Grünen ließen sich nicht auseinanderdividieren.

So zieht nun die BGL in den Wahlkampf mit der Parole, sie seien die einzigen, bei denen die Kommunisten nicht unterschlüpfen konnten und dem Slogan: „In Bremen heißt GRÜN: Bremer Grüne — Liste 4".

Die einzige Auseinandersetzung, die z.Zt. die Grünen mit der BGL führen, ist ein eher lächerlich wirkender Gerichtsstreit darum, wer von beiden auf dem Wahlzettel die Bezeichnung GRÜN führen darf. Da das Urteil erst erwartet wird, wenn die Wahlzettel längst gedruckt sind, heißen nun beide GRÜNE, und kleingedruckt steht darunter der volle Name. Da die BGL auf dem Wahlzettel weiter oben auf der Liste steht, hofft sie, daß ihr die Kreuze der Verwirrten zugute kommen.

Zwei Grüne Listen, aber nur eine Alternative: BAL

Die Betrieblich-Alternative Liste, ein Zusammenschluß linker Gewerkschafter und alternativer Kräfte, stand vor der Frage der Konkurrenzkandidatur, nachdem die Grünen eine gemeinsame Liste rundweg abgelehnt hatte (siehe dazu AKs 233, 234, 235). Diese Entscheidung fiel vor allem den alternativen Kräften nicht leicht. Die Zeit der Zusammenarbeit innerhalb der BAL war noch sehr kurz, und es war nur gering gelungen, das — in Bremen recht beachtliche — alternative Spektrum für eine Mitarbeit zu gewinnen. Ein wichtiger Grund dafür sind die Vorbehalte gegenüber der Mitarbeit von DKPlern. Die AL hatte zwar mit Flugblättern versucht, eine Auseinandersetzung darum zu führen, daß es unter den Bremer Bedingungen — Grüne, die jegliches Zusammengehen mit linken Kräften ablehnten und der betriebliche Ansatz des BAB (Betrieblich-Alternatives Bündnis), der sich auch außerbetrieblich politisch einmischen will — den Versuch eines betrieblich-alternativen Zusammenschlusses wert ist. Die Skepsis war bisher bei vielen stärker. Dennoch wurde beschlossen, diesen Prozeß weiter zu unterstützen und der Kandidatur zugestimmt. Gleichzeitig haben sich die ALer innerhalb der BAL besser organisiert und haben Fehler, die in der Gründungsphase gemacht wurden, korrigiert.

Es hatte damals kein geschlossenes und abgesprochenes Auftreten der Alternativen gegeben, so daß es den anwesenden DKPlern und anderen Anhängern des „Minimalkonsenses" bei der Diskussion der Gründungserklärung relativ leicht gemacht wurde, ihnen unangenehme Formulierungen rauszuhalten. Darüber haben sich die Kritiker der BAL (vor allem die Hamburger) auch schnell genüßlich hergemacht, allerdings ohne genaue Kenntnisse und mit maßlosen Übertreibungen. Die BAL-Gründungserklärung ist letztlich inhaltlich kein DKP-Papier und auch nicht durch den Minimalkonsens der DKP gezeichnet.

Auf die Programmdiskussion haben die Alternativen sich dann gut vorbereitet, eigene Vorschläge erarbeitet und auf dem Programm-Wochenende der BAL um ihre Positionen gestritten. Das Ergebnis ist ein zufriedenstellender Kompromiß — jedenfalls für die ALer; für die DKP offensichtlich weniger, aber dazu später.

Das Programm bezieht sich in den konkreten Fragen sehr stark auf die Bremer Situation und spiegelt in allen grundsätzlichen Fragen die Positionen der Alternativen wider. Es steht in allen den Fragen, die aufgrund der Zusammensetzung der BAL heikel sind, in nichts dem Programm der GAL-Hamburg nach. So enthält z.B. der Programmteil „Frieden" neben Ausführungen zur Nato, zu den Raketenstationierungen und zur Politik der USA folgende Passage:

„Anders als uns die Propaganda weismachen will, verstehen wir die Militärherrschaft in Polen — die wir ablehnen — als Sicherung des sowjetischen Machtbereichs bzw. Bündnissystems und nicht als Prototyp für die angeblich angestrebte Unterjochung des gesamten kapitalistischen Westens bzw. insbesondere Westeuropas. Es gibt in der UdSSR — anders als in den USA umgekehrt — keine Pläne zur Eroberung oder gar Vernichtung des westlichen Blocks. Gleichwohl sind wir der Auffassung, daß die SU den Kampf gegen die Aufrüstung in den imperialistischen Ländern dadurch erschwert, daß sie in Kauf nimmt, die Interessen anderer Staaten und Völker der eigenen Sicherung unterzuordnen.

Wir sehen in Verhandlungen, in denen wie bisher jeweils lediglich eine Obergrenze der Aufrüstung festgelegt werden soll, keine langfristige Friedenssicherung.

Auch wenn die offizielle Diplomatie der USA und der SU die erreichten Ergebnisse als Verhandlungserfolge ausgeben, bleibt es unsere Aufgabe, jeder Illusion über langfristige Sicherung des Friedens durch Verhandlungen entgegenzutreten, weiterhin die wirklichen Kriegsursachen offenzulegen und in unserem Lande beizutragen, daß die Kraft der Friedensbewegung die Rüstungsspirale bei uns durchbricht."

Aus dem BAB, das ja laut BAL-Kritikern völlig von der DKP majorisiert wird, bei einigen sogar nur aus DKPlern besteht, kommt folgende Passage zum Abschnitt „Technik ist nicht gleich Fortschritt" im Wirtschaftsteil des Programms: *„So lassen sich z.B. Technologien wie die der Rüstungsproduktion, Atomreaktoren, aber auch allzu umfassende computergestützte Überwachungssysteme nicht als wertneutral betrachten. Sie sind in jedem Falle menschenfeindlich, ganz unabhängig von dem Gesellschaftssystem, in dem sie Verwendung finden."*

Die Reaktion der DKP auf das BAL-Programm

Daß diese Programmpassagen nicht in dem Verdacht stehen, von der DKP diktiert worden zu sein, dürfte allen klar sein, und auch von Minimalkonsens, also Ausklammern strittiger Punkte, kann hier nicht die Rede sein. Es ist das Problem der DKP und vor allem der in der BAL mitarbeitenden DKPler, wie sie damit umgehen.

Bauchschmerzen bereiten ihnen diese Programmpassagen allemal. Sehr bald nach Verabschiedung des Programms brachte der Bezirksvorstand der DKP eine Erklärung heraus, in der die Kandidatur der BAL begrüßt wird, die DKP erstmals auf eine eigene Kandidatur verzichtet, dann aber eine deutliche Kritik an den oben zitierten Programmpassagen kommt. Wir wollen diese Kritik unseren Lesern nicht vorenthalten, da sie für sich spricht:

„Neben den unterstützenswerten Positionen und Forderungen gibt es jedoch auch Einschätzungen im BAL-Programm, die auf entschiedene Ablehnung seitens der DKP stoßen.

Dies betrifft sowohl die Einschätzung des Verhaltens der Sowjetunion zu mit ihr verbündeten sozialistischen Ländern wie Volkspolen und Ländern der Dritten Welt als auch solche Fragen, die die Wertung bestimmter Technologien und ihre Anwendung in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen betreffen. Die Friedenspolitik der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten, wie sie auch in den Vorschlägen der Prager Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages ihren Ausdruck findet, liegt nicht nur im Interesse der sozialistischen Länder selbst; sie entspricht den Lebensbedürfnissen aller Völker und steht auch in voller Übereinstimmung mit den Anliegen der Friedenskräfte unseres Landes. Die Macht der Sowjetunion ist von großer Bedeutung für den Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus, sie setzt den konterrevolutionären Bestrebungen der Reaktion Grenzen. Die Stärke der sozialistischenLänder, die Bewegung der blockfreien Staaten, der Aufschwung der Friedensbewegung in den USA, der Bundesrepublik und anderen Ländern schafft Voraussetzungen dafür, daß Abrüstungsverhandlungen — zu denen es keine Alternative gibt — zum Erfolg führen können.

Die DKP übersieht nicht mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbundene Probleme. Im Unterschied zu anderen Partnern der demokratischen Bewegung geht sie jedoch davon aus, daß diese im Sozialismus unter Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln gelöst und der wissenschaftlich-technische Fortschritt zum Wohle des arbeitenden Volkes genutzt werden kann."

Und dann folgt ein Satz, der etwas aufhorchen läßt: *„Die DKP versteht das BAL-Programm als Darstellung des derzeitigen Diskussionsprozesses in der BAL."*

Das ist der Versuch, das Programm als etwas Vorläufiges darzustellen, das „weiterentwickelt" werden muß. Nun ist das Programm sicherlich in vieler Hinsicht entwickelbar, denn es ist ein Kompromiß der an der Diskussion Beteiligten, stellt also insofern den derzeitigen Diskussionsstand dar. Und es gibt auch Kräfte in der Liste, denen die SU im Programm noch viel zu gut wegkommt. **Nicht mehrheitsfähig in der BAL sind allerdings die aus der DKP-Erklärung zitierten Formulierungen, wie sie auch in allen anderen Bündnissen nicht mehrheitsfähig wären. Sie sind selbst in der DKP nicht unumstritten; immerhin haben eine Reihe der in der BAL mitarbeitenden DKPler für**

Fortsetzung nächste Seite

Streit um Bremen - Das Ende der GAL Hamburg?

Für heftige Aufregung innerhalb des grün-alternativen Lagers hat eine Entscheidung der Hamburger AL auf Unterstützung der Bremer BAL zu den Bürgerschaftswahlen gesorgt. Neben der Unterstützung einer Konkurrenz zum Bremer Landesverband der Grünen ist dabei auch die Beteiligung von Mitgliedern der DKP in der BAL Stein des Anstoßes. Bundesweit wurde über die „taz" gehässig gegen den AL-Beschluß getrommelt und über eine neue *„Verbindung AL-DKP"* gemutmaßt. Hamburgs Springer-Presse war noch etwas deutlicher: *„Alternative werfen sich der SED an den Hals"*, wurde schlicht und einfach in der WELT behauptet. Die Hamburger Grünen, gleichberechtigter Partner der AL im GAL-Bündnis, reagierten ätzend scharf auf die AL-Entscheidung: Bei einer solchen Entscheidung habe die AL „keine gemeinsame Zukunft" mit den Hamburger Grünen und zerstöre die GAL. Eine Minderheit in der AL hat mittlerweile dafür gesorgt, daß entsprechend dem Konsensprinzip in der Liste die Entscheidung für eine BAL-Unterstützung nicht zum Tragen kommt, da mit dem 80-Prozent-Mehrheitsbeschluß der AL eine *„grundlegende strategische Umorientierung unter der Hand vorgenommen worden wäre"*. Die GAL vor der Spaltung?

Strategische Neuorientierung?

Neu ist der Hamburger Konflikt nicht. Neu ist nur, daß er mit einem ungeheuren Maß an Demagogie zur Fiktion eines ganz neuen Bündnisses mit der DKP gegen die Grünen hochstilisiert wird, um jede alternative Strategie in der Wahldiskussion zu zerstören und den grünen Alleinvertretungsanspruch bei der Herausbildung einer alternativen Partei mit Bezug auf soziale Bewegungen zu zementieren. Diese fast durchgängige Linie in der Grünen Partei, die bei verschiedenen Landtagswahlen (Hessen, Bremen) und Bundestagswahlen zur Geltung kam, ist abgesehen von kommunalen Bündnissen (die eher die Ausnahmen sind) bislang allein in Hamburg durch die Gründung der GAL durchbrochen worden. Auch in Hamburg ist das nur gelungen, weil das nicht-grüne, alternative Spektrum sich organisierte und durch Gründung der Alternativen Liste als bedeutender politischer Faktor eine (vorübergehende?) Preisgabe des grünen Alleinvertretungsanspruchs erzwang. (Das war Ende 1981). Zum Selbstverständnis der Hamburger AL gehörte es bislang, neben der angestrebten engen Zusammenarbeit mit den Grünen auch zur Organisierung des nicht-grünen, alternativen Lagers beizutragen und eine Öffnung des Parteibildungsprozesses für andere Strömungen der sozialen Protestbewegungen zu erreichen.

Organisierungsbemühungen im zersplitterten alternativen Lager wurden von grüner, auch von links-grüner Seite immer als bedrohliche Konkurrenz zur eigenen Partei betrachtet und entsprechend negativ bewertet. Während die Mehrheit in der Grünen Partei solche Versuche deswegen ablehnte, weil an ihnen Linke beteiligt waren, die man mit der Gründung der Grünen hoffte ausgegrenzt zu haben, befürchten linke grüne Strömungen die Herausbildung einer nicht-grünen linken Kraft, die Felder der Politik besetzen könnte, die bei der derzeitigen Konstellation verschiedener, sich gegenseitig blockierender Strömungen bei den Grünen von dieser Partei gar nicht oder schlecht besetzt werden (insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch im Bereich außerparlamentarischer, radikaler Strömungen, die sich in der Grünen Partei nicht repäsentiert sehen). Während Linke bei den Grünen ausschließlich die Strategie verfolgen, diese Defizite grüner Politik durch Integration in die eigene Partei zu decken und den linken Flügel personell zu stärken, verweigern sie andererseits bislang eine Diskussion, ob ihre Partei aus sich heraus in er Lage ist, die von den Grünen gar nicht oder schlecht besetzten Felder der Politik auszufüllen. Ein Schwachpunkt ist dabei die Herstellung der Verbindung in Betriebe und Gewerkschaften. Dagegen steht zum einen die soziale Zusammensetzung der Grünen, zum anderen aber auch die Ignoranz gegenüber Entwicklungen in diesen Bereichen, die gerne mit den Anspruch weitgehender Utopien kaschiert wird (sei es als 'Ausstieg aus der Industriegesellschaft', sei es als eine ganz neue Verbindung von Ökologie und Ökonomie), ohne daß es den Grünen bislang gelungen ist, glaubwürdige Alternativen zu sozialen Problemen noch-Beschäftigter und Arbeitsloser zu finden. Dies muß insoweit als Kritik an der Grünen Partei akzeptiert werden, weil sie andererseits mit maßloser Arroganz und Sektierertum auf Entwicklungen in Betrieben und Gewerkschaften reagiert.

Die Bremer Grünen haben diese Arroganz auf die Spitze getrieben, wenn sie gegenüber dem BAB (Betrieblich Alternatives Bündnis) die Kritik äußern, daß *„im Zentrum der Wahrnehmung und der Politik des BAB einkommens- und arbeitsplatzbezogene Interessen stehen"*, und kategorisch jede Zusammenarbeit zur Wahl ablehnen. Die Zusatzbegründung, es handele sich beim BAB ja sowieso weitgehend nur um „Traditionalisten", mag zwar in grün-alternativen Kreisen Sympathie erzeugen, kann aber die eigene Schwäche der Grünen kaum verhüllen. Statt, wie in Bremen möglich, Zusammenarbeit, Diskussion und gegenseitige Herausarbeitung von Standpunkten zu nutzen, wurde abgeschottet und umgekehrt der Betrieb als Ort politischer Veränderung geleugnet bzw. Forderungen „alternativen" Lohnverzichts entwickelt (Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich nur bis DM 2.000 Familieneinkommen). Bremen als grünen Ausrutscher und Einzelfall darzustellen, ist sicher genauso falsch, wie umgekehrt zu leugnen, daß es auch ganz andere Strömungen bei den Grünen gibt.

Aber: Es entspricht allein der Logik einer Strategie, die das eigene linke Wirken ausschließlich der Entwicklung der Grünen Partei verschrieben hat, wenn behauptet wird, daß eine Verbindung fortschrittlicher grüner Positionen mit dem, was heute noch oder bereits schon wieder soziale Protestbewegung in Betrieben und Gewerkschaften ist, ausschließlich über die Grüne Partei erfolgen muß. Grüne Ambivalenz auf diesem Gebiet spricht eher dagegen. Stattdessen sollte eine Organisierung im betrieblichen/gewerkschaftlichen Bereich außerhalb der Grünen gefördert werden und das Ziel einer Zusammenarbeit auch in Wahlbündnissen unterstützt werden. Vorhandene Anstrengungen bei den Grünen (etwa im Bereich Stahl- und Werftenpolitik oder bei der Arbeitszeitverkürzung) sollen damit nicht negiert werden, aber sie müssen auch realistisch in das Gesamtbild der Partei eingeordnet werden; genauso wie ein Aufruf „Gewerkschafter für die Grünen" zur Bundestagswahl mit 700 Unterschriften zwar imposant wirkt, auch eine wichtige Funktion zur Stützung eines guten grünen Wahlergebnisses hat, umgekehrt aber auch nüchtern eingeschätzt werden muß: Zwei Drittel der Unterschriften kamen aus Hamburg und Westberlin, der überwiegende Teil davon aus denn Gewerkschaften GEW und ÖTV.

Nun ist das Problem der Hamburger AL nicht, daß sie gegenüber den beschriebenen Schwächen und Fehlern der Grünen etwa ein einzigartiges Vorbild sein könnte oder auch nur eine we

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

die zitierten Programmpassagen gestimmt.

Die Entstehung der BAL als einer neuen Kraft in der Wahlbewegung ist ein Prozeß mit vielen interessanten Komponenten, die zum Teil Bremenspezifisch und nicht einfach übertragbar sind, die aber von den Kritikern der BAL einmal registriert werden sollten. D a m i t sollte sich einmal auseinandergesetzt werden, bevor die Bremer Entwicklung allgemein mit dem „DKP-Hammer" totgeschlagen wird.

Man macht es sich zu einfach, mit dem Argument „mit DKPlern kann es keine Zusammenarbeit geben", jede Diskussion über neue Prozesse zu unterdrücken. In Bremen haben sich erstmals linke Gewerkschafter zusammengeschlossen (das BAB umfaßt ca. 400 Kolleg/inn/en), um sich über den Betriebsrahmen hinaus in die Politik einzumischen und das erklärtermaßen gemeinsam mit den Kräften aus dem alternativen Spektrum.

Die BAL ist auch kein Bündnis mit der DKP, wie vielfach bewußt falsch unterstellt wird, sondern Mitglieder der DKP arbeiten auf der Basis der Einzelmitgliedschaft in diesem Bündnis mit Mitgliedern anderer Organisationen und Unorganisierten zusammen, und jeder Versuch einer Gruppe, die BAL zu majorisieren, würde das Bündnis zum Platzen bringen. Das weiß auch die DKP.

Taz schürt die Hatz

In die Diskussion über die BAL ist durch die Auseinandersetzungen innerhalb der GAL-Hamburg über eine mögliche Unterstützung der BAL eine Schärfe hineingetragen worden, die es

halb der GAL-Hamburg über eine mögliche Unterstützung der BAL eine Schärfe hineingetragen worden, die es

in Bremen selbst bisher gar nicht gab. Die Art der Taz-Berichterstattung erinnert stark an einige prominente Linke, die genau in dieser Form in den 79er Wahlkampf gegen die AL in Bremen einfielen und damit ihren speziellen Beitrag zum Einzug der BGL in die Bürgerschaft leisteten. Das, was die Grünen in Bremen bisher an Munition gegen die BAL abschossen, ist vergleichsweise harmlos.

Umso interessanter ist zu beobachten, welche Rolle Rainer Trampert, ein exponierter „Z"-Grüner aus dem Bundesvorstand und der Hamburger GAL auf einer der zentralen Wahlkampfveranstaltungen der Bremer Grünen spielte. (Obwohl gerade die „Z"-Grünen ansonsten nach „Neutralität" im Bremer Wahlkampf rufen!) Die Veranstaltung war mit anfangs 150 Menschen schlecht besucht. Immerhin wurde Prominenz aufgefahren: Beck-Oberdorf, Trampert, Burgmann. Inhaltlich gaben die Grünen ein schlechtes Bild ab, wichen allen kritischen Fragen aus; es stand nicht gut für sie, bis dann Rainer Trampert seinen Auftritt hatte. Aber nicht mit seinen linken grünen Positionen griff er in die Debatte ein, sondern er war offensichtlich eigens gekommen, um einen Hetz-Beitrag gegen die BAL loszulassen.

Beschlagnahmeverfügung gegen Wahlkampfplakat

Neben der eigenen Wahlkampfarbeit, einem gut besuchten Fest und einer Solidaritätsveranstaltung für Nicaragua und Chile mit 1.500 Besucher/inne/n erhielt die BAL unerwartete Unterstützung ihrer Öffentlichkeitsarbeit durch die Bremer Staatsanwaltschaft. Ein Veranstaltungsplakat mit der Oberzeile „Demokratie wächst von unten. Die Knüppel kommen von oben" und mehrern Polizisten in ihrer Arbeitskleidung machte Furore, weil einer der Beamten Anzeige erstattete. Der Staatsanwalt stellte Antrag auf Beschlagnahme, weil die Montage den Eindruck erwecke, die Polizei sei eine „antidemokratische Schlägertruppe". Tatsächlich erließ das Amtsgericht eine entsprechende Verfügung, deren Vollzug die BAL nur dadurch entgehen konnte, daß sie einen Balken mit der Aufschrift „Dieses Plakat wurde zensiert" über das Beamtengesicht klebte.

Ebenfalls übel aufgestoßen ist den staatlichen Institutionen die Nominierung eines Iraners auf dem Listenplatz 4. Um nicht in den Geruch der Ausländerfeindlichkeit zu kommen und um den ausländerfeindlichen Charakter des westdeutschen Wahlgesetzes nicht vorführen zu müssen, wurde die BAL mit drohendem Hinweis aufgefordert, den Iraner „freiwillig" von der Liste zu nehmen. Diesem Druck wurde allerdings nicht nachgegeben, so daß inzwischen der Wahlbereichsausschuß den iranischen Kollegen von der Liste strich.

Wir jedenfalls wünschen der BAL, daß sie der grünen Kampagne ebenso wie staatlichem Druck widersteht und mit einem guten Ergebnis aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Hamburger Grüne:

Frühlingsflirt 1981 mit der DKP und was man daraus lernen kann

Noch 1981 hörte man ganz andere Töne zur DKP aus dem Lager der Hamburger Grünen, vor allem von der „Z"-Gruppe. Die Fakten: Seit Jahrsanfang 1981 bahnte sich eine seltsame Zusammenarbeit mit der Hamburger DKP an, die mit dem Auftritt einer Delegation der Grünen aus drei Vorstandsmitgliedern und einer (grünen) Bezirksabgeordenten der Bunten Liste Eimsbüttel auf dem DKP-Bezirksparteitag am 4./5. April 1981 ihren Höhepunkt fand. Thomas Ebermann hielt damals eine sehr interessante, heute von ihm selber nicht mehr gern erinnerte Rede vor den versammelten DKP-Delegierten. (Text in „Z" Nr. 12).

Die weitestgehenden Formen der Zusammenarbeit waren zum einen die Vergabe eines der BuLi zustehenden Bezirksausschuß-Postens an einen DKP'ler, worüber übrigens ein förmlicher Vertrag abgeschlossen wurde. Ebermann auf dem DKP-Parteitag: „*Und ebenso erfreulich finde ich Bemühungen sowohl der Bunten Liste Bielefeld, als auch der Bunten Liste Hamburg-Eimsbüttel, Mitglieder eurer Partei in parlamentarische Fachausschüsse einzubeziehen, so daß hier eine Bündelung fortschrittlicher Potenz ohne Berührungsängste stattfinden könnte*" (aus: „Z" Nr. 12, April 1981, Hervorhebung vom Verfasser).

Zum anderen: „*Ebenfalls neu ist die Tatsache, daß Bunte und Grüne zu DKP-internen Schulungen als Referenten oder Co-Referenten geladen wurden. So konnte einer der beiden Autoren dieses Artikels bisher an zwei solcher Abende teilnehmen; einmal im Rahmen der ‚Marxistischen Abendschule' (Thema: Wie ist der Kampf gegen das Atomprogramm zu führen?), ein zweites Mal zur ‚Marxistischen Betriebsarbeiterschule' (Thema: Entstehungsgeschichte der Grünen Partei und Einschätzung ihrer theoretischen Strömungen)*". (Ebermann/Goltermann in „Z" Nr. 12. Daß Th. Ebermann damals ein begehrter Referent bei DKP-Schulungen war, wurde von „Z"lern mit sehr viel Stolz herumposaunt). Darüberhinaus werden in der „Z" Nr. 12 als positive Beispiele von Zusammenarbeit genannt:

— Gemeinsame Hausbesetzungen in Hamburg;
— Gemeinsames Unterschriftensammeln unter den Krefelder Appell;
— Sowie die Einladung an die DKP, das traditionelle Hamburger 1. Mai-Fest linker Organisationen und Initiativen „mitzugestalten".

Es gehört zu den Kuriositäten, daß gerade dies damals zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem KB (demselben KB, dem heute von denselben „Z"lern vorgeworfen wird, er wolle der DKP „ein komfortables Wahlbündnis bereiten") führte, weil der KB darauf bestand, daß auf diesem Fest auch die Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung zu Ausdruck kommen sollte. Das wurd selbstverständlich von der DKP, mit Unterstützung der „Z"-Grünen, als störend für die neue „*Bündnisachse*" (Goltermann/Ebermann) zwischen DKP und Grünen betrachtet. Letztlich kam dabei heraus, daß im Rahmen des Festes in einem Raum eine Diskussion zu Polen stattfinden durfte, aber Polen ansonsten nicht in Aufruf-Flugblättern etc. auftauchen durfte.

Wie weit damals gedacht wurde, mag die Schlußpassage von Ebermanns DKP-Parteitagsrede belegen, in der es heißt: „*Wenn ihr nun akzeptiert, daß die Grünen und Bunten eine fortschrittliche Rolle spielen und wenn ihr euch an dem von mir skizzierten Verständnis von Partei orientiert, dann könnte — allgemein gesprochen — zur Bürgerschaftswahl eigentlich nichts mehr schief gehen*". Gemeint war ein Wahlbündnis!!

Diese Zitate und Beispiele sollen deswegen hier noch einmal angeführt werden, weil gerade von den „Z"-Grünen heute mit Vehemenz eine „Saubermann"-Kampagne gegen die BAL in Bremen und gegen Teile der Hamburger GAL geführt wird, denen plump und demagogisch Ausverkauf politischer Inhalte zugunsten eines Bündnisses mit der DKP unterstellt wird. Weder die Mehrheitsströmungen der Hamburger AL, noch die alternativen Kräfte in der Bremer BAL, noch der KB haben jemals das Wahlbündnis mit der DKP befürwortet, oder auch nur annähernd so weitgehende Angebote zur Zusammenarbeit im Wahlbündnis

Fortsetzung nächste Seite

Streit um Bremen - Das Ende der GAL Hamburg?

Forts. von vorheriger Seite

sentlich andere soziale Basis hätte; diese unterscheidet sich - abgesehen von großstädtischer Besonderheit - kaum vom grünen Durchschnitt. Nur: Die AL unterliegt nicht den beschriebenen Beschränkungen der Grünen und hat einen wesentlich weiteren bündnispolitischen Handlungsrahmen. Sie könnte dadurch eine Funktion als Faktor für die Erweiterung des grün-alternativen Lagers einnehmen, wenn dies gewollt wäre.

Die reale Bedeutung der „DKP-Problematik"

ergibt sich in Bremen vor allem aus der Mitarbeit und Verankerung der DKP im BAB. Das BAB als betrieblich-gewerkschaftlicher Aktionszusammenschluß verschiedener linker Strömungen praktiziert eine Art Minimalkonsens, d.h., es werden Fragen ausgeklammert, die den Zweck des betrieblichen Zusammenschlusses nicht unmittelbar betreffen. Damit kann die DKP gut leben, weil politische Kontroversen an Fragen der Haltung zur Sowjetunion, des Demokratie- und Staatsverständnisses etc. ausgeklammert werden. Es ist bekannt, daß die DKP diese Art Minimalkonsens auch gerne in gemeinsamen Wahlbündnissen durchgesetzt hätte und das z.B. in Hamburg auch versucht hat. Sie hat das auch in Bremen praktiziert. Zugute kamen ihr dabei einerseits die ignorante grüne Abschottungspolitik, andererseits Schwäche und Zaghaftigkeit des alternativen Lagers in Bremen. Es ist allerdings verfehlt, dies als unveränderliches Muß zu akzeptieren. Die bislang gelaufenen Bemühungen in der BAL zeigen, daß es über eine Auseinandersetzung möglich ist, die DKP-Strategie einzudämmen. Unterm Strich bleibt derzeit zur BAL festzustellen: Sie hat in wesentlichen inhaltlichen Fragen n i c h t den behaupteten Minimalkonsens akzeptiert; sie hat stattdessen ihre Politik programmatisch so angelegt, daß eine inhaltliche Verbindung zum grün-alternativen Lager möglich ist. Die BAL ist außerdem kein Bündnis mit der DKP als Partei eingegangen, sondern hat sich auf einen Prozeß der organisatorischen Unabhängigkeit eingelassen (mit eigenem Programm und Einzelmitgliedschaft).

Dennoch bleibt als Problem: Zwar haben sich DKP-Repräsentanten in der BAL dieser Programmatik und dem imperativen Mandat angeschlossen; auf der anderen Seite beansprucht die DKP als Partei für ihre Mitglieder in der BAL, daß diese weiterhin außerhalb des Wahlzusammenschlusses ihre Parteipositionen beibehalten. Damit ist praktisch ein inhaltlicher Konflikt aufgeworfen, der nur als vorübergehender Entwicklungsprozeß denkbar ist, da eine Reihe von DKP- und BAL-Positionen auseinanderklaffen. Lösbar ist dieser Konflikt nur, wenn dahinter bei den beteiligten DKP-Mitgliedern ein ernsthaftes inhaltliches Eingehen auf veränderte Inhalte steht, was die Partei über öffentliche Erklärungen vorsorglich zu relativieren versucht. Oder es handelt sich um eine rein taktische Position, die spätestens dann aufbricht, wenn die BAL ihrerseits zu klaren politischen Aussagen erzwungen wird, die Konflikte zur DKP-Parteiposition hervorrufen. Dann wird sich beweisen müssen, wieweit das bisherige BAL-Papier hält, was es verspricht.

Auch das Problem taktischer DKP-Zurückhaltung soll nicht verniedlicht werden, da bekanntlich reichlich schlechte Erfahrungen mit der DKP in Bündnissen vorliegen. Kommt es zu einer Entwicklung, in der die DKP glaubt, ihre zahlenmäßige Stärke über die bestehende Einzelmitgliedschaft in der BAL zur Geltung zu bringen (massenhafte Eintritte), würde das die BAL sprengen und den hoffnungsvollen Ansatz zerstören.

Alle, die diese Skepsis haben und für so relevant halten, daß die positiven Ansätze des Bündnisses alternativer und betrieblich-gewerkschaftlicher Kräfte geringer wiegen, sollten dabei zweierlei bedenken:

1. Eine Aufgabe der BAL-Bemühungen von alternativer Seite hätte zur Folge, daß in Bremen auf lange Zeit der Ansatz für eine Alternative zerstört wäre und die Anstrengungen im gewerkschaftlich-betrieblichen Bereich, sich über die betriebliche Ebene hinaus zu artikulieren, entweder kaputt wären oder tatsächlich denen überlassen würden, die man politisch ablehnt.
2. Hiervon würde eine grüne Strömung profitieren, die dieses Feld der Politik nicht besetzen will und die gleichzeitig ihren Wahlerfolg als Voraussetzung für die Verankerung ihrer rechtsökologischen Linie in der grünen Bundespartei braucht.

Damit wären sowohl alternative Positionen geschwächt, als auch die Aussichten für eine grün-alternative Strategie (die heute sowieso eine Minderheitsposition in der Grünen Partei ist) verschlechtert.

„Z"-Grüne erfinden einen Skandal

Die gewollte „DKP-Problematik" hat am deutlichsten Thomas Ebermann in seinem Interview mit der „Moderne Zeiten" (8/83) zum Besten gegeben. Er behauptet, daß „*der Wunsch der DKP nach Minimalkonsens voll Triumphe gefeiert (hat). In diesem Sinne kann man sagen: Die DKP dominiert politisch das Bündnis BAL.*" Das „*'Bremer Modell' heißt, daß die Differenzen des alternativen Lagers zur DKP hinsichtlich der Fragen der Ökologie, der Atomernergie, der Stadtplanung, der unabhängigen Gewerkschaften, des Selbstbestimmungsrechts der Völker grundlegend ausgeklammert geblieben sind*", und daß die, die diese BAL unterstützen, „*zumindest nützliche Idioten einer sich immer klarer abzeichnenden DKP-Strategie werden*". Nun hat er diese Aussagen vor Abschluß der BAL-Programmdebatte gemacht und jeder kann sich mal irren. Nur irrt da allerdings derjenige, der glaubt, daß Ebermann überhaupt an einer inhaltlichen Auseinandersetzung um die Bremer Situation interessiert sei. Nachdem Ebermanns „Programm-Kritik" in der MOZ durch die Bremer BAL-Realität nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, hat er sich auf einen anderen Trick verlegt. In einem 6-Seiten-Papier für die Hamburger Grünen wird von ihm eine „**dramatische Neuorientierung der AL**" aus mündlichen Brocken, aus persönlichen Diskussionsbeiträgen, zusammengestückelten Zitaten aus dem KB (zweimal aus dem Jahre 1980, sowie ein mündlicher Brocken), plus einer Zitatenlese aus Zeitungen der SoSt (Sozialistische Studiengruppen), die zum besonders gefährlichen DKP-U-Boot hochstilisiert wird, das gefährliche Verführungskünste gegenüber der Mehrheit der Alternativen Liste vollbringt (obwohl ihm der minimale SoSt-Einfluß in der AL bekannt ist). Dieses 6-Seiten-Papier, das lebhafte Zustimmung auf der Mitgliederversammlung der Hamburger Grünen fand, bringt das Kunststück fertig, kein Wort zur aktuellen Bremen-Diskussion zu enthalten, sondern nur mit zusammengestückelten Unterstellungen zu arbeiten. Leider ist dies Papier kennzeichnend für den derzeitigen Hamburger G-AL-Diskussionsstil. Es belegt, daß neben vielen anderen Talenten auch das der Demagogie sich trefflich in der politischen Auseinandersetzung einsetzen läßt.

Realer Kern dieser Art politischer „Auseinandersetzung" ist die Befürchtung, es könnte sich wirklich eine ernstzunehmende Kraft neben den Grünen entwickeln, die nicht unter Kontrolle der linken Grünen steht. Es ist schon immer die Politik der „Z"-Strömung bei den Grünen gewesen, alle derartigen Bestrebungen eifersüchtig zu überwachen und nur unter dem Gesichtspunkt zu verfolgen: „nützt es unserer Politik bei den Grünen oder schadet es der Strategie, so wie wir sie verfolgen!" So hat die „Z"-Gruppe früher bei den Demokratischen Sozialisten agiert, hat systematisch Posten im zentralen Apparat der DS besetzt, persönlichen Kontakt zu Coppik gepflegt - und als klar war, der Laden wird nicht grün, wurde nur noch destruktiv gearbeitet. In ähnlicher Weise ist 1981 der Bildungsprozeß der AL Hamburg eifersüchtig überwacht und mit Unvereinbarkeitsdrohungen gegen den KB begleitet worden. Und so ist zunächst vorsichtig in Bremen reingehorcht worden, ob aus der BAL was Links-Grünes werden könnte, und als sich das nicht abzeichnete, wurde auf Draufholzen gesetzt. Ebermann: Die BAL „**muß bekämpft werden und darf keine Chance kriegen**" (MOZ 8/83). Dieses Vorgehen ist sektiererischer, grün-verbrämter Avantgardismus, und nicht die ernste Sorge um Fehlentwicklungen. Wer die ernst nimmt, hätte sich tatsächlich konstruktiv in die Bremer Auseinandersetzung eingemischt. Stattdessen wird der BAL-Prozeß einseitig zum Problem DKP und besonderer Bündnis-Vorliebe für diese verfälscht. (Wie unehrlich dabei agiert wird, mag der nebenstehende Text zur „Z"-DKP-Episode 1981 zeigen.)

Dabei geht aus Ebermanns MOZ-Interview auch hervor, daß er sich der tatsächlichen Bremer Problemlage bewußt ist, wenn er an einer Stelle anmerkt: „**Wir sollten uns die Sache auch nicht zu einfach machen. Die BAL und das zugrundeliegende 'betrieblich alternative Bündnis' sind nicht etwa einfach ein DKP-Projekt**". Richtig. Nur seine Schlußfolgerung ist „B e k ä m p f e n", und seine Perspektive mutet fast makaber an, wenn er anmerkt, die Grünen in Bremen hätten nicht einfach Fehler gegenüber der BAL gemacht, sondern einen klaren politischen Kurs gegen Zusammenarbeit gefahren. Auch richtig. Wenn er dann aber anmerkt, daß einer der grünen Denker in Bremen, Ralf Fücks (ehem. MOZ-Redakteur), durchaus die Problematik erkannt habe, daß die Verbindung zum sozialen Protest in den Betrieben verloren gehe, dieser aber trotzdem die Politik der Bremer Grünen aktiv mitgetragen hat, dann ist Ebermanns Aussage, „*darauf* (Anmerkung: auf Fücks' Einsichten) *ruhen auch meine Hoffnungen auf eine positive Entwicklung der Bremer Grünen*" (MOZ 8/83), fast schon eine Bankrotterklärung. Das ist die indirekte Anerkennung des rechtsgrünen Monopols für Bremen.

Dieses Verhalten der „Z"-Grünen deutet auch darauf hin, unter welchem Druck die Linken bei den Grünen stehen. Fatal ist es allerdings, wenn dieser Druck jetzt in die AL weitergegeben werden soll, wenn die gleichen Mechanismen, die das grüne Handeln bestimmen, nun auch für die AL bestimmend werden sollen. Dabei wird auch nicht vor der Drohung mit der Spaltung der GAL haltgemacht.

Die Alternative Liste täte gut daran, sich diesem Druck nicht zu beugen und auf eine eigenständige Politik im Rahmen des GAL-Bündnisses zu bestehen. Der unter falschen Vorzeichen gestartete Angriff auf die AL ist auch ein Angriff auf das GAL-Modell, das aus grüner u n d alternativer Politik besteht. Kurzsichtige Spekulation mancher Hamburger Grüner auf Rüberziehen eines Teils von AL-Mitgliedern könnte schnell zum Bumerang werden: Der verblassende Glanz des „GAL-Modells" würde schnell vollständig beseitigt werden, wenn die GAL bloß noch Tarnname für die Hamburger Grünen wäre.

hr.

In eigener Sache

Ein Brief an die MOZ ("Moderne Zeiten")

Th. Ebermann äußerte im Interview (MOZ 8/83): *„Ich denke, der Weg in diese Sackgasse ist ein bißchen angelegt in der Politik des KB (...)". Schon zur vorletzten Bundestagswahl hat der wichtigste Genosse des KB ein Positionspapier geschrieben (...).* Erster Einspruch: Es handelt sich nicht um ein „Positionspapier", sondern um einen Resolutionsentwurf zu einem KB-Kongreß. Wie dem AK 182, aus dem Th. E. zitiert, zu entnehmen ist, blieb diese Vorlage (in dem von Th. E. zitierten Passus) auf dem Kongreß in der Minderheit. Und zwar, wie im AK 181, S. 42 nachzulesen ist, mit nur 30 Stimmen von 111 abstimmenden Delegierten. Fast Dreiviertel der Delegierten lehnten die zitierte Passage ab, da ihrer Meinung nach die DKP darin zu gut wegkam. Dieser bezeichnende Sachverhalt wird im Interview großzügig unterschlagen. Das heißt, die zitierte Passage gibt, was immer man darüber denken mag, für eine Polemik gegen den KB überhaupt nichts her.

Zweiter Einspruch: Th. Ebermann zitiert stark sinnentstellend nur einen kleinen Teil der Gesamtaussage aus dem Resolutionsentwurf. Was er zitiert, ist dies: *„Die DKP hat gegenüber den Grünen das insgesamt fortschrittlichere gesellschaftskritischere* (dies Wort fehlt in der MOZ — Anm. Kt.) *Programm. Im Gegensatz zu den Grünen benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des ‚realen Sozialismus'. Das Programm der Grünen ist hingegen, neben starken fortschrittlichen Elementen, auch belastet mit reaktionärem Schrott und vielerlei Unzulänglichkeiten (Steuerpolitik, Sozialpolitik, Gesundheit, § 218 u.a.m.)* (Der Satz ab „Das Programm der Grünen ..." und die Klammer sind in der MOZ nicht mitzitiert — Anm. Kt.).

Da eine Aussicht, zu einer parlamentarischen Vertretung des ‚Protestpotentials' zu kommen, bei dieser Bundestagswahl nicht besteht, kommt den programmatischen Aussagen der konkurrierenden ‚Protestparteien' besondere Bedeutung zu. Unter diesem Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP (oder selbst für die ‚Volksfront') als Ausdruck der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen". Ende des Zitats durch Th. Ebermann in der MOZ. Die Aussage im Resolutionsentwurf geht aber so weiter: *„Für die Grünen spricht andererseits, daß sie zweifelsfrei die stärkste Partei des ‚Protestspektrums' (auf der Stimmzettel-Ebene) sind. Sie sind überhaupt die Einzigen innerhalb des ‚Protestspektrums', die — zusammen mit den örtlichen und regionalen Bunten/Alternativen — längerfristig eine Chance als parlamentarische Alternative bzw. als Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den Grünen die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit für die revolutionäre Linke. Anders als die total verkalkte und finanziell abhängige DKP bieten die Grünen eine Chance, Teil des Prozesses für die Herausbildung einer Sozialistischen Alternative zu werden.*

Wir werden deshalb d i e Kandidaten der Grünen unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die Grünen nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der ‚Proteststimme', in erster Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl".

Von zwei gleichberechtigt wichtigen Teilen der Gesamtaussage hat Th. E. konsequent die eine Hälfte unterschlagen. Diese grobe Fälschung (um nichts anderes handelt es sich der Wirkung nach) bildet die notwendige Voraussetzung für den Fortgang des MOZ-Interviews. Denn auf das von Th.E. verstümmelte Zitat antwortet der Interview-Partner (Frieder O. Wolf): *„Das heißt ja, daß die Meßlatte nur noch die Übereinstimmung in bestimmten Formeln bildet. Praktische Politik kommt da gar nicht mehr vor."* Eine Kommentierung, die nicht standhält, wenn man die Aussage des Resolutionsentwurfs v o l l s t ä n d i g betrachtet. Und Th.E. setzt noch einen drauf: *„Damit wird einer Programmkandidatur, wenn sie nur die traditionalistischen Evergreens halbwegs enthält, eine größere Bedeutung beigemessen, als eine* (einer? — Anm. Kt.) *Strömung, die auf ein Massenpotential fußt und die — bei allen Schwächen — emanzipatorische Inhalte transportieren k a n n ".* Auch das geht bloß, wenn die Gesamtaussage durch Weglassen verfälscht wird.

Der Sinn der Gesamtaussage ist nämlich durchaus nicht „Hinwendung zur DKP", sondern eine Unterstützung der Grünen, soweit politisch im konkreten Fall vertretbar. An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß die Grünen im Jahre 1980, als jener Text formuliert wurde, noch sehr weit entfernt waren von dem heutigen Zustand. Damals waren die Repräsentanten einer Rechtsausrichtung der Grünen Partei (Gruhl, Springmann und viele, viele andere) noch alle in der Partei. Daher schied allerdings für uns mehrheitlich eine b e d i n g u n g s l o s e , u n d i f f e r e n z i e r t e Unterstützung d e r Grünen s c h l e c h t h i n aus.

Abschließend: Es ist selbstverständlich eine politische Gangsterei, wenn seit der Spaltung des KB k o n t i n u i e r l i c h versucht wird, persönlich gekennzeichnete Stellungnahmen von mir, mit denen ich zudem sehr oft nachweislich in einer extremen Minderheitsposition gewesen bin, einem schlecht informierten Publikum als d i e Meinung d e s KB aufzutischen, sofern es euch gerade mal in den Kram paßt. Es gibt bei uns, im Gegensatz zu MOZ/ISP, einen oft lebhaft und öffentlich ausgetragenen Meinungsstreit und deutlich erkennbare Positionsunterschiede. Und einen „wichtigsten Genossen" gibt es bei uns ebensowenig wie einen „Vorsitzenden".

Schöne Grüße Kt. (1.9.83)

Redaktionelle Anmerkung

Die MOZ hat es bisher in einer Vielzahl von Fällen abgelehnt — in der Regel ohne jede Nachricht oder gar Begründung — Richtigstellungen abzudrucken. Es bleibt abzuwarten,ob sie auch diesmal bei der bewährten Praxis bleibt.

Nachtrag

Auf einer Grünen-MV am 26.8. hat Th. Ebermann zwar richtig erwähnt, daß es sich bei dem von ihm zitierten Text um einen Resolutionsentwurf gehandelt hatte: Dafür trug er seinem Publikum jedoch eine noch infamere verstümmelte „Kurzversion" der fraglichen Textstelle vor. Nämlich so: *„In Frage kommen hierfür* (für die Bundestagswahl 1980 — Anm. Kt.) ... *nur die Grünen und die DKP ... Die DKP hat gegenüber den Grünen das insgesamt fortschrittlichere Programm. Im Gegensatz zu den Grünen benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des ‚realen Sozialismus' ... Unter diesem Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP (...) als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen".* (Mensch vergleiche bitte die zusätzlichen Weglassungen mit dem Originaltext!).

Daß diese Resolutionsvorlage damals mit einem sehr deutlichen Ergebnis von nahezu 3:1 abgeschmettert wurde, verschwieg Ebermann auch in seiner Rede vor der Grünen-MV. Er sagte lediglich: *„Schließlich entschied sich der KB nur zum Aufruf, keine etablierten Parteien zu wählen — also im wesentlichen DKP oder Grüne".* Diese Darstellung ist falsch. Der verabschiedete Text besagte stattdessen: *„Wir werden die Grünen deshalb d o r t unterstützen, wo sie ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die Grünen durch Kandidaten vertreten sind, die keine positive Alternative zu den Bürgerlichen darstellen, unterstützen wir eine andere Form der Proteststimme, für eine der kandidierenden linken Listen oder durch Nichtwahl".* Eindeutige Priorität hatte also die Unterstützung der Grünen! Der beschlossene Resolutionstext ist vollständig abgedruckt im AK 182, S. 34 und Ebermann muß diese Seite vor sich gehabt haben, denn in seinem MOZ-Interview zitiert er meine Resolutionsvorlage nach eben diesem AK, selbe Seite! Überhaupt wäre es ganz unangebracht, in solchen Fällen bei Th. Ebermann einen Irrtum oder Interpretationsschwierigkeiten zu vermuten. In dieser Beziehung ist er seit langem als Gewohnheitstäter bekannt.

(Zitate nach Ebermanns vervielfältigtem Redemanuskript)

Kt.

Hamburger Grüne: Frühlingsflirt 1981 mit der DKP

Forts. von vorheriger Seite

gemacht, wie dies in den vorstehenden Zitaten zum Ausdruck kommt. Sie haben nur kein Hindernis darin gesehen, daß Mitglieder der DKP Mitarbeiter in einem politisch-sozialen Zusammenhang „Betrieblich Alternatives Bündnis" sind, entsprechend auch in diesem Bereich kandidieren, **sofern inhaltlich tragfähige Kompromisse für eine grün-alternative Perspektive herauskommen.**

Anders als die oben zitierten „Z"-Autoren dies 1981 sahen, glauben wir beim derzeitigen Stand der DKP und ihrer rein taktisch begründeten und eng begrenzten „Öffnung" gegenüber linken Organisationsansätzen und sozialen Protestbewegungen n i c h t an eine gemeinsame Wahlperspektive mit der Partei D K P a l s B ü n d n i s p a r t n e r. Anders verhält es sich bei der Frage der Entwicklung von Basiszusammenarbeit. Dazu halten wir die Position der Hamburger AL vom Oktober 1981 immer noch für richtig. Damals wurde aufgrund einer Reihe von inhaltlichen Unvereinbarkeiten mit Positionen der DKP festgestellt: *„Wir sehen keine Basis für ein Wahlbündnis mit der DKP als Partei. Wir fordern die DKP, DFU u.a. auf, mit dem Namen ‚Alternative Liste' keinen Etikettenschwindel zu betreiben. Wir halten weiterhin an einer ‚Alternativen Liste' auf der Basis von Einzelmitgliedschaft fest; diese steht auch für einzelne Mitglieder der DKP offen, denn Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen wir ab; bei uns kann jeder mitarbeiten, der die gemeinsam erarbeiteten Grundsätze anerkennt und unterstützen will".* Noch im Juni 1981 hielt auch der Hamburger Landesvorstand der Grünen in einer Erklärung die folgende Passage e i n s t i m m i g für verabschiedungswürdig: *„Einige Worte zur DKP: Diese Partei hat ihre Taktik geändert. Wurde die alternative Wahlbewegung (wie auch große Teile der Wahlbewegung) früher von ihr bekämpft und verunglimpft, so sucht sie jetzt Zusammenarbeit bis hin zur gemeinsamen Kandidatur. Grundsätzliche Positionen — die berechtigte Ablehnung bei fortschrittlichen Menschen hervorriefen — hat die DKP nicht revidiert. Die alternative Wahlbewegung kann u.E. nicht um den Preis der gemeinsamen Kandidatur mit der DKP auf Grundaussagen verzichten, die gerade ihre Glaubwürdigkeit ausmachen ... Ohne Anerkennung solcher Grundsätze kann es keine gemeinsame Kandidatur geben. Wer bereit ist, sie mitzuvertreten, ist bei uns gerne gesehen und wird nicht nach seinem Parteibuch beurteilt."*

Es ist vor diesem Hintergrund heuchlerisch und unehrlich, die konkreten Bedingungen der Bremer Wahlbewegung mit einem Schlagwort „DKP" erschlagen zu wollen, und dieses mit der eigenen Vergangenheitsbewältigung zu verquicken. Denn auch das soll hier erwähnt werden: Der 81er DKP-Flirt der „Z"-Gruppe hat ihr damals reichlich Schwierigkeiten bei den Grünen eingetragen. Buchstäblich von einem Tag auf den anderen konnte man in Hamburg erleben, wie aus vehementen Befürwortern einer Zusammenarbeit mit der DKP als Partei vehemente Gegner jeder Zusammenarbeit mit DKP-Mitgliedern in der „Wahlbewegung" wurden. So laufen Erkenntnisprozesse ab ...

Wenige Wochen vorher hatten Goltermann/Ebermann in der „Z" Nr. 12 noch spitz gegen andere Linke polemisiert, die bezüglich der neuen „Bündnisachse" DKP-Grüne skeptisch waren: *„Diejenigen Linken, die in der sich manchmal noch recht zögernd vollziehenden Öffnung der DKP nur eine allgemeine Gefahr für ‚die Bewegung' sehen ... weisen zwar u.E. auf einen richtigen Punkt hin, liegen zugleich aber falsch, wenn sie diesen verabsolutieren bei ihrem Versuch, sich selbst die neue Taktik der DKP zu erläutern".* Dieser Erklärungsversuch vernachlässige, *„daß sich innerhalb der DKP wie in anderen linken Gruppierungen Kräfte regen, die den bisherigen politischen Trott nicht mehr unbedingt als den Stein der Weisen zu betrachten vermochten, daß es also an der Basis der Partei unterschiedlich artikulierte Opposition gab und daß „es an der Spitze der Partei zugleich Überlegungen gab, wie aus der Isolation"* herauszukommen sei. In mündlichen Mitteilungen führender „Z"ler nahm das Ganze schon die Dimension kurz bevorstehender Massenübertritte aus der DKP an. Es war sicher ein fataler Fehler, zu glauben, als taktisch geschickte „Z"-Gruppe den DKP-Laden aufmischen zu können. Es ist umgekehrt genauso ein Fehler, Zusammenarbeit dort abzulehnen, wo es von politischer Relevanz für eine linke Listenbildung werden kann, nur weil Mitglieder der DKP dort mitarbeiten. Ein solcher relevanter Fall ist Bremen, wo sich die Problematik aus der Basis-Zusammenarbeit BAB ergibt, und das ist allerdings ein fundamentaler Unterschied zum Hamburger Spitzentechtelmechtel auf oberster Strategen-Ebene 1981.

Eine kritische, aber spürbare Unterstützung der BAL durch die Hamburger AL und möglichst noch andere Listen kann einen positiven Prozeß grün-alternativer Zusammenarbeit fördern, auch wenn — wie in Bremen — sich dieses aufgrund gewollter grüner Blockade nicht in einer gemeinsamen Liste ausdrückt. Dies ist aber anerkanntermaßen n i c h t die Schuld der BAL. Vor dem Hintergrund der ebenfalls sich verschärfenden grünen Blockade gegenüber bestehenden ALs (siehe mit der Ablehnung eines Vertrages mit der AL Berlin durch den grünen Bundeshauptausschuß) müssen sich die nicht-grünen alternativen Kräfte der Frage nach ihrer eigenen Strategie stellen. Die grüne Blockade, die Ambivalenz dieser Partei gegenüber wichtigen sozialen Bewegungen, schafft ein politisches Vakuum, das inhaltlich und organisatorisch gefüllt werden muß, und zwar mit einer Strategie, die am kritisch-solidarischen Bezug auf die Grünen festhält. Wird dieses vernachlässigt oder behindert, eröffnet man damit tatsächlich der DKP ein Feld, auf dem diese dann konkurrenzlos abzugrasen versucht. Setzt sich der beschriebene grüne Kurs weiter durch, ist eine solche Entwicklung schon zu den Kommunalwahlen in NRW zu erwarten. Dort gibt es Bemühungen um grün-alternative Bündnisse, woran die DKP mit großem Interesse beteiligt ist. Unter dem Titel „Oberhausener Modell" wird die dortige Bündniskonstellation als beispielhaft diskutiert: Grüne, Initiativen und DKP arbeiten zur Zeit einträchtig in der „Bunte Liste — Oberhausener Demokraten" zusammen. *„Die ‚großen Themen' der Bewegung wie Demokratieverständnis, Polen, Afghanistan, AKWs in der DDR und überhaupt das Industriesystem, die ökologischen Grundfragen, und wie sie sich zu der Ökonomie verhalten und ob das Proletariat nun doch das revolutionäre Subjekt sei oder sich von seiner historischen Mission verabschiedet habe: Alles das blieb bei Diskussionen der Oberhausener außen vor",* schreibt Hans Uske in der „Revier" 7/83 mit viel Sympathie. Nun steht es mir nicht an, von hier aus hochmütig diese Oberhausener Bemühungen in der Luft zu zerreißen, aber: Für eine längerfristige Perspektive bei der Herausbildung einer neuen, wirksamen politischen Oppositionskraft mit eigenen Zielvorstellungen alternativ zum herrschenden System ist eine solche Politik des Ausklammerns zentraler Fragen nicht akzeptabel und kein „Modell". Da erscheint der Bremer Ansatz, bei aller Beschränkung (resultierend aus grüner Blockade), sinnvoller und entwicklungsfähiger.

In diesem Sinne ist Einmischung und nicht Abstinenz wünschenswert.

hr.

Dortmunds Grüne für Alleinkandidatur
Schafft 2, 3, viele kleine Übel

Dortmunds Grüne haben den Trend der Zeit — hin zur "seriösen" Partei — erkannt: Selbstgenügsamkeit als politisches Zukunftsprogramm. Nach vier Jahren Existenz in maximal drei Bereichen (Umwelt, VoBo, und bedingt Frieden) aktiv und verankert, sind sie jetzt, wie weiland die SPD, "offen für neue Fragen und Vorschläge aus den Initiativen". Mehr auch nicht: laut Beschluß der Grünen-MV vom 30.8. werden die Grünen zur Kommunalwahl im September '84 grün(offen) kandidieren. Der Vorschlag, erst einmal inhaltlich über programmatische Fragen mit allen Interesierten zu diskutieren und erst im Spätherbst die Form der Kandidatur zu behandeln, unterlag mit 7:29.

Garniert wurde dieser Beschluß noch mit einer speziellen Ausgrenzung. Der verabschiedete Antrag nennt zwar nur die DKP, mit der es in Wahlfragen kein Bündnis geben könne; zahlreiche Diskussionsbeiträge machten aber deutlich, daß sich dieser Beschluß auf alle Kräfte mit "abgewrackter Politik" bezieht. Wahllos aneinandergereiht wurden KPD, KB, MLPD, EAP (?!), DS. Mit dem Beschluß zur grün(offen)en Liste mit alleinigem Stimmrecht der Grünen ist die Möglichkeit gegeben, diese beliebig zu interpretieren.

Frühzeitig hatte auch die DKP die Aussichtslosigkeit eines Bündnisses mit den Grünen erkannt. Zwar hatte sich ihre Kreisdelegiertenkonferenz im April für ein "breites Bündnis" ausgesprochen; favorisiert und in kleinem Kreise vorbereitet wurde aber eine Parallelveranstaltung. DKP-Prominenz und einige linke SPD-Betriebsarbeiter laden für Anfang Dezember zu einem "Forum Dortmunder Alternativen" ein. Dieser Vorschlag entstammte ursprünglich dem Anti-Rotstift-Komitee und wurde den dort mitarbeitenden zu deren Überraschung kurz vor der o.g. Grünen-MV als fertiges Projekt vor die Nase gesetzt.

Das Projekt dieses Forums (neun AGs zum gesamten Kommunalwahl-Themenspektrum mit besonderer Betonung der "betrieblichen und sozialen Frage") wird sicherlich auch für die Linke, die diese Fragen abgewrackter Weise immer noch für wesentlich hält, attraktiv sein. Allerdings ergibt sich aus den speziellen Bemühungen um Bündnisse mit Sozialdemokraten die Schwierigkeit, dieses Forum direkt in die Kommualwahldiskussion einzubeziehen. Entsprechend wird von der DKP schon abgewiegelt. Dem "alberen Starren auf die 5%" wird die "Zusammenführung der außerparlamentarischen Kräfte" gegenübergestellt: *"Die Arbeitsergebnisse (des Forums) sollten kommunalpolitische Forderungen sein, die sich als klare überzeugende Alternativen in Aktionen und Bewegungen umsetzen lassen"* — es kommt der DKP also darauf an, mit dem Aufbau eines größeren und einflußreichen Kreises die Grünen in Zugzwang zu bringen und deren kommunalpolitische Inkompetenz für Dortmund aufzudecken, um so das eigene Bündnisumfeld vor grünen Einflüssen abzuschirmen.

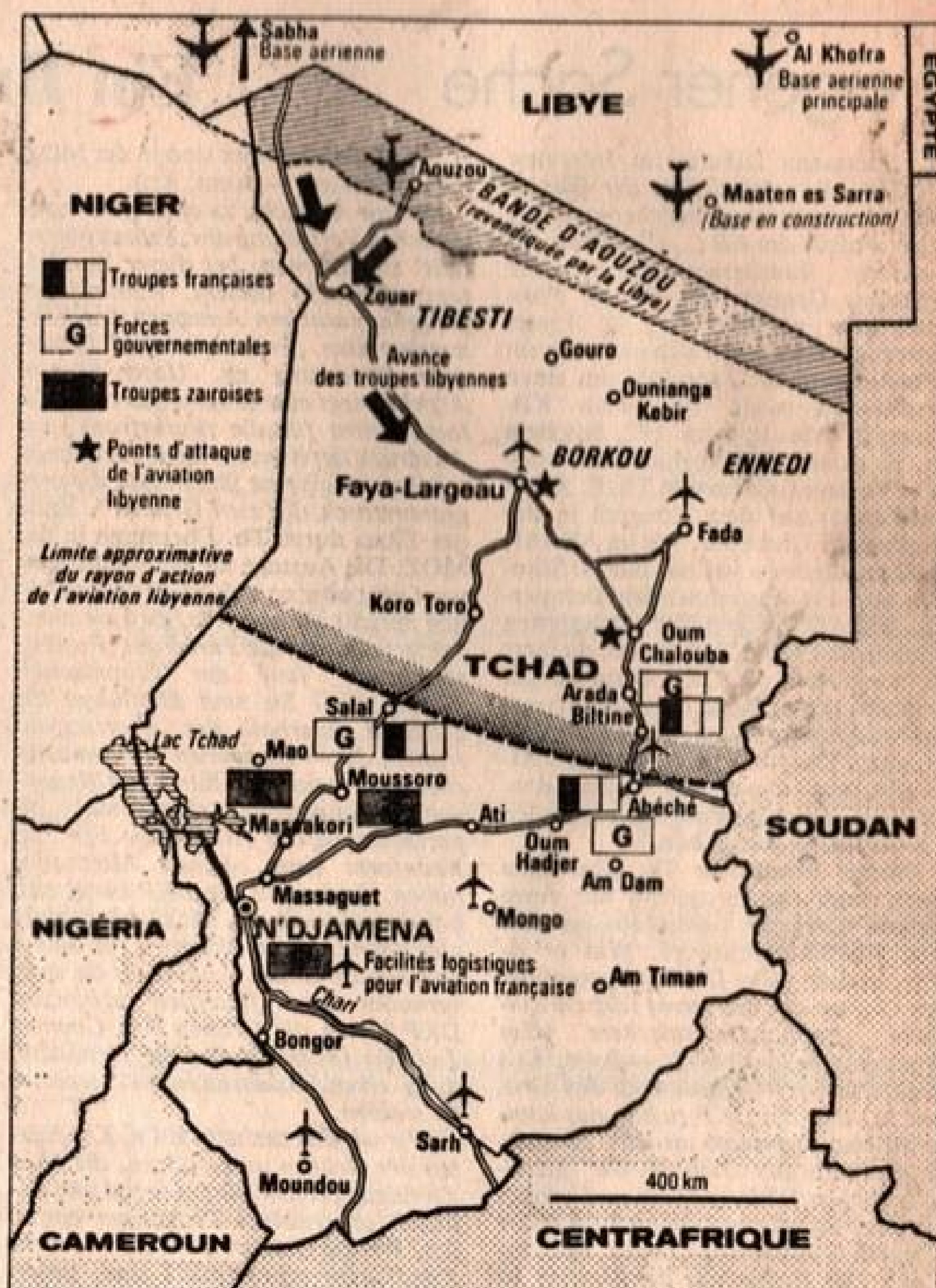
Wer bislang in diesem Artikel Aussagen über inhaltliche Kontroversen vermißt, wird auch weiter enttäuscht sein: die Diskussion dreht sich in unserer schönen Stadt seit einem halben Jahr nur um die Formalia einer Kandidatur. Und auch in dieser Diskussion haben die Grünen den Aufschlag verschenkt. Ihren Anspruch auf Basisbezogenheit und offene Diskussion haben sie mit ihren brüsken Ausgrenzungen vertan. Und wie lieblich säuselt es jetzt von der DKP: "Was liegt näher als der Gedanke, sich zusammenzusetzen, gemeinsam herausfinden, wie weit die Gemeinsamkeit geht, zusammenhängende Alternativen zu entwickeln..."usw.usf.

Zwischen die Stühle dieser Blöcke hat sich vor geraumer Zeit ein kleines Häuflein Unverdrossener gesetzt: einige Unorganisierte, einige linke Grüne, DS, KPD, KB. Diese Traditionalisten mit dem schönen Namen KAK (Kommunalpolitischer Arbeitskreis) halten ein Fähnlein hoch mit den erhabenen Worten: "Öffentlichkeit in der Diskussion; inhaltliche Diskussion; breite Debatte — dann formale Festlegungen". In einem "Kommunalwahl-Info" (1. Nr. mit 700 Aufl.) werden alle Diskussionspapiere, Stellungnahmen und Beschlüsse dokumentiert und Beiträge zur programmatischen Diskussion vorgelegt. Einige Diskussionsveranstaltungen (Ausländerfeindlichkeit, Bergbau) sind angesetzt.

Die Karten liegen also verteilt auf dem Tisch. Ob der KAK dabei allerdings die Dulle findet (deren zweite ja immer die erste sticht), oder wenigstens eine Kreuz-Dame, das wird sich erst dann herausstellen, wenn man sich getraut, die Karten auch wirklich aufzunehmen.

KB Dortmund

Imperialistische Intervention im Tschad



Ende Juni begann die massivste imperialistische Intervention in den Tschad seit der Erklärung seiner Unabhängigkeit von Frankreich 1960. Hatte bislang nur Frankreich wiederholt interveniert, um von ihm abhängige Regimes zu unterstützen oder einen kontrollierten Wechsel zu gewährleisten, so stehen heute auch zairische Truppenkontingente sowie eine erhebliche Anzahl amerikanischer und israelischer Militärberater im Tschad. Diese g e m e i n s a m e Intervention (die zairischen Truppen sind direkt den USA bzw. Israel unterstellt) der „sozialistisch-kommunistischen" Regierung Frankreichs und der imperialistischen Weltmacht Nr. 1 hat unterschiedliche Beweggründe: Frankreich will sich auf jeden Fall diesen wichtigen strategischen Dominostein seines west- und zentralafrikanischen Einflußgebietes erhalten, ohne im Augenblick in direkte militärische Konfrontation mit Libyen zu geraten. Die USA ordnen den Tschad-Konflikt in die Ost-West-Konfrontation ein und dringen — unter Schaffung vollendeter Tatsachen — auf schärfere Gangart. Die US-Marionette Habré soll in dieser strategisch wichtigen Region auf jeden Fall gehalten und die gezielte Eskalation des Tschad-Konflikts möglicherweise für eine militärische Aggression gegen Libyen benutzt werden. Ghaddafi, sonst für seine Verrücktheiten bekannt, hat bisher jedenfalls ausgesprochen besonnen reagiert.

Von Frankreich und den USA wird die militärische Intervention in den Tschad entsprechend differenziert verbrämt: Französische Regierungsmitglieder sprechen verharmlosend von einem „Krieg der Chefs", in dem es der ehemaligen französischen „Schutzmacht" zukomme, per Intervention „Unabhängigkeit" und „Einheit" des Tschad zu garantieren. Die USA hingegen brachten von Anfang an die „libysche Aggression" ins Spiel, die es massiv zurückzuschlagen gelte. Beweis: Per Satellitenfoto ausgemachte nicht-tschadische afrikanische Soldaten auf der Seite Goukounis.

„Krieg der Chefs"?

Seit etwa 18 Jahren wird im Tschad mit ständig wechselnden Gegnern und Verbündeten Bürgerkrieg geführt, in dem sich seit etwa fünf Jahren verschiedene Führer der ehemaligen Befreiungsfront „Frolinat" wechselseitig aus den Staatsämtern jagen. Man fragt sich, wofür. Selbst Beamten- und Militärgehälter können jedenfalls seit Jahren nicht mehr in dem ärmsten Staat des afrikanischen Kontinents gezahlt werden. Das Land ist bankrott und vom Bürgerkrieg weitgehend zerstört. Große Teile der Bevölkerung hungern, sind immer wieder auf der Flucht. Stammesführer, die sich um kaum noch vorhandene Pfründe streiten?

Anlaß für die jetzige imperialistische Intervention war der seit Jahresbeginn erfolgreiche Vormarsch des vor einem Jahr abgesetzten Staatspräsidenten Goukouni Oueddei (1). Goukouni Ou-
intervention war der seit Jahresbeginn erfolgreiche Vormarsch des vor einem Jahr abgesetzten Staatspräsidenten Goukouni Oueddei (1). Goukouni Ou-eddei hatte nach einer Zeit im Exil im November 1982 im Norden des Tschad (Tibesti-Region) die „Provisorische Regierung des Nationalen Wohls" gebildet (2) und kurze Zeit später eine Armee aus Angehörigen aller Landesteile, die ALN (Armée de Libération Nationale) (3). Dieser Zusammenschluß war keineswegs selbstverständlich. Es handelt sich dabei praktisch um die Neuauflage der im Juni 1982 von Hissène Habré gestürzten GUNT („Provisorische Regierung der Nationalen Einheit"), die allerdings schon vorher auseinandergefallen war (4). Die von Libyen logistisch unterstützte ALN konnte schließlich am 24.6.83 die strategisch wichtige Oasenstadt Faya-Largeau und für kurze Zeit sogar Abéché im Osten des Landes einnehmen. Ohne ausländische Truppen wäre die Regierung Habrés direkt bedroht gewesen. Habré hatte im Juni 1982 N'Djamena, die Hauptstadt des Tschad, nur deshalb einnehmen können, weil u.a. die beiden militärisch wichtigsten Bündnispartner Goukouni Oueddeis innerhalb der GUNT, die FAC („Front Action Commune") im Osten des Tschad (5) und die FAT („Forces Armées du Tschad") (6), die den Süden des Tschad kontrolliert, n i c h t in die Kämpfe eingriffen (7). Der erneute Frontwechsel dieser beiden Gruppen auf die Seite Goukouni Oueddeis hat seinen Grund darin, daß Habré sie nicht an der Macht beteiligte. So konnte Kamougé, der Führer der FAT und Vizepräsident unter Goukouni, für einige Zeit den wirtschaftlich wichtigen Süden kontrollieren, wurde dann aber von Habré militärisch geschlagen und vertrieben.

Der drohende Sturz der Regierung Habré rief sowohl die USA als auch Frankreich auf den Plan. Zeitgleich mit
vertrieben.
Der drohende Sturz der Regierung Habré rief sowohl die USA als auch Frankreich auf den Plan. Zeitgleich mit
der Einnahme Faya-Largeau's durch die ALN (Goukouni) setzte das US-Außenministerium das Märchen von der libyschen Beteiligung in die Welt: Satellitenphotos von den Truppenbewegungen hätten gezeigt, daß sich unter den Angreifern auch nicht-tschadische Afrikaner befänden (8). Schon vorher hatte die sudanesische Nachrichtenagentur auf libysche Luftwaffen- und Truppenverstärkungen im Aouzou-Streifen (9) an der Nordgrenze des Tschad hingewiesen (10).

Der tschadische Staatschef Habré nahm diese Meldungen natürlich dankbar auf und behauptete, Libyer würden in großer Zahl an den Gefechten teilnehmen. Nur vier Tage nach dem Fall Faya-Largeau's erklärte der französische Staatspräsident Mitterand, daß Frankreich „ohne Begrenzung seinen Verpflichtungen gegenüber Tschad" nachzukommen gedenke. Vorbeugend wurde außerdem von seiten Frankreichs erklärt, es werde so lange nicht intervenieren und sich auf das Rüstungshilfeabkommen von 1976 stützen, solange keine d i r e k t e Intervention l i b y s c h e r Truppen erfolge (11). Unterdessen hatte Frankreich Rüstungslieferungen von 50 t pro Tag aufgenommen, und Zaire hatte am 3.7. die ersten 250 Fallschirmjäger in den Tschad geschickt (12).

Zu diesem Zeitpunkt konnten libysche Soldaten von niemandem im Tschad ausgemacht werden. Französische Journalisten, die sich im Lager Goukounis aufhielten, sichteten nur 10 libysche Berater, die den Nachschub, insbesondere auch an Lebensmitteln, kontrollierten. Selbst die französische Regierung stellte fest, daß es weder eine Teilnahme Libyens noch den Einsatz von Kampfflugzeugen in Faya-Largeau gegeben habe (13). Noch am 5.8., als sich schon Tausende Soldaten aus Zaire nebst israelischen und amerikanischen Beratern im Tschad befanden, schrieb die „Neue Züricher Zeitung", Ghaddafis Reaktion auf die Entsendung amerikanischer Truppen bleibe abzuwarten. Auf die Truppen aus Zaire habe er nur rhetorisch reagiert. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums wurden 550 Militär-Angehörige in den Tschad geschickt (14).

Mit Hilfe der zairischen Truppen, die inzwischen mindestens 3.000 Mann stark sind, begann Habré am 10.7. eine Gegenoffensive, konnte zunächst Abéché zurückerobern und Ende Juli für ein paar Tage auch Faya-Largeau. Gleichzeitig mit dem Eintreffen der ersten französischen Fallschirmjäger zog er sich am 10.8. wieder aus Faya-Largeau zurück. Die „Operation Manta" begann.

Erst zu diesem Zeitpunkt — also lange nach der Ankunft der zairischen Truppen nebst israelischen und amerikanischen Beratern — gab es zwei Hinweise auf direktes libysches Eingreifen.
Truppen nebst israelischen und amerikanischen Beratern — gab es zwei Hinweise auf direktes libysches Eingreifen.
Die libysche Nachrichtenagentur Jana berichtete während der kurzfristigen Wiedereinnahme Faya-Largeau's durch die Truppen Habré's, daß Goukouni die Einstellung der Bombardierung Faya-Largeau's angeordnet hätte (15). Der libysche UN-Botschafter bestätigte, daß sich libysche Truppen auf Ersuchen Goukounis im Tschad befänden (16). Die bürgerliche Presse bezichtigte inzwischen — unter Berufung auf Geheimdienstberichte — die Sowjetunion, offen die massive libysche Intervention zu unterstützen. Auf seiten Goukounis befänden sich Berater aus der DDR, außerdem sei gerade eine libysche Militärdelegation in der Sowjetunion (17). Nach offiziellen amerikanischen Angaben sollen zu dem Zeitpunkt 1.500 bis 2.000 libysche Soldaten im Tschad gewesen sein (18).

Differenzen zwischen Frankreich und den USA?

Bis vor wenigen Jahren hatten sich die USA praktisch nicht in die Afrika-Politik Frankreichs eingemischt. Das ist jetzt anders geworden. Frankreich konnte auch nach der Unabhängigkeit seiner ehemaligen zentral- und westafrikanischen Kolonien (zuzüglich des ehemaligen Belgisch-Kongo, heute Zaire) entscheidenden wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Einfluß behalten. Mit fast allen diesen Staaten bestehen Militär- und Verteidigungsabkommen. In fünf afrikanischen Staaten unterhält Frankreich strategisch wichtige Stützpunkte (Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Zentralafrikanische Republik und Djibouti in Nordostafrika). Von diesen Stützpunkten aus, auf
beinküste, Gabun, Zentralafrikanische Republik und Djibouti in Nordostafrika). Von diesen Stützpunkten aus, auf
denen insgesamt 6.500 Mann stationiert sind, unternahm Frankreich wiederholt militärische Akionen und Interventionen, unterstützt von Einheiten aus Frankreich, Djibouti und Réunion (Insel östlich von Madagaskar): Luftangriffe gegen die Befreiungsbewegung Polisario (Westsahara); Interventionen in der Provinz Shaba (Zaire 1978 und 1979, um das korrupte Mobutu-Regime zu stützen; „Aktion Barracuda" zum Sturz Bokassas in der Zentralafrikanischen Republik 1979; verschiedene Interventionen im Tschad (1968-72 zur Unterstützung des Tombalbaye-Regimes, 1978 zur vorläufigen Rettung des Malloum-Regimes und Stützung der verschiedenen Übergangsregierungen unter Goukouni und Habré bis Mai 1980) (19). Bei diesen Unternehmungen hatten die USA Frankreich in der Regel durch Transporthilfen unterstützt (20), sich aber ansonsten zurückgehalten.

Diesmal griffen die USA direkt z u e r s t mit der Entsendung zairischer Truppen ein. Seit etwa einem Jahr besteht zwischen Israel und Zaire ein Militärhilfeabkommen (21), das Neustrukturierung, Ausbildung und Ausrüstung der zairischen Armee durch Israel beinhaltet. Ebenfalls vor einem Jahr berichtete das amerikanische Magazin „Africa now", zwischen den USA und Zaire sei ein Abkommen zur Unterstützung Habrés geschlossen worden, dessen Ziel es sei, neben dem libyschen auch den französischen Einfluß im Tschad zurückzudrängen (22). Die französische Zeitung „Le Matin" berichtete jetzt unter Berufung auf diplomatische Kreise, daß sich israelische Militärberater in der Armee Habrés und bei den 2.700 Mann starken Trup-
plomatische Kreise, daß sich israelische Militärberater in der Armee Habrés und bei den 2.700 Mann starken Trup-pen aus Zaire im Tschad befinden (23). Der Einsatz im Tschad: ein weiteres Beispiel für die gute Zusammenarbeit und Arbeitsteilung Israels und der USA in der Dritten Welt im Rahmen ihrer strategischen Zusammenarbeit.

Das direkte Eingreifen der USA hat möglicherweise Frankreich unter Zugzwang gesetzt. Schließlich hatte Frankreich die Regierung Oueddeis bis zu seinem Sturz im Juni 1982 unterstützt. Warum sollte es sich der erneuten Machtergreifung eines guten Freundes widersetzen? Schließlich hatte Frankreich im Tschad immer zunächst das alte abhängige Regime durch militärische Interventionen gestützt, bis es durch eine ebenso Frankreich-treue neue Regierung abgelöst wurde.

Eine wichtige Rolle hatte dabei immer der jetzige Präsident Habré ge-





Französische Fallschimjäger im Tschad

spielt. In Frankreich ausgebildet war er zunächst Berater des diktatorischen ersten Präsidenten Tombalbaye. 1971 schloß er sich der Frolinat-Nord an und arbeitete mit Oueddei zusammen. Er sorgte für Ausschlüsse und Spaltungen, bis er 1976 aus der Frolinat-Nord ausgeschlossen wurde. Zwei Jahre lang führte er mit der von ihm gegründeten, bedeutungslosen FAN ein Schattendasein. In dieser Zeit wurden für ihn in Südfrankreich tschadische Soldaten ausgebildet (seit Mai 1975). Die FAN zählte schließlich 1.000 Mann und wurde zusammen mit 2.500 Mann französischen Interventionstruppen und der Regierungsarmee zur Stützung des Malloum-Regimes 1978 eingesetzt. Im August kam es zu einer spektakulären Versöhnung zwischen Malloum und dem von den Franzosen aufgebauten „Frolinat-Führers" Habré.

Im Februar 1979 hatte Habré seine militärischen Machtpositionen mit französischer Unterstützung soweit ausgebaut, daß er Malloum verdrängen konnte. Oueddei, der sich inzwischen von Libyen losgesagt hatte, das der Frolinat während langer Jahre massive Unterstützung gewährt hatte, griff auf seiten Habrés ein. Im Alleingang bildeten beide die „Provisorische Regierung der Nationalen Einheit" (GUNT), an der schließlich auf französischen Druck hin elf verschiedene Fraktionen beteiligt wurden, u.a. Kamougé als Vizepräsident, der die Reste der Malloum-Truppen und -Gendarmerie in der FAT vereinigt hatte.

Schon 1980 brachen Machtkämpfe zwischen Habré und Goukouni aus, Frankreich zog seine Truppen zurück. Ende 1980 wurden die Kämpfe durch libysche Truppen zugunsten Goukounis entschieden. Libysche Truppen blieben im Tschad stationiert. Anfang 1981 setzte eine massive imperialistische Kampagne gegen die libysche „Einverleibung" des Tschad ein. Frankreich bereitete sich auf eine Intervention vor.

Mit dem Amtsantritt Mitterands im Mai 1981 schien sich die französische Haltung gegenüber dem Tschad zu verändern. Inzwischen wurde die GUNT unter Goukouni anerkannt (der sich schon immer lieber auf französische als auf libysche Truppen stützte), falls der Abzug der libyschen Truppen zugesichert würde. Unterdessen versuchte Habré, der sich im Sudan und im Osten des Tschad aufhielt, mit militärischer Unterstützung Sudans und Ägyptens (also indirekt mit Unterstützung der USA), das Goukouni-Regime zu destabilisieren. Goukouni forderte — nur auf Garantie-Erklärungen Frankreichs hin — Ende Oktober 1981 den Abzug der libyschen Truppen. Die Truppe der OAU (Organisation Afrikanischer Staaten), die einen erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges verhindern sollte, war noch nicht im Tschad eingetroffen, als der letzte libysche Soldat abgezogen war. Die ersten Kontingente der OAU-Truppe kamen ausgerechnet aus Zaire.

des Bürgerkrieges verhindern sollte, war noch nicht im Tschad eingetroffen, als der letzte libysche Soldat abgezogen war. Die ersten Kontingente der OAU-Truppe kamen ausgerechnet aus Zaire.

Von vornherein behielt sich die OAU-Truppe vor, ihre Einsatzorte im Tschad selbst zu bestimmen. Sie ließ Habré praktisch ungehindert vormarschieren, ebenso wie FAC und FAT, die sich aus den Kämpfen heraushielten (s.o.) (24).

Daß die USA in Habré den geeigneten Mann sehen, Tschad unter ihre Kontrolle zu bringen, liegt auf der Hand. Hatte er doch bisher noch keinerlei Anfälligkeiten dem libyschen Revolutionsführer Ghaddafi gegenüber gezeigt wie etwa Goukouni, selbst wenn es um den Erhalt der eigenen Macht ging.

Operation Manta I und II

Frankreich hat inzwischen selbst massiv im Tschad interveniert. Man mag darüber streiten, inwieweit die USA nun tatsächlich Druck auf Frankreich ausgeübt haben, damit es interveniert. Deutlich geworden ist allerdings, daß Frankreich sich weitgehend der Strategie der USA unterordnen muß? Absprachen, selbst bei der „umstrittenen" Entsendung der beiden AWACS-Flugzeuge zusammen mit F-15-Kampfflugzeugen in den Sudan, hat es gegeben. Kein geringerer als der ehemalige stellvertretende CIA-Chef und jetzige Sonderbotschafter Reagans, Vernon Walters, besuchte Mitterand vorher für ein Wochenende in dessen Landhaus, und zwar am 5./6.8.83 (25), nur wenige Tage vor dem Beginn der Operation Manta I am 10.8. Auf Anregung aus Paris sollen die USA darüber hinaus „Redeye"-Raketen an den Tschad geliefert haben, da Frankreich mit vergleichbaren Waffen nicht dienen kann (26).

Schon lange vor der direkten Intervention hatte Mitterand Habré unbegrenzte Unterstützung zugesagt und direktes Eingreifen für den Fall einer libyschen Intervention angekündigt. Libysche Hilfe für die Truppen Goukounis wurden mit der Entsendung zairischer Truppen geschickt provoziert. Die Operation Manta I konnte anlaufen, der Vorwand war da, die „äußere Aggression", die ja wohl den Unterschied zwischen Interventionen einer „bürgerlichen" und einer „sozialisti-


Habré


Oueddei

schen" französischen Regierung auszumachen scheint. Dies jedenfalls wurde in dem Interview Mitterands mit der „Le Monde" am 26.8. deutlich. Selbst der liberalen „Le Monde" ging der Einsatz der französischen Armee im Tschad zu langsam. Die „Libération", die sich ansonsten gegen eine Intervention aussprach, druckte einen Aufruf, unterschrieben u.a. von Yves Montand und André Glucksmann, der die direkte Intervention unter Einsatz der französischen Luftwaffe forderte mit der Begründung, der Tschad-Konflikt sei ein Teil der Ost-West-Auseinandersetzung (27).

Die Kommunistische Partei Frankreichs, immerhin in der Regierung, wenn auch mit sehr geringem Einfluß, mochte nur Vorbehalte äußern.

In einem Artikel, der sich auf das Mitterand-Interview in „Le Monde" bezieht, schreibt Pierre Juquin, Mitglied des Politbüros der KPF: Es bestehe Unruhe über die Risiken des militärischen Engagements. Trotzdem würden die französischen Anstrengungen unterstützt, um, mit den Worten Mitterands, *„die Einheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit des Tschad, den Abzug der fremden Truppen, einen Nichtangriffspakt zwischen den Ländern der Region und die Befragung der tschadischen Bevölkerung über die diplomatischen Abkommen"* zu erreichen (28).

Das Militärhilfeabkommen 1976, auf das sich Frankreich bei seiner Intervention beruft, regelt die logistische Unterstützung Tschads durch Frankreich im Falle einer äußeren Aggression. Allerdings läßt schon der Wortlaut des Abkommens viele Interpretationen zu. Die französischen Militärs dürfen die tschadische Armee zwar nur instruieren und organisieren und sich auf keinen Fall an direkten militärischen Aktionen

Die französischen Militärs dürfen die tschadische Armee zwar nur instruieren und organisieren und sich auf keinen Fall an direkten militärischen Aktionen

oder an der „Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Legalität" beteiligen. Sie sind allerdings dem tschadischen Oberkommando unterstellt und können auf dessen Wunsch tschadische Uniformen tragen (29). Außenminister Cheysson hatte schon Anfang Juli betont, daß man sich bei fremder Aggression kaum auf den bloßen Buchstaben des Abkommens von 1976 beschränken könne. Inzwischen hat Frankreich 6.000 libysche Soldaten im Tschad ausgemacht, während amerikanische Quellen noch immer 2.000 angeben (30). Es wird nicht mehr, wie zu Beginn der Truppenentsendungen, von einer „Instruktionsmission", sondern von einer „Schutzmission" und von Manta II gesprochen. Als Oberkommandierender wurde General Poli eingesetzt, der eine für solche Zwecke einschlägige Karriere besitzt: vier Jahre Algerienkrieg, dann Togo, Madagaskar, Oberkommandierender des größten französischen Stützpunktes in Afrika, Djibouti, schließlich, etwa von 1980 bis 82 technischer Militärberater des zairischen Präsidenten Mobutu (31). Wer sollte da noch an der guten Koordinierung französischer und zairischer Truppen zweifeln?

Der französische Kriegsminister Hernu ist inzwischen von einer Inspektionsreise im Tschad zurückgekehrt. Das Ergebnis: noch mehr Kriegsmaterial in den Tschad, Urlaubssperre für sämtliche Einheiten der Fremdenlegion, Verstärkung der Luftwaffe in den angrenzenden Staaten (32). Bedenkt man, daß die tschadischen Regierungstruppen höchstens 5.000 Mann umfassen, so übertreffen die Interventionstruppen nach **o f f i z i e l l e n** Angaben längst diese Anzahl. Es handelt sich außerdem durchweg um Elitetruppen. Ziel eines solchen Truppenaufmarsches, ausgerüstet mit modernstem Gerät, können wohl kaum nur Goukounis Truppen sein. Immerhin fiel französischen Journalisten beim Klagen über die verhängte Nachrichtensperre ein Stichwort ein: M a l w i n e n.

Nahost-Kommission

Fragen — Antworten

Als Frankreich im Oktober 19709 im Tschad intervenierte, stellte ein gewisser Francois Mitterand, Abgeordneter, dem Regierungssprecher Léo Hamon folgende Fragen:

„Wen bekämpft Frankreich im Tschad? Kämpft es gegen eine ausländische Aggression? Von Sudan? Niemand unterrstützt es. Von Libyen? Wenn die Regierung das denken würde, wie würde sie ihre Waffenverkäufe an dieses Land rechtfertigen? Wenn es sich um eine rein innere Angelegenheit handelt, ist das Abkommen von 1960 nicht anwendbar. ... Warum kämpft Frankreich im Tschad? Uran von Ländern dieser Region, strategisches Interesse, Solidarität mit den afrikanischen Regierungen? ... Welches ist die zeitliche Begrenzung?" (entnommen dem Buch „Der Kolonialkrieg im Tschad" von Vernhes und Bloch).

Offenbar hat Mitterand 13 Jahre danach Antworten auf seine Fragen gefunden.

(Übersetzt aus „lutte ouvrière", 20.8.83)

Anmerkungen:

(1) „Libération", 4.7.83, nach taz, 7.7.83

(2) „Süddeutsche Zeitung"/SZ, 3.11.82

(3) Goukouni Oueddei, heute Stammesführer der Tubu im Norden des Tschad, hatte sich nach der Gründung der Frolinat angeschlossen. Die Frolinat entstand 1966 aus der „Front de Libération du Tschad" und aus der linken Opposition der Regierungspartei Tombalbaye, besaß also durchaus Kader aus

stand 1966 aus der „Front de Libération du Tschad" und aus der linken Opposition der Regierungspartei Tombalbaye, besaß also durchaus Kader aus

dem Süden. Durch Anschluß verschiedener traditioneller Stammesführer wurden die Ziele der Frolinat schnell verwässert und Spaltungen vorbereitet. Ziele waren einmal: Sturz des Marionetten-Regimes Tombalbayes, Beseitigung der ausländischen Stützpunkte, Einsetzung einer demokratischen Volksregierung, Agrarreform, Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Staaten. Besonderes Unwesen trieb der französische Agent Hissène Habré innerhalb der Frolinat. Er schloß sich 1971 im Norden der von Goukouni geführten Frolinat-Nord (2. Armee) an, später FAP „Forces Armées Populaires", heute Teil der ALN.

(4) GUNT (Gouvernement d'Union Nationale de Transition). Zu dieser Zeit (Sieg Habrés) bestand sie aus drei Hauptströmungen: FAP (Goukouni), FAC (Acyl), FAT (Khamougé), insgesamt aus zehn Fraktionen. Gegründet worden war die GUNT in Ablösung des Malloum-Regimes im April 1979 im Alleingang Habrés und Goukounis. Später mußten auf Drängen der afrikanischen Staaten (Tschad-Konferenzen in Nigeria) und Frankreichs alle elf wichtigen Fraktionen aufgenommen werden, einschließlich des mächtigen Mannes im Süden, Khamougé (Nov. 79).

(5) FAC, Aktionsfront mehrerer Frolinat-Abspaltungen, früher Frolinat-Ost, 1. Armee, Volcan-Armee. Noch heute wichtigster Teil, zu dem auch Frankreich Kontakt hat, ist der CDR („Conseil Démocratique Révolutionnaire").

(6) FAT, spielte erst seit den Machtkämpfen zwischen Malloum und Habré eine Rolle (Febr. 79). Besteht aus Resten der Armee- und Gendarmerietruppen Malloums, wird von Khamougé angeführt. 1979 Teilnahme an der GUNT. Bei den Kämpfen zwischen Habré und Goukouni 1982 mischte sich die FAT nicht ein, versuchte den Süden unter alleinigen Einfluß zu bekommen. Nach Sieg Habrés über die FAT wieder Zusammenarbeit mit Goukouni in der ALN.

(7) Antiimperialistisches Informations-Bulletin, 6/82

(8) SZ, 25./26.6.83

(9) Der Aouzoustreifen an der Grenze zu Libyen, etwa 100 km breit, wurde von Libyen besetzt, entsprechend einem Abkommen zwischen dem Tombalbaye-Regime und Libyen, das sich wiederum auf ein nicht ratifiziertes Abkommen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten Frankreich und Italien aus dem Jahre 1935 beruft. Uran-Vorkommen.

(10) SZ, 4./5.6.83

(11) „Neue Zürcher Zeitung"/ NZZ 9,7,83

(12) SZ, 4.7.83 und „Le Monde"/LM, 26.8.83

(13) NZZ, 9.7.83, taz, 7.7.83

(14) SZ, 10.8.83

(15) NZZ, 7./8.8.83

(16) „Frankfurter Rundschau"/FR, 13.8.83

(17) NZZ, 10.8.83

(18) NZZ, 11.8.83

(19) NZZ, 9.7.83; FR, 11.8.83; Klaus Ziemer, West- und Zentralafrika, Grundstrukturen und länderübergreifende Problemstellungen, in: Handbuch Dritte Welt, Band 4

(20) LM, 5.8.83

(21) „Arbeiterkampf" 232, S. 18/19

(22) taz, 5.7.83

(23) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.8.83

(24) vgl. „Arbeiterkampf" 213, 195, 175, 157, 153; Reinhold Meyer, Tschad, Handbuch Dritte Welt, Band 4

(25) FR, 25.8.83

(26) NZZ, 20.8.83

(27) NZZ, 14./15.8.83

(28) LM, 31.8.83

(29) LM, 26.8.83; NZZ, 9.7.83

(30) NZZ, 19.8.83

(31) LM, 20,8,83

(32) NZZ, 31.8.83



Dessin de PESSIN.



(Dessin de PLANTU.)

Y. Montand, A. Glucksmann
Neue Philosophen — neue Kolonialisten

Vom neuen Militaristen André Glucksmann ist mensch allerlei gewohnt. Sein letzter Vorstoß, gemeinsam mit Yves Montand, gegen das Gulag-System ist bislang unübertroffen.

„*....Die Zeiten haben sich geändert, die Konfrontation ist eine andere, und die französiche Regierung verdient die Unterstützung Aller*", so die beiden in einer „freien Tribüne" in „Libération" (12.8.83).

„*Afrika, die Afrikaner und den Frieden lieben: das heißt, sich auf ihre Seite gegen die Diktatur zu schlagen*"m deklamierten sie emphatisch.

Lange genug sei gezögert worden, ehe die notwendige französiche Entscheidung getroffen wurde. Ein höchstbedauerlicher Umstand, für den beide allerdings auch Verständnis haben:

„*Zweifellos ist es für ein sozialistisches Frankreich und für friedliebende Regierungsmänner schwierig, Fallschirmjäger in eine Wüste zu schicken, die schon viele französische Divisionen erlebt hat*".

Diese Hemmungen müssen jedoch überwunden werden:

„*Nur einen Moment nachzugeben bedeutet, alles zu verlieren*".

„*Dem Feind darf nicht die Initiative überlassen werden*".

Eindeutig muß vielmehr Frankreichs Handeln sein:

„*Eine bewaffnete Intervention Frankreichs muß als Ziel den Sieg der Völker haben, die es unterstützt*". „*Frankreich hat diese Intervention nicht gewünscht und auch nicht provoziert — man verhandelt aber nicht mit einem Gaddafi, als ob er ein Repräsentant des internationalen Humanismus sei*" (wie es Mitterands Rüstungsfanatiker sind?).

Ganz abgesehen davon: wenn im Tschad nicht klar gehandelt bzw. geschossen wird, wie soll dann die französische Kritik an der US-Mittelamerika-Politik glaubwürdig bleiben? (Die Frage stellen die beiden Autoren, nicht der AK).

Aber kommen wir zur Hauptfrage. Nämlich, weshalb ist dieser Krieg heilig?

„*Hinter der libyschen Invasion manifestiert sich die sowjetische Präsenz. Wie jeder weiß, war das schon in Angola, Mozambique, Äthiopien etc... der Fall.*

Diese lokalen Kriege sprengen schnell ihre geographischen Grenzen, sie werden zu Ost/West-Auseinandersetzungen. Wiegen wir uns nicht in Frieden, nur weil es weit weg passiert... Diese exotischen Auseinandersetzungen kündigen andere und mörderischere an. Mit der Tschad-Invasion bedroht Gaddafi das Terrain der Demokratie, das schon schmal genug ist", mahnen die Autoren.

Gewiß ist es etwas blöde, wenn die französische Luftwaffe sich libyschen Mirage-Maschinen im Tschad konfrontiert sieht. Das ist so eine der Widersprüchlichkeiten der Friedenpolitik der Mitterand-Regierung, die es nun aufzuheben gilt. Gewissensbisse, wegen früherer Kolonialexpeditionen der französischen Armee, gehören in die Mottenkiste. Unter Mitterand haben die Fallschirmjäger die edle Aufgabe, „*den armen Ländern zur Unabhängigkeit und Demokratie zu verhelfen*".

Das weiß doch jeder. Vor allem, jeder Afrikaner.

Frankreich-Kommission

Der Weg der USA aus der Krise

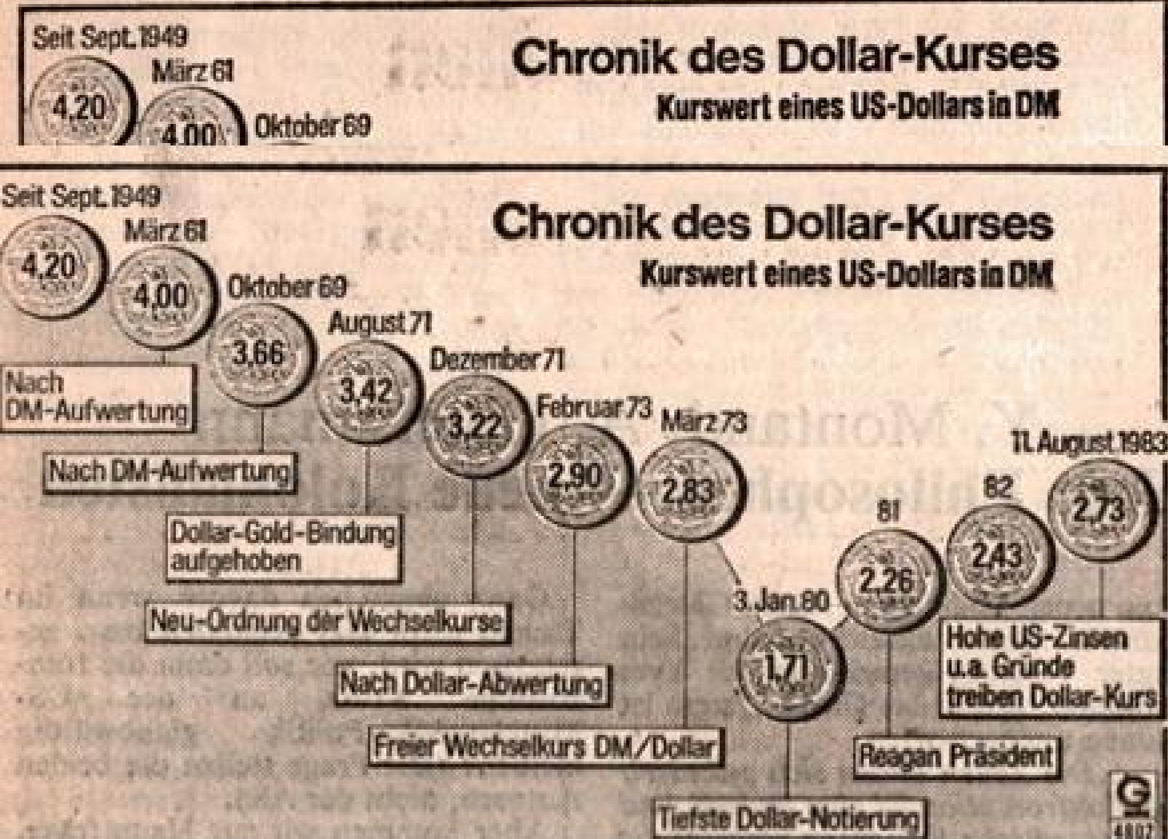
Hochzinspolitik und Dollarkurs

Die Weltwirtschaftskrise hält mittlerweile schon seit mehreren Jahren an und keinerlei Aufschwungstendenz ist sichtbar. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Situation der imperialistischen Staaten stagniert, die der abhängigen Staater verschlechtert sich ständig. Allein 35 Millionen Arbeitslose in den imperialistischen Ländern selbst, eine Gesamtverschuldung der abhängigen Länder von insgesamt 700 Mrd. $ (1), Umschuldungsverhandlungen, Moratorien und immer neue Abwertungen der Währungen der abhängigen Länder und in geringerem Maße auch einiger imperialistischer Länder wie Frankreich zeigen die Schärfe der Krise. Seit 1980 schrumpft der Welthandel zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg und die Preise für Rohstoffe sind auf dem niedrigsten Stand seit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren. Vor allem die abhängigen Länder stecken in der Zwickmühle hoher Verschuldung, die mit gesteigerten Exporten abgezahlt werden sollte. Aufgrund der Krise wird dieses zunehmend unmöglich. Die Banken vergeben keine neuen Kredite mehr an die abhängigen Länder, sondern hangeln sich nur noch durch akrobatische Umschuldungsverhandlungen.

Und doch gibt es offensichtlich auch Nutznießer der Krise. Der Dollarkurs erreichte in den letzten Tagen einen Stand wie vor 10 Jahren. Die Geschäftsabschlüsse der Großbanken in den imperialistischen Staaten verzeichnen allesamt Rekordgewinne und einige Multinationale Konzerne schwellen durch Fusionen und Aufkäufe enorm an.

Die Krise in den imperialistischen Staaten

Es ist offensichtlich, daß die aktuelle Krise in den imperialistischen Ländern ihren wesentlichen Grund in der Überakkumulation des Kapitals hat. Kaum eine Branche, die nicht mit „Strukturproblemen" zu kämpfen hat, was unter anderem heißt, daß Überkapazitäten abgebaut werden sollen. Gleichzeitig verursachte die Krise einen gewaltigen Rationalisierungsschub, besonders durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitung. Dies konnte zwar in einigen Branchen produktionsneutral geschehen, doch ist in vielen Branchen auch das Beibehalten des aktuellen Produktionsniveaus nicht mehr profitabel. Ein klassischer Weg, diesem Dilemma zu entgehen, ist der Export und die Produktion im Ausland im Kampf um die Weltmärkte. Praktisch alle imperialistischen Staaten steigerten in der Krise Mitte der siebziger Jahre und in den letzten zwei Jahren die Exporte im Verhältnis zu ihrem Bruttosozialprodukt (2). Ebenso stieg der Anteil der Profite aus dem Ausland. Die amerikanischen Großbanken liegen hierbei weit



an der Spitze. 1981 veröffentlichten Citicorp, Chase Manhattan und Morgan Gewinne von 18, 11 und 7 Milliarden US-$, die zu 62, 65 und 63% im Ausland erzielt wurden. Für die vierzehn größten Bankinstitute der USA beläuft sich der Anteil von Profiten aus dem Ausland auf durchschnittlich 54% (3). Bei den amerikanischen Großkonzernen sieht es nicht viel anders aus. Die Ölkonzerne liegen deutlich an der Spitze mit 84%, Atlantic Richfield und z.B. Exxon mit 70%. Bei PanAm sind es 70, bei IBM 45, bei Dow Chemicals 48, bei Ford 41 und bei Coca Cola 59%. Die Liste ließe sich noch beliebig fortführen, aber es finden sich bei den Großkonzernen kaum Anteile unter 40% (3).

Ein anders wesentliches Element der Krise ist die sprunghafte Zunahme der Fusionen und Aufkäufe, die vor allem in den USA den Monopolisierungsgrad rasant gesteigert hat. Nach einem Bericht des amerikanischen Senats betrug 1972 die Summe der Fusionen und Aufkäufe 1,5 Mrd. US-$. Bis 1977 schnellte sie auf 6 Mrd. und erreichte 1981 die schwindelnde Höhe von 82 Mrd. Allein der Kauf von Conoco durch Du Pont betrug 7 Mrd. und war damit ebenso hoch wie die Gesamtsumme von 1977. Diese Orgie des Kannibalismus rief trotz Überkapitalisierung der meisten Großkonzerne einen großen Kreditbedarf hervor. Die Banken konnten an sogenannte „erste Adressen" Kredite vergeben, deren Rückzahlung sie sich sicher sein konnten. Der Effekt war aber eine erste sprunghafte Erhöhung der Bankzinsen. Der Präsident von Seagram, der selbst eine Fusion von 7,5 Mrd. in die Wege leitete, erklärte diesen Prozeß und vor allem dessen staatliche Unterstützung folgendermaßen: *„Bei den jüngsten Aufkäufen, deren Zeuge wir sind und die sich noch fortsetzen werden, wurden Milliarden Dollar bei den Banken kurzfristig ausgeliehen, um die Übernahme einer Gesellschaft durch eine andere zu finanzieren. Während eine große Zahl von potentiellen Darlehenssuchenden sich um Kredite bewirbt, steigt der Zins. Dieses passiert, während die Bundesbank feststellt, daß die Inflation ein schlimmeres Übel als die Rezession sei und sich weigert, die Geldmenge zu erhöhen."* (4) Das bedeutet, daß die Banken mit staatlicher Unterstützung dafür sorgen konnten, daß ihr ausgeliehenes Geld nicht an Wert verlor, und sie die stattlichen Zinsen voll einstreichen konnten und können. Durch diesen Mechanismus wird das Bankkapital zum Nutznießer der in der Krise sprunghaft steigenden Monopolisierung.

Ein anderes wesentliches Moment, die Krise zu überwinden, besteht speziell für die USA in der Aufrüstung. Da bis 1987 ca. 1.900 Mrd. $ für die Kriegsproduktion ausgegeben werden sollen, ist der amerikanische Haushalt rasant in die Miesen gerutscht und wird dies noch auf Jahre bleiben. (5) Der Zweck ist staatlich bewirkter Profit für die Rüstungsindustrie und eine Scheinkonjunktur in den betroffenen Branchen. Das langfristige Ziel ist, mit dieser Hochrüstung einen 3. Weltkrieg führen zu können, der den USA neue Märkte und Profitquellen erschließt.

Bis zu diesem Punkt ergibt sich eine starke Parallele zur Situation der imperialistischen Staaten und vor allem der USA zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/30. Um dem Verfall der Industrieproduktion entgegenzuwirken, wurde in allen Staaten die Rüstungsproduktion angekurbelt und sich auf einen gewaltsamen Ausweg aus der Krise vorbereitet. Dieses ist schon von Beginn des Jahres 1930 nachzuweisen (6). Üblicherweise wurden solche Rüstungsanstrengungen mit Kriegsanleihen finanziert, die eine starke Inflation nach sich zogen. Die Finanzierung der Kriegsrüstung der USA dagegen erfolgt über das Mittel der Hochzinspolitik auf Kosten seiner imperialistischen Konkurrenten. Wie erwähnt, darf die Inflation nicht ansteigen, da die Banken sonst erhebliche Verluste in ihren Kreditgeschäften zu verzeichnen hätten. Daher wird mit hohen Zinsen ausländisches Kapital in die USA gezogen. Wer heute einen amerikanischen Bundesschatzbrief erwirbt, kann mit 12% Zinsen an der Aufstellung der Pershing und Cruise misseles mitverdienen. Ebenso wird natürlich über den Hochzins die Ausbeutung der Dritten Welt in Form der Verschuldung drastisch gesteigert. M.Feldstein, einer der ökonomischen Berater der Reagan-Administration, schätzt für 1983 den Zustrom ausländischen Kapitals auf ca. 1% des Bruttosozialproduktes (25 Mrd. $), was eine äußerst bedeutsame Summe ist verglichen mit der nationalen Sparquote von 2% (7). Die Hochzinspolitik zieht eine enorme Aufwertung des Dollar nach sich, die in den letzten Wochen ihre bisher größten Blüten trieb. Dieser Dollarkurs bewirkt binnenwirtschaftlich eine Erhöung der Importe, da diese billiger werden und damit eine weitere Welle von Konkursen und Zusammenbrüchen amerikanischer kleiner und mittlerer Firmen, die sich gegen die ausländischen Waren nicht behaupten können. Dieses wird wiederum die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen. Beide Effekte werden von der Reagan-Regierung bewußt in Kauf genommen (7) und der Direktor des GATT (Organisation der UNO für Zoll und Handelsfragen) faßte dies in die zynische Formel: *„Die Arbeitslosigkeit ist, so könnte man sagen, der Preis, den wir für die Freiheit zahlen und für den Fortschritt, der die Freiheit ermöglicht"* (3). Dies auf dem Hintergrund von 12 Millionen Arbeitslosen in den USA!

Außenpolitisch bedeutet der hohe Dollarkurs verbunden mit der Hochzinspolitik eine Verteuerung der Importe der anderen Länder, die in Dollar abgewickelt werden. Dies betrifft z.B. den gesamten Ölhandel. Vor allem wird aber zusätzlich die Schuldenlast der vom Imperialismus abhängigen Länder erhöht. Insofern dient diese Wirtschaftpolitik in vieler Hinsicht dem Ziel der USA, in der Krise einen Weg zu finden, wieder die absolute Vormachtstellung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten zu erreichen, die sie direkt nach dem 2. Weltkrieg hatte und zugleich zu einem entscheidenden militärischen Schlag gegen die UdSSR ausholen zu können.

Da trotz aller Beteuerungen auf Gipfeltreffen wie in Williamsburg die USA keineswegs von diesem Wirtschaftskurs abgehen, mehrt sich die Kritik der EG. Doch auch die einhelligen Proteste der Bundesregierung und der SPD können nichts daran ändern,
USA keineswegs von diesem Wirtschaftskurs abgehen, mehrt sich die Kritik der EG. Doch auch die einhelligen Proteste der Bundesregierung und der SPD können nichts daran ändern,
daß das Kapital immer dahin fließt, wo der größte Profit winkt.

Die Auswirkungen auf die Län der der „3. Welt"

Die Weltwirtschaftskrise macht sich in den abhängigen Ländern vor allem in dem Rückgang der Exporterlöse bemerkbar, der sowohl durch den Verfall der Preise als auch durch verringerte Nachfrage verursacht wird. Hinzu kommt eine protektionistische Politik, die die imperialistische Länder seit jeher verfolgen, die aber in der Krise drastisch zugenommen hat, wie sich auch an den Auseinandersetzungen zwischenden USA und der EG in Bezug auf den Agrarmarkt gezeigt hat. Wie schon erwähnt, sind die Rohstoffpreise die niedrigsten seit der Weltwirtschafskrise 1929, und auch das einzige bisher wirksame Rohstoffkartell in abhängigen Ländern, die OPEC, ist stark geschwächt. Am deutlichsten ist dieses an ihren Einnahmen zu erkennen. Sie fielen von 102 Mrd. $ im Jahre 1980 auf ganze 12 Mrd. $ für 1982! (8)

Es herrscht ein unerklärter Krieg der imperialistischen Staaten auf dem Gebiet der Rohstoffe. Entsprechend konnte auch als Ergebnis der Welthandels-Konferenz UNCTAD in Belgrad nur beschriebenes Papier vorgewiesen werden. Während die EG und Japan noch wohlklingende Worte von notwendiger Partnerschaft verloren, machten die Vertreter der USA während der ganzen Konferenz deutlich, daß sie noch nicht einmal zum Verhandeln gekommen waren, sondern nur um die US-Positionen vorzutragen.

Der Preisverfall der Rohstoffe geht einher mit einem kontinuierlichen Anstieg der Preise für Industrieprodukte. Dadurch verschlechtern sich für die abhängigen Staaten die sogenannten „terms of trade" erheblich. Da bis zum heutigen Tage die Preise für alle metallischen und nicht-metallischen Rohstoffe an den Börsen in London, New York usw. festgesetzt werden, treten die rohstoffproduzierenden Länder auch bei teilweise oder ganz nationalisierter Produktion als Konkurrenten auf diesen Börsen auf, die gegeneinander ausgespielt werden können. Bei Überangebot oder mangelnder Nachfrage kommt es daher in Krisen zu drastischen Preiseinbrüchen. Da die industriellen Güter zum überwiegenden Teil in Bezug auf Herstellung und Vertrieb in der Hand der multinationalen Konzerne sind, können dagegen auch in Krisenzeiten hohe Monopolpreise aufrechterhalten werden.

Vom Preisverfall sind aktuell praktisch alle Rohstoffe betroffen. Beispielsweise ging der Preis für Zucker von Oktober 1980 bis Ende 1982 von 40 auf 6 cent pro Pfund zurück (9). Kupfer fiel von Februar 1980 bis Juni 1982 von 140 auf 54 cent. Ähnliches gilt für Kakao, Mais, Soja und Kaffee. Halten konnten sich praktisch nur die Preise für Wolle und Zinn. Sogar die US-Landwirtschaft ist durch den Preisverfall des Soja- und Weizenpreises in starke Bedrängnis geraten.

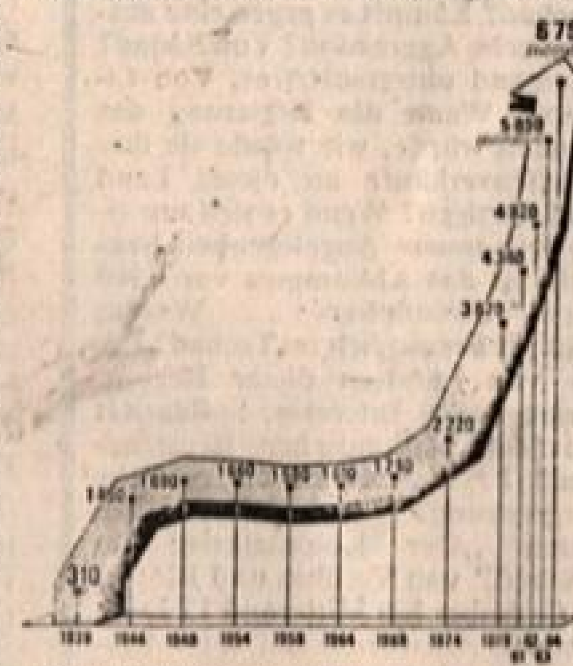
Solche Preisstürze haben für abhängige Länder, die entweder als Erbe des Kolonialismus oder späterer Einwirkungen des Imperialismus vom Export eines oder weniger Rohstoffe abhängig sind, katastrophale Folgen. Dieses trifft sogar solche sogenannten Schwellenländer wie Brasilien, das stark vom Export von Kaffee, Soja, Zucker und Kakao abhängig ist. Besonders betroffen sind von dieser Situation auch die Elfenbeinküste, die im wesentlichen Kaffee, Kakao und Zucker exportiert, Malaysia mit Zinn, Kautschuk und Palmöl, Sambia und Chile mit Kupfer, Zaire mit Kupfer und Kobalt sowie Kolumbien mit Kaffee und Ghana mit Kakao.

Die aktuelle Krise ist derartig, daß einige Rohstoffkonzerne teilweise unter die Kontrolle der Ölkonzerne gerieten. Für den Bereich der Aluminiumherstellung betrifft dieses Kennecott, Le Nickel und Anaconda (10).

Um Preisschwankungen zu entgehen, werden schon seit Anfang des Jahrhunderts Diskussionen um Fonds für bestimmte Rohstoffe geführt, die eine gewisse Pufferfunktion ausüben sollen. Ermuntert durch die Existenz der OPEC würden in den sechziger und siebziger Jahren zusätzlich verschiedene Zusammenschlüsse versucht, die den produzierenden Ländern Rückhalt geben sollten. Die bekanntesten Beispiele sind die „Gruppe von Bogota" für Kaffee, die CIPEC, ein Zusammenschluß Kupfer exportierender Staaten und die Förderstaaten von Zinn unter der Führung von Malaysia. All diese Bemühungen sind erfolglos geblieben.

Auch die im Rahmen der UNCTAD
für Kaffee, die CIPEC, ein Zusammenschluß Kupfer exportierender Staaten und die Förderstaaten von Zinn unter der Führung von Malaysia. All diese Bemühungen sind erfolglos geblieben.
Auch die im Rahmen der UNCTAD
geschlossenen Rohstoffabkommen blieben bisher uneffektiv. Das Kautschukabkommen wurde beispielsweise 1979 geschlossen und sieht ein Ausgleichslager von 400.000 Tonnen vor, das zur Stützung der Preise gefüllt werden kann. Doch konnte das Abkommen nicht verhindern, daß Anfang dieses Jahres die Preise auf den niedrigsten Stand seit 1981 fielen. Auch das Kaffeeabkommen, das seit 1976 besteht, hat nicht verhindern können, daß seit 1982 der Mindestpreis unterschritten wurde. Gleiches trifft auch auf das Kakaoabkommen zu, das seit 1980 in Kraft ist und zu keinem Zeitpunkt die Mindestpreise halten konnte. Erschwerend kommt hier hinzu, daß das wichtigste Erzeugerland, die Elfenbeinküste und das größte Verbraucherland, die USA, dem Abkommen gar nicht beigetreten sind (11).

Das Zuckerabkommen von 1977 wurde von der EB zunichte gemacht. Zwischen dem Zucker aus Rohr und aus Rüben besteht seit Jahren ein harter Konkurrenzkampf. Rübenzucker wird vor allem in der EG und den USA angebaut, Rohzucker in den abhängigenLändern. Gegen Rohrzucker in den abhängigen Ländern. Gegen Rohrzucker hat die EG hohe Zollschranken, subventioniert aber die eigene Rübenproduktion mit fast 2 Mrd. DM, um sie konkurrenzfähig auf den Weltmarkt bringen zu können. Dies ist der entscheidende Grund, warum bei stagnierendem Verbrauch der Weltmarktpreise seit 1982 in den Keller gesackt ist (12).



Die Staatsschulden der USA haben sich in 20 Jahren pro Einwohner vervierfacht.

Auch das Zinnabkommen, erst seit Juli 1982 in Kraft, ist bisher völlig wirkungslos. Der Zinnpreis konnte bisher nicht über dem Mindestpreis gehalten werden. Dies liegt vor allem daran, daß bei Preissteigerungen die USA aus ihrem strategischen Vorratslager Zinn auf den Markt warfen und den Preis erfolgreich drückten. Die USA als bedeutendster Zinnverbraucher sind dem Abkommen natürlich nicht beigetreten (11).

Ein Weg, der wachsenden Preisschere zwischen Rohstoffen und Industrieprodukten zu entgehen, wäre die Weiterverarbeitung im eigenen Lande. Doch entgegen den Reden Lambsdorffs auf der UNCTAD-Konferenz über den nötigen Freihandel, schützen sich die imperialistischen Länder durch gestaffelte Zollsysteme gegen die Einfuhr von Fertigwaren und Zwischenprodukten. In der EG z.B. liegen die Zölle für Kakaobohnen bei 2%, für Kakao-Pulver bei 54% und für Schokolade bei 12%. Zudem ist der Handel mit Rohstoffen fest in imperialistischer Hand. Beispielsweise teilen sich über die Hälfte des Weltzuckerhandels drei britische und drei US-Firmen (12).

Ein gemeinsamer Rohstofffond, der 1942 schon von Keynes angeregt wurde, konnte ab Juni 1980 ratifiziert werden. Da aber vor allem die USA ihre Absicht erklärt haben, nicht beizutreten, wird er wirkungslos bleiben.

Es bleibt in der Krise vor allem für die abhängigen Länder eine äußerst düstere Perspektive. Die hohe Verschuldung, die mit Exporten finanziert werden sollte, wird immer drückender, da Exporte kaum noch Erlöse bringen. Der Verlust ihrer Erlöse aus Exporten führte in den abhängigen Ländern zu einem drastischen Rückgang der Importe. 1981 gingen noch ca. 20% der Exporte aus imperialistischen Ländern in abhängige Länder (ohne die OPEC-Staaten). Bis Anfang 1982 fiel diese Rate auf ca. 13% (8). Diese Entwicklung vertieft zweifelsohne die Krise in den imperialistischen Staaten noch mehr, da sich deren Exporte verringern.

Zusammenfassend läßt sich feststel-
Rate auf ca. 13% (8). Diese Entwicklung vertieft zweifelsohne die Krise in den imperialistischen Staaten noch mehr, da sich deren Exporte verringern.
Zusammenfassend läßt sich feststel-
len, daß die USA versuchen, auf Kosten ihrer imperialistischen Konkurrenten und der abhängigen Länder, die Krise zu überwinden. Hierbei hat sich innerhalb der USA das Finanzkapital mit einer brutalen Politik durchsetzen können, die gleichzeitig im Inneren auf Verelendung und Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Farmern setzt und außenpolitisch die eigene Aufrüstung durch die imperialistischen Konkurrenten finanzieren läßt, was diese gleichzeitig schwächen soll.

Die aktuelle US-Politik setzt gleichermaßen auf Sieg im wirtschaftlichen wie militärischen Bereich. Das Bankkapital und auch hier vor allem das US-Kapital, das heute durch Hochzinspolitik und dadurch überhöhtem Dollarkurs die Ausbeutung der abhängigen Länder schlagartig gesteigert hat, wird in den nächsten Jahren in der Sackgasse der Unmöglichkeit der Rückzahlung dieser Schulden aufgrund fehlender Exporterlöse stecken. Doch wäre dieses erstens nichts Neues für den Imperialismus — auch 1929 erklärten sich zahlreiche Länder für zahlungsunfähig (6) — zweitens wird schlicht nach der Devise verfahren, diesen Hochzinskurs solange weiterzufahren wie nur irgend möglich. Bisher sind jedenfalls die Großbanken die unbestreitbaren Gewinner der Krise.

Anmerkungen

1. Weltbankchef Clausen in einer Rede am 24.2.83 in Harvard, USA
2. Vereinigung der Schweizer Banken, Tatsachen und Trends, September 1981
3. Trade and Development, UNCTAD, Genf, 1982
4. New York Times, 29.9.82
5. Spiegel, 20/83
6. E.Varga, Ausgewählte Schriften, Bd.2
7. Le Monde Diplomatique (LMD), Juli 83
8. LMD, Juni 83
9. LMD, Mai 83
10. LMD, Mai 83
11. FAZ, 9.6.83
12. FR, 11.6.83
13. Schweers, Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung, 1980

Imperialismus-Kommission

10 Jahre Widerstand

Reformistische oder revolutionäre Lösung

Pinochet hat abgewirtschaftet. Wenn Reagan-Administration, Kanzler Kohl und „FAZ" ihr Herz für die Menschenrechte in Chile entdecken, wenn große Teile der chilenischen Bourgeoisie ins Lager der Opposition wechseln, dann scheint die Suche nach einem „neuen Modell" im vollen Gang zu sein.

Die Alternativen für die Herrschenden sind angesichts der tiefen wirtschaftlichen Krise allerdings begrenzt. Es ist derzeit vor allem die Christdemokratie, die versucht, sich als Alternative aufzubauen. Ökonomisch durch eine Lockerung des Monetarismus, durch eine Belebung des inneren Marktes und etwas mehr Schutz für die einheimische Industrie als Grundlage für einen neuen politischen Konsens der Bourgeoisie. Gleichzeitig profiliert sich die Christdemokratie als Kraft des Widerstandes, um die Massenbewegung zu kontrollieren. Die „gemäßigten" Parteien der Linken sollen in das Projekt eines demokratischen Übergangs integriert werden, während man die revolutionär orientierten zu isolieren versucht.

Tatsache ist, daß die Christdemokratie (DC) in dem augenblicklichen Aufschwung der Massenbewegung erheblichen Einfluß hat, während die Linke derzeit noch nicht in der Lage ist, ein gemeinsames Konzept anzubieten, das den bürgerlichen Vorstellungen von einer begrenzten demokritschen Öffnung entgegengesetzt werden könnte.

Das ist im Grunde nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß die bürgerliche Opposition über einen viel größeren legalen und halblegalen Spielraum für ihre Politik verfügt, daß sie landesweite (und internationale) Beachtung in den Medien findet, während die Linkskräfte einer völligen Informationssperre unterworfen sind und verfolgt werden. Außerdem ist es klar, daß große Teile des Volkes nach jahrelanger Unterdrückung mit großen Hoffnungen auf die Vertreter der Bourgeoisie blicken, die einen Regierungswechsel, demokratische Freiheiten und die Lösung der sozialen Probleme versprechen — und dies alles durch politischen Druck, auf einem friedlichen und gewaltfreien Weg.

Es ist nicht die bürgerliche Opposition gewesen, die den Widerstand gegen die Diktatur erfunden hat; den hat

rungswechsel, demokratische Freiheiten und die Lösung der sozialen Probleme versprechen — und dies alles durch politischen Druck, auf einem friedlichen und gewaltfreien Weg.

Es ist nicht die bürgerliche Opposition gewesen, die den Widerstand gegen die Diktatur erfunden hat; den hat

es vielmehr vom ersten Tag an aus den Reihen des Volkes unter großen Opfern gegeben. Das Anwachsen der bürgerlichen Opposition hat aber dazu beigetragen, daß jetzt tatsächlich die Massen in die Auseinandersetzung mit der Diktatur eintreten.

Dies sollte man mit Freude zur Kenntnis nehmen und nicht dabei stehenbleiben, die augenblickliche Dominanz der bürgerlichen Opposition zu beklagen. Die wichtige Frage ist, ob es den bürgerlichen Kräften gelingen wird, eine Radikalisierung der Massenbewegung aufzuhalten und sie auf Dauer für ihren Plan einer vorsichtigen demokratischen Öffnung zu gewinnen.

Über diese Frage gehen die Meinungen der chilenischen Linken zur Zeit auseinander. Am entschiedensten vertritt der MIR, daß der Aufschwung der Massenbewegung qualitativ neue Chancen bietet, um durch ein gemeinsames Eingreifen die Schwäche der Linken zu überwinden, das bürgerliche Lager weiter zu destabilisieren und Kräfte zu sammeln für die revolutionäre Alternative gegen die Diktatur, bzw. gegen nachfolgende bürgerliche „Lösungen". Andere Strömungen der Linken (insbesondere einige Flügel der PS, MAPU) halten dies für eine zu optimistische Einschätzung der Entwicklung der Massenbewegung; sie halten den Dialog und die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften für notwendig, um die Ablösung Pinochets zu erreichen und um die Möglichkeiten für legale politische Betätigung nach einem Wechsel zu sichern.

Um diese Konstellation innerhalb der Linken und die Entwicklung ihrer Differenzen verständlicher zu machen, geben wir einen kurzen Rückblick auf die Zusammenarbeit der Linken seit dem Putsch.

Die Linke seit 1973

1973 gab es grob gesehen zwei Strö-
geben wir einen kurzen Rückblick auf die Zusammenarbeit der Linken seit dem Putsch.

Die Linke seit 1973

1973 gab es grob gesehen zwei Strömungen: die Parteien der Unidad Popular, angeführt von KP und Sozialistischer Partei (PS) einerseits und dem MIR (weitgehend ioliert) andererseits. Mit dem Putsch war die Politik des friedlichen Übergangs zum Sozialismus gescheitert, die UP, speziell die Kommunistische Partei wollte und konnte diese Erfahrung aber zunächst nicht verarbeiten. Der MIR, der frühzeitig zur bewaffneten Verteidigung der Allende-Regierung aufgerufen hatte, wurde als abenteuerliche Organisation und „trojanisches Pferd der Bourgeoisie" jahrelang ausgegrenzt und bekämpft. Die KP orientierte auf das Bündnis mit der Christdemokratie, mit den antimonopolistischen Teilen der Bourgeoisie im Rahmen des antifaschistischen Kampfes. Nicht alle UP-Parteien trugen diese Politik mit, es gab zunehmende Differenzen, die sozialistische Partei zerfiel in verschiedene Flügel.

Tatsächlich fand aber in Chile im aktiven Widerstand eine Zusammenarbeit quer durch die Parteien statt, in den Widerstandskomitees, in den illegalen Gewerkschaften, bei Hungerstreiks, in den Organisationen der politischen Gefangen en und verschwundenen Verhafteten. Auch die Kampfform der bewaffneten Propaganda wurde — vom MIR initiiert — von Mitgliedern verschiedener linker Parteien getragen.

Die Hoffnung der KP auf das Bündnis mit der Christdemokratie wurde durch die entschiedene Ablehnung der DC immer wieder zunichte gemacht. Die Verfassung, über die Pinochet 1980 abstimmen ließ, beseitigte die letzten Illusionen darüber, daß eine Legalisierung der Parteien und ein schrittweiser Rückzug des Pinochet-Regimes möglich sein könnte.

Und schließlich hat die Entwicklung in Mittelamerika, speziell der Sieg der Sandinisten in Nicaragua 1979, die Frage des bewaffneten Kampfes und des Volksaufstandes erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Was von Teilen der PS schon vorher anerkannt wurde, wurde 1980 auch von der KP beschlossen, die Anerkennung aller Kampfformen gegen die Diktatur.

Damit (und durch die Unmöglichkeit des Bündnisses mit der Christdemokratie) waren wesentliche Differenzen zum MIR beseitigt (oder zumindest entschärft). Eine Annäherung begann, zugleich mit dem Bemühen um eine Vereinigung des Widerstandes. Ausdruck davon waren die Treffen der Linken in Mexiko 1980 und 1981, deren wichtigste Ergebnisse waren: Die Anerkennung aller Kampfformen und der Beschluß, daß die Linke mit der Erarbeitung einer gemeinsamen demokratisch revolutionären Alternative zur Diktatur beginnen müsse, wozu auch erste Schritte unternommen wurden.

Parallel zu dieser Entwicklung bemühten sich aber die eher reformistisch orientierten Kräfte um einen gesonderten Zusammenschluß, der in der sogenannten Convergencia zustande kam. Hier vereinigten sich Teile der Sozialistischen Partei, MAPU, MAPU-OC, Christliche Linke. Ergebnis war eine neue Frontenbildung mit KP, MIR und Teilen der PS einerseits, den Parteien der Convergencia andererseits.

Wieder verlief die Trennungslinie an der Frage des bewaffneten Kampfes (der sogenannten Linie der Rebellion der Massen) und der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie (neben vielen anderen ideologischen und auch aktuellen Differenzen).

Durch den enormen Aufschwung der Massenbewegung seit dem Frühjahr dieses Jahres sind die Fonten erneut in Bewegung geraten. Die Diskussionen verlaufen praktisch quer durch alle Parteien. Wie dieser Prozeß der Standortbestimmung verläuft und welche Kräfteverhältnisse sich daraus ergeben werden, (auch wie die KP sih letztlich entscheiden wird) ist nicht absehbar

Dabei sollte man aber den Druck, der von den bürgerlichen Kräften ausgeübt wird, um Teile der Linken in ihr demokratisches Projekt zu integrieren, nicht unterschätzen. (Wenn z.B. Angebote für eine Legalisierung und freie politische Betätigung nach einem Wechsel gemacht werden, unter der Bedingung, daß sich die betreffende Partei auf verfassungsgemäße Politik beschränkt).

Lateinamerika-Kommission



Juni 83: Streikunterstützung durch Studentendemonstrationen


Nach dem Putsch: Die „Subversion" wird auch mit der Schere bekämpft

Solidarität mit Chile und Mittelamerika
Aktionstag 16. Sept. 83 in Hamburg

Die Aktionen der chilenischen Linken zum 10. Jahrestag des Putsches finden in Hamburg am Freitag, den 16.9.83 statt.
Die Koordination der Mittelamerika-Komitees hat sich an diesen Aktionstag angeschlossen, um die Solidaritätsaktionen nicht zu zersplittern.

Folgende Veranstaltungen finden statt:
17.00 Legienplatz, Demonstration zur Solidarität mit dem chilenischen Widerstand und gegen Intervention und US-Einmischung in Mittelamerika.
Die Demonstration führt durch die Innenstadt zum S. Allende-Platz (vormals von Melle Park, vor dem Abaton-Kino)
18.30 Offizielle Einweihung des Allende-Platzes. Es spricht ein Vertreter der Stadt Hamburg, je ein Vertreter der chilenischen Linken und der hiesigen Chile-Solidarität.
Bis 20.00 Musik (die chilenische Musikgruppe Resistencia), Empanadas, Informationsstände.
20.00 Zentrale Veranstaltung im Audi Max: 10 Jahre Diktatur - 10 Jahre Widerstand.
Es sprechen: Clodomiro Almeyda für die chilenische Linke (ehemaliges Mitglied der Regierung Allende) und ein Vertreter der Regierung Nicaraguas. Musik- und Theatergruppen treten auf.

Wir dokumentieren einige Abschnitte aus einem Informationspapier des MIR ab (das anläßlich des 18. Geburtstages im August veröffentlicht wurde), weil daraus die aktuellen Aufgaben, wie der MIR sie sieht, beschrieben werden und sich einige der Differenzen zu den reformistischen Kräften ableiten lassen.

MIR Chile zu den aktuellen Aufgaben der Linken

(aus: 18 Jahre Kampf und Volkswiderstand in Chile, Aug.83)

MIR Chile zu den aktuellen Aufgaben der Linken

(aus: 18 Jahre Kampf und Volkswiderstand in Chile, Aug.83)

Die jüngsten nationalen Protesttage zeigen ganz deutlich, daß der Kampf des Volkes stärker ist als die Versuche der bürgerlichen Opposition, diesen Kampf zu bremsen. Die Protestbewegung setzte sich über die maßvollen Anweisungen der bürgerlichen Opposition und der von ihr beeinflußten Massenvertreter hinweg, die Aktionen wurden offensiver und gewaltsamer, ihre Ziele radikaler. Die der bürgerlichen Opposition nahestehenden Gewerkschaftsführer selbst gerieten mit dieser in Widersprüche. Die brutale Antwort der Repressionskräfte, die Verhaftung von Gewerkschaftsführern, die Tausende von Gefangenen, die Entlassungen in den Betrieben, die massiven Razzien, die Morde haben breiten Teilen klargemacht, daß ein gewaltfreier Protest — und sei er auch noch so aktiv — nicht ausreicht, um sich der Diktatur entgegenzustellen. Es ist kein Zufall, daß die Mobilisierungen von Protesttag zu Protesttag radikaler ausgefallen sind, ganz besonders beim letzten Protesttag.(...)

Von daher sollte uns die Resonanz, die die bürgerliche Opposition wohl gefunden hat, nicht in Verwirrung stürzen. Natürlich macht es uns Sorgen, daß die demokratisch-revolutionäre Alternative nicht noch stärker in der Leitung der Massen präsent war, mit bewaffneten Aktionen und der landesweiten Agitation ihre programmatischen Ziele. Es beschäftigt uns auch, daß wir die Einheit der Arbeiter- und Volksorganisationen immer noch nicht herstellen konnten und daß die Linke ihre Krise noch immer nicht überwunden hat, sondern durch harte politische Widersprüche zerrissen ist. Wir sind auch nicht blind gegenüber unseren eigenen Schwächen und Unzulänglichkeiten. Wir verstehen, daß alle diese Faktoren die raschere Stärkung der demokratisch-revolutionären Alternative erschwert. Aber wir nehmen sie nicht zum Anlaß, um verwirrt und mutlos zu werden.(...)

Bis vor kurzem waren es nur einige wenige, die am meisten fortgeschrittenen Teile der Massen, die das gesamte Gewicht des antidiktatorischen Kampfes zu tragen hatten; jetzt sind es die breiten Massen, die großen gesellschaftlichen Mehrheiten, die in eine radikale Auseinanderetzung mit der Diktatur eintreten.

Wir befinden uns in einer Situation, in der ein qualitativer Sprung im demokratisch-revolutionären Kampf möglich ist, wenn wir, die Revolutionäre, die Linke, es verstehen, diese Gelegenheit über ein flexibles, mutiges und offensives Eingreifen unsererseits auszunutzen. In dieser neuen Dynamik und Stimmung, die sich unter den Volksmassen ausbreiten, verbirgt sich ein Potential, welches es uns ermöglichen wird, die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Grenzen der demokratisch-revolutionären Alternative zu überwinden.

Das alles, Genossen, sind die Gründe, die uns zu der Behauptung veranlassen, daß wir auf dem langen und opferreichen Weg des Kampfes einen Punkt erreicht haben, der uns außerordentlich günstige Bedingungen eröffnet, um der Diktatur harte Schläge zuzufügen — durch die soziale und politische Mobilisierung der Massen, durch die direkte Mobilisierung, die auf die Gewaltanwendung und den Aufstand der Massen zielt, durch die militärische Mobilisierung der Massen. Diese Schläge würden einen entscheidenden Stoß in der Talfahrt der Diktatur bedeuten und die demokratisch-revolutionäre Bewegung sprunghaft stärken. Damit wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf unser Ziel getan: die gegenwärtige Krise in eine revolutionäre Krise zu verwandeln.

Die ersten Monate des Jahres 1983 waren reich an Ereignissen, die uns die Entwicklung der politischen Krise des Militärregimes verdeutlichen. Wenn wir darauf hinweisen, daß das Regime in eine politische Krise geraten ist und daß diese sich unter Zuspitzung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen ständig ausweitet, dann beziehen wir uns auf eine Tatsache, die in der Praxis Auswirkungen von größter Bedeutung hat. Die wichtigste ist, daß der Eintritt in eine neue Phase des antidiktatorischen Kampfes uns die Möglichkeit bietet, für uns günstige Veränderungen im allgemeinen Kräfteverhältnis herbeizuführen. Zu diesen günstigen Bedingungen gehören: die gigantische Wirtschafts- und Sozialkrise, die durch die Politik des Regimes selbst entstanden ist und in diesem Rahmen keine Lösung finden kann; der Verlust der sozialen und politischen Basis der Diktatur; ihre inneren Widersprüche, die sie lähmen und verhindern, daß sie erneut Kräfte schöpfen kann; die Zuspitzung der Streitereien im Innern der Bourgeoisie, wodurch wichtige Teile derselben sich frontal gegen das Regime stellen — so entstehen neue Freiräume, die die Volkskräfte für sich nutzen können —; die enorme Ausdehnung der sozialen Unzufriedenheit, die sich artikuliert in aktivem Protest gegen die Diktatur und eine neue Stimmungslage der Mehrheiten des Landes widerspiegelt; die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, auf die Forderungen des Volkes eine andere Antwort zu geben als die Repression und unzureichende demagogische Maßnahmen, die die Radikalisierung der Massen nur noch vorantreiben; und schließlich die Existenz einer demokratisch-revolutionären Kraft, noch relativ schwach und unzu-



Zimmermanns Träume — in Chile seit 10 Jahren Realität

länglich, aber fest in den Massen verankert, die ihre Führungskapazität verbessert und den festen Willen hat, die offensive und gewaltsame Auseinandersetzung mit der Diktatur vorwärtszubringen.

Diese Bedingungen ergeben zusammen den Hintergrund für die politische Krise und genau sie führen uns zu der Behauptung, daß sich vor uns die Gelegenheit auftut, in unserem Kampf einen großen Sprung nach vorn zu schaffen, wenn wir sie ausnutzen über ein offensives und mutiges Vorgehen.

Es gibt Teile der chilenischen Linken, die meinen, daß eine Ersetzung des herrschenden Militärregimes durch eine zivile bürgerliche Regierung die Strategie der Volksrebellion und des Volkskrieges in Frage stellen würden. Und da sie sich der Illusion hingeben, daß in Chile eine solche Änderung den Aufbau einer breiten Demokratie nach sich ziehen würde, in der sie mit friedlichen Mitteln in den politischen Kampf einsteigen könnten, beeilen sie sich jetzt schon, die Anwendung von Gewalt zu verurteilen bzw. sie in den Hintergrund zu drängen.

Sie sind dabei, einen schweren Fehler zu begehen. Oder besser gesagt, sie sind dabei, einen schweren Fehler zu wiederholen, der unser Volk viel Blut, Schmerz und Leid gekostet hat.

Die Notwendigkeit, daß eine revolutionäre Strategie die Verbindung aller derholen, der unser Volk viel Blut, Schmerz und Leid gekostet hat.
Die Notwendigkeit, daß eine revolutionäre Strategie die Verbindung aller Kampfformen beinhalten muß, daß dazu der Massenaufstand und die Herausbildung einer militärischen Kraft des Volkes gehören, leitet sich von der in Chile historisch bewiesenen Tatsache ab, daß die Bourgeoisie nicht zögert, zur Erhaltung ihrer Herrschaft auf die unterdrückerische Gewalt zurückzugreifen. Dieses historische Gesetz ist besonders in diesen 10 Jahren Diktatur deutlich genug geworden.(...)

Die Ablösung des gegenwärtigen Regimes durch eine zivile bürgerliche Regierung würde zweifelsohne in breiten Schichten Hoffnungen und Illusionen wecken und sicher eine anfängliche politische Öffnung bis zu einem gewissen Grad zulassen. Wir haben aber nicht die Errichtung einer breiten Demokratie zu erwarten, noch können wir damit rechnen, daß eine solche Regierung die wirtschaftliche und soziale Krise leicht in den Griff bekommen und eine politische Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft erreichen würde. Wie wir wissen, ist die Voraussetzung für eine solche Ablösung, daß die bürgerliche Opposition sich mit der Großbourgeoisie verständigt, welche ganz klar bekundet hat, daß ein innerbürgerlicher Konsens nur denkbar wäre über den Ausschluß der unabhängigen Volkskräfte vom politischen Leben, d.h. eine ,,beschützte'' Demokratie.

Andererseits ist es in einer Krisensituation wie der jetzigen sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, effektiv einen Sozialpakt zustandezubringen. Jegliche Öffnung, erst recht aber das Agieren der demokratisch-revolutionären Kräfte, würde zu einem unaufhaltsamen Ausbruch der Mobilisierung der Massen für ihre sozialen und politischen Forderungen führen. Natürlich werden auch die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie verbissen um die Verteidigung ihrer Interessen kämpfen.

Forderungen führen. Natürlich werden auch die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie verbissen um die Verteidigung ihrer Interessen kämpfen.

Wenn die Diktatur durch eine bürgerliche Zivilregierung abgelöst wird, wird sich die Arbeiterklasse und das Volk nur durch das Zusammenziehen der eigenen Kräfte eine größere Öffnung erobern und diese Öffnung dahingehend ausnutzen, um den volksdemokratischen Kampf voranzutreiben, eine revolutionäre Krise zu schaffen und ihre eigene Regierung zu erkämpfen.

Zehn Jahre Pinochet

Rückblick auf die Unidad Popular

Als im Jahre 1970 Salvador Allende in den Präsidentschaftswahlen zwar eine relative, aber nicht absolute Mehrheit errang, sagten ihm viele Kritiker kein langes Leben voraus. Das von ihm angeführte Volksfrontbündnis hatte sich sehr viel vorgenommen: die Abschaffung der damals hohen Arbeitslosigkeit; die Nationalisierung der nationalen Reichtümer, d.h. vor allem der Bodenschätze; die Sozialisierung der ausländischen Konzerne, insbesondere der Kupferindustrie, um der immer größer werdenden Auslandsschuld zu entrinnen; Agrarreform, Sozialwohnungsbau, Mindestversorgung der Elendsviertel (der berühmte Liter Milch für jedes Kind der armen Bevölkerungsschichten) sowie eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft, um nur einiges zu nennen.

Noch nie in der chilenischen Geschichte hatte eine Regierung eine derartige Entfaltung der Volkskräfte zugelassen. Noch nie hat es einen solchen Aufschwung der Massenbewegung gegeben wie unter der Regierung der Unidad Popular (UP).

Die revolutionäre Linke kritisierte am politischen Konzept der UP vor allem drei Dinge: Erstens den Legalismus, d.h. die Absicht der UP, ihre politischen Ziele mit den in der Verfassung garantierten Rechten auf parlamentarischem Wege zu verwirklichen. Die UP argumentierte: Wir werden uns an die Verfassung halten, um der Rechten keinen Vorwand zu liefern, uns als Verfassungsfeinde zu attakieren. Die revolutionäre Linke argumentierte: Die Reaktion ist nur solange bereit, sich an die Verfassung zu halten, wie ihre Herrschaft nicht gefährdet ist. Der Vorwand, die UP-Regierung als verfassungsfeindlich zu denunzieren, würde sich bei Bedarf jederzeit konstruieren lassen.

Darüberhinaus hatte Allende ja nicht die absolute Mehrheit im Parlament, d.h., obwohl Christdemokraten und Nationale Partei kein offizielles Bündnis gegen die UP gebildet hatten, waren sie doch rein zahlenmäßig den Stimmen der UP überlegen und konnten bei Abstimmungen alle wichtigen Gesetzentwürfe der Volksregierung blockieren. Das zwang Allende zu immer neuen Zugeständnissen und Regierungsumbildungen.

Anstatt also auf Parlament und Verfassung zu vertrauen, schlug die revolutionäre Linke die Orientierung auf dungen.
Anstatt also auf Parlament und Verfassung zu vertrauen, schlug die revolutionäre Linke die Orientierung auf die Schaffung von Organen der Volksmacht vor, die als eine der wichtigsten Aufgaben die Bekämpfung der inneren und äußeren Feinde des demokratisch-revolutionären Prozesses zum Ziele haben sollten.

Zweiter Hauptkritikpunkt war der ,,Ökonomismus'' der UP. Die Volksfrontregierung orientierte auf die sogenannte ,,batalla de producción'', die Produktionsschlacht, die der Öffentlichkeit vor Augen führen sollte, daß eine sozialistische Regierung zum Nutzen der gesamten Gesellschaft zu wirtschaften in der Lage ist. Durch die Verstaatlichung der großen Kupfergesellschaften Kennecott und ITT sollte der Abfluß von Riesengewinnen ins Ausland unterbunden werden. U.a. konnten damit die Erhöhung der Reallöhne und Sozialleistungen finanziert werden, was eine erhöhte Binnenkaufkraft ermöglichte und damit eine Ankurbelung des Binnenmarktes zur Folge hatte. In der Tat führte diese Politik zu einer bis dahin nie gekannten Auslastung betrieblicher Kapazitäten und zu einer Reduzieruzng der Arbeitslosenquote auf 3%! (Vergl. BRD 1983: 10%; Chile 1983: 35%). Überspitzt gesagt versuchte sich die Unidad Polular mit ihrer an Keynes angelegten Wirtschaftspolitik dem ,,nationalen Kapital'' als besserer Interessensvertreter anzudienen, als es die Christdemokratie war.

Die revolutionäre Linke vertrat die Auffassung, daß die Verstaatlichung auf alle wirtschaftlichen Bereiche ausgedehnt werden und auch eine Kontrolle des sogenannten Kleinunternehmertums beinhalten müsse. Der Imperialismus würde alle Mittel ergreifen, um den privatkapitalistischen Sektor als Bastion zur Wiedererlangung seiner verlorenen Machtpositionen aufzubauen.

Der dritte Hauptkritikpunkt war der ,,Pazifismus'' der Unidad Popular, d.h. das deklarierte Ziel, den Sozialismus ohne Waffengewalt im Rahmen der Verfassung friedlich zu verwirklichen. Für den friedlichen Weg zum Sozialismus sollte das Militär gewonnen werden, das sich ja immerhin ,,aus den Söhnen des Volkes'' zusammensetze. Überdies, so argumentierte man, hätte sich das chilenische Militär gegenüber der Verfassung stets loyal verhalten und in den letzten hundert Jahren sei kein einziger Putschversuch unternommen worden.

Die revolutionäre Linke hielt dagegen, daß das chilenische Militär, so wie jedes andere auch, ein Instrument der herrschenden Klasse sei, deren Aufgabe es ist, die Macht eben dieser Klasse zu erhalten. Daher sei es wichtiger, die eigene Arbeiterklasse zu bewaffnen und damit die eigene Macht zu stärken, als auf ein Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen der Armee zu setzen.

Die Regierung der Unidad Popular setzte jedoch ungeachtet der äußerst als auf ein Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen der Armee zu setzen.
Die Regierung der Unidad Popular setzte jedoch ungeachtet der äußerst scharfen und nicht selten ,,verfassungsfeindlichen'' Boykott-Politik der politischen Rechten ihren legalistischen Kurs fort, wobei sie auch nicht davor zurückschreckte, z.B. gegen linke Land- oder Fabrikbesetzungen die Polizei einzusetzen, weil sie eben ,,ungesetzlich'' waren. Doch alle Gesten der Loyalität gegenüber der Verfassung imponierten der Bourgeoisie überhaupt nicht.

Das internationale Kapital, angeführt vom Elektro-Giganten ITT, machte sich bereits am Tage des Wahlsieges an die Vorbereitung eines Putsches. Der Chef des CIA und ehemaliger Präsident von ITT gedachte seiner früheren Geschäftskollegen und ließ einen Plan zur Destabilisierung Chiles ausarbeiten. Das abgestufte Programm von der bloßen Finanzierung bürgerlicher Parteien und faschistischer Organisationen über die Unterstützung des monatelangen Transportarbeiterstreiks, der Chiles gesamte Wirtschaft für den Gegenwert von Spitzenlöhnen (damals 4000 US Dollar monatlich) lahmlegte, bis hin zu politischen Attentaten und einem Putschversuch im Juni 73 sollte die Unidad Popular sturmreif schießen.

Die Haltung der UP erscheint heute umso unverständlicher, als sie sich über das Ausmaß der imperialistischen Aggression offenbar voll im Klaren war.

Im Dezember 72 hielt Präsident Allende vor der UNO-Vollversammlung eine vielbeachtete Rede, in der er u.a. anprangerte:

,,Gegen uns wurde nicht nur eine finanzielle Blockade verhängt, wir sind auch Opfer einer eindeutigen Aggression. Zwei Betriebe, die zum Kern der großen supranationalen Gesellschaften gehören und die ihre Krallen in mein Land geschlagen haben, die ITT und die Kennecott, wollten unser politisches Leben lenken. Die ITT, eine gigantische Gesellschaft, deren Kapital größer ist als der Staatshaushalt verschiedener Länder Lateinamerikas zusammengenommen, größer sogar als der einiger Industrieländer, leitete in dem Moment, als der Sieg des Volkes in den Wahlen vom September 1970 bekannt wurde, eine dunkle Aktion ein, um meine Einsetzung als Präsident zu verhindern.

Vom September bis Dezember des genannten Jahres gab es in Chile Terroraktionen, die außerhalb unserer Grenzen geplant und zusammen mit faschistischen Gruppen im Lande durchgeführt wurden. Ihr Höhepunkt war die Ermordung des Oberbefehlshabers des Heeres, General Rene Schneider Chereaux.

Im März dieses Jahres wurden die Dokumente an die Öffentlichkeit gebracht, die den Zusammenhang zwischen den finsteren Machenschaften und der ITT aufdeckten. Die ITT hat zugegeben, daß sie noch 1970 die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht hat, in die politische Entwicklung Chiles einzugreifen. Die Dokumente sind authentisch. Niemand hat es gewagt, sie zu dementieren. (...) Ich habe hier das Dokument mit dem Datum vom Oktober 1971, das die 18 zu diesem Plan gehörigen Punkte enthält. Vorgesehen waren die wirtschaftliche Erdrosselung, die diplomatische Sabotage, die Organisierung eines sozialen Chaos, die Schaffung einer Panikstimmung unter der Bevölkerung, damit, wenn die Regierung abgesetzt wäre, die Streitkräfte sich veranlaßt sähen, die demokratische Ordnung aufzuheben und eine Diktatur zu errichten. (...)

Meine Herren Delegierten, ich klage vor der Weltöffentlichkeit die ITT an, in meinem Vaterlande den Bürgerkrieg heraufbeschwören zu wollen. Das ist das, was wir als imperialistische Intervention bezeichnen.'' (aus: Allende lebt, Brosch. zum 75. Geburtstag des Präsidenten).

Noch im März 1973 hatten die Wähler der UP trotz des geschürten Chaos einen eindeutigen Sieg verschafft. Das bedeutete, daß die Rechnung der Reaktion nicht aufgegangen war.

Spätestens der Putschversuch vom Juni 1973 hätte der Regierung Allende die Berechtigung verschafft, ihrerseits tion nicht aufgegangen war.
Spätestens der Putschversuch vom Juni 1973 hätte der Regierung Allende die Berechtigung verschafft, ihrerseits Verhaftungen unter den Spitzen der Militärs und Polizei vorzunehmen, um damit die offensichtliche Verschwörung unter Kontrolle zu bringen.

Stattdessen nahm die UP-Regierung auf Druck der Christdemokratie hin Militärs in das Kabinett auf, unter ihnen auch den damals eher unscheinbaren Pinochet, der nach außen eine loyale Haltung an den Tag legte. Unter dem Eindruck der Erpressbarkeit der Unidad Popular übernahm Eduardo Frei, der ,,große chilenische Christdemokrat'', die Aufgabe, die demokratisch gewählte Regierung in der chilenischen Nationalversammlung für verfassungsfeindlich zu erklären. Damit gab er dem Militär den Persilschein zum endgültigen Schlag gegen den ,,Allende-Spuk''.

So wurde die Unidad Popular Opfer der von ihr selbst fabrizierten Legende vom ,,Loyalen Militär''.

Als am Vormittag des 11.September 1973 chilenische Kampfbomber den Regierungspalast ,,Moneda'' angriffen, war bereits alles entschieden. Das systematische Morden von ca. 30.000 Menschen verlief planmäßig. Allende selbst, der sich mit einem Maschinengewehr gegen seine Mörder wehrte, wurde zum Symbol des Freiheitswillens eines mutigen Volkes, in das die Linken der ganzen Welt ihre Hoffnungen gesetzt hatten. Das chilenische Volk und ihr Präsident führen gleichzeitig der Welt vor Augen, daß der Imperialismus ein moralisch verrottetes, politisches Gangstersyndikat darstellt, das sich lieber für Massenmörder engagiert, als einen Zipfel seiner Macht herzugeben.

Lateinamerika-Kommission



Mitglieder der damaligen Politischen Kommission des MIR: Victor Toro, Bautista Van Schowen, Roberto Moreno, Miguel Enriquez, Humberto Sotomajor, Edgardo Enriquez (v.l.n.r.)

Guerilla und Repression in Peru

Die PCdelP, Kommunistische Partei Perus, bekannter unter dem Namen „Sendero Luminoso" (Erleuchteter Pfad), ist derzeit eine der umstrittensten Organisationen der Linken in Lateinamerika und hat in der hiesigen Solidaritätsbewegung Diskussion, Abgrenzung und Verurteilung hervorgerufen. „Sendero Luminoso" ist unseres Wissens die einzige lateinamerikanische Organisation, die sich nicht nur auf den Marxismus-Leninismus, sondern ausdrücklich auch auf die Mao-Tse-Tung-Ideen beruft, sich dabei aber entschieden von den *„chinesischen Revisionisten"* und *„üblen Verrätern"* um Deng Xiao Ping distanziert. (*„Ja, wir bekennen uns zur Fünferbande, denn Mao gehört zu ihnen"* — Bulletin Informativo, s. Anm. 1). „Sendero Luminoso" hat darüber hinaus einen neuen Versuch des bewaffneten Kampfes in Südamerika eingeleitet. Nach langjähriger Vorbereitung wurde vor 2 Jahren mit bewaffneten Aktionen begonnen, die seitdem, trotz schärfster Repression, kontinuierlich durchgeführt werden.

In enger Anbindung an Geschichte, Kultur und Lebensweise der andinen Bevölkerung hat „Sendero" seine politischen Schwerpunkte und seine Kampfformen entwickelt — bis hin zur Liquidierung örtlicher, d.h. untergeordneter Funktionsträger oder von Verrätern, was ihnen in besondererem Maße Kritik, den Vorwurf der Provokation u.ä. eingetragen hat. Weitere Kritik richtet sich gegen „Senderos" weitgehende Isolation, ihre massiven Angriffe gegen Legalismus und Zahnlosigkeit der traditionellen Linken in Peru, mit der sie keine Zusammenarbeit suchen. Ebenso gegen ihre Geringschätzung der traditionellen Massenkämpfe wie Streiks, Landbesetzungen etc., die sie als abgenutzte und ineffektive Mittel bezeichnen, die keine Erfolge bringen können.

Fundierte und materialreiche Artikel über „Sendero Luminoso" publizierten die „Lateinamerikanachrichten" (Nr. 113 und 115), die nicht nur die Entstehung und die politischen Positionen von „Sendero" beschreiben, sondern ihren Kampf im Zusammenhang mit der jahrhundertelangen Unterdrückung der Andenbevölkerung erläutern und damit die Grundlagen der „Sendero"-Politik deutlicher werden lassen. Reaktion auf diese Artikel waren u.a.: *„Wütende Anrufe, Ankündigungen von Briefen und mündliche Beschimpfungen jeder Art ..."* und *„Das Thema ‚Sendero Luminoso' hat unsere Rdaktion nahezu vor eine Zerreißprobe gestellt."* („Lateinamerikanachrichten", Nr. 116).

Es ist schon interessant, daß ein neuer Versuch einer lateinamerikanischen Guerilla (der nicht in Mittelamerika stattfindet, wo die Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskrieges ja derzeit weniger umstritten ist) derart wütende Reaktionen hervorruft. Wir haben den folgenden Artikel aus „Punto Final" (etwas gekürzt) übersetzt, um — wenigstens in begrenztem Rahmen — zur Information über das „Phänomen Senderismus" beizutragen (Spezieller Interessierten seien die Artikel aus den „Lateinamerikanachrichten" empfohlen, die weitaus gründlicher und detaillierter berichten (1)). „Punto Final" gibt es schon seit Mitte der 60er Jahre. Es ist eine theoretische Zeitschrift der radikalen Linken Chiles, in der Mitglieder verschiedener Organisationen schreiben. Sie wird zur Zeit in Mexiko herausgegeben.

Von rechts und von links häufen sich die Beinamen der peruanischen Guerillaorgansation PCdelP „Sendero Luminoso". Der Präsident Fernando Belaunde Terry nennt sie *„Mörder"* und *„Verbrecher"*, die legale Linke spricht von *„fanatischen Maoisten"*, *„Pol Potianern"*, *„Provokateuren"*. Sie wurden auch mit den Roten Brigaden Italiens verglichen.

Sie selbst nennen sich Marxisten-Leninisten-Maoisten und begreifen sich als in der Tradition von José Carlos



Mariátegui stehend. (2) Auf jeden Fall ist Sendero Luminoso eine nicht zu leugnende Tatsache im Peru unserer Tage. Seit ihrem öffentlichen Auftauchen im Mai 1981 haben sie — laut Aussagen der peruanischen Polizei — 2.300 Attentate hauptsächlich mit Dynamit durchgeführt (Nach Angaben von Sendero: über 3.500 Aktionen, Anm. AK). Durch ihre Aktionen und die hemmungslose Repression gegen sie kommt eine Zahl von fast 200 Toten zustande, darunter Mitglieder der Sicherheitskräfte, Zivilisten und Guerilleros. Ihr hauptsächliches Aktionsgebiet ist die Region von Ayacucho, dort wo die letzte Schlacht der Unabhängigkeit Lateinamerikas von Simon Bolivars Oberbefehlshaber Sucre gewonnen wurde. Und es ist ebenfalls Ayacucho, wo seit dem 30. Dezember 82 das peruanische Heer eine breitangelegte Operation gegen die Guerilla durchführt, mit dem Ziel die „Senderisten" — wie sie meistens bezeichnet werden — zu vernichten.

Vier Tage vorher hatte Präsident Belaunde der Guerilla ein Ultimatum gestellt: 72 Stunden Frist, um sich zu ergeben, sonst sollte das Heer mit dem antisubversiven Kampf in der Andenregion beginnen. Die Antwort war ablehnend. Nicht ein Senderist stellte sich. Und die Regierung verfolgte ihren Plan, erklärte neun Provinzen von Ayacucho, Apurimac und Huancavelica zu Konfliktzonen und unterstellte sie der politischen und militärischen Kontrolle des Heeres. 6.000 Soldaten, ausgebildet in „nichtkonventioneller Kriegführung", begannen in einem umfassenden Manöver, die Konfliktzonen zu besetzen. Die ersten Einheiten, die am 30. Dezember 82 in den Straßen von Ayacucho ankamen, stimmten ihre Kriegsparole an: *„Terrorist, heute nacht kommen wir in dein Haus, wir werden deine Eingeweide essen, dein Blut trinken und dein Gehirn sprengen."* Und damit kein Zweifel blieb über die Absichten der Streitkräfte gab der damalige Kriegsminister, Luis Cisneros Vizquerra, lakonisch bekannt, daß das Heer bereit sei, zu töten.

Am folgenden Morgen traten zwei junge Frauen und vier Männer die Tür des Radiosenders „Stimme von Ayacucho" ein und zwangen das Personal, eine Botschaft von 23 Minuten von einer Kassette zu senden. In der Tonbandaufnahme machte die politische Leitung von Sendero Luminoso die Regierung verantwortlich für das Blutvergießen, das durch das Eingreifen des Heeres provoziert werde. Sie versicherte, daß sie das Heer nicht fürchte. *„Auch wir werden das Blut der Soldaten trinken"*, sagte die anonyme Stimme, die Einschüchterungskampagne der Streitkräfte verspottend. 14 Tage später berichtete die Zeitung „El Diario de Marka", daß mehr als 1.000 mutmaßliche Mitglieder der Rebellen-Organisation verhaftet worden seien. Nach offiziellen Angaben wurden rund 30 tote Senderistas gezählt. Und der neue Kriegsminister General Oscar Brush Noel wagte die Erklärung, *„daß die bewaffnete Subversion in Peru bis Mitte 1983 liquidiert sein werde"*.

(... Es folgt ein Teil über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Peru, den wir nur kurz zusammenfassen: Der jetzige Präsident Belaunde Terry wurde in seiner ersten Regierungszeit 1968 von den sogenannten nationalistischen und reformistischen Militärs unter Velasco Alvarado gestürzt. 12 Jahre Militärherrschaft, die sich insbesondere nach der Ablösung Alvarados immer stärker nach rechts orientierte, zeigte den Zusammenbruch und das Scheitern des „militärischen Reformismus". Die Regierung Belaunde, seit 2 Jahren im Amt, *„dient den nordamerkanischen Monopolen. Ihre Wirtschaftspolitik, neoliberal und monetaristisch folgt dem Diktat des IWF."* Inflation, Arbeitslosigkeit, Mangel an Investitionen, Skandale, persönliche Bereicherung und Korruption aller Art kennzeichnen die Regierung Belaunde. Dem entspricht die Durchführung zahlreicher Repressionsmaßnahmen auf gesetzlicher Ebene, wie Ausnahmegesetz gegen den Terrorismus, Gesetz gegen Landbesetzungen, Einschränkungen von Streikrecht und Pressefreiheit, Bemühungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe. Und dem entspricht ebenso der Ausbau von Polizei und Streitkräften. Die sogenannten Verteidigungskosten beliefen sich 1981 auf 335 Mio. Dollar, Mitte '82 wurden 115 Mio. Dollar für „Operationen gegen die Guerilla" beantragt. Alle aus Vietnam, Uruguay, Argentinien, El Salvador, Guatemala, Palästina bekannten Methoden werden eingesetzt: Ausnahmezustand, Bombardierung von Dörfern mit Flugzeugen oder Hubschraubern, Einsatz chemischer Waffen, Ermordung von Bauern und Arbeitern, Folter und Verhaftungen).

Entstehung und Positionen der PCdelP

In Peru hat sich in den letzten Jahren eine der stärksten Volksbewegungen Lateinamerikas entwickelt. Die großen Nationalstreiks von 1977 und '78 legten das Land trotz intensiver Repression lahm. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung (1978) zeigten, daß die Linke in ihrer Gesamtheit etwa ein Drittel der Wähler erreichen konnte (eine Zahl, die bei den Präsidentschaftswahlen 1980 sank). Aber es wurde auch die Diskrepanz deutlich zwischen der Mobilisierungsfähigkeit der Massen einerseits und der mangelnden Fähigkeit der Linken zur Organisierung und Führung der Massenbewegung andererseits ... Im November 1980 schloß sich die Mehrheit der Linken in einer Front zusammen (Vereinigte Linke), die in den Gemeindewahlen desselben Jahres rund 33% der Stimmen erreichte. Die Vereinigte Linke versuchte den Spielraum der „begrenzten Demokratie" zu nutzen und stürzte sich in die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Aufgaben. Aber sie fuhr sich darin fest und verfiel in Unbeweglichkeit. Bald zeigte sich, daß die Vereinigte Linke nur eine Vereinigung der Führungen war, ohne eine echte Verbindung zur Basis. Dieses politische Vakuum stärkte ohne Zweifel die Möglichkeiten für Sendero Luminoso, deren spektakuläre Aktionen zunehmende Wirkung in den Mittelklassen und der Bauernschaft hatten. Bis zu der Nacht des 2. März 1982, als einige 100 Guerilleros die Polizeikräfte von Ayacucho in einem vierstündigen Kampf neutralisierten und 300 Gefangene — politische und andere — befreiten, bis dahin schätzte die Mehrheit der Beobachter Sendero Luminoso als kleine Gruppe von Extremisten ein, durchsetzt von Spitzeln der Streitkräfte und ohne jegliche Basis im Volk. Und auch noch einige Tage vor der Fußballweltmeisterschaft 1982 als 500 Personen verhaftet wurden (darunter einige von den am 2. März befreiten), betonte der damalige Innenminister, daß *„die terroristische Organisation praktisch liquidiert worden ist"*. Aber kaum war die Weltmeisterschaft beendet, brach eine Welle von Attentaten los, die kontinuierlich bis in unsere Tage anhält, wo 6.000 Soldaten Sendero Luminoso auf den Fersen sind.

Der Ursprung dieser Organisation geht auf die Spaltung der KPP, der Kommunistischen Partei Perus, im Jahre 1964 zurück, ein Ergebnis des Bruchs zwischen China und der SU. Die maoistische Gruppe, die sich abspaltete, gab sich den Namen Partido Comunista del Peru, Bandera Roja (Rote Fahne). 1970 verließ eine wetiere Fraktion unter Führung von Abimael Guzman (Genosse Gonzalo), und unterstützt vom Regionalkomitee Ayacucho, die Partei. Hauptkritikpunkt war der „Legalismus" der Partei. Die Gruppe von Guzman gründete eine neue Partido Comunista del Peru, die bekannt werden sollte unter einem Namen, der von einem Motto der Studentenbewegung übernommen wurde: „Vorwärts auf dem erleuchteten Weg von Mariátegui" („Por el Sendero luminoso de Mariategui").

Es gibt nicht viele veröffentlichte Dokumente von Sendero Luminoso. Über einen langen Zeitraum war dies eine ananyme und mysteriöse Organisation, die ihre Aktionen nicht erläuterte. Heute weiß man, daß Sendero 10 Jahre lang eine verdeckte Arbeit der Organisierung und Rekrutierung auf dem Lande, speziell im Gebiet Ayacucho geleistet hat, und daß Sendero seit 1975, unabhängig von jedem konjunkturellen Zusammenhang (von den aktuellen politischen Bedingungen) einen Plan für den Aufstand entworfen hat. (...)

Der Chef von Sendero, Abimael Guzman, dessen 51. Geburtstag am 4.



Parolen von „Sendero Luminoso" in Ayacucho

Dezember '82 mit Bombenanschlägen in verschiedenen Städten Perus gefeiert wurde, stammt aus Arequipa, er ist Universitätsprofessor, ein brillanter Philosoph, der sich mit einer interessanten Arbeit über Kant habilitierte und den im vergangenen Dezember eine offizielle politische Wochenzeitschrift und eine Oppositionszeitung zum „Mann des Jahres" ernannten. (...)

Ab 1976 unterstützt Sendero die Thesen von Mao, genauer die der „Viererbande" gegen den Revisionismus von Deng Xiao Ping (dies drückte sich u.a. in Sprengstoffanschlägen gegen die chinesische Botschaft und Parolenmalen wie „Nieder mit dem Hundesohn Deng Xiao Ping"). Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen von 1980 ... beschließt Sendero den Beginn des bewaffneten Kampfes gemäß dem maoistischen Prinzip, daß man allein mit dem bewaffneten Kampf Revolutionen machen und die Macht ergreifen kann, daß man ein revolutionäres Volksheer braucht und daß man, um dies zu schaffen, mit dem Kampf beginnen muß. Laut Guzman sind die Möglichkeiten des Marxismus-Leninismus-Maoismus zur Interpretation der Wirklichkeit und zur Führung des Kampfes er Völker wie in Peru erschöpft. Es sei notwendig, in eine 4. Etappe des Marxismus einzutreten, um die Völker aus den Fängen des dekadenten Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und den Positionen des Verrats von Deng Xiaoping zu befreien. In verschiedenen Dokumenten wird vom Marxismus-Leninismus-Maoismus-Gedanken von Gonzalo gesprochen, woraus einige Kritiker ableiteten, daß die 4. Etappe wohl die „gonzalistische" Etappe sei. Diese Kritiker schieben ihm gewisse messianische und tausendjährige, am antiken Peru anknüpfende Ansprüche zu. Jedenfalls hat Sendero mit seinen neuen Aktionsformen die Counterinsurgency-Lehrbücher der nordamerikanischen Spezialisten geknackt, mit einer Kombination aus Taktiken, die in Indochina angewendet wurden, der Planung von Ernesto Che Guevara für den Guerillakrieg und vor allem ihrer Planung und Zerstreuung der Kräfte ins Land hinein (3).

Der heutige Guerillo, versteckt und im Hinterhalt in den peruanischen Anden ist nicht derselbe, wie der, der in der Guerilla von Luis de la Puente und Hector Bejar 1965 kämpfte (4). Die Mehrheit der Guerilleros stammt aus den traditionellen Dorfgemeinden, aus über 3.500 m Höhe. Dorthin sind sie, nachdem sie die Universität Ayacucho besucht haben, als ländliche Lehrer, Krankenpfleger oder Techniker zurückgekehrt. Sie leben und arbeiten mit den Bauern, und sie sprechen ihre Sprache, Quechua. Laut einigen Berichten kontrolliert der „Terrorismus" der Senderisten, die nicht zaudern, Spitzel und Polizisten zu exekutieren, einige befreite Zonen, die von der Staatsmacht aufgegeben wurden, ohne daß Kämpfe stattgefunden hätten. In diesen Gebieten übernahm Sendero Luminoso theoretisch die Regierung. In der Praxis heißt das, daß sie Dörfer besetzen, Versammlungen abhalten, einfache Verhaltensregeln für die Gemeindemitglieder festlegen und sich zurückziehen. Einige Punkte dieser von Sendero aufgestellten Regeln haben ihnen den Vergleich mit dem blutigen Pol Pot Regime in Kampuchea eingebracht. So fordern sie z.B. die Bauern der Dorfgemeinde auf, nur das zu säen und zu ernten, was sie für ihren eigenen Konsum brauchen, sich völlig vom Markt und der Geldwirtschaft zu lösen und verbieten ihnen, Industrieartikel, Nahrungsmittel und Textilien zu kaufen. Das heißt: das Land gegen die Stadt, die Belagerung der Städte durch Sabotage von Lebensmittellieferungen, um die städtischen Zonen zu erdrosseln (5).

Die ernstzunehmende Kritik gegen Sendero bezieht sich auf ihre bündnisfeindliche Orientierung, ihre absolute Isolation. Sie haben und suchen keinerlei Dialog mit anderen Sektoren der Linken. Sie greifen die Vereinigte Linke frontal an; deren Mitgliedern werfen sie vor, pure Wähler und Opportunisten zu sein (während diese ihrerseits Guzman einen Abenteurer und Provokateur nennen). Sie greifen systematisch die prosowjetische KP an und haben die SU zum Todfeind erklärt, weil sie mit den peruanischen Streitkräften kollaboriert (die SU will Flugzeuge vom Typ Sukhoi an die peruanische Luftwaffe liefern). Sie befinden sich auch im Gegensatz zu Cuba (Fidel Castro hat vor zwei Monaten jegliche Verbindung zu den Senderistas dementiert). Und sie greifen auch die maoistische Partei Patrie Roja an, die sie als Verräter bezeichnen, weil sie Deng Xiao Ping unterstützt. Sie beteiligen sich an keinem gewerkschaftlichen Kampf ... Sie schätzen die Diskussion und die konkreten Kämpfe des Volkes gering, wie Erhöhung der Lebenshaltungskosten, Arbeitslosigkeit, Verringerung des Reallohns etc. Sie unterstützen allein die MOTC (Bewegung der klassenkämpferischen Arbeiter), eine begrenzte „Massen"bewegung, und sie kontrollieren in Ayacucho den Verband der Uni-Professoren und der Studenten (FUES), aus dem sie die Mehrheit ihrer Militanten gewinnen.

Eine Tatsache bleibt unumkehrbar: Der Senderismus hat — ob mit Fehlern oder nicht — den Kampf gegen die Streitkräfte wieder in Gang gebracht, dieselben Streitkräfte, die 1965 während der ersten Regierungszeit von Belaunde Terry gegen andere Guerillas und gegen andere bewaffnete Bewegungen vorgegangen sind, was Belaunde die Präsidentschaft gekostet hat. Die Situation von heute, eine von der legalen Linken isolierte Guerilla, im Rahmen einer eingeschränkten Demokratie mit wachsender Repression und inmitten einer zugespitzten wirtschaftlichen Krise, kann zur gleichen „Lösung" führen wie damals: Staatsstreich oder die Militarisierung der Staatsmacht. Nur daß es heute keinen Raum gibt für „nationalistische" Experimente der Militärs. Der Velasquismus ist seit Jahren tot. Er starb an sich selber, an seinem bürgerlichen Reformismus (6).

Anmerkungen

1) Die „Lateinamerikanachrichten" sind zu beziehen über: c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin West 61. Außerdem gab es im „iz3w", Nr. 108 einen sehr einseitigen mit Behauptungen und unbewiesenen Aussagen gespickten Artikel, zu dem eine Stellungnahme im „Boletin Informativo del Partido Comunista del Peru" von April 1983 vorliegt. Dies und etwas (nicht viel) weiteres Material können wir auf Anfrage kopieren und verschicken. (Arbeiterkampf-Adresse, Lateinamerikakommission)
2) José Carlos Mariátegui, Gründer der Sozialistischen Partei Perus in den 20er Jahren, gehört zu den bedeutendsten Marxisten Lateinamerikas. Neben zahlreichen Artikeln und Aufsätzen hat er mit seinen „7 Essays über die peruanische Wirklichkeit" versucht, einen nichteuropäischen, an den lateinamerikanischen Bedingungen orientierten Weg der Revolution zu entwickeln.
3) Es ist laut Punto Final offensichtlich so, daß Sendero keine festen, kontinuierlich zusammenbleibenden Guerillaeinheiten bildet, die auf Dauer in einem Gebiet operieren, sondern die Gruppen werden für Aktionen zusammengesetzt und lösen sich anschließend auf.
4) Anfang der 60er Jahre gab es in Peru nicht nur eine starke Bauernbewegung, sondern auch mehrere starke Guerillaorganisationen, die 1965 in 4 Fronten kämpften. Eine

Fortsetzung nächste Seite

US-Putsch in Guatemala

Am 8. August wurde Rios Montt durch einen Staatsstreich unter Führung des Verteidigungsminister Oscar Mejia Victores gestürzt. Die Einnahme des Präsidentenpalastes forderte 25 Verletzte und 5 Tote. Gegen Mittag unterzeichnete Rios Montt die Kapitulation — in Anwesenheit des stellvertretenden US-Militärattaché Major Marcade. (1)

Der Militärputsch gegen Rios Montt kam alles andere als überraschend. In den letzten drei Monaten sah sich Rios Montt zusehends isoliert von der großen Mehrheit des herrschenden Blocks, deren Kritik sich im wesentlichen auf drei Punkte konzentrierte:

- die Steuerreform, insbesondere die Einführung der Mehrwertsteuer zum 1.8. Damit wollte Rios Montt die Auflage des IWF erfüllen, die die Einführung bzw. Erhöhung von Steuern aller Geschäftsleute vorsah, Luxusartikel mit einem besonderen Importzuschlag belegte, eine rigide staatliche Devisenkontrolle sowie eine 10%-Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel forderte. Während die Verbände der Kaffee- und Baumwollproduzenten, für die die Exportsteuern wesentlich gesenkt werden sollten, die Steuerreform begrüßten, wurde sie von allen anderen Kapitalfraktionen entschieden abgelehnt. (2)
- die Frage des endgültigen Wahltermins und der damit verbundenen Wiederbeteiligung der (rechten) Parteien an der Macht. (3) Rios Montt hatte zwar des öfteren eine „demokratische Öffnung" angekündigt, sich aber stets geweigert, einen endgültigen Wahltermin festzusetzen.
- das gestörte Verhältnis der Rios Montt-Regierung zu den USA. Die Widersprüche zur US-Regierung bezogen sich nicht auf die Innenpolitik des Diktators, sondern auf seine mangelnde Bereitschaft, sich vollständig in die regionale Strategie der USA zur Aufstandsbekämpfung und zum Sturz der Sandinisten in Nicaragua einzufügen.

Zur allgemeinen Unzufriedenheit kam verstärkend hinzu, daß sich Rios Montt aufgrund seines religiösen Fanatismus die Kritik des Vatikans und der guatemaltekischen Kirchenhierarchie eingehandelt hatte und dadurch außenpolitisch (selbst für die Reagan-Administration) zu einer immer untragbareren Figur wurde.

Rios Montt gehört einer US-amerikanischen Sekte an, der Evangelischen Kirche des Wortes, deren Lehre auf der Vorstellung basiert, daß der Einzelne sein Los durch individuelle Leistung verbessern muß. Demzufolge erklärte er Kommunismus zur Totsünde und gab vor, bei seinen Aktionen — u.a. die Tötung von 14.000 Menschen in den letzten 12 Monaten (4) — direkt von Gott inspiriert zu sein. Zum Eklat zwischen dem Diktator und dem Katholizismus kam es Anfang März dieses Jahres als Rios Montt — trotz eines Gnadengesuchs des Vatikans — zwei Tage vor dem Papstbesuch in Guatemala sechs Menschen durch ein Sondergericht hinrichten ließ.

Zu einer der ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten, dem Katholiken Mejia Victores, gehörte daher auch — als Geste gegenüber der katholischen Kirche — die Abschaffung der von Rios Montt eingeführten Sondergerichte. Entscheidender als die sich abzeichnende Aussöhnung zwischen der neuen Regierung und der katholischen Kirche, die den Putsch ausdrücklich begrüßte, ist allderdings die vollständige Einbeziehung Guatemalas in die Rollback-Strategie der US-Regierung in Mittelamerika.

Koalition gegen die Sandinisten

„Wir waren durch den Staatsstreich völlig überrascht", ließ der Sprecher des State Departement, John Hughes, wissen. (5) Klar!

48 Stunden vor dem Putsch traf Mejia Victores in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Oberbefehlshaber der US-Truppen in der Panama-Kanalzone, General Fred Woerne, zusammen. (6) Noch am gleichen Tage fand auf dem vor der nicaraguanischen Küste kreuzenden US-Flugzeugträger „Ranger" eine Unterredung statt unter Beteiligung des neuen Dreiergespanns: anwesend waren der **honduranische** Armeechef Alvarez, der **salvadorianische** Kriegsminister Vides Casanova und natürlich der neue Präsident **Guatemalas** Mejia Victores. (7) Einen Tag später — 24 Stunden vor dem Putsch — traf Mejia Victores mit McCormack, Beamter im US-Außenministerium, in Guatemala-Stadt zusammen. (8) Der ins Präsidentenamt geputschte General bekräftigte seine volle Unterstützung für die Mittelamerikapolitik der Reagan-Regierung, die gegenüber „der Aggressivität Nicaraguas" angebracht sei, und forderte die USA auf, eigene Truppen in Mittelamerika einzusetzen. (9) — Gleichzeitig sprach Mejia Victores den Friedensvorschlägen der aus Mexiko, Venezuela, Panama und Kolumbien bestehenden Contadora-Gruppe jede Berechtigung ab, da die Probleme *„von den Ländern Mittelamerikas allein gelöst werden müßten"*. (10).

Nachdem die US-Regierung bereits Honduras zu einem Aufmarschgebiet der Konterrevolution ausgebaut und eine enge Kooperation zwischen der honduranischen und salvadorianischen Militärmaschinerie hergestellt hat, soll durch die Einbeziehung Guatemalas ein noch effektiveres und koordinierteres Vorgehen gegen die Befreiungsbewegungen und die sandinistische Revolution erreicht werden.

Das erste eindeutige Indiz in der Herausbildung dieser Dreier-Koalition ist das bereits kurze Zeit nach dem Putsch vom 8. August unterzeichnete Abkommen zwischen der guatemaltekischen und salvadorianischen Regierung. Dieses Abkommen sieht vor, daß die guatemaltekische Armee salvadorianische Soldaten im Anti-Guerillakampf ausbildet und unterstützt; als Gegenleistung bekommt Guatemala Militärausrüstung der salvadorianischen Armee. (11)

In der Bekämpfung der „Subversion" steht General Mejia Victores voll und ganz in der Nachfolge des Rios Montt-Regimes, das in der Aufstandsbekämpfung relativ erfolgreich war. Das Vorgehen der Regierung Rios Montt gegen die guatemaltekische Befreiungsbewegung war auch nicht Gegenstand der Kritik des neuen Präsidenten. Rios Montts Anti-Guerilla Strategie der „Gewehre und Bohnen" bestand im wesetnlichen darin, daß die Bevölkerung im Hochland und in strategisch wichtigen Gebieten einerseits mit Lebensmitteln versorgt wurde und daß ein Teil der Einwohner andererseits in bewaffneten Milizen organisiert wurde, um die Bevölkerung zu kontrollieren bzw. gegebenenfalls zu massakrieren. Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist, daß sich (laut amnesty international) über eine halbe Million Guatemalteken auf der Flucht befinden (bei einer Gesamteinwohnerzahl von 7,5 Mill.) und daß in den letzten 12 Monaten 14.000 Menschen durch das Militär oder paramilitärische Verbände umgebracht wurden.

Guerilla

Daß die vier in der URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteco) vereinten Guerilla-Gruppen zwar zurückgedrängt, aber nicht zerschlagen werden konnten, beweisen die verstärkten Guerillaaktivitäten in den letzten beiden Monaten.

Außer mehreren Anschlägen auf zwei Polizeistationen in der Nähe der Hauptstadt wurden am 9. und 10. Juli Gefechte zwischen Armee und Guerilla gemeldet, wobei die Regierungsstreitkräfte nach eigenen Angaben erhebliche Verluste zu verzeichnen hatten (12). In Mexiko erklärte die Guerillaorganisation FAR, daß unter dem neuen Präsidenten eine noch „stärkere Repression" zu erwarten sei; die Zielsetzung der Regierung bestehe in dem *„Versuch, die revolutionären Organisationen auszumerzen und zusammen mit den Streitkräften von Honduras und El Salvador an den Kriegsabenteuern Reagans in Mittelamerika teilzunehmen"*. Gleichzeitig bekräftigte die FAR ihren Willen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen, da er *„die einzige Lösung zum Sturz der Militärdiktatur"* sei. (13)

Nicht nur die Guerilla könnte den Putsch-General in Schwierigkeiten bringen, sondern auch Teile des Militärs, das in Guatemala aus mehreren rivalisierenden Fraktionen besteht. Am 10.8. — zwei Tage nach dem Putsch — wurde die Sendung des in der Hauptstadt stationierten Rundfunksenders „Radio Nueve Mundo" für kurze Zeit unterbrochen und im Namen „Junger Offiziere" mitgeteilt: *„Wir akzeptieren den Regierungschef nicht, der uns aufgezwungen wurde. Er ist verantwortlich für die Massaker."* (14) Das Wort Massaker war ein unmißverständlicher Hinweis auf die Verantwortlichkeit und Beteiligung von General Mejia Victores an der Ausradierung ganzer Indio-Dörfer bei Aktionen gegen die Befreiungsbewegung.

Was von der „Demokratisierung", die Mejia Victores angekündigt hat, zu halten ist, kündigte die der neuen Regierung nahestehende ultra-rechte Partei MLN bereits an. Auf die Frage, ob bei den von dem neuen Präsidenten angekündigten „Wahlen" die linken Parteien zugelassen werden, antwortete der Vorsitzende der MLN, Sandoval Alarcon, daß eine linke Partei in Guatemala sowieso nur die Christlich Demokratische Partei sei. *„Links davon gibt es nur noch Gräber."* (15)

Internationalismus Kommission
KB/Gruppe Göttingen

Anmerkungen:

1) FAZ, 10.8.; taz, 10.8.; ides, 12.8.
2) Guatemala-Rundbrief Nr. 31, 5.8.83
3) Neben den ultra-rechten Parteien existiert nur die Christlich Demokratische Partei, die der politischen Mitte zuzurechnen ist. Sämtliche linke Parteien sind verboten.
4) FAZ, 10.8. — Angaben nach amnesty international
5) FAZ, 11.8. — In Bezug auf John Hughes möchten wir uns der Empfehlung anschließen, die der „Konkret"-Herausgeber Hermann L. Gremliza dem FAZ-Herausgeber Johann Georg Reißmüller gegeben hat: *„Wenn es Wahrheit ist, daß Lügen kurze Beine haben, sollte Reißmüller Wege mit Rollsplitt meiden. Er könnte sich den Sack aufscheuern."* (konkret 8/83)
6) taz, 10.8.; FAZ 10./11.8.
7) FAZ, 16.8.; ides 12.8.
8) FAZ, 10.8.
9) FR, 16.8.; FAZ, 16.8.
10) FAZ, 10.8.
11) FAZ, 16.8.
12 Süddt. Zeitung, 12.7.; ides 5.8.
13) el pais, 9./10.8. — zit. nach ides, 12.8.
14) FAZ, 11.8.
15) FAZ, 10.8.

Erklärung von Familienangehörigen der aus politischen Gründen Verschwundenen und Verhafteten

Antwort auf ein zynisches Dokument

Die gegenwärtige Militärjunta, Nachfolgerin der Junten, die seit dem 24. März 1976 die Macht innehaben, hat sich eine Repräsentativität angemaßt, die das Volk ihr niemals gegeben hat, hat die Wahrheit verdreht, die Tatsachen verfälscht, die von militärischen Kommandos begangenen Greueltaten vertuscht und gerechtfertigt, als sie einen Bericht bekanntgab, der in Wirklichkeit eine wahrhafte Gegenverfassung ist. Damit möchte sie einen Schlußstrich ziehen unter das dramatische Problem von Tausenden von Verhafteten und Verschwundenen.

Gestützt auf geheime Erlasse der verfassungsmäßigen Regierung, die sie später stürzte, will die Militärjunta nicht nur das rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist, sondern in einem wahrhaft mittelalterlichen Geist die Untersuchung und die Verurteilung ihrer illegalen Handlungen der von der Verfassung eingerichteten Justiz entziehen, um sie dem Urteil Gottes und der Geschichte zu überlassen.

Die Militärjunta macht, mit dem üblichen Zynismus die Tatsachen verdrehend, aus unseren Verhafteten, Verschwundenen Flüchtige, Untergetauchte, bei Zusammenstößen Gefallene und nicht identifizierbare Wesen.

Wir haben ein ums anderemal die Falschheit dieser Behauptungen bewiesen.

Flüchtig und untergetaucht jene, die in 82% der Fälle lebendig aus ihren Häusern, von ihren Arbeits- und Studienplätzen oder von der Straße weggeholt wurden, vor den Augen ihrer Angehörigen, Freunde oder Nachbarn — machtlosen Zeugen, die sahen, wie man sie geknebelt und mit verbundenen Augen wegschleppte?

Von welchen Zusammenstößen ist die Rede? Zusammenstöße, bei denen es keine Verwundeten und keine Überlebenden gab? In Schulen, Häusern, Kinos, Fabriken, Bars?

Wer wird nicht identifizierbar genannt? In unserem Land ist als einem der wenigen der Welt die Registrierung der Fingerabdrücke aller Einwohner von Kindheit an obligatorisch und diese Fingerabdrücke werden mit einer hochentwickelten erkennungsdienstlichen Technik bei den 6 Geheimdiensten gespeichert.

40% der Verhafteten und Verschwundenen sind Arbeiter aller Industriezweige, einige Gewerkschaftsführer, andere Fabrikdelegierte, die Mehrzahl einfache Arbeiter, die für gerechte Forderungen kämpften. Andere sind Oberschüler und Studenten, Selbständige und der Rest Hausfrauen, Priester und Nonnen, Händler, Künstler usw. Es gibt Verschwundene mit 83 Jahren und mit 20 Tagen, Babies, Kinder, Heranwachsende, schwangere Frauen.

Bei welchen bewaffneten Zusammenstößen verschwanden diese Personen? Einmal mehr tritt die Militärmacht die Würde des argentinischen Volkes mit Füßen, mißachtet seine Sensibilität und Denkfähigkeit und hat damit eine allgemeine Abscheu im Innern wie im Ausland erregt.

Die Militärjunta bietet uns über das Innenministerium Angaben an — in denselben Büros, die wir 6 Jahre lang erfolglos aufgesucht haben und wo wir niemals eine einzige Information bekommen haben. Mit diesem Angebot versucht sie jetzt, die öffentliche Meinung zu verwirren.

Die Militärjunta sagt, sie wolle „ihren Teil der historischen Verantwortung, der ihr vor der Nation zukommt" übernehmen. So ist es nicht. Sie geben ihre Schuld zu, erklären sich aber juristisch und politisch für nicht verantwortlich, indem sie die Justiz umgehen wollen und ihre Handlungen messianisch als „Handlungen des Dienstes" erklären. Als ob man Folter, Entführungen und Morde als „Handlungen des Dienstes" bezeichnen könnte.

Die Militärjunta ist vom Volk identifiziert worden als alleinige Verantwortliche für die Durchführung des finsteren Repressionsplanes. Jetzt versucht sie, andere Sektoren und Institutionen der Komplizenschaft im Handeln oder durch Unterlassung anzuklagen und spielt sich so zur Richterin auf, wo sie Angeklagte ist. Die Militärjunta sagt, das sei „alles, was sie zur Kenntnisnahme der Nation habe."

Wir Familienangehörigen der aus politischen Gründen Verschwundenen und Verhafteten sagen:

- Es wurden keine „Fehler" bei der Repression begangen. Sie war nach einem vorgefaßten Plan perfekt strukturiert und organisiert. Der Staatsterrorismus, der von den Oberbefehlshabern ausging und durchgeführt wurde, hatte die Ausschaltung der politischen und ideologischen Opposition und die Errichtung des Terrors zum Ziel, um die ganze Bevölkerung zum Schweigen zu bringen — ohne Rücksicht darauf, ob es Opfer am Rande der repressiven Handlungen gäbe.
- Es war notwendig, diesen finsteren Repressionsplan zu verwirklichen, der Tausende von Bürgern ins Gefängnis, in die Folter, in den Tod, in das Verschwinden und ins Exil getrieben hat, um die Wirtschaftspolitik des Ausverkaufes an den Imperialismus durchführen zu können, die Hunger und Arbeitslosigkeit gebracht hat.
- Es ist monströs, wenn die Junta sagt, sie würde auf gleiche Weise wieder handeln, wenn immer es notwendig wird und dabei von den gesammelten Erfahrungen profitieren: Sie zeigt damit, daß sie bereit und vorbereitet ist, zu jedem Augenblick den ganzen Schrecken zu wiederholen, den wir in den letzten Jahren durchlebt haben, mit Folgen, die vielleicht noch tragischer sind als in der unmittelbaren Vergangenheit.
- Der finstere illegale Repressionsapparat, der die „Diensthandlungen" durchgeführt hat und drohend über dem argentinischen Volk schwebt, muß sofort zerschlagen werden, denn er ist eine ständige Bedrohung für die Prinzipien der Demokratie und für eine verfassungsmäßige Regierung, solange er als parallele Macht existiert.
- Es ist weder juristisch noch verwaltungsmäßig möglich, mit einem einzigen Federstrich, ohne irgendeinen Beweis, Tausende von Verhafteten, Verschwundenen für tot zu erklären. Weder die Verfassung noch die Gesetze sehen eine Toderklärung dieser Art vor. Deshalb ist diese juristische Verirrung ein Beweis mehr für die Illegalität der Junta.
- Wir bekräftigen einmal mehr unsere Gewißheit, daß es geheime Gefängnisse gibt, in denen Verschwundene leben.
- Mit der Unterstützung des argentinischen Volkes wird es unserem Kampf gelingen, sie aus diesen Gefängnissen zu befreien, in denen sie seit Jahren unmenschlich leiden.
- Heute halten wir mehr denn je unsere Fahne der Wahrheit und der Gerechtigkeit hoch.

- Lebendiges Wiederauftauchen der Verhafteten, Verschwundenen, die in illegalen und geheimen Gefängnissen seit Jahren unmenschlich leiden.
- Sofortige Herausgabe der verschwundenen Kinder an ihre legitimen Familien.
- Freiheit für alle politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen.
- Untersuchung der nicht-identifizierten Leichen, die in Gräbern gefunden werden.
- Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen für Entführungen, Folter und Morde.
- Auflösung des Repressionsapparates, der ungestraft einschüchtert und entführt.

Forts. von vorheriger Seite

besondere Rolle spielte dabei (neben anderen) der MIR, der von Luis de la Puente gegründet und von ihm gemeinsam mit Guillermo Lobatón geleitet wurde. Hector Bejar, ebenfalls Mitglied der Guerilla von 1965, hat seine Erfahrungen aus der Guerilla aufgezeichnet: „Peru 1965", eds Nr. 421, 1970.

5) *„In dieser Beziehung spielt die Land-Stadt-Strategie der PCdelP eine große Rolle, nach der die befreiten Zonen aus den Marktbeziehungen ausgekoppelt werden, um den Versorgungskreislauf des Wirtschaftssystems zu schwächen, die Stadtbevölkerung zu mobilisieren und eine solide Basis für den revolutionären Kampf zu schaffen."* („Lateinamerikanachrichten", Nr. 115, S. 62).

6) Daß in Peru ein erneuter Putsch der Militärs nicht ausgeschlossen werden kann, erscheint klar. Die Militarisierung der Staatsmacht, die Einbeziehung der Militärs in die Guerillabekämpfung ist ja bereits in vollem Gange. Wir halten es aber für falsch, dafür die Linke, speziell die bewaffnet kämpfende Linke verantwortlich zu machen. Dies geschieht in Punto Final zwar nicht explizit, wird aber offengelassen.

Europäische Atomstreitmacht durch Schnelle Brüter

Der erbitterte Widerstand aller damaligen Bundestagsparteien gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages in den Jahren 1966 - 74 war nicht erfolglos. Die BRD konnte sich innerhalb dieses Vertragswerks das Recht auf Atomwaffenbesitz im Rahmen der ,,europäischen Option'' sichern.

Wenn alles ,,klargeht'', wird die BRD schon in einem Jahr einen maßgeblichen Plutoniumberg — made in Germany — für den Bau von (vorerst) französischen Atomwaffen geliefert und die angepeilte ,,europäische Option'' ein kleines Stück vorangebracht haben. Gemeint ist die 1984 geplante Inbetriebnahme des ,,Schnellen Brüters'' von Malville, der den akuten französischen Plutonium-Engpaß für weitere Atomwaffen beseitigen soll (vgl. AK 229, S. 13).

Die BRD ist an diesem Atombombenbrüter zu 16 % beteiligt; sie wird zu mindestens 16 % den ,,Superphénix'' mit BRD-Plutonium für die Erstbeladung ausstatten. Von der Bundesregierung wurde die Beteiligung an dem französischen Atomwaffenprogramm sowohl geleugnet (von Forschungsminister Riesenhuber, der mittlerweile auch offiziell eingestandene militärische Funktion des ,,Superphénix'' schlicht bestreitet) als auch zugegeben (von Mertes, CDU-Staatsminister im Auswärtigen Amt, der diese Politik durch den Atomwaffensperrvertrag gedeckt sieht).

In der Öffentlichkeit und insbesondere innerhalb der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung wird dieser Aspekt der BRD-Außenpolitik bislang kaum beachtet. Ein Anfang Mai '83 vom BBU und der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) veranstaltetes internationales Brüter-Hearing zum Thema ,,Zivile Atombombenproduktion'' verhallte mit Ausnahme eines ,,taz''-Beitrages bislang völlig ungehört.

Im folgenden dokumentieren wir — nach einer knappen Erläuterung der für Militärs so interessanten Eigenschaften des Schnellen Brüters — den vom AGÖF-Sprecher Helmut Hirsch verfaßten Abschlußbeitrag des Brüterhearings (nach Tonbandmitschrift leicht gekürzt) sowie einen bereits 1981 verfaßten Beitrag der Pariser ,,Groupe Energie et Developpement'' um Ives Lenoir, Physiker und Teilnehmer des Gorleben-Hearings 1979 und des Brüter-Hearings '83, der hier — soweit uns bekannt — erstmals in deutscher Sprache erscheint.

AKW-Nein-Kommission

Der schnelle Weg zum Plutonium

Vier Wege bieten sich an, um das für moderne Atomwaffen unerläßliche Plutonium 239 zu gewinnen. Im Vergleich zeigen sich die besonderen Vorteile der militärischen Nutzung Schneller Brüter: Als einzige Anlage ist er in der Lage, gleichzeitig Strom u n d waffentaugliches Plutonium zu erzeugen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Atombombenherstellung kann hinter energiepolitischen ,,Notwendigkeiten'' verborgen und zudem über das Anzapfen von Stromkunden relativ preisgünstig realisiert werden.

Die in den USA gebräuchlichen **militärischen Produktionsreaktoren** können keinen Strom erzeugen, da ihre Brennelemente nach bereits 14-tägiger Bestrahlung aus dem Verkehr gezogen und zur Abtrennung (geringer) Plutoniummengen wiederaufgearbeitet werden müssen. Bei längerer Bestrahlung (die für kommerzielle Reaktoren unerläßlich ist) verändert sich die Plutoniumzusammensetzung dergestalt, daß bestenfalls sehr ,,grobschlächtige'' Bomben gewonnen werden könnten.

Die in Frankreich und Großbritannien gebräuchlichen **Magnox-Reaktoren** können entweder Strom o d e r Waffenplutonium erzeugen und arbeiten somit etwas kostengünstiger als reine Militärreaktoren. Zurück bleiben entweder hochabgebrannte

Reaktoren können entweder Strom o d e r Waffenplutonium erzeugen und arbeiten somit etwas kostengünstiger als reine Militärreaktoren. Zurück bleiben entweder hochabgebrannte

Brennelemente nach Dauerbetrieb (= Stromerzeugung) oder Waffenplutonium, das nach Reaktorkurzbetrieb in den militärischen Wiederaufbereitungsanlagen von Marcoule und Windscale abgetrennt wird.

Die völlige Verquickung ziviler und militärischer Atomprogramme soll ebenfalls die **Laserisotopentrennung** ermöglichen, nach der seit Jahren u.a. in den USA und der BRD geforscht wird (s. AK 224, S.24). Per Laserstrahl sollen die verunreinigenden Plutoniumbestandteile langbestrahlter Brennelemente abgetrennt und Plutonium 239 angereichert werden. In Verbindung mit der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Barnwell soll in den USA in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Demonstrationsanlage zur Laseranreicherung gebaut werden, um endlich die Berge abgebrannten Atommülls aus Atomkraftwerken militärisch ausbeuten zu können.

Die **Schnellen Brüter**, die hingegen in Frankreich bereits in Betrieb bzw. im Bau sind, erlauben es,,,*gleichzeitig große Mengen Strom sowie waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Diese Anlagen sind sozusagen Umwandler von Plutonium-Isotopen: sie verbrauchen im Reaktorkern Plutonium, das aus abgebrannten Brennelementen derzeit betriebener Reaktortypen stammt und produzieren im Brutmantel aus dem Uran praktisch reines Plutonium 239. Die theoretische Produktionskapazität an Waffen-Plutonium der Brüter Phénix und Superphénix entspricht umgerechnet 35 bzw. 110 Atomsprengköpfen pro Jahr.''* (So der französische Physiker Ives Lenoir anläßlich des BBU-Hearings ,,Zivile Atombombenproduktion'', Mai 83). Wie der Name sagt, wird das Uran im Schnellen Brüter mit schnellen Neutronen beschossen, während bei allen bisher genannten Reaktortypen langsame (d.h. abgebremste) Neutronen verwendet werden. Was den Militärs nun sehr gut in den Kram paßt, ist der physikalische Tatbestand, daß speziell durch schnelle Neutronen die Bildung des Waffenplutoniums 239 gefördert und das Entstehen unreiner Plutoniumisotope verhindert wird. **Kurz: je schneller die Neutronen, desto bombenreiner das Plutonium.** Dies macht den Schnellen Brüter zum idealen Zwei-Zweck-Reaktor: Er kann jahrelang kommerziell genutzt werden, ohne daß die Plutoniumqualität wesentlichen Schaden nimmt. Erbrütet wird das begehrte Plutonium 239 im ,,Brutmantel'' des Schnellen Brüters. Dieser ist axial und radial um die eigentlichen Brennelemente gelagert, die die Wärme und somit den Strom produzieren. Auch ohne die Gesamtanlage abstellen zu müssen, lassen sich Teile des ,,Brutmantels'' auswechseln. Die Plutoniumabtrennung aus diesen Brennelementen ist weitaus unproblematischer als die Wiederaufarbeitung von Reaktorkernbrennstäben. Zudem gilt, daß auch unrentable Brüter, die kein Extra-Plutonium schaffen und auch kommerziell wenig leisten, zumindest eines zustandebringen: die Umwandlung von Brutmantel-Uran in

Zudem gilt, daß auch unrentable Brüter, die kein Extra-Plutonium schaffen und auch kommerziell wenig leisten, zumindest eines zustandebringen: die Umwandlung von Brutmantel-Uran in

Waffen-Plutonium.

Daß dies der eigentliche Sinn des Schnellen Brüter-Programms in Frankreich ist, wird mittlerweile offen zugegeben. In der amerikanischen Zeitschrift ,,Nucleonis Week'' verkündete am 25.4.83 der Chef des französischen Atomenergie-Kommissariats, Michel Pecqueur, die im Brüter erzeugten Stoffe seien ,,frei'', d.h. sie fallen nicht unter die internationalen Vereinbarungen für die ausschließlich friedliche Nutzung und ,,*Frankreich hat die Absicht, diese freien Materialien für seine Militärprogramme zu nutzen.''*

Eine Woche später machte sich Pecqueur — diesmal im Namen der Superphénix-Erbauer Frankreich, BRD, Italien und Belgien — für eine Internationalisierung der Plutoniumanhäufung stark und rief zur Bildung einer ,,Internationalen der Schnellen Brüter'' auf. Insbesondere will man sich um die Beteiligung Großbritanniens und anderer europäischer Staaten, aber auch um die Zusammenarbeit mit den USA und Japan bemühen. (,,FAZ'', 30.4.83).

Um Plutonium 239 aus den Brütern zu filtern ist eine recht kostspielige Wiederaufbereitungsanlage für Brüterelemente nötig, die in Frankreich nach älteren Angaben (vgl. AK 199) 1983 in Betrieb gehen soll. In der BRD scheint man die potentiellen Kalkar-,,Schätze'' auf kürzerem Weg einsacken zu wollen: In der April-Ausgabe der ,,Atomwirtschaft'' wird berichtet, daß zur Zeit ,,*noch einmal''* überlegt werden soll, ob sich die Brennelemente für Kalkar nicht so umkonstruieren lassen, daß sie hinterher in der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn oder Schwandorf wiederaufarbeitbar sind.

Groupe Energie et Developpement(Paris)

Schnelle Brüter und Kernwaffen

Paul Granet, ehemaliger Abgeordneter und Minister und stellvertender Generalsekretär der ,,Défense Nationale'', erklärt im Jahre 1978 in ,,Le Monde'' unter dem Titel ,,Die nationale Sicherheit und die europäische Verteidigungs-Strategie'': ,,... *Es wäre wünschenswert, daß sich im Laufe der Zeit ein europäisches Bewußtsein herauskristallisiert, eine Doktrin, der Wille zu einer gemeinsamen Verteidigung. Dieses Ziel könnte durch drei Maßnahmen erreicht werden:*

1. *Durch eine gemeinsame Institution, deren Aufgabe darin besteht, strategische Untersuchungen anzustellen, und einen Ausschuß aller europäischen Verteidigungsminister.*
2. *Durch den Aufbau einer gesamteuropäischen Waffenherstellung.*
3. *Durch eine enge Zusammenarbeit auf zwei Gebieten, die mit der Verteidigung direkt verbunden sind und die schon morgen von großer Bedeutung sein werden: Die Raumforschung und der nukleare Brennstoffzyklus. Allerdings würde die Vereinheitlichung der taktischen Atomwaffen bis zum Jahr 2000 die europäische Militärstrategie vollkommen umkrempeln. Zu diesem Zeitpunkt nämlich hätten gut fünfzig Staaten, und insbesonder alle europäischen, die Atombombe und ihre Abkömmlinge zur Verfügung.''*

nämlich hätten gut fünfzig Staaten, und insbesonder alle europäischen, die Atombombe und ihre Abkömmlinge zur Verfügung.''

Und in einem Vortrag auf der II. Sitzung des ,,Centre des Hautes Etudes de l'Armement'' am 3. Oktober 1974 in Paris sagte André Giraud, seinerzeit Hauptgeschäftsführer des CEA[1]: ,,*Wenn solche Waffen (die taktischen Kernwaffen) hinreichend vermehrt werden, könnten sie das Mittel schlechthin sein, das völlig unzureichende Waffenpotential im Bereich der konventionellen Waffen zu ergänzen und somit das militärische Gleichgewicht wiederherzustellen. Zu diesem Zweck sollte Frankreich eine Schiedsrichterfunktion zugesprochen werden, dem einzigen europäischen Land, das in Frage kommt. Frankreich sollte dabei nach seinen eigenen Interessen verfahren. Aufgrund seiner hochentwickelten Techniken und der noch zu erwartenden Fortschritte in der Kernforschung kann es einen Anspruch auf eine Vormachtstellung in der Politik erheben. Dies sollten vor allem die beiden Supermächte zur Kenntnis nehmen, denn, wie auch immer ihre Bündnisse aussehen mögen, sie können nicht das kommende Europa und auch nicht das heutige außer acht lassen. ... Abgesehen von der eigenen Verteidigung könnte Frankreich genau hier seine Fähigkeit zu großer Stärke beweisen, die ihm aus den Erfahrungen in der Herstellung von Kernwaffen erwächst... Aufgund seiner militärischen und politischen Kapazität und der Rolle, die Frankreich in der Versorgung mit spaltbarem Material spielen wird, sowie der Weiterentwicklung seiner Reaktorindustrie und der Meisterschaft im Ingenieurwesen — besonders auf dem Gebiet der Brutreaktoren und der Anlagen zur Herstellung von angereichertem Uran und von Plutonium — aufgrund all dieser Tatsachen erscheint mir die Behauptung nicht übertrieben, daß Frankreich dabei ist, sich zu einer großen Atommacht zu entwickeln. Hoffentlich ist es uns möglich, diesen Weg auch zu Ende zu gehen''.*

Fragen:

a) Sollte dies so zu verstehen sein,

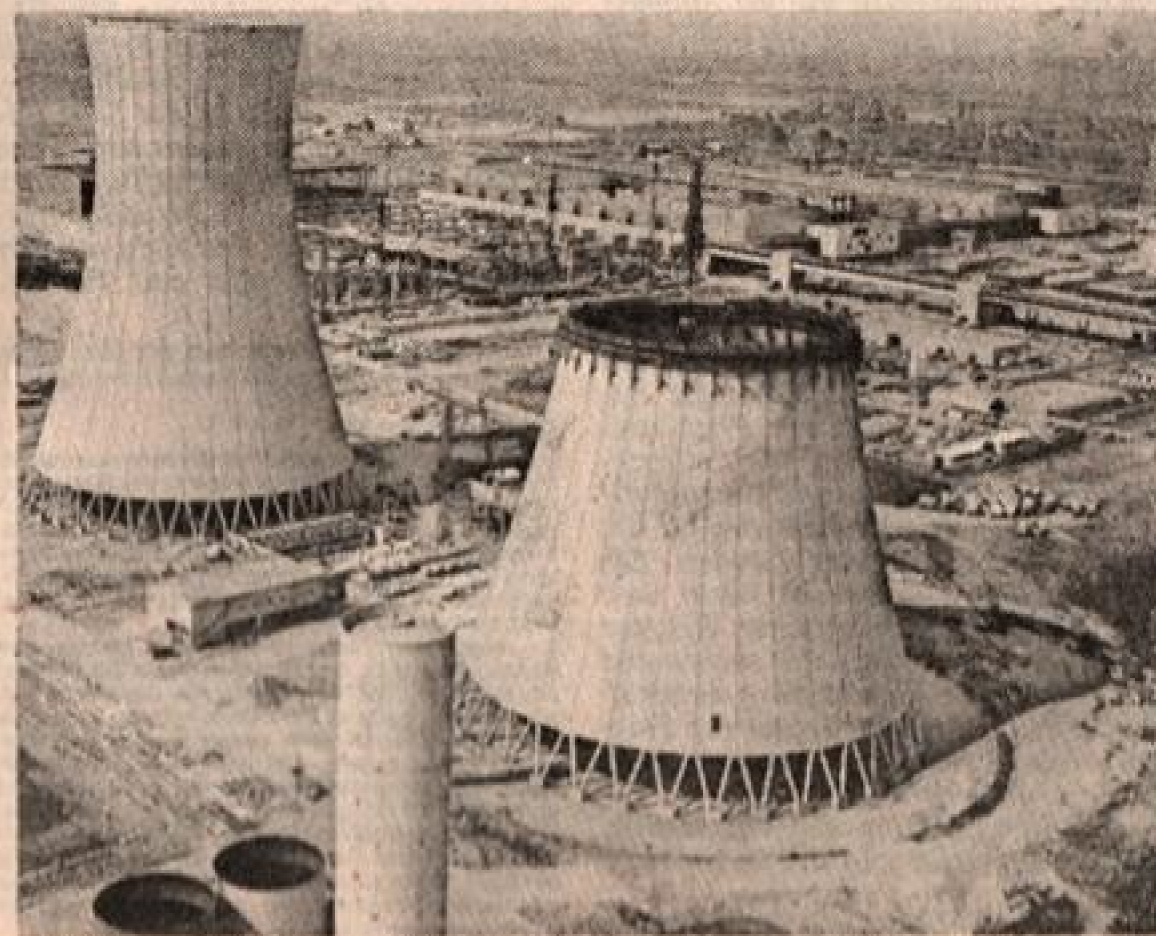
Fragen:

a) Sollte dies so zu verstehen sein, daß Atomkraft für friedliche und für militärische Zwecke durch ein gemeinsames Entwicklungsschema miteinander verbunden sind? Das stünde im Widerspruch zu allen bisherigen Erklärungen.

b) Würde eine französiche nukleare Streitmacht nicht unversehens zu einer europäischen werden?

Antworten

General Thiry erklärt am 19. Januar 1978 in ,,Le Monde'': ,,*Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeder Art und jeder Sprengkraft herzustellen... Wir könnten sie in großer Zahl produzieren, sobald die Brutreaktoren die für eine solche Produktion nötige Menge an Plutonium liefern können. Welch eine Chance für Europa und Frankreich, denn so ist es uns möglich, die Abschreckung zu erweitern und damit die Freiheit zu garantieren.''*



In der Tat: a) es wird allgemein zugestanden, daß der Brüterzyklus noch lange nicht wirtschaftlich wettbewerbsfähig sein wird, wenn überhaupt je. Bekanntlich können die Brennstoffe ,,schneller'' Reaktoren nur sehr schwer wiederaufgearbeitet werden. Allerdings trifft diese Auffassung für den Brutmantel nicht zu, der einen Teil es Reaktorkerns darstellt. Dort entsteht fast reines Plutonium 239, weil das spaltbare Material wegen einer Eigenschaft der schweren Neutronen nur wenige Spaltungen erleidet. Im Klartext heißt das: des in den Brutreaktoren erzeugten Plutoniums sind mit Hilfe derjenigen Wiederaufbereitunstechniken zugänglich, die seit 20 Jahren für die militärischen Spaltstoffe erprobt sind. Dies entspräche bei Superphénix ca. 300kg pro Jahr! Genau das ist der Punkt, der diesen Reaktor-Typ so attraktiv macht; er ist der einzige, der gleichzeitig Elektrizität für die Industrie liefert und große Mengen sehr reinen Plutoniums produziert, mit dem man taktische Kernwaffen herstellen könnte. Eine sehr hohe Isotopenreinheit des Plutoniums erlaubt die Fabrikation von kompakteren

duziert, mit dem man taktische Kernwaffen herstellen könnte. Eine sehr hohe Isotopenreinheit des Plutoniums erlaubt die Fabrikation von kompakteren

und stärkeren Bomben. Und dieser Waffentyp ist nur von Interesse, wenn er in großer Menge hergestellt werden kann. Der Schnelle Brüter stellt ein sehr geeignetes Mittel dar, um beiden Anforderungen gerecht zu werden.

b) Ein Schritt zum militärischen Zusammenschluß Europas. Die Herstellung von Plutonium ist im wesentlichen eine europäische Angelegenheit: Im Jahre 1971 wurde die Gesellschaft UNIREP gegründet (United Reprocessor GmbH); sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, ihr Hauptgeschäftsführer ist A. Giraud. Zur Gründung von UNIREP kam es durch den Zusammenschluß dreier Partner: des französischen CEA mit seinem britischen Gegenstück, dem BNFL, und den Deutschen, vertreten durch die KEWA, die inzwischen von der DWK aufgekauft wurde. Damit sollte eine auf die Wiederaufarbeitung abgestimmte Investitions-Politik sowie eine gemeinsame Politik des Plutoniumhandels in die Wege geleitet werden. Gemäß der Vereinbarungen der Haager Konvention und des britischen Gegenstücks, den Vereinbarungen von Windscale, wurde zunächst einmal beschlossen, den Bau der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben, der durch die DWK ausgeführt werden sollte, solange zu verschieben, bis die ,,Notwendigkeit'' eines solchen Projekts ,,spürbar sei''. So werden es also die Engländer sein, die zumindest am Anfang einen Großteil des nötigen Plutoniums für die Inbetriebnahme von Superphénix liefern werden[2].

Der Bau des Brüters beruht auf einem europäischen Konzept: Superphénix wird von der Firma NERSA ge-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

baut, eine Gesellschaft nach französichem Recht, die aus folgenden Partnern besteht: EDF (51%), ENEL, dem italienischen Äquivalent (33%) und der deutschen Firma RWE (16%). Der Brüter von Kalkar wird von der ESK errichtet, die mit der NERSA zu vergleichen ist und sich aus folgenden Partnern zusammensetzt: SBK (Deutschland, 65%), SEP (Niederlande, 14%), Synatom (Belgien, 14%) und CEGB (Großbritannien, 7%). Schließlich kam es 1977 zur Gründung einer Firmengruppe namens SERENA, mit Partnern aus Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland; sie allein ist berechtigt, Verkäufe für Brutreaktoren zu tätigen. Zwischenzeitlich hat England mit dem CEA ein wichtiges Abkommen über Brüter geschlossen. Wenn die geplanten Vorhaben realisiert werden können, auch wenn zur Stunde noch nicht feststeht, wer über die aus diesem Projekt hervorgegangenen Kernwaffen bestimmten wird, so wird doch das Plutonium, das eine solche Produktion überhaupt ermöglicht hat, in jedem Fall in europäischer Zusammenarbeit hergestellt. Die von M. Granet so ersehnte Zusammenarbeit auf zumindest einem der beiden Gebiete, die mit der Verteidigung eng verknüpft sind, ist bereits Realität geworden: Es ist der nukleare Brennstoffzyklus...

Die jüngsten Ereignisse bestätigen die Existenz jener Lobby, zum Teil Militärs, die sich zum Ziel gesetzt hat, im Bereich der nuklearen Verteidigung der neuen Regierung ihren Willen aufzuzwingen:

+ Erste Maiwoche 1981. Giscard weiß, daß er verliert. Ungeachtet dessen gibt er grünes Licht für das Projekt Hadès, einer neuen taktischen Kernwaffe. Diese Nachricht mobilisiert die heißesten Verfechter dieses Waffentyps, und Giscard kann damit rechnen, einen Prozeß ins Rollen gebracht zu haben, der nicht mehr rückgängig zu machen ist. Die Reichweite der Hadès wird 250 bis 300 km betragen und sie wird der Infanterie ab 1992 zur Verfügung stehen. In einer Informationsschrift, die von R. Tourin, einem Abgeordneten der RPR aus Doubs im Namen der parlamentarischen Kommission für nationale Verteidigung herausgegeben wurde, präzisiert dieser den Bedarf der französischen Armee an Raketen des Typs Hadès: „Es sind ca 100 Fahrzeuge erforderlich, die jeweils zwei Raketen dieser Art aufnehmen können; sie sollten im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in Betrieb genommen werden" — *so der Verfasser des Artikels. Die Entwicklungskosten dieses Waffensystems und seine Herstellung (Nebenkosten eingeschlossen), wurden mit 6 Milliarden Francs veranschlagt. Etwa zweihundert Raketen, d.h. 1,5 bis 2 t Plutonium, das entspricht der Produktion von militärischem Plutonium des Superphénix von jetzt an bis in die neunziger Jahre...*

+ 10. Mai: F. Mitterand wird zum neuen französischen Staatspräsidenten gewählt.

+ 12. Mai: Die Regierung Barre veröffentlicht im Amtsblatt einen Regierungsbeschluß, der die Genehmigung für die Erweiterung der Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague beinhaltet und halbfertig in aller Eile unterzeichnet wird. Wenn auch das in dieser Anlage hergestellte Plutonium nicht für militärische Zwecke verwendet werden kann, so ist es doch unbedingt erforderlich, um damit die Nachladungen des Superphénix sicherzustellen, der dann wiederum in der Lage sein wird, das hochwertige Plutonium zu produzieren, auf das man so lange gewartet hat.

+ 21. Mai: Übergabe der Regierungs-Geschäfte von Giscard an Mitterand.

+ 25. Mai: C. Hernu untersagt drei Tage nach seiner Ernennung zum Minister der Verteidigung die in der nächsten Zeit in Mururoa geplanten Versuche mit taktischen Atomwaffen. Der Termin für diese Versuche war in den ersten Januar-Wochen festgelegt worden; nichts blieb dem Zufall überlassen. Zu diesem Zeitpunkt vermutete man bereits an höchster Stelle, daß Giscard nicht wiedergewählt werden würde. Da vorauszusehen war, daß unmittelbar nach einer eventuellen Wahl Mitterands Experimente mit einer Reihe von taktischen Kernwaffen durchgeführt werden sollten, kam es einzig und allein darauf an, die neuen politischen Verantwortlichen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

+ Schon einige Tage nach dem 25. Mai erklären mehrere hohe Militärs gegenüber dem Staatspräsidenten ihren Rücktritt für den Fall, daß der Beschluß, die Atomversuche nicht durchzuführen nicht rückgängig gemacht wird. Die Armee ist verärgert. Daraufhin kommt es zu einer Reihe von Verhandlungen zwischen dem CEA, den Militärstäben, dem Regierungs-Chef und dem Verteidigungsminister.

+ 2. Juni: Gegen Mittag teil das Verteidigungsministerium mit, daß es bei den Atomversuchen bleibt.

+ „Le Monde" vom 3. Juni bringt einen Artikel mit der Übrschrift „Das taktische Atom und die Sozialisten"; unterzeichnet ist dieser Artikel von einem gewissen Hoplitès, eimen „Pseudonym", wie man uns verrät, hinter dem sich der Name eines aktiven hohen Offiziers verbirgt, der sich zum Sprachrohr jener einflußreichen Gruppe von Militärs gemacht hat, die sich für die Entwicklung der taktischen Atomwaffe einsetzt. Nach einigen Beschimpfungen der neuen Regierung heißt es unter anderem:

Die einseitige, verfrühte und ersatzlose Abkehr von unseren Plänen und einer Weiterführung unserer Bemühungen um die taktische Atomwaffe, was in den heutigen Tagen heißt, eine Abkehr von strahlenintensiveren Kernwaffen und von der Neutronenwaffe ist ein schwerwiegender Fehler. Falls sich in drei Jahren ein amerikanischer Präsident mit verschrobeneren Ideen als andere dafür entscheidet, seine Truppen aus Europa abzuziehen, dann ist von allen europäischen Ländern nur Frankreich in der Lage — aufgrund des Erbes und des Kapitals, das sich aus den 25 Jahre dauernden Bemühungen unserer Wissenschaftler und unseres Militär ergeben hat — einer Panzer-Invasion auf europäischen Boden mit taktischen Waffen zu begegnen, oder aber zu seinem letzten Mittel zu greifen, der Apokalypse: Zweihundertmal die Hiroshima-Bombe auf militärische Ziele, das wird eine Menge Staub aufwirbeln.

Eine Abkehr von der Neutronenwaffe, das Einfrieren unseres elektro-nuklearen Programms, sich in der Innen- und in der Außenpolitik den Menschenrechten zu verschreiben und sich für eine Entmilitarisierung zu entscheiden, das hat auch J. Carter von 1976 bis 1980 gewollt. Weder für Amerika noch für die übrige Welt war das ein Anlaß gewesen, sich dafür zu beglückwünschen. Aber es hat wenigstens nur vier Jahre gedauert."

+ 3. Juni: In seiner Ausgabe vom 4. Juni veröffentlicht „Le Monde" einen Artikel mit der Überschrift „*Vor seiner Entscheidung über die Wiederaufnahme der Atomversuche war der Minister über die Sicherheitsvorkehrungen auf Mururoa besorgt*"... (der Artikel trägt keine Unterschrift); hiermit war eine offizielle Erklärung gefunden worden; kein Wort jedoch über den wahren Sachverhalt.

+ 15. Juli: In „Le Monde" meldet sich Hoplitès wieder zu Wort. Überschrift: „*Streitkräfte, wozu ist das gut?*". Darunter wird in großen Zügen dargelegt, welchen Kurs die neue Regierung bzgl. der Militärstrategie einschlagen muß. „*Trotz der Phantastereien der intellektuellen Weltverbesserer bleiben Geschichte und Geographie die auschlaggebenden Faktoren für das politische Leben eines Landes. Die Verteidigungs-Qualität ist heute vom Besitz mobiler strategischer Raketen abhängig, die ihr Ziel selbst suchen und die gegnerische Verteidigung ausschalten. Die Auswahl der Träger (ob Flugzeug oder Land- bzw. seegestützt) ist noch zu diskutieren.*

Die Sicherstellung der Versorgung, unseres Exportes und des Zugangs zu den Rohstoffen sind Vorraussetzung dafür, daß wir über größere Entfernungen einsatzfähig sind (zwischen 6000 und 10.000 km). Hierfür jedoch sind für einen Angriff geeignete atomgetriebene Untersee-Boote notwendig, oder Kampf- und Transportflugzeuge, die in der Luft aufgetankt werden können oder, wenn dies möglich wäre, eine Kombination aus allem.

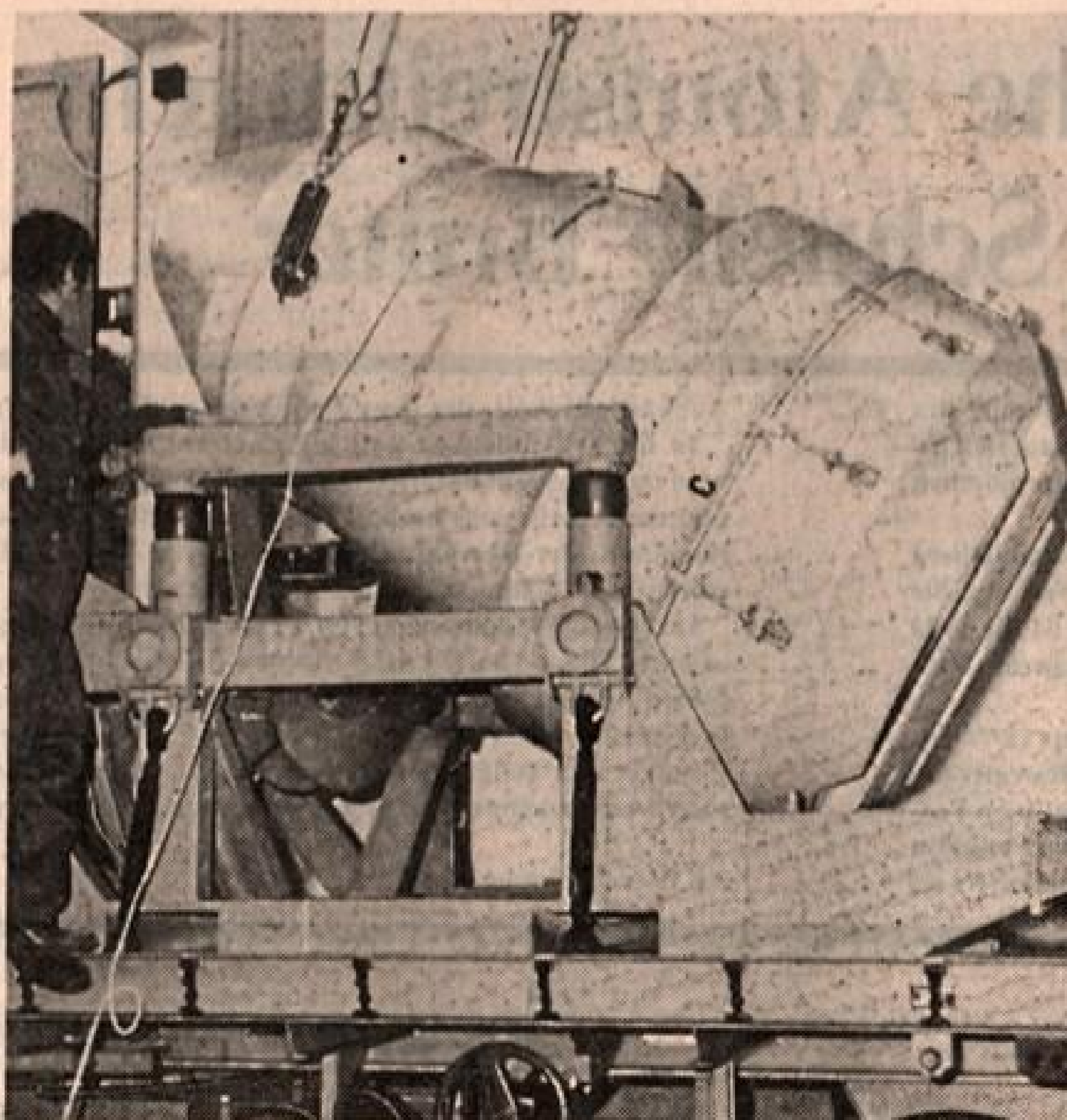
Hat Frankreich den Willen, an einer Verteidigung Westeuropas teilzunehmen, oder möchte es sich in eine nukleare Schweiz verwandeln...? Im ersten Fall ist es unerläßlich, eine Armee zu haben, die um das taktische Atom und den Panzer organisiert ist — das ist die augenblickliche Lösung. Andernfalls muß man sich für die Neutronenwaffe entscheiden, für Flug- und Panzerabwehr-Raketen, die sich ihr Ziel selbst suchen."

+ 14. Juli: Nun ist ein gewisser Vélite an der Reihe. Er schreibt in „Le Monde" zum Thema „*Die romantischen Träumereien von einer volkstümlichen Abschreckung*". Hinter diesem Namen verbirgt sich, wie uns erklärt wird, ein hoher aktiver Offizier, der zu gleichen Lobby gehört wie Hoplitès:

„Rüstungsindustrien können natürlich umgestellt werden — Erklärungen dazu gibt es; anstelle von Waffen können dort auch Spinn- und Windräder für die dritte Welt hergestellt werden. Auch Exerzier-Plätze lassen sich in Wiesen verwandeln, auf denen Schafe weiden. Daß man so überstürzt Larzac aufgibt und zögert, wenn es um Atomversuche geht, schamhaft einen Schleier über Bourget zu werfen versucht, über Bomben und Raketen dort, das sind die ersten vorsichtigen Schritte zur Beerdigung unserer Panzer-Divisionen.

Nehmen wir Abstand von den romantischen Träumereien, bevor es zu spät ist, kehren wir in die Wirklichkeit zurück. Wie der Minister sagt: 'In der Verteidigung geht es nicht um die Nation, es geht um die Welt.' — Diese unumstößliche Wahrheit gilt auch für die militärische Komponente, in der ein Leerlauf oder eine Sackgasse noch weniger zu verkraften ist als auf anderen Gebieten. Ein mächtiger Staat, der bemüht ist, seine Unabhängigkeit zu wahren, muß in der Lage sein, Aggressionen zu begegnen, und zwar mit enspre-chenden Mitteln. Durch eine starke nukleare Panzerabwehr muß die Entschlossenheit eines Landes zum Ausdruck kommen, ohne daß man gleich gezwungen ist, zur nuklearen Vernichtung zur greifen. Und wenn Frankreich — wie immer wieder zu hören ist — auch noch seine Rolle an der Seite seiner Verbündeten zu spielen hat, dann ist dies allein durch die Schaffung eines nukleo-klassischen Verteidigungs-Systems zu erreichen und nicht mit den 'Franco-Raketen' oder mit Partisanen."*

* die strategischen Raketen von der Hochebene von Albion, das Gegenstück zu den Euro-Rakten.



Atomsprengkopf für U-Boot Raketen

Anmerkungen

1 CEA = Commissariat à l'Energie Atomique, staatliche französiche Atomenergiebehörde. Nach Auskunft der „Groupe Energie et Developpement" tauschte später A. Giraud seine Stelle als Verwaltungsdirektor des CEA gegen den Posten eines Ministers für Industrie und Entwicklung ein. In dieser Eigenschaft wurde er mit der Erstellung eines Nuklear-Programmes beauftragt.

2 *„Wegen der vielversprechenden Erfolge von Windscale und La Hague beschlossen die Partner, den Bau der KEWA (1500 t/a) bis zum Bedarfsfall aufzuschieben"*, heißt es bei I. Lenoir, Plutoniumpolitik in Europa, Bremen 1979. Lenoir führt diesen Aufschub darauf zurück, daß der am 5.3.1970 unterzeichnete Atomwaffensperrvertrag 1971 noch nicht durch die BRD ratifiziert war. Weiter heißt es bei Lenoir: *„Mit den Rückschlägen der Franzosen und Briten in Windscale und La Hague wächst gleichzeitig der Bedarf nach einer großen deutschen Fabrik; wird das Gorleben-Projekt innen- und außenpolitisch zunehmend akzeptierbar."* (S. *0/11)

Helmut Hirsch

Die Deutsch-Französische Zusammenarbeit in der "zivilen Atombombenproduktion"

Dr. Helmut Hirsch ist Physiker und Sprecher der Gruppe Ökologie Hannover, sowie Sprecher der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGöF). Er war im Auftrag der niedersächsichen Landesregierung der wissenschaftliche Koordinator des Gorleben-Hearings 1979 und initiierte 1983 das Gorleben/Dragahn-Hearing. Als Gutachter arbeitete er u.a. für die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" des Deutschen Bundestages.

Ein wichtiger Meilenstein der europäischen Zusammenarbeit im Brüterbereich war ein Übereinkommen von Energieversorgungsunternehmen aus verschiedenen europäischen Ländern, das 1973 beschlossen wurde.

Damals hat man unter anderem schon eine gemeinsame Errichtung des Super-Phénix anvisiert. Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Italien und die BRD waren dabei.

1976 wurden die Wege durch ein Regierungsabkommen zwischen Frankreich und der BRD weiter geebnet, dem dann 1977 eine Reihe von Kooperationsverträgen gefolgt sind.

Einer der Hauptpunkte dieser Verträge ist, daß sämtliche Kenntnisse auf dem Brütergebiet, die während der Laufzeit dieser Verträge, das wäre 1977-1997, erlangt werden und auch vorher natürlich erlangt wurden, zwischen den Partnern völlig aufgeteilt, das heißt, dem jeweiligen Partner nutzbar gemacht werden.

Auch alles das, was in der BRD in dieser Richtung erforscht wird, muß Frankreich bekanntgegeben werden, wo es dann sinnigerweise angewendet werden kann.

Eine Differenzierung wird nicht vorgenommen und wäre auch gar nicht möglich. Wie wollte man hier Grenzen ziehen zwischen dem zivilen Bereich und dem militärischen Bereich.

an diesem Austausch nehmen außer Frankreich und der BRD vor allem noch Italien, Belgien und die Niederlande teil.

In der BRD laufen die einschlägigen Forschungsarbeiten vor allem im Kernforschungszentrum in Karlsruhe und in der Firma Interatom. Dieser Austausch ist wohl sehr intensiv. Man konnte schon 1980 in der Zeitschrift „Kerntechnik" lesen, daß in den ersten drei Jahren 250 Expertengespräche stattgefunden hätten — eine sehr intensive Arbeitsweise — und daß in dieser Zeit bereichts 1500 Dokumentationen ausgetauscht worden wären.

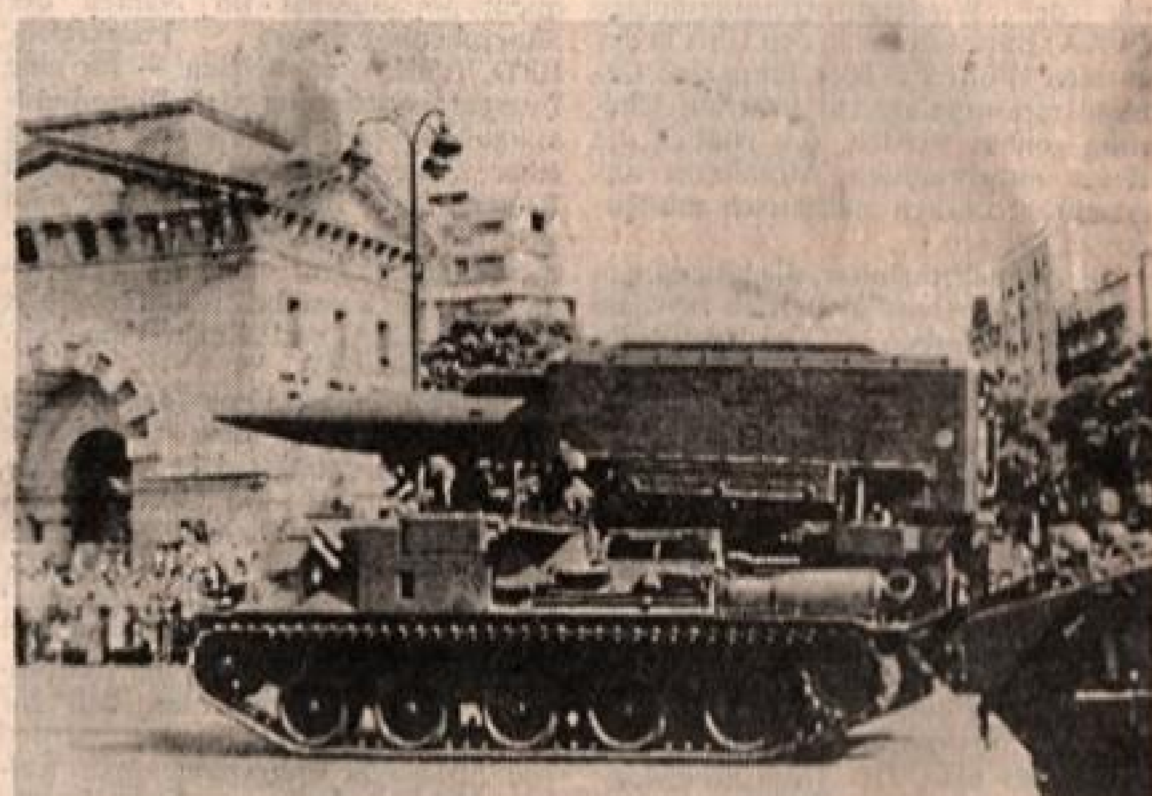
Dies wurde zwar offen zwischen den Partnern gehandhabt, aber an die Öffentlichkeit selbst ist davon relativ wenig gegangen.

Zum Inhalt dieser Forschung möchte ich nur einen Punkt anmerken. Z.B. ist einer der Schwerpunkte der Forschung im Kernforschungszentrum Karlsruhe die Entwicklung verschiedener Brennstofftypen. D.h. Mischoxid, Plutonium (Pu)-Dioxid und Uran-Dioxid, gemischt auch mit karbidschen Brennstoff, also Pu-Carbid (nicht Pu-Oxid).

Solche Forschungsarbeiten bringen es zwangsläufig mit sich, also ohne unlautere Absichten, daß man einen reichen Erfahrungsschatz sammelt. Besonders bei der Verarbeitung und z.T. auch in der chemischen Konversion von Pu, die für den Bombenbau sehr wichtig ist. Dieser Erfahrungsschatz könnte, wenn man einmal auf die Idee kommt, zur Bombenherstellung dienen.

Die SBK muß 16% des Startinventars an Pu für den Brüter zur Verfügung stellen. Im Brutmantels des Super-Phénix fallen jährlich, wenn er wie geplant funktioniert, ca. 300 kg

Fortsetzung nächste Seite



Französische Atom-Artillerie

Forts. von vorheriger Seite

erstklassigesWaffen-Pu an. Zusätzlich noch eine größere Pu-Menge, die direkt im Kernbereich des Reaktors anfällt und nicht die Waffenqualität hat. Unklar ist dabei allerdings, wie dieses Pu danach wieder abgerechnet wird. Diese 16% sind ja nur eine Leihgabe.

Es ist nicht klar, in welcher Form dies geschieht, ob z.B. die gleiche Menge an Reaktor-Pu zurückerstattet wird, oder eine um die Brutrate vermehrte Menge an Reaktor-Pu zurückgegeben wird, oder ob auch das Waffen-Pu aus dem Brutmantel paritätisch aufgeteilt wird.

Im letzteren Fall würde die BRD jährlich etwa 47 kg erstklassiges Waffen-Pu erhalten, das entspricht vorsichtig gerechnet 10 taktischen Atomwaffen, eher noch einigen mehr. Auch der Bereich der Wiederaufbereitung von Leichtwasserreaktor-Brennstoff ist eine potentielle Quelle für Waffen-Pu, auch wenn das Reaktor-Pu durch Laseranreicherung weiter verarbeitet werden muß. Auch hier besteht eine Zusammenarbeit.

Schon 1971 hat die BRD gemeinsam mit den beiden Kernwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien eine Firma gegründet, die United Processors GmbH mit Sitz in Frankfurt. Es findet auch ein Kenntnisaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten statt. Allerdings ist in dem Bereich der Austausch weniger intensiv. Hier ist ein eifersüchtiges Achten auf das eigene Know-how zu bemerken. Die Franzosen sind gegenüber ihren Kollegen der deutschen Kernindustrie nicht so offen wie bei dem Brüter-Know-how. D.h., insgesamt unterstützt also die BRD, hier vor allem durch die Brüterzusammenarbeit, das französiche Kernwaffenprogramm. Sie unterstützt die vertikale Proliferation, also die weitere Anhäufung und den weiteren Ausbau von Atomwaffen im Atomwaffenstaat. Das ist etwas, was die Franzosen nach den jetzigen offiziellen Plänen auch gut brauchen können. Es folgen kurzfristig zwei weitere Atom-U-Boote, die in Betrieb genommen werden, dann sind es sieben. Jetzt sind es schon fünf. Bis 1992 sollen die Atom-U-Boote mit neuen Raketen ausgestattet werden, die jeweils sechs Sprengköpfe haben. Weiterhin sollen auch die landestützten Mittelstreckenraketen durch neue Mittelstreckenraketen in den 90er Jahren ersetzt werden. D.h. hier gibt es also tatsächlich ein Programm, der Bedarf an Pu ist bei den französichen Militärs zweifellos vorhanden, und die BRD unterstützt dieses Programm, obwohl sie gleichzeitig keinerlei rechtliche Handhabe hat, irgendwie auf die Verwendung des französichen Pu einzuwirken.

Die Bundesregierung weicht diesem Problem so aus, indem sie einfach die Existenz ableugnet. Z.B. hat Minister Riesenhuber im November 1982 auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage erklärt, man soll das doch alles nicht so hoch spielen, die französiche Regierung hat ganz spezielle Produktionsreaktoren, mit denen sie ihr waffenfähiges Pu herstellt. Der Brüter sei für die Waffenproduktion ohnehin

nicht so hoch spielen, die französiche Regierung hat ganz spezielle Produktionsreaktoren, mit denen sie ihr waffenfähiges Pu herstellt. Der Brüter sei für die Waffenproduktion ohnehin

nicht so geeignet, da könne man davon ausgehen, daß hier eine Trennung gegeben sei.

Hier werden die simplen technischen Tatsachen, nämlich daß für jemanden, der das militärische Atomprogramm will und dazu noch einigermaßen billig, dieser Weg geradezu ideal ist, mit dem ,,Zweizweckreaktor'', einfach verleugnet. Diesen Punkt müßte man eigentlich in der Öffentlichkeit noch klarer darstellen.

Das ist die eine Seite, die vertikale Proliferation. Das andere Problem ist, daß die BRD durch die Mitarbeit am französischen Brüterprojekt und durch die Rücknahme von 47kg Pu, (eventuell vielleicht Rücknahme von Reaktor-Pu, das man auch behandeln und in den waffenfähigen Zustand bringen kann) die Verfügungsgewalt über Atomwaffenrohstoffe erlangen kann. Es ist klar, daß in der BRD das weitere Know how vorhanden ist, um ohne jahrzehntelange Einarbeitungszeit mit diesen Rohstoffen auch umgehen zu können.

Es gilt mit gewissen Einschränkungen für den Schnellen Brüter in Kalkar, wenn der in Betrieb geht und in der entsprechenden Weise betrieben wird, daß dort waffenfähiges Pu anfällt. Das gilt mit den bekannten Einschränkungen auch für die Wiederaufbereitung von LWR-Brennstoff. Dieser Weg weist technisch bestimmte Nachteile auf, andererseits wird er dadurch interessant, daß sehr groß Mengen anfallen würden. Eine 700 Jahrestonnen Wiederaufbereitungsanlage für LWR-Brennstoff würde pro Jahr sieben Tonnen Reaktor-Pu produzieren, also viel mehr als diese 45 kg, die ich vorhin genannt habe. Dieser Weg kann, wenn ein größeres Waffenprogramm angestrebt wird, von der Menge her natürlich eine bestimmte Attraktivität haben.

Nun beruft sich die Bundesregierung darauf, daß die BRD ja den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet, und damit auf die Produktion von Atomwaffen und auf die nationale Verfügungsgewalt solcher Waffen verzichtet hat.

Zum Nichtweiterverbreitungsvertrag ist zu sagen, daß er eine Kündigungsfrist von 90 Tagen hat. Würde man von der Möglichkeit der Kündigung des Vertrages Gebrauch machen, würde man allerdings auch die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Der Vertrag läuft in zwölf Jahren aus. Diese Klausel, daß der Vertrag ausläuft, war eine Vorbedingung für die BRD für die Unterzeichnung. Das ist ein Punkt, der recht interessant ist. Aber selbst dann, wenn man den Vertrag bricht und dabei erwischt wird, daß man militärische Aktivitäten durchführt, haben die Internationale Atomenergiebehörde und die Euratom kaum reale Sanktions- oder Machtmöglichkeiten, um den betreffenden Staat unter Druck zu setzen. Sie haben natürlich das eine Druckmittel, dieses Vorgehen öffentlich bekannt zu machen und anzuprangern; d.h. andersherum gesagt können diese Sicherheitskontrollen bestenfalls eine Warnung für eine gewisse Zeit sein, bevor die Atomwaffen wirklich hergestellt werden. Mehr nicht — wenn man sich vor Augen hält, daß die Verarbeitung von Pu, Plutoniumdioxid umgewandelt in metallisches Pu, das man für Atomsprengkörper braucht, eine Sache von einigen Wochen oder Monaten ist...

Man muß sich zudem die Frage stellen, ob die Internationale Atomenergieorganisation effektive Kontrollen durchführen oder ausüben kann, und daß sie überhaupt erkennen kann, wann ein Mißbrauch vorliegt. (...)

Nun komme ich zu dem politischen Willen, der auch dazu gehört. Es sind zweifellos Entwicklungen in den nächsten Jahren denkbar, die den Anstoß geben könnten, daß man sich die Frage: Kernwaffen in der BRD — ja oder nein, noch einmal stellt. Man darf auch nicht vergessen, daß seinerzeit in den frühen 70er Jahren, als der Nichtweiterverbreitungsvertrag von der BRD ratifiziert wurde, dies durchaus kontrovers war. Führende bayerische Politiker waren damals keineswegs davon begeistert. Wie schon gesagt, es sind Entwicklungen denkbar — etwa Zerwürfnisse im westlichen Bündnissystem, die neue politische Konstellationen schaffen können, oder andere tatsächliche oder angenomme Veränderungen der globalen Kräfte bewirken. Dabei kann die mögliche Atombewaffnung der BRD ein breites Spektrum von Möglichkeiten einnehmen. Auf der einen Seite etwa dahingehend, daß man Pu für die Arsenale der NATO bereitstellt, oder daß die BRD, wenn die Fertigungskapazitäten von Atomsprengköpfen knapp sind, diese selbst produziert und sie der NATO zur Verfügung stellt. Es gibt auch die Möglichkeit, die zur Zeit in französichen Regierungskreisen herumspukt, daß die BRD auch

köpfen knapp sind, diese selbst produziert und sie der NATO zur Verfügung stellt. Es gibt auch die Möglichkeit, die zur Zeit in französichen Regierungskreisen herumspukt, daß die BRD auch

ihren Beitrag leisten möchte, wenn eine europäische Atommacht angegriffen wird.

Dazu kommt noch der alte deutsche Traum von der eigenen Atombombe, der wieder aufgewärmt werden könnte. Ich habe das aufgezählt, um aufzuzeigen, daß es ein Spektrum gibt, wo man von der einen Seite zur anderen hinübergleiten kann. Z.B. scheint es vielleicht noch nicht so schlimm, Pu an die NATO zu verkaufen, in nicht-konvertierter Form, das wird dann dort weiter behandelt. Das wäre der erste Schritt, der politisch vielleicht sehr leicht durchsetzbar wäre. Damit wäre das Eis schon gebrochen, weil man Pu direkt für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Dann wären auch weitere Schritte denkbar.

Es ist ja auch nicht so, daß es rein von der deutschen Geschichte und von der Geschichte der deutschen Technologie nun so absurd wäre, ein Interesse in Deutschland und in der deutschen Militärtechnologie an solchen fortgeschrittenen Waffen anzunehmen. Wenn man nun 40 Jahre in die Vergangenheit zurückgeht, sieht man den Grund dafür, daß in Deutschland nicht eine solche Kontinuität im zivilen und militärischen Atomprogramm besteht wie in den USA. Der Grund ist einfach der, daß Hitler Gottseitdank den Krieg verloren hat. Sonst wäre es ein viel kontinuierlicherer Weg vom Kaiser-Wilhelm-Institut zu dem Reaktor im Haigerloch und zu der zivilen Atomenergienutzung. Dabei kann man sogar jetzt feststellen..., daß einige Professoren, die damals am Haigerloch mit dabeiwaren, später auch am zivilen Atomprogramm beteiligt waren. Auch sonst kann die BRD, wenn sie eine Atomstreitmacht aufstellen will, zu der auch Trägerwaffen gehören, auf eine reiche Tradition zurückblicken. Es kann sich für Deutschland anbieten, wenn ich einmal versuche, militärisch zu denken, nicht landgestützte Raketen aufzustellen, sondern eine U-Boot-Streitmacht aufzubauen... Der deutsche U-Boot-Bau in den letzten zwei Kriegen war berüchtigt. Die Deutschen haben auch die Cruise Missile erfunden..., das sind taktische Waffen die es damals schon gab... Düsenjäger, die schon 1944-45 in diesem Land gebaut wurden. Das wäre eine Anknüpfung an die militärischen und technologischen Traditionen, die in diesem Lande sehr stark sind.

Zur Zeit haben wir mit dem Einstieg in das zu tun, was man ein ,,mehrdeutiges'' Atomprogramm nennen könnte, ein Atomprogramm, das nicht mehr eindeutig zivil ist. Das beginnt natürlich schon beim Leichtwasserreaktor, schon da hat man ein gewisses Maß an Mehrdeutigkeit. Das verstärkt sich in dem Augenblick, in dem man die WAA und den Brüter dazu baut. Dann hat man ein Atomprogramm, das sowohl zivile als auch militärische Ansatzmöglichkeiten in sich birgt, und das sich dann allmählich weiter entwickelt.(...)

Man weiß dann gar nicht so genau, ist das schon mehrdeutig, oder besteht diese Mehrdeutigkeit nur noch in der Öffentlichkeit, und in Wirklichkeit ist es den politisch Verantwortlichen ohnehin schon klar.

In einer Krisensitation sieht es grundlegend anders aus, wenn man kein ziviles Atomprogramm bzw. keine Brüter und WAA's hat, und sich für die Atombewaffnung entscheidet und weiß, dazu benötigt man fünf Jahre. Das ist eine andere Grundlage für eine Entscheidung, als wenn man weiß, daß das spaltbare Material vorhanden ist, und zugleich weiß, daß man, um Atomwaffen herzustellen, nur fünf Wochen Zeit benötigt.

Dieser Punkt wird von offizieller Seite oft sehr schnell vom Tisch gewischt. Man sagt, daß man diese technische Frage gemeistert habe. Diese Frage sei aber letztlich irrelevant, weil es eine politische Frage sei. Das stimmt, aber durch das Vorhandensein bestimmter technischer Gegebenheiten kann die politische Entscheidung in bestimmte Bahnen gelenkt werden. Z.B. kann eine Gruppe, wie innerhalb der Bürokratie, im Krisenfall diese wunderbaren Dinge aus dem Ärmel ziehen und so die Entscheidung beeinflussen. Das sind alles Probleme, die man berücksichtigen muß. (...)

Wenn man sich diese Situation vor Augen führt, ist klar, daß Widerstand sich nicht nur dagegen richten muß, daß die BRD durch technisch-wissenschaftliche Kooperation anderen Staaten beim Ausbau ihres nuklearen Arsenals hilft. Es ist auch ganz wichtig, daß wir dieses Thema immer wieder in der Öffentlichkeit darstellen, weil es tabuisiert und schnell vom Tisch gewischt wird. Wir müssen wirklich hartnäckig darauf bestehen, dieses Thema immer wieder aufzugreifen, und wir müssen hier auch sehr wachsam sein, da vermutlich alles versucht werden wird,

darauf bestehen, dieses Thema immer wieder aufzugreifen, und wir müssen hier auch sehr wachsam sein, da vermutlich alles versucht werden wird,

vielleicht mit dem Umweg über die NATO oder einer europäischen Streitmacht (der Traum von der deutschen Atombombe), eine Nuklearbewaffnung in Deutschland aufzubauen. Ich meine, daß das tatsächlich eine Gefahr ist, der wir uns stellen, und mit der wir uns auseinander setzen müssen.

Atomkraftwerke sind nicht notwendig außer für den Profit

Ein Positionspapier des Arbeitskreises gegen Atomanlagen Frankfurt zur Situation der Anti-AKW-Bewegung

Im letzten Jahr sollte Gorleben auf dem Vulkan tanzen, Kalkar abgerissen werden, beim Schacht Konrad und den Wiederaufarbeitungsstandorten massenhaft Widerstand geleistet werden.

Der angekündigte heiße Herbst ist lauwarm geblieben. Woran hat's gelegen?

Sicherlich mit daran, daß die Bewegung die Bedingungen ihrer anfänglichen Erfolge, ihre immanenten Grenzen, ihren Verfall immer noch nicht genügend aufgearbeitet hat.

Kann die Anti-AKW-Bewegung endgültig einpacken . . .

Fragen müssen beantwortet werden:

— Ist der Kampf gegen den ,,einen Punkt'' Atomkraftwerk nicht durch die gesamtwirtschaftliche Lage in seiner Reduziertheit deutlich geworden?
— Hinken wir nicht sogar der Atomlobby (schon immer) hinterher, die die Atomfrage unzweideutig mit der Systemfrage verknüpft?
— Können wir eigentlich überzeugendere Antworten geben auf konrete — natürlich auch geschürte — Ängste und Probleme, die sich zum Beispiel auf Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und ,,Energieknappheit'' beziehen?
— Oder sind DIE GRÜNEN bequemer als der außerparlamentarische Widerstand?

Im Moment könnte die Anti-AKW-Bewegung einem Aufschwung entgegensehen, allerdings nicht, bevor die vorstehenden Fragen beantwortet werden.

Konkret Projekte stehen wieder an: Der Schnelle Brüter in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor in Schmehau-

den.

Konkret Projekte stehen wieder an: Der Schnelle Brüter in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor in Schmehau-

sen, das Atomkraftwerk Wyhl, die Wiederaufbereitungsanlagen in Schwandorf und Dragahn. Diese konkreten Anlässe bieten die Chance, daß sich wieder breitere Massen für das Thema AKW interessieren — und dieses Mal nicht auf der Ebene der reinen Gefahrendarstellung stehen bleiben.

Wir können und müssen gerade an dieser Fortführung des Atomprogramms die Systemfrage stellen.

Der Widerstand gegen die Atomenergie und deren mögliche Nutzung für militärische Zwecke wird somit zum Widerstand gegen die weitere Verschlechterung sozialer Verhältnisse und schafft die Möglichkeit des Zusammenschlusses mit anderen sozialen Bewegungen.

Dazu kommt: die Anti-AKW-Bewegung war ein Symbol für breiten außerparlamentarischen Kampf. Es gilt alles daran zu setzen, die augenblickliche Situation zu nützen, um der Parlamentarisierung des Widerstands wieder starke außerparlamentarische Bewegungen hinzuzufügen. Nur so können wir erreichen, daß die Anti-AKW-Bewegung wieder auspacken kann!

Der folgende Beitrag des ,,Frankfurter Arbeitskreises gegen Atomanlagen'' erhebt nicht den Anspruch, der Widersprüchlichkeit, Zerrissenheit und Stagnation innerhalb der Anti-AKW-Bewegung den Stein der Weisen entgegenzusetzen. Wir sind aber der Auffassung, daß der Kampf am Schwerpunkt ,,Atomkraft'' neu bestimmt und vor allem fortgesetzt werden muß, da die Atomkraft eine der krassesten Ausdrucksformen eines menschenfeindlichen Gesellschaftssystems darstellt. Unsere Geschichte, Erfahrungen, Um-

Atomkraft eine der krassesten Ausdrucksformen eines menschenfeindlichen Gesellschaftssystems darstellt. Unsere Geschichte, Erfahrungen, Um-

orientierungen verweisen sowohl auf allgemeine Merkmale der Anti-AKW-Bewegung als auch auf Besonderheiten des Widerstands in einer Großstadt wie Frankfurt.

Fortsetzung nächste Seite



Brokdorf ...

Kampf den Atomkraftwerken

Forts. von vorheriger Seite

. . . weil andere Bewegungen zentraler geworden sind?

Der Mitte der 70er Jahre gewachsene breite Widerstand hatte sich an ganz konkreten Bezügen entzündet: an den Standorten, den Aktionen am Bauplatz, der Aufkärung über die Gefährlichkeit der Atomenergie.

Begünstigt wurde der Widerstand durch immanente Widersprüche bei Atomindustrie und Staat. Angesichts der Milliarden-Investitionssummen, die auf dem Spiel standen, konnte sich die Atomindustrie die Palette unsicherer Rahmenbedingungen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr leisten:

Dazu gehörten explodierende Kosten für Material und Brennstoff, Unwägbarkeiten bei Lieferung, Anreicherung, Zwischen- und Endlagerung, Wiederaufarbeitung, Rückschläge der Exporterwartungen, die USA-Ereignisse von



Wyhl ...

der Stornierung von Kraftwerksaufträgen bis zum „Harrisburg Trauma" und dem „unzureichenden" Grad der Monopolisierung im Energiesektor, der Verflechtung von Staat und Kapital.

Mit dem ungenügend zurechtgebogenen öffentlichen Bewußtsein und den Schwierigkeiten bei der Legitimation des angeblich erhöhten Strombedarfs verdüsterten sich die Aussichten der Betreiberseite. Der Widerstand bewirkte die Baustopps von Brokdorf und Wyhl, die Niederlage der Atomlobby bei der Volksabstimmung in Österreich; er drückte sich in schleppenden Genehmigungsverfahren und blockierenden Gerichtsurteilen aus.

Davon war der staatliche Machtapparat überrascht worden: hochge-
Genehmigungsverfahren und blockierenden Gerichtsurteilen aus.

Davon war der staatliche Machtapparat überrascht worden; hochgeschraubte Profiterwartungen der Atomindustrie mußten natürlich fürchterlich enttäuscht werden, wenn z.B. ein Atomkraftwerk wie Biblis Block C, 1975 beantragt, frühestens 15 Jahre später in Betrieb gehen kann. Die „Denkpause", die wir der Gegenseite aufzwangen, das faktische vierjährige Moratorium, führte freilich geradewegs in die Richtung der Perfektionierung zukünftiger Bauplanungen.

— Die „Baulinie-80", die die Verwaltungsbürokratie entschlacken und den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik gewährleisten
— die Monopolisierung des Energiesektors, die das Kapitalrisiko mindern
— die Energieknappheitspropaganda, die die Atomenergiekritik aufweichen und
— die Militarisierung des Objektschutzes, die uns in die Resignation treiben sollte,

wiesen auf die kommende Offensive der Atomlobby hin.'

Zyniker könnten meinen: „Sind wir nicht das ideale Frühwarnsystem für den Staat gewesen und mit Schaffung günstiger Rahmenbedingungen überflüssig geworden?"

In Frankfurt z.B., wo bis 1978 noch an die Tausend aktive Atomkraftgegner in mehr als einem Dutzend von Stadtteilgruppen aktiv waren, folgten auch prompt Rückzug und Resignation.

Was einst als konkret galt („Gorleben ist überall") und über einen regelrechten AKW-Tourismus vermittelt worden war, erschien jetzt „abstrakt", zumal im näheren Umkreis kein Standort war.

„Zum Glück" gab es ja dann die Startbahn West, die wieder konkrete Betroffenheit auslöste und den Frankfurter Anti-AKW-Bürgerinitiativen endgültig den Garaus machte. Es sieht aber ganz so aus, als erlitten die Startbahn-BIs und vielleicht auch in Zukunft die Friedensinitiativen dasselbe Schicksal wie wir.

Wird unsere Stagnation ausschließlich durch die geballte Macht der Atomkraft- (Startbahn-, Aufrüstungs-) „Befürworter" begründet — oder muß sich nicht vielmehr die Anti-AKW-Bewegung über ihre inneren, d.h. organisatorischen und inhaltlichen Strukturen klar werden; über ihre ideologischen Positionen, Bündniskonzeptionen, Angriffsziele? Trägt unser eigenes verengtes Bewußtsein mehr zur Stagnation und Ohn-Macht bei als nötig wäre?

Bauplatzbesetzungen sind wichtig . . .

Die Anti-AKW-Bewegung setzte gewissermaßen auf einer abgeleiteten Ebene an:

der des Bauplatzes und der der vorgeformten öffentlichen Meinung. Abgeleitete Ebene deshalb, weil auf bereits Entschiedenes reagiert wurde (werden mußte). Entscheidungen fallen bereits vorher in Parlamenten und Konzernen, noch eine Ebene davor in der Produktion. Atomenergie wäre kein Problem, würden die unmittelbaren Produzenten sich weigern, solche Anlagen zu bauen. Dieser einfachste Weg ist — wie allseits bekannt — der schwierigste, oder: „Die Arbeiterklasse ist auch nicht mehr das, was sie mal war?" Ein Beispiel: Arbeiter des Schacht Konrad drohten den Demonstranten Prügel an.

Es bleibt deshalb sinnvoll, auf der Ebene des Bauplatzes anzusetzen und immerhin Hunderttausende zu mobilisieren; zu kämpfen für ein Stück lebensnotwendige Umwelt: lebensfeindliche Programme zu bremsen.

Immerhin ist es uns gelungen, in ungezählten Diskussionen, Aktionen und Veranstaltungen, das öffentliche Bewußtsein konfliktbereiter und staatskritischer zu machen.

Veranstaltungen, das öffentliche Bewußtsein konfliktbereiter und staatskritischer zu machen.

. . . aber nicht ausreichend!

Trotzdem bleibt es eine Illusion zu glauben, n u r außerhalb der Produktion das Atomprogramm zu Fall bringen zu können; den einfachen und doch schwierigsten Weg auszuklammern — angesichts der Übermacht von Staat, Kapital, Gewerkschaftsbürokratie und Wissenschaft. Ihren Ausdruck findet diese Eingeschränktheit in unserer Nicht-Politik gegenüber Atomfirmen, Energieversorgungsunternehmen, Gewerkschaften und unmittelbaren Produzenten.

Wir haben einen Teil der Linken für seine ökonomistische Einseitigkeit kritisiert: („Ohne die Arbeiter läuft nichts"). Haben wir dabei die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft aus den Augen verloren?

Folgt aus der Tatsache, daß die Produktivität der meisten BI-Mitglieder nicht in der Produktion von Mehrwert besteht, daß Studenten, Pädagogen, Soziologen, Arbeitslose, Schüler, Freaks, Alternativler, Bauern und Hausfrauen — vielleicht notwendigerweise — nicht die Einsicht und den Bezug zur materiellen Produktion als Grundlage jeder Gesellschaft haben?

Dazu kommt, daß der Kampf gegen eine Autobahn, einen Flughafen, ein Waffendepot, ein Atomkraftwerk den erwähnten Vorteil hat: er ist „konkret". Und das trifft sich mit unserem Interesse, schon hier und jetzt für bessere (Über-)Lebensbedingungen zu kämpfen. Ohne diese vielen „Ein-Punkte-Kämpfe" herabzumildern — sie haben viel in Bewegung gebracht — muß doch ihre Beschränktheit benannt werden.

Wo finden die Bibliser Arbeit, wenn Block A und B weg sind bzw. Block C nicht gebaut wird, wo bekommt die Gemeinde ihre Steuern her?

Wird die Logik des Systems außer Acht gelassen, dann können wir keine Antworten auf diese Fragen geben, und dann kann die Angst, die uns vielleicht zunächst zugute kam, leicht von vielen anderen Ängsten überspielt werden, wenn die Gegenseite ihre technokratischen Antworten gibt. (Nach dem Motto: „Lieber einen verseuchten Arbeitsplatz als gar keinen.")

Noch schlimmer: woher die Motivation zum Weiterkämpfen nehmen, wenn das eine, konkrete Objekte gebaut oder im günstigen Fall verhindert wird?

Eben weil viele von uns nicht in der unmittelbaren Produktion stehen, weil wir uns die Arbeiterklasse samt ihren abgehobenen Stellvertretern gründlich abgeschminkt haben, weil wir Lohnarbeit nur noch als Job begreifen, weil wir uns vom Warenfetischismus zum Teil durch Verweigerung „befreit" haben, weil wir Ökonomie und die Theorie davon nur als Abstraktionen gelernt haben (oder auch nicht), weil wir uns nach konkreten, greifbaren Bezügen sehnen — interessiert uns das Atomkraftwerk zunächst nur in seiner stofflichen Form: als Gebrauchswert und zwar als beschissener.

Diesen Gebrauchswert haben wir entlarvt: Er ist gefährlich, umweltfeindlich, teuer, militärisch nutzbar und scheinbar überflüssig.

Das war wichtig, bleibt wichtig, damit haben wir einiges auf die Beine gestellt, werden es weiter tun — nur: das Atomprogramm wird allein auf diesem Weg nicht fallen.

Verständnislos und moralisch empört mußten wir mit ansehen, wie unsere Vernunft von Betreiberseite ignoriert wurde, wie die Genehmigungsanträge für Biblis Block C etc. nicht etwa aus Einsicht in die Nichtwiedergutmachbarkeit atomaren Treibens zurückgenommen wurden, sondern nur, um bessere Rahmenbedingungen für den gigantischen Ausbau der Atomenergie zu schaffen.

Es gibt keinen Grund, verständnislos zu sein, es gibt aber genug Gründe zu verstehen, daß es unter den Bedingungen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln keine rationale, von allen Gesellschaftsmitgliedern getragene Gebrauchswertproduktion gibt.

Atomprogramm — das heißt auch riesige Profiterwartung und -absicherung fast der gesamten bundesdeutschen Großindustrie, allen voran der Elektroriese Siemens mit seiner Tochter Kraftwerksunion (KWU), die wie kein anderes Unternehmen staatlich ausgehalten wird.

Das heißt auch die größten Einzelexportaufträge, die es je für die Industrie gab, das heißt dauerhafter Zugriff auf gesamtgesellschaftlichen Reichtum, der durch Folgeinvestitionen im In- und Ausland ermöglicht wird. Jedes Atomkraftwerk ist auch eine Ware, die unabhängig von ihrem Gebrauchswert verkauft werden soll.



Grohnde ...

Wir haben die Lügen der Atomindustrie aufgedeckt . . .

Nicht eines der vordergründigen Argumente der Atombefürworter zur Notwendigkeit des Ausbaus der Atomenergie hält einer wissenschaftlichen Überprüfung stand. Begründungen auf der Ebene der Energieversorgung („Lichter gehen aus") sind angesichts seit 1969 verdoppelter Überkapazitäten (ca. 50 %!), völlig absurder Zuwachsprognosen des Stromverbrauchs (1982 Stagnation, 1983 sogar Rückgang!) und des enormen Potentials von Energiesparmaßnahmen (10% bringen fünfmal so viel wie alle AKWs zusammen!) kaum noch zu vernehmen oder werden sogar von der Atomlobby selbst kritisiert.

Es folgte der Schwenk zu Legenden „industriepolitischer" Art: Atomkraftwerke als Wundermittel gegen Investitionsmüdigkeit, Wettbewerbs- und Exportschwächen und natürlich gegen Arbeitslosigkeit. Dazu nur einige Anmerkungen, die sich auf umfangreiches Zahlenmaterial aus Traube/Ullrich „Billiger Atomstrom?" stützen.

— Verkaufte die Siemens/KWU das Atomkraftwerk Biblis A gewissermaßen als Markteinstieg unter hohen Verlusten noch für eine Milliarde Mark, so müssen für ein heute bestelltes AKW bereits mindestens sechs (!) Milliarden hingeblättert werden.
— Interessanterweise erfolgte der weltweite Zusammenbruch der Kernenergiekonjunktur unmittelbar nach der 73er Ölkrise, in den letzten Jahren wurden (besonders USA) mehr abgeschlossene Kernkraftwerksaufträge annulliert, als neue hinzukamen.
— Zum vielstrapazierten Argument „Investitionsstau" in der BRD gehört auch, daß jedes ans Netz gehende AKW die Stillegung anderer (auch fast neuer) Kraftwerke erfordert.
— Von den Investitionsruinen Kalkar und Schmehausen (Staat deckt 72% der Kosten), von der Belastung des Staatshaushalts durch Vorleistungen und Folgekosten der Atomenergie ganz abgesehen: die norddeutschen Energieversorger, die mit künstlich verbilligtem Atomstrom Industrie anlocken und selbst einen „paradiesisch" hohen Atomstromanteil zur Verfügung haben, gefährden jetzt durch in 5 Jahren um über 35% gestiegene Strompreise zum Teil sogar ihre industriellen Abnehmer (Aluminium, Chemie).
— Zum Punkt „Wettbewerbsfähigkeit" ist außerdem zu sagen, daß lediglich Frankreich einen höheren Atomstromanteil als die BRD an der Stromerzeugung hat, und die Stromkosten bei der Produktion einer Ware im Schnitt sowieso nur die vernachlässigbare Größe von 2 bis 3% betragen (Ausnahme Chemie- und Aluminiumindustrie).
  Im Atom-Utopia Frankreich mit seinem „billigen" Atomstrom ist die EdF (Electricité de France) bereits mit 40 Milliarden DM verschuldet und versucht, ihren überschüssigen Strom mit Dumpingpreisen in der BRD zu verscherbeln.
— Um das Exportvolumen allein kann es auch nicht gehen, denn die BRD muß weit mehr kerntechnische Erzeugnisse einführen, als sie ausführen kann (Brennstoffimport!).
— Die Legende von der Substitution teuren Öls durch billigen Atomstrom kann nur denjenigen beeindrucken, der nicht weiß, daß zur Stromerzeugung — schon gar nicht in der Grundlast — kaum Öl eingesetzt wird.
— Bleibt das Totschlagargument „Arbeitsplätze", das besonderes Gewicht dadurch erhält, daß es (noch) von den Gewerkschaften gestützt wird. Und die stehen wiederum unter dem Druck der in der Atomindustrie und ihren Zulieferern Beschäftigten. Mit schamloser Perfektion nutzt die Atomlobby reale Ängste eines Großteils der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können und deshalb um die Sicherheit des Arbeitsplatzes bangt.

Gerade diejenigen, die als erstes Investitionsziel „Rationalisierung" angeben, verkaufen die reale Vernichtung von Arbeitsplätzen als Schaffung derselben. Es charakterisiert das geistige Klima in der BRD, daß dieser Schwachsinn geglaubt wird. Gerade die Atomenergie braucht eine hochgradig durchrationalisierte Technologie, so daß ein Arbeitsplatz — ginge es um diesen — das achtfache eines durchschnittlichen Industriearbeiterplatzes kostet. Ginge es tatsächlich um Arbeitsplätze, dann wären die Atommilliarden in jedem Bereich des Energiesektors fruchtbarer angelegt (Isolierung des Gebäudebestandes, Entschwefelung der Kohlkraftwerke, Nutzung der Sonnenenergie etc.).

Selbst eine DIW-Studie im Auftrag der KWU kommt zu dem Ergebnis, daß jährlich 50 AKWs (= 300 Milliarden DM!) gebaut werden müßten, um 1% Arbeitslosigkeit abzubauen! Und: Schon heute verunmöglicht das in den Atomenergiesektor fließende Kapital sinnvolle, arbeitsplatzintensive Investitionen in anderen Bereichen; schon heute zeigt der weltweite Zusammenbruch der Kernenergiekonjunktur, daß von Arbeitsplatzsicherheit nicht die Rede sein kann; nirgendwo, nicht einmal in Frankreich, hat der Ausbau der Atomenergie etwas an der Massenarbeitslosigkeit geändert; sogar bei Siemens/KWU, dem Monopolisten für den BRD Reaktorbau, gingen trotz hoher Umsatzsteierungen im Jahr 1982 8.000 Arbeitsplätze verloren; zunehmender Strombedarf wurde in der 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für das AKW Wyhl mit Rationalisierungsnotwendigkeiten begründet; auch beim Bau von AKWs werden nicht mehr Arbeiter beschäftigt als beim Bau herkömmlicher Kraftwerke, beim Betrieb sogar weniger. Sicher sind nur die Arbeitsplätze derjenigen, die die fertigen Anlagen permanent bewachen und reparieren müssen!

. . . und sie bauen immer weiter

Obwohl von den angeblichen Vorteilen der Atomkraft nichts übrig bleibt, werden noch in diesem Jahrzehnt weitere 9.000 MW ans Netz gehen, setzt die Bundesregierung in ihrer dritten Fortschreibung des Energieprogramms weiter auf den Ausbau der Atomenergie. Traube/Ullrich nennen als einen der Gründe die „Trägheit des Systems", will heißen, einmal geschaffene Tatsachen sind nicht mehr so leicht rückgängig zu machen:

— Atomindustrie und Zulieferer setzen immer noch auf die Auslastung ihrer vorhandenen Kapazitäten durch vom Staat geschaffene Nachfrage.
— Die Elektrizitätswirtschaft setzt auf steigenden Stromverkauf, Hand in Hand mit der Elektroindustrie, die den Wärmemarkt erobern will. Steigende Kosten können durch das Gebietsmonopol auf den Verbraucher abgewälzt werden.
— In den Kernforschungszentren und der Atomindustrie überhaupt verknüpfen Tausende von Beschäftigten ihre wirtschaftliche Existenz mit dem Festhalten an der Atomenergie.
— Wissenschaftler und Politiker mögen die krassen Irrtümer ihrer Verbrauchsprognosen nicht eingestehen.
— Insbesondere auch die Gewerkschaftsfunktionäre sehen und zeigen keine Alternativen zu vorherrschenden Wachstumsvorstellungen und liefern damit die Massenbasis für die Ideologien der Atomkraftbefürworter.

Damit sind zwar Auswirkungen, die eine eigene Dynamik erlangt haben, benannt, die Ursachen des Ausbaus der Atomenergie liegen aber tiefer.

Fortsetzung nächste Seite

Kampf den Atomkraftwerken

Forts. von vorheriger Seite

Atomkraft als „Wundermittel" zur Überwindung ökonomischer Krisen?

Bei allem „Wirtschaftswunder", allen staatlichen Eingriffen, aller Konzentration und Zentralisation, aller einzelbetrieblichen Planung, aller Marktforschung, allen Verkaufsstrategien bleibtauch die BRD nicht von Krisen verschont. Privater Besitz an Produktionsmitteln bedeutet eben, daß ökonomische Entscheidungen nicht von den Produzenten selbst in Abstimmung geplant werden, sondern sich auf einen anonymen Markt bewähren müssen — oder auch nicht. Die kapitalistischen Reinigungskrisen haben allerdings einen zunehmend unangenehmen Nebeneffekt: Die darauffolgenden Aufschwünge werden immer schwächer. Erreichte das reale Bruttosozialprodukt 1955 noch stolze 12% Steigerung, so waren es beim 60er Aufschwung nur noch 9,0%, beim 64er 6,6%, beim 69er 7,9%, beim 76er 5,3%, beim 79er 4,4% — aus heutiger Sicht fast schon „Traumergebnisse"!

Angesichts der Tatsache, daß die deutschen Wachstumswellen immer schwächer wurden, daß sich eine Sättigung auf vielen Teilmärkten (gerade Großanlagenbau) abzeichnete, daß die Bewältigung von Wirtschaftkrisen immer aussichtsloser wurde — bei verschärfter internationaler Konkurrenz — gewann die Durchsetzung der Atomenergie zunehmend an ökonomischer Bedeutung. In der Phase der Euphorie wurde zudem mit gigantischen Exportgeschäften kalkuliert, vor allem aber damit, Abnehmerländer, besonders in der 3. Welt, in jahrzehntelange wirtschaftliche und technische Abhängigkeit zu bringen.

Einheimische Industriebranchen durften sich einen weiteren — neben der Rüstung — staatlich abgesicherten Absatzmarkt erhoffen. Wegen der hohen Kapitalintensität und der gesicherten Profite im Elektrizitätsgeschäft (der Staat gewährt Ausfallbürgschaften, die EVUs können die Strompreise mit Gewinngarantie bestimmen) schien sich das Atomanlagengeschäft besonders gut zur Wirtschaftsstützung zu eignen.

Da die Atomindustrie unter rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten keine Chance gehabt hätte, erreichte die Verflechtung von Staat und Kapital hier ein Ausmaß, das sogar das des militärisch-industriellen Komplexes übertrifft. Ähnlich der „Rohstoffkrise" 1914 oder „Treibstoffkrise" 1935/36 nutzten die BRD-Konzerne die „Energiekrise", um sich größere Zugriffsgewalt auf gesamtgesellschaftliches Eigentum (bisher ca. 30 Mrd. Mark staatlicher Subventionen) zu verschaffen und dadurch Vorstöße auf den Weltmarkt vorzubereiten.

Die Atomenergie bot sich auch deswegen an, da auf Grund ihrer militärischen Vergangenheit hier schon ein hoher Stand von Wissenschaft und Technik erreicht war. Dazu kam, daß atomare Aufrüstung unter dem Deckmantel friedlicher Nutzung betrieben wer-



Gorleben, ausgeteilt und auch eingesteckt. Just for fun?

wegen an, da auf Grund ihrer militärischen Vergangenheit hier schon ein hoher Stand von Wissenschaft und Technik erreicht war. Dazu kam, daß atomare Aufrüstung unter dem Deckmantel friedlicher Nutzung betrieben wer-

den konnte. Jüngste Verhandlungen von RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) und DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) mit französischen und amerikanischen Firmen bestätigen den untrennbaren Zusammenhang friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie.

Der Staat garantiert die Machtkonzentration im Energiebereich

Die Rolle des Staates geht dabei über Subventionen, Übernahme unrentabler „Begleiterscheinungen" (Atommüllagerung etc.), Kredite an Staaten, die bundesdeutsche Anlagen kaufen wollen usw. hinaus. Über staatliche und halbstaatliche Unternehmen unterstützte und forcierte der Staat die Konzentrationswelle im Energiebereich. Von 1974 bis 1979 hat die VEBA 137 kleinere Firmen geschluckt, gefolgt von den RWE (100), die Ruhrkohle AG lag in der Liste der größten Firmenkäufer auf Rang fünf. Gestoppt werden sollten Konkurrenzkämpfe verschiedener Energieversorger (Kohle, Gas, Öl), um aufgrund der Überkapazitäten fallende Preise zu verhindern, die der Kernenergie keine Chance lassen würden. Die Brachlegung anderer Energieressourcen, das Auftreten des Staates als Nachfrager nach Atomenergie, Preiserhöhungen verdrängter Energieträger zur Verhinderung von Einbußen der damit befaßten Konzerne — der Energiemarkt ähnelte immer mehr dem EG-Agrarmarkt.

Hand in Hand mit den Großbanken koordinierte der Staat den Kapitalabfluß in den Energiesektor. Zum Vollzugsapparat wurden die Energieversorgungsunternehmen: durch ihr Gebietsmonopol sollten sie zum sicheren Ort langfristiger Investitionsstrategie werden. Ähnlich der Rüstungsindustrie ging es bei der Atomenergie um Kapitalbildung und -verwertung unabhängig von den Risiken des gesellschaftlichen Bedarf.

Die Interessen der Atomindustrie trafen sich nahtlos mit der Strategie der EVUs und der darbenden Elektroindustrie, die auf ein „Nullwachstum" zusteuerte und mit der sie ohnehin verflochten war. Deren Strategie lautete „Eroberung des Wärmemarkts" mittels Elektrospeicherheizung, Elektrowärmepumpe und nuklearer Fernwärme. Projekte, die dem unbefangenen Betrachter als widersinnig erscheinen, da z.B. bei der Elektrowärmepumpe mehr und teurere Energie eingesetzt werden muß als am Ende herauskommt. Aber mit dem angestrebten Volumen von 15 Millionen Elektrowärmepumpen wollte sich nicht nur die Elektroindustrie sanieren, sondern sozusagen nebenbei sollte auch der Stromverbrauch der privaten Haushalte verdreifacht werden.

Auf Kosten der Gesellschaft schien die kapitalistische Wirtschaft mit der Atomenergie ein „Perpetuum mobile" gefunden zu haben: verbrauchten sämtliche Atomprogramme bisher nicht mehr Energie, als sie brachten?! Das Atomprogramm in einer Linie mit Startbahn-West, Rhein-Main-Donau-Kanal, Kupferkabel-Fernsehen etc. Die Festschreibung der Energieverschwendung, die Festlegung auf die teuerste Energieform, die Verdrängung anderer und alternativer Energieträger, die wahnwitzigen Folgekosten machten und machen die Atomenergie zur Speerspitze eines parasitären und verfaulenden Gesellschaftssystems.

PS: Kein Wunder also, daß z.B. für Sonnenenergie nur mit einem Fünfzigstel staatlicher Zuschüsse geforscht wird. Die Alternative heißt eigentlich nicht Atomenergie gegen Sonnenenergie, sondern Mehr-Verbrauch und -Verkauf von teurem, zentral erzeugtem Strom gegen billige, ressourcensparende und dezentral erzeugte Energie, die weniger Macht und Profit brächte!

Warum wir trotzdem weitermachen

Ob es für eigenständige Anti-AKW-Gruppen noch eine Perspektive gibt, läßt sich im Moment nur schwer beantworten. Gerade Initiativen, die nicht aus der Betroffenheit „vor Ort" entstanden sind, haben in besonderem Maße ihren Praxisbezug über nationale oder zumindst regionale Kämpfe hergestellt. Existieren diese Zusammenhänge (fast) nicht mehr, gehen Motivationen verloren und hängen theoretische und Öffentlichkeitsarbeit in der Luft. In einer Stadt wie Frankfurt läßt sich kaum noch vermitteln, daß die Atomenergie eines der Kernprobleme dieser Gesellschaft ist, abgesehen davon, daß sich auch Selbstzweifel ausbreiten. Zudem sehen die „hinterlassenen" aktiven AKW-Gegner den Wachstumsprozeß der GRÜNEN, der Friedensgruppen, der Bewegungen im sozialen und ökonomischen Bereich sowie anderer Initiativen (Autobahn, Startbahn etc.).

Liegt es an der „Trägheit unseres Systems", am vertrauten Gruppenzusammenhang oder sonstwas, daß wir weiterhin an einem Konzept für Anti-AKW-Arbeit basteln?

Warum vollzogen wir den Wechsel in eine Friedens-, Startbahn- usw. Gruppe nicht nach, die doch vielen der „Ehemaligen" wichtiger erschien?

Warum sich weiter fruchtlos (?) den Kopf zerbrechen, wo unser „Anliegen" doch auch von den GRÜNEN aufgenommen ist?

Warum nicht Regeneration im Privatleben?

Aber: Die Gründe, gegen die Atomenergie zu kämpfen, sind geblieben. Ob mit oder ohne Bewegung bleibt sie eine der krassesten Ausdrucksformen eines faulen Gesellschaftssystems.

Die schleichende radioaktive Verseuchung, das Katastrophenpotential des Atommülls, die militärische Nutzung des Plutoniums, die unerhörte Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums, die Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie usw. usw. — alle Konsequenzen der Atomenergie, zum Tiel unumkehrbar, bleiben, vergrößern sich sogar, nur die Bewegung verkleinert sich.

Wir wenden uns gegen die Illusion, dies könne auf ein Nebengleis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgeschoben werden; gegen die Illusion der „Umsteiger", es gäbe Wichtigeres als Atomenergie, nur weil anderswo eine „Ein-Punkt-Bewegung" gerade mal stärker ist; allerdings auch gegen die Illusion, die Anti-AKW-Bewegung könne in ihrer früheren Form wiederauferstehen.

Selbstverständlich sind regionale und nationale direkte Aktionen weiterhin zu unterstützen und zu propagieren. Für eine relativ kleine Großstadt-BI kann dies u.E. aber nicht der Arbeitsschwerpunkt sein. Von größerer Bedeutung scheint uns die Überwindung früherer „Schwachpunkte" zu sein:

- die inhaltliche Beschränkung auf den Punkt „Gefahren der Atomkraftwerke";
- die daraus resultierende Abgeschlossenheit gegenüber an anderen Schwerpunkten arbeitenden Gruppen;
- die Ausblendung des ökonomischen Bereichs: Atomfirmen, Auseinandersetzung mit Gewerkschaften, Lohnabhängigen;
- die Nichtaufarbeitung der Atomenergie als Bestandteil des kapitalistischen Systems auf bestimmter Stufe der „Produktiv"kräfte;
- die Unfähigkeit über alternative Energien hinaus, deren gesellschaftliche Umsetzbarkeit, bzw. grundsätzliche andere gesellschaftliche Bedingungen zu benennen.

Mit der Friedensbewegung zusammen gegen Profite

Davon ausgehend, daß es eine Vielzahl von „Einzelerscheinungen" gibt, aber die vielen teils getrennt geführten „Kämpfe" auf den gleichen gesellschaftlichen Widersprüchen basieren, muß das Ziel einer nur durch Zusammenfließen des Widerstandes zu erreichenden „anderen" Gesellschaft wieder ins Blickfeld geraten, auch wenn das kurzfristig zu abstrakt erscheint. (Die Technokraten des Kapitalismus haben es da sicher leichter, aber wollen wir ihnen ewig das Feld überlassen?)

Unter diesen neu zu schaffenden Voraussetzungen kann die Verbindung zwischen den im Ökologie und Friedensbereich Aktiven angegangen werden.

Wie z.B. in Frankreich in der Zwischenzeit aufgedeckt, dient der neue Brutreaktor „Super Phénix" der Plutoniumproduktion für militärische Zwecke, d.h. dem Ausbau der französischen Atomstreitmacht. Mit 15% ist der größte westdeutsche Stromversorger, die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (über unsere Steuergelder) an diesem Projekt der „friedlichen Kernenergienutzung" beteiligt.

Der AKW-Export, das Atomkraftwerk als „bombiges" Angriffsziel, das BRD-USA Geschäft: Atommüll gegen Atomraketen, das scheinbar sinnlose Festhalten am Schnellen Brüter in Kalkar muß uns zu einem gemeinsamen Widerstand gegen Raketenstationierung führen.

Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Gruppen

Es eröffnen sich (hoffentlich) auch Bezugspunkte zu denen, „ohne die es letztendlich nicht geht". Im Bewußtsein der Fehler alter ML-Avantgarden, erscheint es uns doch möglich, konkreter am Bezug Ökologie/Ökonomie zu arbeiten als bisher. Gerade in den größeren Städten haben viele Atomfirmen ihre Zentralen und Ableger, die bislang fast ungestört vor sich hin wirtschaften konnten. Hier werden nicht nur die Produktionsentscheidungen gefällt, hier entsteht auch das dazugehörige Bewußtsein.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, an der auch die Investitionsvariante Atomenergie beteilgt ist, sollte aber neue Anknüpfungspunkte der Auseinandersetzung zwischen Atomkraftgegnern, Arbeitern und deren Organisationen bieten. Wenn nicht einmal in Frankfurt, wo soll sonst der Anfang gemacht werden? (z.B. inhaltliche Erarbeitung der Thematik „Atomenergie und Arbeitsplätze", Versuch der Zusammenarbeit mit den Resten des Arbeitskreises Gewerkschafter gegen Atom, Fragebogenaktion an Frankfurter Betriebsräte) Nicht gelungen ist es uns bedauerlicherweise, die Betriebsbesetzungen des letzten Jahres und den Konflikt um die AEG zu nutzen, um schon erste Erfahrungen zu sammeln.

Keinesfalls sollen bei diesem „Versuch" unterschiedliche soziale Erfahrungen und politisch Hintergründe verleugnet werden. So wenig wir den Leuten etwas aufzwingen wollen, so wenig sinnvoll ist es auch, sich anzubiedern.

Arbeitsplätze um jeden Preis?

Nur in der Arbeit kann der Mensch seine Persönlichkeit entfalten. Diese These ist für jeden Gewerkschafter, besonders in Zeiten konjunkturellen Niedergangs und damit verbundener Arbeitslosigkeit, oberstes Gebot. Dementsprechend werden verschiedene Arbeitnehmervertreter nicht müde, ein Recht auf Arbeit zu fordern (...das es jedoch in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht geben kann.). Somit beschränkt sich die Forderung mehrheitlich auf den Arbeitsplatz als solchen, denn 8 Stunden am Fließband sind immer noch besser als gar keine Arbeit; denn Arbeit, und sei sie noch so entfremdet, bringt immer ein gewisses Maß an sozialer Anerkennung mit sich, der Einzelne wird von seiner Umwelt als nützliches Glied der menschlichen Gemeinschaft angesehen. Arbeiten zu können ist für den Einzelnen, auch unter den heutigen Verhältnissen, ein vitales Bedürfnis.

So einfach ist das. Der Status Quo wird festgeschrieben bis in alle Ewigkeit, abhängig Arbeitende sollen gefälligst froh sein, wenn sie weiterhin am Fließband oder in der Schicht, seien es 7 oder 8 Stunden täglich, schuften dürfen. (Übrigens: mögliche zusätzliche Arbeitsplätze durch Einführung der 35-Stunden-Woche werden durch Rationalisierung restlos aufgesaugt, wirklichen Zuwachs brächte nur die 20-Stunden-Woche, Frankfurter Rundschau, 17.6.1983).

Doch wie soll unsere (Gegen-)Forderung lauten? Wie soll ein Utopia sinnvoller Arbeit, deren Inhalt letzten Endes nur individuell bestimmbar ist, angesichts finanzieller Pressionen vermittelt werden?

Ist die Position des Neu-Grünen Bahro nur strotzender Zynismus, die besagt, daß die Arbeitslosenzahl ruhig auf 5-10 Millionen klettern kann, damit spätestens dann die verhinderten Produzenten aufhören, den Aufschwungpropheten zu glauben und sich vielleicht daran erinnern, daß ihr Dasein nicht nur dazu taugt, dankbar nach jedem sich bietenden und sei es noch so sinnlosem Arbeits-Plätzchen zu greifen?

Zur Ermutigung könnte ein, wenn auch vielleicht unzulässiger, Vergleich dienen: Die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung fielen in eine Zeit, als es die vorzugsweise von konservativen Kräften so beklagte Technikfeindlichkeit noch nicht in dem heutigen Ausmaße gab. Zehn Jahre danach will fast niemand mehr ein Atomkraftwerk oder eine Wiederaufarbeitungsanlage in seiner Nähe haben. Zumindest sind also Emotionen gegen eine lebensfeindliche Technik geweckt worden.

Es wäre immerhin denkbar, auch Emotionen gegen lebensfeindliche, sprich sinnentleerte Arbeit zu wecken, die im Zusammengehen mit der sich immer mehr verbreitenden Ahnung einer kommenden Unbewohnbarkeit dieses Planeten, in ein neues, wir wagen es kaum zu sagen, ökologisches Bewußtsein umschlagen könnten.

Verdeutlicht werden muß also, daß eine bestimmte Art von Arbeit lebensbedrohende Technik erst ermöglicht und umgekehrt.

Das Parlament kann unsere Aufgaben nicht übernehmen

Es erscheint fraglich, ob im Rahmen

Das Parlament kann unsere Aufgaben nicht übernehmen

Es erscheint fraglich, ob im Rahmen

dieses Systems überhaupt grundsätzlich andere Investitionsentscheidungen durchsetzbar sind. Bevorzugung alternativer Energieformen und Ausschöpfung des Energiesparpotentials würde in jedem Fall die Verwertungschancen maßgeblicher Kapitalträger beeinträchtigen und die Krise verschärfen.

Es kann also nur darum gehen, mit der Diskussions um die Atomenergie und der sogenannten „alternativen" Energie das sie hervorbringende ökonomische System zu kritisieren und zu zeigen, was, bei vorhandenem gesellschaftlichen Reichtum, unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen möglich wäre.

Dazu ist eine Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen im sozialen, ökologischen und Friedensbereich notwendig, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die GRÜNEN, die ja aus diesen Bewegungen hervorgegangen sind. Denn die Illusion, radikale Veränderungen über das Parlamant zu initiieren, sind immer folge einer außerparlamentarischen Desillusionierung.

Es gilt immer wieder klarzustellen, daß die Verhinderung von Atomkraftwerken, Aufrüstung und Abbau sozialer Leistungen nur aus den Kämpfen der Betroffenen selbst resultieren kann. Die GRÜNEN im Parlament sind nur dann ein politischer Fortschritt, wenn a u c h dadurch die Propagierung und Informierung autonomer Bewegungen vorangetrieben wird und nicht umgekehrt.

Kontakt:

Anne Nixdorf	Birgit Hutner
Alexanderstr. 43	Altebergsweg 70
6 Frankfurt/M 90	6 Frankfurt/M 70
Tel: 0611/783748	Tel: 0611/655389

Was die Polizei darf....
und was Statistiken verbergen

Nach langem Zieren hat das Innenministerium auf eine Anfrage von MdB Thomas Schroer (SPD) hin eine offizielle Schußwaffengebrauchs-Statistik der Jahre 1976-1982 herausgerückt. Diese lange Jahre praktisch geheimgehaltene Statistik wird seit 1976 von der Polizeiführungakademie Hiltrup geführt. Dii Diskussion um den polizeilichen Todesschuß, die neu entbrannt ist, nachdem in diesem Jahr von Januar bis Juni 10 Menschen von der Polizei erschossen wurden, hat es nötig gemacht, einer begrenzten Öffentlichkeit wenigsten diese Zahlen zu offenbaren.

Im Folgenden soll am Beispiel der Statistik des Jahres 1976 vorgestellt werden, was vom polizeilichen Aufklärungswillen in dieser Sache zu halten ist.

Statistik über den Schußwaffengebrauch der deutschen Polizei für das Jahr 1976

Auszug: Beschluß des Arbeitskreises II „Öffentliche Sicherheit und Ordnung", TOP 7 der Sitzung am 3.11.1978

Allgemeine Übersicht	BMI	BKA	BW	BY	BR	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	Insges.
Anzahl der Fälle insgesamt	10	0	308	480	31	55	28	72	80	259	305	52	114	1794
davon														
1.1 nur Warnschüsse	0	0	28	42	9	4	8	18	23	45	19	13	10	219
1.2 gezielte Schüsse auf Menschen	0	0	12	15	3	1	13	12	8	57	17	2	1	141
1.3 gezielte Schüsse zum Töten ausgebrochener, kranker oder verletzter Tiere	4	0	231	398	19	47	-	22	19	154	269	36	93	1292
1.4 Alarm-/Signalschüsse	0.	0	34	4	0	3	0	0	17	3	-	1	1	63
1.5 gezielte Schüsse auf Sachen (Kfz, Reifen usw.)	-	-	-	-	-	-	4	20	13	-	-	-	9	46
1.6 sonstige unbeabsichtigte Schüsse	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	3
Anlaß des Schußwaffengebrauchs														
2.1 Notwehr/Nothilfe/Notstand	1	-	10	62	6	1	14	17	0	22	9	3	13	158
2.2 Schußwaffengebrauch aufgrund polizeirechtlicher Bestimmungen	1	-	165	415	6	54	11	50	63	215	296	49	7	1332
2.3 sonstiger	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	3
Folgen des Schußwaffengebrauchs														
3.1 Tote	0	0	3	0	0	0	2	2	0	1	0	0	0	8
davon Unbeteiligte	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
3.2. Verletzte	0	0	5	14	3	1	11	12	5	17	4	1	0	73
davon Unbeteiligte	0	0	0	0	2	0	2	0	0	2	0	0	0	6
3.3 Festnahmen	0	0	62	59	5	5	28	42	22	129	26	10	18	406
Unzulässiger Schußwaffengebrauch	0	0	0	3	4	2	0	0	0	22	6	0	0	37
Unbeabsichtigte Schußabgabe mit Folgen	5	0	4	1	0	0	0	0	5	1	2	0	0	18
Einsatz mit Reizstoffen	1	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-	-	-	9

- keine Angabe

Die Statistik soll sämtliche im Jahr 1976 von der Polizei abgegebenen Schüsse erfassen. Inwieweit sie diese Aufgabe erfüllt, kann von uns selbstverständlich nicht gegengeprüft werden. Im Punkt 1 ist die Gesamtzahl der abgegebenen Schüsse verzeichnet, sei es nun auf Sachen, Tiere oder Menschen. Dubios bleibt die Angabe über „sonstige unbeabsichtigte Schüsse".

Unter Punkt 2 geht es um den Anlaß polizeilichen Schußwaffengebrauchs. Unter ‚Anlaß' wird die rein rechtliche Situation verstanden. Unverständlich auch hier der Punkt 2.3 „sonstiger" Anlaß; heißt das, daß nur in drei Fällen keine juristische Ermächtigungsgrundlage für den Schußwaffengebrauch bestand?

Merkwürdig erscheint außerdem, daß insgesamt 1794 abgegebene Schüsse aufgeführt werden (s. Punkt 1), daß aber unter Punkt 2 (‚Anlaß des Schußwaffengebrauchs') nur 1493 Schüsse juristisch abgedeckt sind. Und was ist mit den fehlenden 301 Schüssen? — Besteht für diese Schüsse kein juristischer ‚Anlaß'? (Unter Punkt 4 wird doch nur von 37 unzulässigen Schüssen gesprochen?!).

Unter Punkt 3 (‚Folgen des Schußwaffengebrauchs') werden die durch die Polizei getöteten und verletzten Menschen aufgeführt sowie die Festnahmen nach polizeilichem Schußwaffengebrauch. Die Merkwürdigkeiten des Punkt 4 (‚Unzulässiger Schußwaffengebrauch') wurden schon oben erwähnt.

Was Punkt 5 (‚unbeabsichtigte Schußabgabe mit Folgen') bedeutet, dürften höchstens eingefleischte Polizeibürokratenhirne verstehen. Sind darunter die ‚Unbeteiligten' Getöteten und Verletzten unter Punkkt 3 gemeint? Dann besteht aber immer noch eine Differenz von 11 unbeabsichtigten Schüssen. Diese dürften dann wohl beliebig auf die verschiedenen Rubriken aufgeteilt werden? Ihre Zuordnung bleibt jedenfalls im Dunkeln.

Punkt 6 (‚Einsatz von Reizstoffen') taucht seltsamerweise nur in den Statistiken von 1976 und 1977 auf.

Schon die rein rechnerisch überprüfende Betrachtung dieser einen beispielhaft herausgegriffenen Statistik für das Jahr 1976 zeigt — falls wir nicht total irren — daß die Polizeistatistiker sich ganz schön „verrechnet" haben. Gleiches mit im Konkreten etwas anderen Zahlen gilt auch für die weiteren Statistiken bis 1982, aus denen selbst der einschlägig gebildete Laie nicht schlau werden kann. Manche mögen solche Rechenfehler und Undurchsichtigkeiten dem allgemeinen Bildungsstand der Polizei zuschreiben. Das mag etwas für sich haben. Näher liegt allerdings die Vermutung, daß hier wie eh und je mit Absicht und Methode verdunkelt wird. Der angebliche Beitrag der Polizeiführungsakademie zur „sachgemäßen Diskussion" über den polizeilichen Todesschuß erscheint in diesem Licht höchstens als Beschwichtigungsmanöver gegenüber den Protesten gegen die Todesschüsse von Gauting, Augsburg, Hamburg ... in diesem Jahr.

Was die Polizei verschweigt

Tatsächlich gibt es polizeiliche Todesschüsse nicht erst seit 1976. Voraussetzung für eine öffentliche Kontrolle der polizeilichen Todesschußpraxis wäre, exaktes statistisches Material über einen größeren Zeitraum zur Verfügung zu haben. Abgesehen davon können wir anhand unseres eigenen Materials sagen, daß z.B. 1977 die Todesschüsse von Mogadischu nicht erfaßt sind; außerdem gibt die Statistik für 1978 die Zahl von 7 Toten an, während wir schon allein durch Zeitungsrecherchen auf 8 Tote durch polizeilichen Schußwaffengebrauch kommen. Insofern kann nicht einmal die Rede davon sein, diese Statistiken seien exakt. Für die Jahre 1976 bis 1982 sind 86 tödliche Schüsse verzeichnet. Wir haben in unserer Antifaschistischen Russell-Reihe, Bd. 4, „Jeder kann der nächste sein", für die Jahre 1971 bis 1975 weitere 80 Opfer der polizeilichen Todesschußpraxis ermittelt. Das heißt, in 13 Jahren hat die Polizei mehr als 166 Menschen erschossen.

Nicht erfaßt werden in der lang gehüteten offiziellen Polizeistatistik außerdem die Menschen, die durch sonstiges polizeiliches Eingreifen ums Leben kamen, sei es bei nächtlichen Verfolgungsfahrten oder durch Mißhandlungen (z.B. in Polizeizellen).

Völlig unter den Tisch fällt die Erfassung der spezifischen Situation, in der der jeweilige Todesschuß fällt. So ist es doch ein erheblicher Unterschied, ob Polizisten stundenlang auf ihr Opfer Elisabeth van Dyck warten, die sie dann, als sie die Wohnung betritt, erschießen, oder ob sie wirklich einmal in Notwehr zur Waffe greifen, weil sie angeschossen werden.

Wichtig wäre auch zu wissen, inwieweit speziell ausgebildete Polizisten, MEK-Leute oder Präzisionsschützen an Todesschüssen beteiligt sind.

Wichtig wäre außerdem, inwieweit polizeiliche Todesschützen disziplinarisch oder juristisch belangt werden (was unserer Erfahrung nach nur in sehr wenigen Fällen geschieht) oder ob sie geradezu ermutigt werden — wie z.B. von dem Richter im Gautinger Todesschuß-Prozeß, der sagte, die Polizisten sollten sich durch das Bewährungsurteil gegen ihren Kollegen Kontzack nicht am Schießen hindern lassen.

Das alles kann (und soll?) uns die Statistik nicht sagen. Aber auch für sich gesehen haben derartige — auch exaktere — Statistiken nur eine sehr geringe Aussagekraft. So kann, auch wenn die Statistik keine spürbare Vermehrung der polizeilichen Todesschüsse anzeigt, nicht abstrahiert werden von der Tatsache, daß eben Menschen von der Polizei erschossen werden, daß die polizeilichen Todesschützen ungeschoren davonkommen ... Oder sollen wir vielleicht aufgrund dieser polizeilichen Statistik erfreut feststellen, daß es bei uns doch noch viel humaner zugeht als in Chile?

Antifa-Kommission/
KB Gruppe Hamburg

NPD-
Bundesparteitag in Fallingbostel

Am 1. und 2. Oktober will die NPD in Fallingbostel ihren Bundesparteitag durchführen. Dafür konnte sie bereits die Heidmarkhalle von der Stadt anmieten. In vielen Lokalpresse-Spalten kann sich die örtliche NPD über ihre Absichten von Schülerbeförderung bis Arbeitslosigkeit breitmachen. Ihr Kreistagsabgeordneter Klaus Hoffmann (der sog. „Beauftragte des Parteivorstandes der NPD zur Vorbereitung des Bundesparteitages 1983") pocht angesicht wachsender Proteste auf das Versammlungsrecht. Nun, der niedersächsische Innenmister-Möcklinghoff (CDU) hat bereits ausreichenden Polizeischutz zugesichert.

Inzwischen hat sich die Initiative „Kein Bundesparteitag in Fallingbostel" aus Friedens- und Bürgerinitiativen, Grüne Frauengruppe, Jusos, Pfadfindern und VVN sowie auswärtigen Antifaschisten aus Hamburg und Hannover (Antifa-Ini und SAG) gebildet.

Der DGB, mit dem man anfangs gemeinsam demonstrieren wollte, wurde inzwischen vom Bundesvorstand zurückgepfiffen. DGB-Niedersachsen schwenkte also um zu einer Gedenkkundgebung am 1. Oktober an der über 30 km entfernten KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen.

„Das ist unter Ausschluß der Öffentlichkeit", protestierte auch die VVN und schloß sich daraufhin der Fallingbosteler Initiative, d.h. einer Demo zum Ort des Geschehens, an, die sie selber — auf Wunsch der Fallingbosteler Ini — anmelden wird. Fest steht: die Demo geht um 9.00 Uhr los (die NPD will um 11.00 Uhr kommen) — „so nah es geht an die Heidmarkhalle ran".

N., Antifa Hannover

Erklärung der GAL zur geplanten Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte

Am 1.11.84 soll auf Grundlage des kürzlich vom Bundestag verabschiedeten neuen Personalausweisgesetzes die sog. fälschungssichere maschinenlesbare Personalkarte (PK) anstelle des bisherigen Personalausweises treten. Nach Angaben von Sprechern der Bundesregierung handelt es sich dabei um eine überaus bürgerfreundliche Maßnahme: durch die angebliche Fälschungssicherheit der PK werde die Innere Sicherheit der BRD gegen Terrorismus geschützt; ihre Maschinenlesbarkeit werde zu erheblicher Verwaltungsvereinfachung, Entbürokratisierung, d.h. ‚weniger Staat' führen. Wer Kritik an der geplanten Einführung der PK übt, wird — wie vor einem halben Jahr die Kritiker der Volkszählung — staatsfeindlicher Gesinnung bezichtigt.

Dankenswerterweise hat aber bereits Kritik aus einschlägig berufenem Munde wie z.B. die des Hamburger VS-Chefs und CDU-Mitglieds Christian Lochte, die des ehem. Bundesdatenschützers P. Bull sowie verschiedener amtierender Landesdatenschutz-Beauftragter u.a.m. deutlich werden lassen, daß erstens die vermeintliche Fälschungssicherheit der PK nur ein schlechter Bluff ist, um von dem eigentlich Neuen, nämlich der Maschinenlesbarkeit abzulenken, und daß zweitens diese Maschinenlesbarkeit für die Bürger keineswegs weniger, sondern mehr Staat nach sich zieht (und das übrigens auch noch unter Verursachung von Kosten in zig-Millionen-Höhe). Die maschinenlesbaren Angaben auf der Plastikkarte (Personendaten plus Registriernummer der Karte) ergeben zusammen ein personenbezogenes Ordnungsmerkmal. Mit der PK wäre somit die noch 1977 vom Bundestag als verfassungsfeindlich abgelehnte Einführung des sog. Personenkennzeichens (offiziell bezeichnenderweise ‚PKZ' abgekürzt) durch die Hintertür vollzogen. Auf dem Umweg über zentrale automatisierte Einwohnerdatenbänke der Länder ist die PK damit der Schlüssel, mit dem von staatlicher Seite sämtliche behördlichen, polizeilichen und auch privaten Datensysteme der BRD aktiviert werden können. Alle eine Person betreffenden Daten sind jederzeit und in Sekundenschnelle an jedem beliebigen Ort der BRD abrufbar. Zugleich wird der dem Informationsabruf zugrundeliegende Kontrollvorgang seinerseits erneut gespeichert. Auf diese Weise ist eine lückenlose Erfassung und Kontrolle der gesamten Bevölkerung möglich, die ihrerseits wieder die Grundlage einer noch perfekteren Selektion politischer oder sonstiger Minderheiten bildet, als sie heute schon möglich ist. Der numerierte Bürger wäre damit keine Schreckvision mehr, sondern alltägliche Realität. Nicht von ungefähr nannte der ehem. Chef des BKA, H. Herold, schon vor Jahren die PK das „Sesam öffne dich" des Computerstaats.

Der Hinweis, daß mit der Einführung der PK nur eine Empfehlung des Europarates vollzogen werde, geht an den Tatsachen vorbei. Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg haben auf Grund demokratischer Proteste von der Einführung eines solchen Ausweises in der Form Abstand genommen. In Frankreich wurde ausdrücklich mit möglichem Mißbrauch eines solchen Massenkontrollmittels durch evtl. faschistische Regierungen argumentiert. Wieviel mehr gibt gerade die deutsche Geschichte Anlaß gegenüber allen Tendenzen des Staates zur totalen Kontrolle mißtrauisch zu sein. Schon die weitaus weniger perfekte Überwachungsmaschine der Nazizeit ermöglichte die systematischen Selektionen für die KZs und Vernichtungslager.

Wie die übrigen Kritiker lehnt auch die GAL daher das neue Personalausweisgesetz samt Einführung der neuen PK als nicht mit der Menschenwürde und dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit vereinbar ab. Sie fordert eine Außerkraftsetzung des Gesetzes sowie Stopp der konkreten Vorbereitungen. Wir unterstützen jeden aktiven Widerstand gegen die Einführung der PK und darüberhinaus jede parlamentarische und juristische Maßnahme, die diesen Widerstand stärkt.

Mit der Verhinderung der Einführung der PK ist es allerdings nicht getan: es müssen zugleich und darüberhinaus juristische und politische Schritte auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene unternommen werden gegen die einzelnen Teile des in den letzten Jahren aufgebauten Kontroll- und Überwachungssystems selbst, dessen Existenz erst die Voraussetzung dafür ist, daß die PK als Schlüssel zum Kontrollstaat wirksam werden kann. Es sind dies im wesentlichen:

- die unkontrollierbaren, ständig weiter ausgebauten Informationssysteme und Datensammlungen von Polizei und sonstigen ‚Sicherheitsorganen', sowie deren Verbund, insbesondere Koppelung zwischen Geheimdiensten und Polizei;
- die wachsende Verkoppelung zwischen privaten (z.B. Schufa) und betrieblichen (Paisy, PIS etc.) und staatlichen Informationssystemen;
- die berabsichtigte technische Groß-Vernetzung der Systeme mittels Einführung von BTX und Verkabelung;
- die Einrichtung zentraler automatischer Einwohnerdatenbanken der Länder;
- die Einrichtung kommunaler Datenzentren mit sog. online-Verbindungen zwischen Polizei-, Melde- und sonstigen Behörden sowie privaten Datenbanken — hier in Hamburg z.B. mit Sitz im Polizeipräsidium;
- die rechtliche Absicherung des staatlichen Kontrollanspruchs und der Datenvernetzung u.a. durch
- die neuen Polizeigesetze von 1977
- die neuen Meldegesetze
- das neue Personalausweisgesetz
- die neuen Volkszählungsgesetze
- ein beabsichtigtes neues Amtshilfegesetz.

Die GAL wird selbst Maßnahmen ergreifen und alle Aktivitäten unterstützen, die darauf gerichtet sind:

- Datensammlungen der ‚Sicherheitsorgane' einzuschränken;
- die Entkoppelung betrieblicher, privater und staatlicher Datensysteme zu fördern;
- der beabsichtigten Vernetzung durch BTX und Verkabelung entgegenzutreten;
- die genannten Gesetze und Gesetzesvorhaben unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes einzugrenzen, womöglich zu ändern;

Besonderer Gegenstand kommunaler Bemühungen muß es sein:

- den weiteren Ausbau einer zentralen Einwohnerdatenbank in Hamburg zu unterbinden;
- das kommunale Datenzentrum zu dezentralisieren und den Zugriff der Polizei darauf zu unterbinden.

Erste Voraussetzung für einen Erfolg dieser Bemühungen ist schonungslose Offenlegung der konkreten Automatisierungs- und Computerisierungstendenzen in den entsprechenden Zusammenhängen. Die GAL strebt dafür die engste Zusammenarbeit mit sämtlichen an Problemen des Datenschutzes engagierten Initiativen und Personen, womöglich auch des amtlichen Hamburger Datenschützers, an.

GAL 18.8.83

20. Juli 1944

Der Putschversuch einiger Wehrmachtsoffiziere am 20. Juli 1944 ist staatsoffiziellerseits die hervorragende Widerstandstat gegen Hitler. Eine Gedenktafel in der Westberliner Stauffenbergstraße (der ehemaligen Bendlerstraße, Sitz des OKW, wo die Offiziere erschossen wurden) besagt:

„Hier starben für Deutschland am 20. Juli 1944
Generaloberst Ludwig Beck
General der Infanterie Friedrich Olbrecht
Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg
Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim
Oberleutnant Werner von Haeften."

Auch im Tode ist der Deutsche, so er gedient hat, dem Deutschen nicht gleich: Säuberlich eingehalten wird auf der Gedenktafel nicht nur die militärische Rangordnung; bei den ranggleichen Quirnheim und Stauffenberg regiert nicht etwa das Alphabet die Reihenfolge, sondern die Qualität des Adelsbriefes, und da geht — Ordnung muß sein — der Graf noch allemal dem Ritter voran.

K., Hamburg


Demonstration anläßlich des Büßer- und Abschwörertreffens (Foto: H. Lübkert)

Demonstrationsstrafrecht

"Gewaltloser Widerstand ist Gewalt" (Zimmermann)

In den letzten Wochen haben rechte Presse und Aufrüstungsbefürworter in der BRD ihre Angriffe auf das Demonstrationsrecht erweitert.
Zu der Frage, ob die Verschärfung des Landfriedensbruchparagraphen 125 StGB „sinnvoll" sei oder nicht, sind die Lager relativ klar umgrenzt. Von den Grünen bis hin zum Präsidenten des Bundesgerichtshofes sind sich alle einig, daß sich die Zimmermann-Pläne eigentlich gegen die friedlichen Demonstranten richten; die „unfriedlichen" konnten ja schon nach der derzeitigen Regelung bestraft werden und wurden es auch mit Hilfe von oft höchst zweifelhaften Polizeiaussagen.
Da Zimmermann natürlich nicht zugeben will, daß ihm auch friedliche Aktionen gegen seine Kriegspolitik und die seiner Parteifreunde nicht passen, versucht er, möglichst viele Demonstrationsformen zu „gewalttätigen" umzulügen.
Das hat für ihn den Vorteil, daß er sich auf zahlreiche Urteile der Gerichte aus der Adenauer-Zeit und der Zeit Ende der 60er Jahre berufen kann, die damals auf der Welle des Kalten Krieges weitgehende Beschränkungen der Demstrationsfreiheit verfügten.

Landfriedensbruch

Mit der Wiederverschärfung des Landfriedensbruchparagraphen erfüllt sich die Staatsmacht einen alten Wunsch.

Es hat sich gegenüber dem Mittelalter halt nicht sehr viel daran geändert, daß den Herrschenden jede nicht von ihnen selbst organisierte Menschenansammlung verdächtig ist.

Um dies zu belegen, ein kurzer Rückblick auf die Geschichte des „Landfriedensbruches": Vom Landfrieden begann die Obrigkeit schon im 13. Jahrhundert zu sprechen.

Der staatliche Schutz des Landfriedens fällt geschichtlich zusammen mit der Entstehung der ersten Territorialstaaten. Im frühen Mittelalter haben die Menschen ihre Rechte noch selbst verteidigt. Es gab damals für die Ritter und besitzenden Klassen das sog. „Fehderecht". Dies Selbsthilferecht war die Kehrseite einer praktisch noch nicht entwickelten staatlichen Organisation, die die Rechte der Untertanen hätte schützen können.

Im Laufe der Herausbildung von staatlichen Machtapparaten wurde den Untertanen schrittweise dieses Selbsthilferecht genommen und dem Staat die Sicherung auch der Rechte der Untertanen übertragen.

Es entstanden die ersten „Landfriedensverträge". Hier liegt die geschichtliche Wurzel des staatlichen „Gewaltmonopols", das eben mit dem dadurch verbundenen Schutz der Bürger gerechtfertigt wurde. Wer diesen „Landfrieden" störte, sollte bestraft werden. Im 19. Jahrhundert wurde dann der Landfriedensbruch in der heutigen Form unter Strafe gestellt. Im „preußischen Strafgesetzbuch" von 1851 wurde der „Landfriedensbruch" im §91 aufgenommen.

Im „Reichsstrafgesetzbuch" für das Deutsche Reich von 1871 wurde dann die (im wesentlichen unverändert) bis 1970 geltende Fassung des Gesetzes eingeführt.

Der staatliche Schutz des Landfriedens fällt geschichtlich zusammen mit der Entstehung der ersten Territorialstaaten. Im frühen Mittelalter haben die Menschen ihre Rechte noch selbst verteidigt. Es gab damals für die Ritter und besitzenden Klassen das sog. „Fehderecht". Dies Selbsthilferecht war die Kehrseite einer praktisch noch nicht entwickelten staatlichen Organi-

Landfriedensbruch in der heutigen Form unter Strafe gestellt. Im „preußischen Strafgesetzbuch" von 1851 wurde der „Landfriedensbruch" im §91 aufgenommen.

Im „Reichsstrafgesetzbuch" für das Deutsche Reich von 1871 wurde dann die (im wesentlichen unverändert) bis 1970 geltende Fassung des Gesetzes eingeführt.

§. 125.

Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthätigkeiten begeht, so wird Jeder, welcher an dieser Zusammenrottung Theil nimmt, wegen Landfriedensbruches mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Die Rädelsführer, sowie diejenigen, welche Gewaltthätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängniß nicht unter sechs Monaten ein.

PrStGB. § 284. Entw. I § 284, II § 123. StB. S. 438.

§ 115

Aufruhr

Wer an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher eine der in den §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen mit vereinten Kräften begangen wird, teilnimmt, wird wegen Aufruhrs mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Die Rädelsführer sowie diejenigen Aufrührer, welche eine der in den §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen begehen, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein[14]).

[14]) Ergänzt durch § 5 Abs. 2 Ziff. 2 der VO. zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 (RGBl. I S. 83), abgedr. S. [illegible].

§ 116

Auflauf

Wird eine auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen versammelte Menschenmenge von dem zuständigen Beamten oder Befehlshaber der bewaffneten Macht aufgefordert, sich zu entfernen, so wird jeder der Versammelten, welcher nach der dritten Aufforderung sich nicht entfernt, wegen Auflaufs mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Ist bei einem Auflaufe gegen die Beamten oder die bewaffnete Macht mit vereinten Kräften tätlicher Widerstand geleistet oder Gewalt verübt worden, so treten gegen diejenigen, welche an diesen Handlungen teilgenommen haben, die Strafen des Aufruhrs ein.

Neben dem Landfriedensbruch wurden auch „Aufruhr", „Auflauf" und „Ungehorsam" als Delikte ins Strafgesetzbuch eingeführt, die als sog. „Massedelikte" allesamt den Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit unter Strafe stellten.

Zur Entstehungsgeschichte heißt es in einer Doktorarbeit aus dem Jahre 1904: *„Zu ihrer besonderen Auszeichnung (der Massedelikte) hat ihre Gefährlichkeit für den Bestand der öffentlichen Ordnung geführt. Diese Delikte können wir als 'Rottenverbrechen' bezeichen.*

Rottenverbrechen ... haben ... wir vor allem in Fabrik- und Großstädten, wo die Anzahl der unruhigen Köpfe, jener Existenzen, die wenig zu verlieren haben, am größten ist." Die besondere Strafbarkeit der bloßen Teilnahme an Demonstrationen wird also gerade mit der angeblichen besonderen Gefahr begründet, die von der gemeinsamen Wahrnehmung von Interessen ausgeht. Die Machthaber wissen, daß ihnen einzelne oder wenige meist nicht gefährlich werden können. Dieser abgrundtiefe Haß gegen eigenständiges Handeln der Bevölkerung hat sich bis in die jüngste Zeit in Juristenkreisen gehalten.

Noch 1974 hieß es in einem „wissenschaftlichen Kommentar" zum § 125: *„Die Ausformung der früheren Vorschriften beruhte auf der Erfahrung, daß ein aufsässige Menschansammlung eine große Gefahr für die Allgemeinheit ist. Im Gefühl der geballten Macht, in der verantwortungslähmende Anonymität, impulsiv und unberechenbar ist die Masse existenziell ein — bei der Anziehungskraft und Sogwirkung auf Unbeteiligte — höchst wirksamer Explosivstoff. Springt der zündende Funke auf und kommt es zur Entladung, so lassen sich die losbrechenden Gewalten kaum abfangen und meist nur schwer eindämmen. Ehe man ihrer Herr wird, sind gewöhnlich Personen und Sachschäden oft schlimmster Art angerichtet. Diese Erfahrung, die das Mißtrauen der Staatsmacht zu einem nicht erkennbar harmlosen Zweck zusammenströmenden Menschenmenge rechtferigt, ist, in Jahrhunderten bestätigt und allem, den Studentendemonstrationen der letzten Jahre nahezu willfähigen Zweckoptimismus des dritten Strafrechtsreformgesetz zuwider gültig".*

Das 3. Strafrechtsreformgesetz war die Reform des Landfriedensbruchsparagraphen, die die bloße Teilnahme an einer Demonstration, aus der heraus Gewalt ausgeübt wurde, nicht mehr strafbar sein ließ.

hunderten bestätigt und allem, den Studentendemonstrationen der letzten Jahre nahezu willfähigen Zweckoptimismus des dritten Strafrechtsreformgesetz zuwider gültig".

Das 3. Strafrechtsreformgesetz war die Reform des Landfriedensbruchsparagraphen, die die bloße Teilnahme an einer Demonstration, aus der heraus Gewalt ausgeübt wurde, nicht mehr strafbar sein ließ.

Obwohl mit der Reform von 1970 dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit Geltung verschafft werden sollte, wurden die Landfriedensbruchsvorschriften nicht — was konsequent gewesen wäre — aufgehoben. Es sollte auch in Zukunft unter der erschwerten Strafdrohung des Landfriedensbruchs stehen, wenn jemand aus einer Demonstration heraus sogenannte „Gewalttätigkeiten" begehen sollte.

Gerade weil dem so ist, sind die regierungsamtlichen und sonstigen reaktionären Rechtferigungsversuche für die weitere Einschränkung der Demonstrationsfreiheit völliger Nonsens und sollen nur das Ziel verfolgen, auch gewaltfreie Demonstrationen untersagen zu können.

Deshalb bleibt zur Verteidigung des Demonstrationsrechts nur die einzige Möglichkeit:
Abschaffung des Landfriedensbruchparagraphen.

Sich allein auf die Verteidigung der SPD-Reform zu beschränken, ist deshalb ungenügend, weil damit der Willkür der Strafjustiz nicht Einhalt geboten werden kann.

Man muß den Strafrichtern das Gesetz wegnehmen, damit sie damit nicht noch mehr Unheil anrichten können.

Im Wortlaut: FR

Der neue Paragraph

Der Entwurf für ein neues Demonstrationsstrafrecht, auf den sich Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) einigten, wird am kommenden

Im Wortlaut: FR

Der neue Paragraph

Der Entwurf für ein neues Demonstrationsstrafrecht, auf den sich Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) einigten, wird am kommenden

Mittwoch im Kabinett beraten. Der Textentwurf des künftigen Paragraphen 125 des Strafgesetzbuches (Landfriedensbruch) hat folgenden Wortlaut:

Paragraph 125 Strafgesetzbuch (StGB)

(1) Wer sich an

1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder

2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.

(2) Werden Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen im Sinne des Abs. 1 begangen und fordert ein Träger von Hoheitsbefugnissen

1. die Menschenmenge oder

2. einen bestimmten räumlich abgrenzbaren Teil der Menschen, aus dem diese Handlungen begangen werden, auf, auseinanderzugehen, so wird derjenige, der sich nicht aus der aufgeforderten Menschenmenge entfernt oder sich den der Aufforderung Zuwiderhandelnden anschließt, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 wird nicht bestraft, wer

1. ausschließlich dienstliche oder berufliche Pflichten ausübt oder

2. auf die Menschenmenge oder einzelne Prsonen erweislich einwirkt, um sie davon abzuhalten, Gewalttätigkeit oder Bedrohung im Sinne des Absatzes 1 zu begehen.

(4) Ist in den Fällen des Absatzes 2 die Schuld des Täters gering, so kann das Gericht von Strafe absehen.

Gewaltdefinition nach Bedarf...

Die Rüstungsbefürworter überschlagen sich in letzter Zeit förmlich in der Diffamierung gewaltfreier Aktionen als Gewalttätigkeiten.

Die symbolische Blutaktion im hessischen Landtag gegen einen US-Militär wurde von diesen Leuten zum „Blutattentat" hochstilisiert und von einem Schreiberling des „Stern" in die Nähe faschististischer Traditionen gestellt.

Dabei ist es dann kaum noch verwunderlich, daß auch Blockaden, deren Teilnehmer ausdrücklich erklären, von sich aus keinerlei Gewalt anwenden zu wollen, als Gewaltaktionen diffamiert werden.

Das „Blut-Attentat" des hessischen Landtagsabgeordneten Schwalba-Hoth gegen den amerikanischen General Williams schließlich ist das bislang abstoßendste Beispiel eines anarchischen und infantilen Politik-Verständnisses. Blut als Gag eines politischen Happenings, ausgerechnet im Land des „Blut und Bodens", der „Blutfahne" und des „Blutordens" – sind die Grünen eigentlich noch zu retten?

Stern-Standpunkt

Mit dieser Hetze können sich die Politiker voll auf den Gewaltbegriff in der Strafjustiz berufen. Wir wollen auch dies geschichtlich belegen. Aus der geschilderten Entwicklung des Landfriedensbruchsparagraphen ergab sich,

Stern-Standpunkt

Mit dieser Hetze können sich die Politiker voll auf den Gewaltbegriff in der Strafjustiz berufen. Wir wollen auch dies geschichtlich belegen. Aus der geschilderten Entwicklung des Landfriedensbruchsparagraphen ergab sich,

daß das Strafrecht zunächst nur schwerwiegende Verletzungen des Verbots von Gewaltanwendung der Bürger unter Strafe stellte.

Gewalt wurde als nicht mehr akzeptierte zwischenmenschliche Umgangsform untersagt.

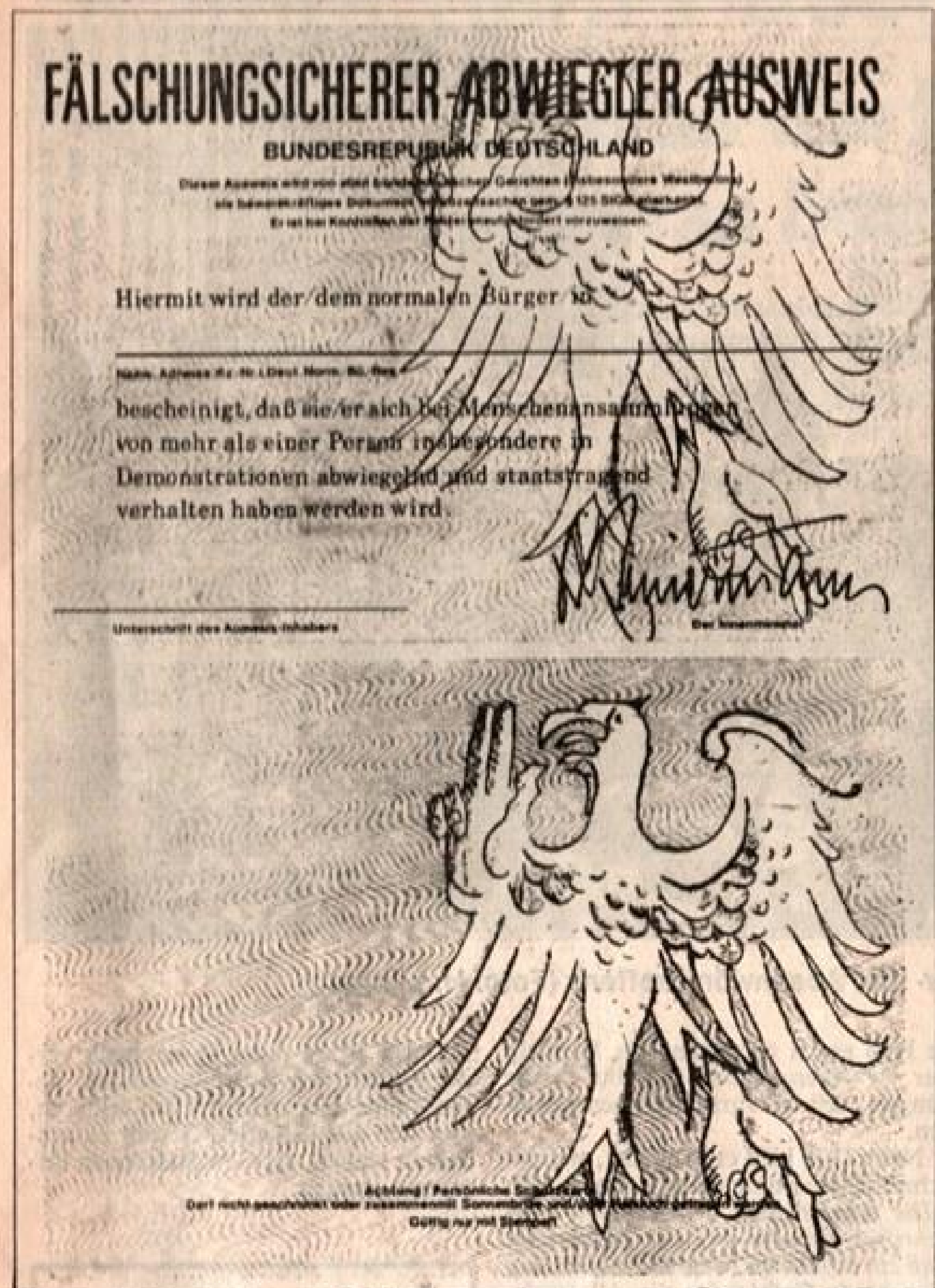
Die liberale Strafrechtslehre im 19. Jahrhundert definierte Gewalt im Sinne der Strafgesetze deswegen als *„rohe körperliche Kraft"* oder auch *„Anwendung erheblicher Kraft zur Überwindung eines erheblichen (nicht bloß beabsichtigten) Widerstandes".*

Bei dieser zurückhaltenden Auslegung blieb selbst das Reichsgericht unter der Nazi-Diktatur bis 1943, als der Nötigungsparagraph (§ 240 Strafgesetzbuch) erheblich ausgeweitet wurde.

War bis 1943 der Nötigungstatbestand relativ klar auf die Fälle von für jeden sichbarer körperlicher Gewaltanwendung beschränkt, so wurde von den Nazis jetzt die Gummiklausel *„rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Zufügung des angedrohten Übels zu dem angestrebten Zweck dem gesunden Volksempfinden widerspricht"* eingeführt. Damit waren die Grenzen der Nötigung praktisch beseitigt.

Nach 1945 wurde dieses Nazi-Gesetz übrigens keineswegs abgeschafft, sondern ohne sachliche Änderung in das Strafgesetzbuch übernommen. Es heißt heute in § 240 Abs. 2: *„Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist".* Die Richter des Bundesgerichtshofes waren mit der Auslegung dieser Norm im Interesse der Staatsmacht keineswegs kleinlich. In der Zeit des kalten Krieges wurde das Tatbestandsmerkmal der körperlichen Gewaltanwendung praktisch vollständig aufgegeben.

Fortsetzung nächste Seite


FÄLSCHUNGSSICHERER ABWIEGLER AUSWEIS

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Hiermit wird der/dem normalen Bürger ...

bescheinigt, daß sie/er sich bei Menschenansammlungen von mehr als einer Person insbesondere in Demonstrationen abwiegelnd und staatstragend verhalten haben werden wird.

Unterschrift des Ausweis-Inhabers

Herausgegeben zum 1. westdeutschen Büßer- und Abschwörertreffen in Hamburg, 2.9.83 (zu beziehen über GAL, 439 25 20)

Forts. von vorheriger Seite

Der Bundesgerichtshof hält es jetzt schon für Gewalt, wenn sich jemand durch irgendeine bestimmte Handlung bedroht fühlt, d.h. es kommt der Strafjustiz jetzt nicht mehr auf die Gewal-

schon für Gewalt, wenn sich jemand durch irgendeine bestimmte Handlung bedroht fühlt, d.h. es kommt der Strafjustiz jetzt nicht mehr auf die Gewal-

tanwendung, sondern auf die Wirkung einer Willensbeeinflussung an. In einem Urteil vom 4. Juni 1955 hat der BGH entschieden: „*Der Massen- und Generalstreik kann Gewalt im Sinne des § 80 Abs. 1 Nr. 1 StGB sein.*"

Diesem Urteil lag folgender Sachverhalt zu grunde:

„*Der Angeklagte war erster Sekretär des Zentralbüros der 'Freien Deutschen Jugend' FDJ, der Angeklagte V-Sekretär für Agitation und Propaganda im Zentralbüro und später Chefredakteur des Zentralorgans der FDJ 'das junge Deutschland'. Beide Angeklagte sind u.a. wegen Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens gegen die auf dem Grundgesetz beruhende verfassungsmäßige Ordnung (§ 81 Abs. 1 in Verbindung mit § 80 Abs. 1 Nr. 1 StGB) verurteilt worden, weil sie sich für den dem 'Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands' zugrundeliegenden Umsturzplan eingesetz haben.*"

Der Bundesgerichtshof schreibt in den Urteilsgründen: „*Nähere Erörterung bedarf nur die Frage, ob die geplante Änderung der auf dem Grundgesetz beruhenden verfassungsmäßigen Ordnung mit Gewalt durchgeführt werden sollte. Als Angriffsmittel waren vor allem Demonstrationen und Streiks bis hin zum Massen- und Generalstreik vorgesehen. ... Der Senat trägt keine Bedenken, die Frage im vorliegenden Fall zu bejahen. Das Ziel der geplanten Aktionen war — wie dargelegt ist — die Ausschaltung der Bundesregierung und des Bundestages in seiner durch die Wahlen gegebene Zusammensetzung. ... Eine Auslegung, die für den Begriff der Gewalt im Sinne des § 80 StGB körperliche Kraftentfaltung fordert, würde also die praktische Bedeutung der Vorschrift weitgehend entwerten. Entscheidend kann nur die Zwangswirkung sein. ... Geht man hiervon aus, dann können Demonstrationen und Streiks keinesweg als 'typische Mittel der Gewaltlosigkeit' angesehen werden. Jeder Streik stellt eine aktive Kraftentfaltung dar (????) und ist auch als solche gedacht. Mit ihr braucht zwar nicht notwendig eine Zwangswirkung erstrebt und erzielt zu werden, jedoch kann dies sehr wohl der Fall sein.*"

In der genannten Entscheidung hat der BGH immerhin noch kleinere, örtlich begrenzte Streiks nicht als Gewalt im Sinne des Staatsschutzstrafrechtes angesehen.

Diese Einschränkung wurde in einem Grundsatzurteil zu Sitzstreiks, welches zu einer Aktion der aufkeimenden Studentenbewegung erging, vollends über Bord gekippt. In dem berüchtigten „Lepple-Urteil" vom 8. August 1969 stellte der Bundesgerichtshof fest: „*Mit Gewalt nötigt, wer physischen Zwang ausübt, indem er auf den Gleiskörper einer Schienenbahn tritt und dadurch den Wagenführer zum Anhal-*

Zwang ausübt, indem er auf den Gleiskörper einer Schienenbahn tritt und dadurch den Wagenführer zum Anhal-

ten veranlaßt." Zyniker könnten jetzt sagen, dies sa ja vielleicht insofern noch eine Einschränkung, als sich jemand mit Hilfe „körperlicher Kraftentfaltung" auf die Schienen begibt und sich dort hinsetzt. Weit gefehlt jedoch. Der Bundesgerichtshof hat im Jahre 1981 entschieden, daß es auch schon Nötigung ist, wenn Studenten in einer Vorlesung „*Dozenten durch Geschrei, Gebrüll, Pfeifen, Absingen von Liedern oder Gebrauch von Lärminstrumenten dazu brachten, Lehrveranstaltungen oder Prüfungen abzubrechen*" (Beschluß vom 8.10.1981).

Im Lepple-Urteil begründet der Bundesgerichtshof seine Auffassung über Gewaltanwendung wie folgt:

„*Die Studenten, die sich auf dem Gleiskörper der Straßenbahn setzten oder stellten, um damit den Straßenbahnverkehr zu blockieren, nötigten die Führer der Straßenbahnen mit Gewalt, ihre Fahrzeuge anzuhalten. Dieser Bewertung steht nicht entgegen, daß die Studenten die Straßenbahn nicht durch den unmittelbaren Einsatz körperlicher Kräfte aufhielten, sondern nur mit geringem körperlichen Kraftaufwand einen psychisch determinierten Prozeß in Lauf setzten. Entscheidend ist hierbei, welches Gewicht der von ihnen ausgeübten psychischen Einwirkung zukam. Ob das Anbinden eines Hundes auf den Gleisen, um ein Beispiel der Verteidigung aufzugreifen, ausreichen würde, weil hier einem Weiterfahren nur psychische Hemmungen weit geringeren Gewichts entgegenwirken, kann dahinstehen. Stellt sich ein Mensch der Bahn auf den Schienen entgegen, so liegt darin die Ausübung eines Zwangs, der für den Fahrer sogar unwiderstehlich ist, denn er muß anhalten, weil er sonst einen Totschlag beginge.*"

Angesicht dieser galoppierenden Ausweitung des Gewaltbegriffes könnte man auf die Idee kommen, daß die Gerichte die „Verwerflichkeitsklausel" als Korrektiv sehen, um offenkundig abwegige Ergebnisse zu vermeiden. Dem ist jedoch keineswegs so, im Gegenteil: Der Bundesgerichtshof schreibt dazu: ... „*Ist die Gewaltanwendung praktisch indiziell für die Verwerflichkeit der Nötigung. Nur ausnahmsweise können besondere Umstände das Verwerflichkeitsurteil ausschließen*".

Da das Kölner Landgericht die Straßenbahnblockade nicht für verwerfliche Gewaltanwendung hielt, sieht sich der Bundesgerichtshof zu einigen wirklich kernigen Sprechblasen veranlaßt:

„*Niemand ist berechtigt, tätlich (?!) in die Rechte Anderer einzugreifen, insbesondere Gewalt zu üben, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und eigenen Interessen oder Auffassungen Geltung zu verschaffen ...*

Auch der Hinweis darauf, daß das vom Grundgesetz in Art. 8 allen Deutschen gewährleistete Grundrecht, sich friedlich und ohne Waffen auch unter freiem Himmel zu versammeln, notwendigerweise das Eintreten von Verkehrsbehinderungen einschließe, eröffnet keine andere Betrachtungsweise. Aus dem Recht zu friedlicher Versammlung kann kein Recht zu unfriedlicher Demonstration (?!) hergeleitet werden. ...

Die Anerkennug eines Demonstrationsrechts in dem von der Strafkammer angenommenen Ausmaß liefe auf die Legalisierung eines von militanten Minderheiten ausgeübten Terrors hinaus, welcher mit der auf dem Mehrheitsprinzip fußenden demokratischen Verfassung, letzlich aber auch als Verstoß gegen das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz (?) mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung schlechthin unverträglich ist."

Nach dieser Definition des Bundesgerichtshofes kann also wirklich alles und jedes, was den Staat und die Regierung beeindruckt, als Nötigung angesehen werden.

Ob es sich dabei um einen Schweigemarsch, der den Straßenverkehr zum Erliegen bringt, um eine Blockade einer Bundeswehrkaserne oder eines Atomwaffenstützpunktes handelt, ist nach dieser Logik der Strafjustiz völlig egal.

Die Konsequenz für die Friedensbewegung aus dieser Entwicklung sollte sein, sich nicht von den Herrschenden darauf festnageln zu lassen, daß die Aktionen „legal" im Sinne von „gesetzmäßig" sein müssen. Die Gesetze bieten keine klaren Kriterien, vielmehr werden die Grenzen der „Gesetzmäßigkeit" durch die Politiker mit Hilfe der Gerichte bestimmt. Wenn man sich auf diese Definitionsmacht einläßt, kann man das Demonstrieren bald ganz sein lassen. Die Taktik des „begrenzten Regelverstoßes" unter Einschluß von Verstößen gegen das Nötigungsverbot ist damit unvermeidlich.

Bei einem Einsatz sieht man nun dem polizeilichen Gegenüber nicht ins Herz. Äußerlich sehen sie sich oft sehr ähnlich, manchmal sehen sie gleich aus. Daraus folgt:

- in der Vorbereitung entsprechender Einsätze ist zu versuchen, auf die unterschiedlichen Gruppierungen – soweit bekannt und soweit möglich – schon vorher einzuwirken.
- Im Einsatz müssen die gesetzlichen und taktischen Voraussetzungen geschaffen werden, den harten Kern, die treibenden Kräfte und die Einpeitscher zu erkennen und zu überführen. Dazu gehört eine rechtliche Regelung, die dem gewaltlosen Demonstranten die Möglichkeit eines Verlassens einer illegalen und gewalttätig gewordenen Aktion gibt und damit die Unverbesserlichen „herausstellt" und isoliert. Dadurch können diese nicht nur leichter ausgemacht und beweismäßig dann auch vor Gericht überführt werden, sondern es wird insbesondere auch die Gefahr, daß man mehr oder weniger zufällig an einem unfriedlichen Demonstrationsgeschehen Beteiligte herausgreift, ganz wesentlich gemindert. Auf einer auf die Ergreifung der Kriminellen und Schonung der anderen ausgerichteten Rechtsgrundlage wird auch die Polizei wirksame taktische Vorkehrungen erarbeiten können, die eine beweismäßige richtige Einstufung und Überführung von Gewalttätern sichert und die anderen schont.
- Erst eine entsprechend „gerechte" und praktikable Rechtsgrundlage wird in Verbindung mit einer gezielten Observationstätigkeit der Polizei im Einsatz und bei Unterhaltung eines Meldedienstes über gewalttätige Störer jene „polizeilichen Maßanzüge" fertigen lassen, die im Sinne eines kriminalpolitisch wohl allseits gewünschten, differenzierenden und verhältnismäßig richtigen Einschreitens liegen.

Siehe auch Artikel zu Stümper S. 8

aus: Stümper, Systematik der Verbrechensbekämpfung



Das Buch hat 126 Seiten und kostet DM 10,-. Es ist zu beziehen über: Hamburger Satz-und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2 Hamburg 19 oder über die BUU, Bartelsstr. 26, 2 Hamburg 6

Im Vordergrund dieses Buches stehen die von der CDU/CSU und FDP geplanten Verschärfungen des Demonstrations- und Demonstrationsstrafrechts sowie die in den CDU-regierten Bundesländern bereits praktizierten Einschneidungen der Demonstrationsfreiheit. Da die jüngsten Pläne und Verschärfungen unserer Meinung nach nur möglich sind auf der Basis der schrittweisen Beschneidung der Demonstrationsfreiheit unter der SPD/FDP-Regierung in den letzten 13 Jahren, die eine gewaltige Ausweitung des Gewaltbegriffes hin zur „psychischen Gewalt" und „psychischen Mittäterschaft" gebracht hat, werden wir auf diese „Reformleistungen" eingehen.

In diesem Sinne beginnen wir mit der **gegenwärtigen Kampagne der CDU/CSU/FDP** zur Änderung des Demonstrationsrechts, vor allem des Landfriedensbruchparagraphen.

Im zweiten Punkt wird die praktische Bedeutung des **Landfriedensbruchparagraphen** dargestellt, der ideologische Hintergrund für die Ausdehnung des Gewaltbegriffes bei Landfriedensbruch sowie der Landfriedensbruch im internationalen Vergleich. Als Beispiel für die Anwendung des Landfriedensbruchparagraphen zur Kriminalisierung und Einschüchterung einer ganzen Bewegung gehen wir auf die Entwicklung in Westberlin ein. Wie auch in anderen Abschnitten des Buches dienen Betroffenenberichte und Prozeßberichte zur Veranschaulichung.

Ebenfalls in den letzten Jahren neu eingeführt bzw. verschärft wurde die Praxis, Demonstranten für die Kosten von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen und Demonstrationsschäden verantwortlich zu machen. Das gilt in einigen CDU-regierten Bundesländern inzwischen auch für gewaltfreie Blockaden, womit ein Mittel geschaffen wurde, breite Kreise auch friedlicher Demonstranten zu kriminalisieren. Am Punkt der **Demonstrationskosten** wird einerseits die Ähnlichkeit von Schadensersatzansprüchen an Demonstranten (in SPD-regierten Bundesländern) mit Leistungsbescheiden für Polizeieinsätze an Blockierer (in CDU-regierten Bundesländern) deutlich, zum anderen aber auch die Ausweitung der Kriminalisierung auch auf friedliche Blockierer und Demonstranten in eben diesen CDU-regierten Bundesländern.

Von dieser Ausweitung der Kriminalisierung handelt auch der nächste Punkt: Gerade in jüngster Zeit wird — vor allem in Bayern und Baden-Württemberg — der Vorwurf der **Nötigung** zur Einschüchterung und Kriminalisierung von breiten Teilen v.a. der Friedensbewegung eingesetzt, und eine weitere Ausweitung dieser Rechtspraxis deutet sich gerade für den von Zimmermann angekündigten „heißen Herbst" an.

Daß der Staat sich allerdings schon seit Jahren auf die Einschüchterung und Eindämmung von Massenbewegungen vorbereitet, wird gerade an dem Ausbau des Poilizeiapparates und dessen **Bewaffnung** offensichtlich. Als vorläufige Spitze dieses Eisberges stellen wir im folgenden Kapitel die Diskussion zur Einführung von Gummigeschossen von Seiten der CDU/CSU dar.

Es folgt ein Beitrag der Redaktion der Zeitung „Straßenmedizin", der auf das Ausmaß der Verletzungen von Demonstranten durch Polizisten in den letzten Jahren eingeht. Dieses Kapitel „**Der Angstfaktor**" beschreibt auch die psychischen Folgen von Polizeieinsätzen für Demonstranten, um die einschüchternde Wirkung der polizeilichen (Brachialgewalt) Staatsgewalt zu verdeutlichen.

Von weiteren Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, die schon seit Jahren praktiziert werden, handeln die folgenden Kapitel, einmal zu den **Demonstrationsauflagen**, die schon im Vorfeld die Möglichkeiten, sich durch eine Demonstration zu artikulieren, z.T. weitgehend einschränken. Zum anderen wird das Polizeirecht am Beispiel, des „**Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**" in Westberlin dargestellt, nach dem — ebenfalls schon seit mehreren Jahren, z.B. die „Vorbeugehaft" geregelt wird.

Im nächsten Kapitel greifen wir den Prozeß gegen **Alexander Schubart** (Aschu) auf. Aschu wurde Anfang dieses Jahres wegen „Nötigung von Verfassungsorganen" zu 2 Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig). Wir drucken Aschus Stellungnahme zu der Bedeutung dieses Urteils ab.

Abgerundet wird dieses Buch durch einen Beitrag von Prof.Dr. Oskar **Negt** „**Die ‚zwei Realitäten' und die Funktion des Demonstrationsrechts**", in dem Oskar Negt grundsätzliche Überlegungen zu Demonstrationsrecht und Demonstrationsfreiheit anstellt. Gerade dieser Beitrag ist geeignet, die Diskussion gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts mit grundsätzlichen politischen Überlegungen zu beleben.

Prozeß gegen Anti-Reagan Demonstranten in Westberlin

Von der Beweiskraft grüner Parkas und roter Lederjacken

„Hier Wiege 24. Alle unsere Einheiten sind eingesetzt. Ein Hinweis an alle Kräfte: Weisung von Zeugnis 20: Ab sofort massive Festnahmen machen!" — Diese Meldung ging während der Anti-Reagan-Demonstration am 11.6.82 in Westberlin über den Bullenfunk. Es war 12.50 Uhr. Zehn Minuten später wurden Alois, Klaus-Peter, Minas, Rainer und Ruth festgenommen. Sie sind seither in U-Haft. Seit mehr als sechzig Verhandlungstagen sind sie der Wahrheitsfindung des Landgerichts Westberlin-Moabit ausgesetzt. Die Anklage gegen sie entspricht dem mittlerweile erreichten Standard: schwerer Landfriedensbruch, schwerer Widerstand, versuchte schwere Körperverletzung.



Beweismittelsicherung (Foto: argus)

Die Belastungszeugen sind sieben Zivil-Bullen. Diese behaupten, sie hätten aus einem getarnten VW-Bus heraus die Demonstration auf dem Winterfeldplatz beobachtet (dort Straftaten gesehen) und hätten dann, als die Leute bei einem Bullenvorstoß flüchteten, die fünf jetzt Angeklagten im Hausflur der Winterfeldstraße 45 festgenommen. Nach der Festnahme hätten sie dann erkannt, daß sie — wie das Leben so spielt — gerade die Leute geschnappt hatten, auf die sie sich schon bei ihren Beobachtungen konzentriert haben wollen. Die sind dann wie auf Bestellung gebündelt in den besagten Hausflur gerannt.

Kennzeichen

Die „unverwechselbaren Kennzeichen", an denen die Zivis die jetzigen Angeklagten wiedererkannten, waren: Rainer soll eine Sturmhaube auf und eine Jeansjacke angehabt haben. Alois wollen sie als Träger einer Mütze und einer Brille wiedererkannt haben. Minas soll mit einem grünen Parka (markant, markant) bekleidet haben. Minas soll mit einem grünen Parka (markant, markant) bekleidet gewesen sein und eine Stirnglatze war auch noch herausstechend. Klaus-Peters Kennzeichen waren blonde Haare und eine schwarze Lederjacke. Und Ruths wesentliches Merkmal war schließlich, daß sie eine rote Lederjacke anhatte. Folglich wird Ruth im Prozeß auch des öfteren „die Dame mit der roten Lederjacke" genannt.

Als die Richterin dem Zivi, von dem Ruth hauptsächlich belastet wird, die gar nicht so dumme Frage stellte: „An was machen sie das eigentlich fest, Herr Zeuge, daß dies die Frau mit der roten Lederjacke ist?", entgegnete der, während sein Blick einmal über die Angeklagtenbank schweifte: „Na, es ist ja keine andere Frau da."

Von den den Angeklagten zur Last gelegten Taten existiert weder ein Foto, noch ein anderes aussagekräftiges Beweismaterial. Die Fotos, auf denen die Zivis die Angeklagten jetzt wiedererkennen, sind erst nach deren Festnahme gemacht worden (damit die Bullen nicht vergessen, wer eigentlich 'ne schwarze Lederjacke trug usw.).

Schon recht früh wurde die Konstruktion der Anklage gegen die Gefangenen deutlich. Da sind zum einen die Protokolle der polizeilichen Vernehmungen der Zivis. Diese fanden noch am Abend des 11.6. statt und dauerten jeweils über eine halbe Stunde. Auf solchen Protokollen fußt in der Regel die Anklage. Bei der Vorbereitung dieses Prozesses geschah jedoch etwas Außergewöhnliches. Etwa vier Tage nach der polizeilichen Vernehmung wurden die Zivis nochmals zu einer staatswanwaltlichen Vernehmung geladen. Dort wurden sie von dem Staatsanwalt vernommen, der im jetzigen Prozeß der Anklagevertreter ist.

Vergleicht man anhand der Protokolle die Aussagen, die die Zivis bei der polizeilichen Vernehmung gemacht haben mit denen vorm Staatsanwalt, so stellt man ausnahmslos fest, daß sie erst bei ihrer zweiten Vernehmung, also erst beim Staatswanwalt den Inhaftierten überhaupt irgendwelche strafbaren Handlungen direkt zuordnen. In den polizeilichen Aussagen fehlen diese Angaben; dort ist lediglich von Gruppen die Rede und vom Steineschmeißen, ohne daß jemand konkret beschuldigt wird.

Im Protokoll der Hauptverhandlung liest sich das so (V = Verteidiger; Z = Zivi-Belastungszeuge): V: Haben Sie bei der Beobachtung der Personen (aus dem getarnten Bus heraus) Bekleidungsmerkmale für wesentlich gehalten? Z: Ja. V: Es sind im Protokoll Ihrer polizeilichen Aussage aber keine Angaben zu Personen bzw. Beschreibungen enthalten. Z: Dann hat mich der Kollege wohl nicht danach gefragt. V: Warum haben Sie keine Person genau beschrieben? (Wohlgemerkt: von denen, die er jetzt beschuldigt.) Z: Ich bin nicht danach gefragt worden. V: Sie haben in Ihrer Aussage auch nicht erwähnt, daß einzelne Angeklagte Steine geworfen hätten. Z: Das kann ich mir nicht vorstellen. V: (Vorhalten der Akte) Es sind dort keine einzelnen Personen aufgeführt. Es wird lediglich von einer Gruppe gesprochen. Z: Ich kannte zu diesem Zeitpunkt keine Namen. Ich wurde auch nicht danach gefragt. Ich glaube, ich habe zum Schluß eine Personenbeschreibung abgegeben. Das muß beim Staatsanwalt gewesen sein.

Und mit der „gezielten" Festnahme sieht es auch nicht besser aus: Bei einer polizeilichen Vernehmung hat ein Zivi sieben bis acht ihm unbekannte Personen in den Hausflur rennen sehen. Bei seiner staatsanwaltlichen Vernehmung waren es dann nur noch sechs, dafür seiner staatsanwaltlichen Vernehmung waren es dann nur noch sechs, dafür aber genau bezeichnete Personen, nämlich die in diesem Prozeß Angeklagten und eine weitere. Als er schließlich in der Hauptverhandlung gefragt wurde, konnte er sich nur noch an zwei Personen erinnern. Und auf die Frage, warum er dann beim Staatsanwalt sechs Personen genau bezeichnet habe, antwortete er schlicht, daß er sich da „wohl geirrt haben" müsse.

Zeugenschulung

Auffallend unterschiedlich sind die staatsanwaltlichen Protokolle von den polizeilichen auch darin, daß die Tatvorwürfe plötzlich ziemlich einheitlich sind und weitgehend aufeinander abgestimmt, was die relevanten Aussagen für die Anklage gegen die Gefangenen betrifft.

Licht auf diese wunderbare Wandlung der polizeilichen Protokolle fiel, als einer der Zivis, der die ganzen Ungereimtheiten nicht mehr aushielt und zusätzlich labilisiert war, weil er sich kurz vorher auch noch per vorgelegtem Fotodokument steineschmeißend bei der Festnahme der fünf Gefangenen wiedererkennen mußte, zugab, daß es zwischen der polizeilichen und der staatsanwaltlichen Vernehmung eine Nachbesprechung Ihres Einsatzes vom 11.6. gegeben hat. Er nannte diese Nachbesprechung zwar Zeugenschulung (und das sei bei der Polizei eine übliche Maßnahme), gab aber zu, daß bis auf eine Ausnahme alle Belastungszeugen des jetzigen Prozesses bei dieser Schulung anwesend waren und daß die Gefangennahme und der zu erwartende Prozeß ein Thema der Schulung gewesen sei. Danach wurde ihm die Sache zu heiß, und er berief sich auf seine begrenzte Aussagegenehmigung. Da bis zu diesem Zeitpunkt fast alle Belastungszeugen unter Eid erklärt hatten, es hätte eine solche Besprechung nicht gegeben, haben sie fast alle einen Meineid in einem ganz zentralen Punkt geleistet.

Ob bei der Zeugenschulung auch Vertreter der Staatsanwaltschaft oder Vertreter amerikanischer Behörden anwesend waren, war aus den Zivis nicht rauszukriegen. Hier beriefen sie sich stets auf ihre begrenzte Aussagegenehmigung. Das ging zum Teil soweit, daß ihnen vom Gericht aus die Aussageverweigerung quasi nahegelegt wurde, indem die vorsitzende Richterin Schwarzmann z.B. einem Zivi, der gerade im Begriff war, die pfiffige Frage eines Rechtsanwalts zu beantworten, zurief: „Aber sie müssen die Frage des Rechtsanwalts natürlich nicht beantworten, wenn sie ihre Aussagegenehmigung nicht deckt."

Wer war wann wo?

Vollends offen wurde die Konstruktion der Anklage, als Minas' Rechtsanwältin sechs Entlastungszeugen benannte, die bestätigen konnten, daß er überhaupt nicht in der Winterfeldstraße 45 festgenommen wurde, sondern im Haus gegenüber, in der Nummer 44, und zwar von uniformierten Bullen, nicht von Zivis.

Diese Zeugen wurden dem Gericht erst bekanntgemacht, als die Belastungsaussagen der Bullen schon alle unter Eid behauptet hatten, Minas im Haus Nummer 45 festgenommen und ihn dort noch zuvor beim Steineschmeißen beobachtet zu haben. im Haus Nummer 45 festgenommen und ihn dort noch zuvor beim Steineschmeißen beobachtet zu haben. Tatsächlich war Minas nach seiner Festnahme in der Nummer 44 nur zufällig in dieselbe Wanne verfrachtet worden wie die anderen, und später einfach in die Anklagekonstruktion mit einbezogen worden.

Im weiteren Verlauf des Prozesses versuchte die Staatsanwaltschaft mit neuen Bullenzeugen die Entlastungszeugen unglaubhaft zu machen, um die Anklagekonstruktion doch noch zu retten. Die Vorfälle im Haus 44 wurden recherchiert und eine passende Story daraus abgeleitet: Einige Uniformierte seien vor Demonstranten in das Haus Nummer 44 geflüchtet. Dann sei von draußen ein Balken durch die Tür geflogen und habe einen von ihnen am Auge verletzt. Diesen hätten sie dann zum Einsatzfahrzeug zurückbegleitet, und da er so ähnlich ausgesehen habe wie Minas, sei für die Entlastungszeugen der Eindruck entstanden, daß es Minas war, der dort abgeführt wurde.

Peinlicherweise wurde aber der Unfallbericht des betreffenden verletzten Beamten ausgegraben und in dem steht unter der Rubrik „Grund des Einsatzes" klar und deutlich: „Festnahme eines Straftäters". Und als schließlich ein anderer Beamter, der den Unfallbericht tippte, bei seiner Vernehmung auch noch sagte, er habe sich seinerzeit bei seinem verletzten Kollegen noch einmal ausdrücklich vergewissert, daß es sich um die Festnahme eines Demonstranten im Haus 44 handelte und nicht um die Flucht vor Demonstranten, war auch diese nachgelieferte Story der Staatsanwaltschaft auf die Füße gefallen.

Knast für Widerstand

Man merkt an jedem Verhandlungstag, wie es dem Gericht eigentlich stinkt, den Gefangenen überhaupt irgendwas nachweisen zu müssen, um sie zu verknacken. Wäre die Zimmermannsche/Engelhardsche Verschärfung des § 125 schon über die Bühne, würden Gericht und Staatsanwaltschaft sich nicht mehr so plagen müssen, um den Gefangenen etwas nachzuweisen, und sie könnten sich auch die Mühe sparen, eine Anklage mit personenbezogenen Tatvorwürfen zu konstruieren. Die offenkundige Tatsache der Anklagekonstruktion (Konkretisierung und Vereinheitlichung der belastenden Aussagen durch die Staatsanwaltschaft, Zeugenschulung der Bullen vor der staatsanwaltlichen Vernehmung, Meineide der Bullen in der Hauptverhandlung und der peinliche Irrtum mit Minas); der klare Verurteilungswille durch Staatsanwaltschaft und Gericht (Fortdauer der U-Haft seit über einem Jahr trotz Demontage der Anklage, Unverhältnismäßigkeit der Dauer der U-Haft); die Vorverurteilung der Gefangenen, indem der Prozeß von Anfang an aufgezogen war, wie ein Prozeß gegen die Stadtguerilla (Hochsicherheitsbereich, Speicherung der Daten der Besucher, Panzerglaskäfige für die Gefangenen im Gerichtssaal), um die besondere „kriminelle Energie" der Angeklagten zu suggerieren; das offenbar schon immer entschiedene „Weiterbestehen es dringenden Tatverdachts" und die damit begründete Weigerung, die U-Haft auszusetzen — all das zeigt nur zu deutlich, worum es dem Gericht hier geht: Knast für politischen Widerstand — diese Absicht, durchgezogen hinter dem Nebel eines „rechtsstaatlichen" Verfahrens.

Und solange der § 125 noch nicht wie geplant verschärft ist, muß man halt noch ein solches juristisches Theater drumrum machen, wobei auch die miesesten Konstruktionen als Vorwand recht sind, um die Gefangenen zu verurteilen, und so den Widerstand gegen die verbrecherische Politik der USA (gegen die die Demo schließlich gerichtet war) zu kriminalisieren und abzuschrecken.

Bertram

Kultur/Diskussionsbeitrag

Computer denken nicht!

In dem Artikel „Spaß für alle, ohne Ende (?)" (AK 232) wurden die Video- bzw. Telespiele vorgestellt und kritisiert. Der Artikel scheint mir in seinen Sachaussagen, aber auch in seiner Methode recht typisch dafür zu sein, wie Linke und solche, die sich dafür halten, sich mit der aktuellen imperialistischen Massenkultur auseinandersetzen.

Wenn ich richtig verstanden habe, enthält der Artikel folgende Kern-Aussagen: Telespiele sind total ungeil, weil
— damit unheimlich Kohle gemacht wird,
— nur öde rumgeballert wird,
— und die Kids aufs Jobben und Kriegführen gedrillt werden.

Ich denke, daß die erste Aussage für den Kapitalismus kaum besonders neu ist, die zweite erstens falsch und zweitens die Antwort auf die falsche Frage ist, während die dritte mir immerhin nur viel zu platt erscheint.

Von Mäusen und Pazifisten

Die Zahlen am Anfang (über Umsätze etc.) sind, weil mit verschiedenen Größen gerechnet wird, sehr verwirrend. So steht in einem Satz etwas über die geschätzte absolute Zahl von Geräten, im nächsten dann etwas über geplante Umsätze in DM. Wer soll denn sowas vergleichen können?!

Außerdem ist die Aussagekraft der Zahlen gering, weil der Vergleich mit den Zahlen anderer Freizeittechnologie oder -medien (Musik!) fehlt. Woher aber nimmt die Kinderkommission dann eigentlich die Gewißheit, Telespiele seien das Kinder-Medium der Zukunft? Wieso nicht Platten oder Video-Clips? Aber es ist natürlich nicht verkehrt, festzuhalten, daß jemand mit Telespielen viel Geld verdient, wo doch bis jetzt alle meinen, die Dinger würden aus reiner Menschenfreundlichkeit unters Volk gebracht.

Ich hatte das Vergnügen, an einem Forschungsprojekt über Telespiele auch ein wenig mitzumischen. Dabei habe ich zwar auch reichlich Hamburger abgeschossen (ja, da lacht der Körnerfresser und der Antiimpi packt's nicht mehr — auch das gibt's als Telespiel), aber bei „Ms.-Pac-Man" war ich im Fressen von Gespenstern (Achternbusch möge mir verzeihen) auch soweit fit. Und ich muß gestehen, daß mir diese ganzen sanften, langhaarigen Naturwollpulloverträger, die die Kriegsspiele ja so schlimm fanden, sich vom „Schlümpfe"-Spiel aber nicht trennen konnten, schwer auf die Nerven gegangen sind. Nicht mal so sehr, weil sie sich alle so enorm einzigartig und individuell vorkommen, sondern weil ihnen zu Telespielen wirklich nix anderes einfällt als dieser Gelegenheits-Pazifismus.

Der Bildschirm: eine Erscheinungsebene

Es ist kaum was Flacheres denkbar als eine Bildschirm-Graphik. Trotzdem: die Kinder-Kommission, stets bemüht, nicht an der Oberfläche der Erscheinungen kleben zu bleiben, schießt sich ausgerechnet auf die Telespiel-Bilder ein. Wobei die Wahrnehmungsdefizite bei dieser Art der Untersuchung recht aufschlußreich sind: Da wird z.B. hartnäckig 'rumerzählt, unsere lieben Kleinen müßten in diesen Spielen Städte zerstören. Bei allen mir bekannten in Frage kommenden Spielen ist die Aufgabe, die Städte-Zerstörung zu verhindern. Die sinnlose Haarspalterei, die mir jetzt womöglich vorgeworfen wird, würde wohl von den Millionen Einwohnern dieser Städte, zu deren Beschützer die Kinder-Kommission sich hier aufschwingt, etwas anders bewertet, wenn es diese Einwohner nur gäbe. Ähnlich verhält es sich mit den armen Fröschen, die die Kinder angeblich immer überfahren müssen...

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

Aber diese falschen Angaben über den Inhalt der Spiele zeigen ja nur die mangelnde Sorgfalt der Analyse, also weiter: Es ist derzeit ein Trend erkennbar, mehr Spiele zu entwickeln, die einen unkriegerischen Inhalt haben. Dazu gehören die Spiele, die, ermöglicht durch immer höhere Speicherkapazität der Chips, den Spieler/inne/n verschiedene Aufgaben in verschiedenen „Bildern" präsentieren. Dazu gehören „ET", „Jäger des verlorenen Schatzes", „Schlümpfe" und andere. Bei diesen Spielen wird nicht oder kaum „geschossen". („ET" ist übrigens ein Flop, kein Hit!). Das erfolgreichste Telespiel überhaupt, „Pac-Man", kommt bei seiner Hetzjagd durch's Labyrinth ganz ohne Knallerei aus. (Allerdings werden hier Gespenster gefressen; das Spiel stellt also entweder den Kampf um die Lehrstellen oder aber Zimmermanns Rache dar, oder was?)

Die Gewalt der Schachbretter

Es sollte doch gelegentlich mal zur Kenntnis genommen werden, daß diese Spiele nicht bloß aus Bild und action-Taste bestehen. Das Herzstück a l l e r Telespiele ist das P r o g r a m m. Und diese Programme basieren, ganz unabhängig von der äußeren Erscheinung der Spiele, alle auf denselben Prinzipien.

I'm working every hour but
I'm heading for a crash
I'm sick of living fast and
running short of cash
tell me what's so bad about
wanting to feel so good
I want a better life and I'd
like to buy one if I could

Heaven 17: The Luxury Gap

Jetzt aber aufgepaßt, liebe/r Leser/in! Nicht „die Spiele sind immer dasselbe", sondern die Binär-Logik ist immer dieselbe. Und ich meine, diesen Aspekt, der eben nicht bloß Telespiele,

Jetzt aber aufgepaßt, liebe/r Leser/in! Nicht „die Spiele sind immer dasselbe", sondern die Binär-Logik ist immer dieselbe. Und ich meine, diesen Aspekt, der eben nicht bloß Telespiele,

sondern den ganzen Bereich des „Mensch-Maschine-Dialogs" betrifft, sollten wir mal diskutieren.

Computer-Programme beruhen auf einer speziellen Algebra, die nur zwei Werte (eigentlich nur einen Wert) kennt: Null oder Eins, An oder Aus, Wert oder Kein Wert. Es ist dies eine Art der Verarbeitung von Informationen (d.h. der Konstruktion von Wirklichkeit), die menschlichem Denken völlig fremd ist. Menschen sind nicht nüchtern oder betrunken, gesund oder krank, schwarz oder weiß. (Liebende wissen um eine Form der physischen Abwesenheit, die zugleich eine starke Präsenz ist.) Solche Begriffe sind dazu da, eine ganz bestimmte Qualität eines angesprochenen Gegenstands zu bezeichnen, die gerade in diesem Zusammenhang wesentlich sein mag. Aber die Begriffe erfassen eben immer nur Teile der Wirklichkeit.

In den Telespielen aber wird uns, gerade durch die „Bilder", eine ganz andere Wirklichkeit vorgeführt, nämlich eine, in der wir nur falsch oder richtig handeln können. So wird die reale Vielfalt menschlicher Handlungsmöglich-

Am Heimcomputer sitz ich hier
Programmier die Zukunft mir

Kraftwerk: Computerwelt

keiten geleugnet, sie wird den Spieler/inne/n verweigert (bei anderen Spielen kann ich immerhin noch betrügen).

Deshalb, so meine These, sind diese Spiele in höchstem Maße gewalttätig. Sie zwingen Menschen, sich unter Vorspiegelung realer Ereignisse auf eine unmenschliche Maschinenlogik einzulassen, sich ihr anzupassen. (Und deshalb werden wir auch immer verlieren: Irgendwann läßt Deine Konzentration nach, und die Cylonen erwischen Dich. Oder die Bullen, falls du gerade „Randale" gespielt hast.)

Der Wahnwitz dieser Situation besteht nun darin, daß diese Spiele (in der Regel auch bei ihren Kritikern) als „realistisch" gelten, vor allem wegen der immer perfekteren Graphik. Was soll denn das für eine Realität sein, wo Städte mit dem Lineal gezogen sind, wo die bösen Cylonen immer dieselben Fehler machen und wo nie eine/r desertiert?

Wenn erst mal der Schritt vollzogen ist, diese Bilder als Abbilder von Wirklichkeit zu akzeptieren, dann, so fürchte ich, werden die Menschen auch in dieser Dualität (entweder-oder) d e n k e n. Wohlgemerkt: ich fürchte. Denn nach meiner Kenntnis ist es bisher nicht möglich, gültige/haltbare Aussagen über die reale Wirkung auf die Spieler/innen zu machen. Da hilft es auch keinen Schritt weiter, wie in dem Artikel der Kinder-Kommission allerlei Schnacks zusammenzutragen, die kaum besser belegbar sind als das übrige Kneipengelaber zum Thema.

Telespiele — die Peitsche des Kapitals?

Womit ich bei der Job-Dressur und Kriegsvorbereitung durch Telespiele bin. Zunächst mal: Ein Satz wie „*Die historische Entwicklung des Spielzeugs beweist, daß die Herrschenden den Kindern immer das Spielzeug verpaßt haben, das ihren jeweiligen ökonomischen und politischen Zielen entsprach*" jagt mir kalte Schauer über den Rücken. Stellt der Autor sich das wirklich s o einfach vor?! Ich meine doch, daß von Kommunisten etwas mehr Einsicht in den Produktionsprozeß von Kultur erwartet werden kann!

Ich vermute, die Spiele haben wirklich den E f f e k t, Menschen an den Umgang mit Computern, also auch mit der computerisierten Kriegstechnologie, zu gewöhnen. Dennoch liegt aber meiner Meinung nach die wirklich entscheidende Gefahr der Spiele darin, Menschen an eine bestimmte Form der Wahrnehmung und Analyse von Wirklichkeit zu gewöhnen. Und diese Folge der Telespiele ginge weit über ihre brauchbarkeit in den kommenden Produktions- und anderen Schlachten hinaus.

Eine neue Welt wird gebaut

Derzeit verkocht die gesamte mediale Umwelt, die einen immer größeren Sektor unserer Zugänge zur Wirklichkeit ausmacht, tendenziell zu einer gigantischen Image-Soße, die die Ruinen der Unmittelbarkeit immer mehr zudeckt. Filme werden zu Spielen (z.B. „Star Wars"), Spiele zu Büchern (es

gantischen Image-Soße, die die Ruinen der Unmittelbarkeit immer mehr zudeckt. Filme werden zu Spielen (z.B. „Star Wars"), Spiele zu Büchern (es

gibt eine SF-Story zu „Pac-Man"), Spiele werden zu Telespielen („Dungeons & Dragons"), aus Zeitungsartikeln werden Stile. Der „Held" von „Pac-Man" hat in den USA eine Zeichentrick-Show usw.usf.

Ein immer größerer Teil dessen, was die Menschen hierzulande von der Welt sehen, hören oder was weiß ich, geht durch die Filter der Medienkonzerne. Da ist es nur konsequent, daß diese Konzerne auch an technischen Möglichkeiten interessiert sind, zu Bildern und Tönen auch ohne den Umweg realer Geschehnisse zu kommen. Die Computer-Graphik, die uns jetzt schon Telespiele von fast Zeichentrick-Qualität beschert, wird es bald ermöglichen, ganz auf Schauspieler/innen, Studios etc. zu verzichten. Die Folgen solcher Technologien sind heute buchstäblich unab-seh-bar.

Angesichts solcher umfassenden und vielschichtigen Entwicklungen zu behaupten „Alles nur Manöver der Bourgeoisie", ist wirklich das platteste, was ich mir denken kann.

Eskapismus?! Was denn sonst?

Ganz offensichtlich besteht doch ein weit verbreitetes Bedürfnis nach dieser Anderen Wirklichkeit. Ganz augenscheinlich sind derzeit Millionen von Menschen der Meinung, diese Andere Wirklichkeit entspräche weit eher ihren Vorstellungen als diese hier.

Daß Leute, die sich in solch arroganter Weise weigern, die Träume, Wünsche, Hoffnungen und Ängste, die in dieser gigantischen Medien-Welt immer wieder aufscheinen, auch nur zur Kenntnis zu nehmen, von den Konsumenten dieser Anderen Wirklichkeit als Leute aus einer anderen Welt angesehen oder eben auch nicht mehr zur Kenntnis genommen werden — wen wundert's?

Phantomias, z.Zt. Köln

Literaturtips:

— „Computer programmieren Menschen", in: „psychosozial" 18, rororo 7218
— Schocker — Stile und Moden der Subkultur (speziell die Aufsätze von Olaph-Dante Marx und Dietrich Diederichsen), rororo 7731
— Stichworte „psychologisieren" und „Standpunkt", in: Lexikon linker Gemeinplätze, rororo 7760

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil VII

Von der März-Revolution 1848 bis zu den 90er Jahren

In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts gewann as Prinzip der jüdischen Emanzipation breitere Unterstützung. Das vom Preußischen Landtag 1847 beschlossene Gesetz über „die Verhältnisse der Juden" gewährte ihnen die gleichen Rechte wie en christlichen Untertanen. Den Juden wurde gestattet, staatliche oder städtische Ämter zu bekleiden, „*wenn mit einem solchen Amte die Ausübung einer echtlichen, polizeilichen oder exekutiven Gewalt nicht verbunden ist.*" Sie durften als Lehrer und an den Universitäten als Professoren für Medizin, Naturwissenchaften und Philologie tätig sein - wurden aber von den Geisteswissenschaften ausgeschlossen.

Die 48er Revolutionen hatten auf den Emanzipationsprozeß der mitteleuropäischen Juden eine starke Wirkung. In der ersten deutschen Nationalversammlung, die im Juni 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, waren mehrere jüdische Vertreter, u.a. Gabriel Riesser, der zum Vizepräsidenten gewählt wurde. In die Paulskirchenverfassung wurde der Para-

trat, waren mehrere jüdische Vertreter, u.a. Gabriel Riesser, der zum Vizepräsidenten gewählt wurde. In die Paulskirchenverfassung wurde der Para-

graph ufgenommen:„*Die Ausübung bürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnis unabhängig*".

Die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, nach dem Scheitern der revolutionären Unruhe 1848/49, waren eine Periode der Reaktion. Zwar wurden nur selten den Juden gewährte Rechte widerrufen (Das tat z.B. Papst Pius IX, der Roms Juden wieder ins Ghetto zwang). Doch in den meisten mitteleuropäischen Ländern wurden sie weiterhin administrativ diskriminiert. In mehreren deutschen Staaten bestanden wieder (bzw. weiterhin) Restriktionen hinsichtlich der Bewegungsfreiheit und der Berufsausübung. In Preußen z.B. wurden sie wieder von Staatsämtern ausgeschlossen. In Österreich wurde ihnen der Erwerb von Grundeigentum beschränkt, und der Zugang zu akademischen Berufen vberwehrt. Erst 1867 wurde schließlich in Österreich die volle rechtliche Gleichstellung verfügt.

In Italien verschleppte sich die Verbesserung der Rechtslage der Juden (abgesehen von Sardinien, wo seit 1848 Rechtsgleichheit herrschte). Ein Vorfall erregte die damalige öffentliche Meinung: im damals noch unter päpstlicher Herrschaft stehenden Bologna entführte 1858 die Polizei ein jüdisches Kind mit der Angabe, es sei „heimlich getauft" worden. Als aber 1870 die weltliche Herrschaft des Papsttums zu Ende ging und Rom zur Hauptstadt des geeinigten Italiens erklärt wurde, wurde auch den Juden der Stadt die Gleichstellung gewährt.

Die Schweiz war einer der Staaten, die hartnäckig am Widerstand gegen die Gleichberechtigung festhielten. Die Schweiz untersagte Juden sogar, innerhalb ihrer Grenzen seßhaft zu werden. Nur im Kanton Aargau durften sie sich niederlassen - allerdings ohne alle bürgerlichen Rechte.

1862 wurde in der Schweiz dazu ein Referendum durchgeführt: die große Mehrheit der Abstimmenden lehnte Rechte für Juden ab. Erst 1874 wurde schließlich auch dort das Prinzip der Gleichberechtigung eingeführt.

Das erste Feld, auf dem Juden in europäischen Sprachen aktiv wurden, war das Pressewesen. Eine besonders bedeutende Rolle spielten sie in der liberalen und radikalen Presse. Ebenso auf verschiedenen anderen Gebieten wie Literatur, Musik und Malerei. Hierzu sollen nur Namen wie Heinrich Heine (1797-1856), Mendelssohn-Bartholdy, Offenbach, Rachel und Sarah Bernhardt, Camille Pissaro (in Frankreich) oder Max Liebermann genannt werden. Zur Analyse und Geschichte der 48er Revolutionen sei auf Engels Schrift:„**Revolution und Konterrevolution in Deutschland**" (1851-52 geschrieben), MEW-Band 8 (S. 5-108), sowie auf Marx Schrift:„**Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte**" (1852), MEW-Band 8 (S. 109-207), hingewiesen.

Marx: „Zur Judenfrage"

1843 schrieb Marx eine Abhandlung „Zur Judenfrage" als Antwort auf zwei Schriften des Hegelianers Bruno Bauer. Sowohl Bauer als auch Marx wollten in diesen Schriften den Begriff der „Emanzipation" klären. Wie schon erwähnt, wurde zu Beginn der 40er Jahre die Emanzipation der Juden in Petitionen und Landtagsdebatten behandelt. Noch herrschte das Prinzip des christlichen Staates, der Staatsbürger war (nicht nur de facto, sondern auch de jure) unfrei und die Gesellschaft auf Privilegien aufgebaut. Bauer wirft die Frage der Emanzipation der Juden von der theologischen Seite auf

ger war (nicht nur de facto, sondern auch de jure) unfrei und die Gesellschaft auf Privilegien aufgebaut. Bauer wirft die Frage der Emanzipation der Juden von der theologischen Seite auf

und fragt, wer die größere Emanzipations„fähigkeit" besitze — die Christen oder die Juden.

Bauer meint, es sei doch ein Widerspruch, daß dieses Volk, das selber in seinem „Erwählungsglauben" befangen sei, die Gleichberechtigung fordere. Erst müsse sich das Judentum von seinen religiös begründeten „Chimären" befreien.

Marx Schrift behandelt eher die Staatsfrage als im engen Sinne verstanden die „Judenfrage". Sie ist in erster Linie eine Kritik der christlich-bürgerlichen Gesellschaft.

Er wirft nicht die Frage einer politischen Emanzipation irgendwelcher religiösen Gruppen auf, sondern fragt: w e l c h e Emanzipation ist anzustreben. Die bisher erreichte politische Emanzipation (siehe 1789) habe den Menschen gespalten in den „öffentlichen" und „privaten" Menschen. Sie habe die Sphäre des privaten „Egoismus" gesichert und das Recht auf Eigennutz proklamiert.

„*Sie läßt jeden Menschen im anderen Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden*". Die politische Emanzipation ist die Reduktion auf das egoistische, unabhängige Individuum. Die wirkliche Emanzipation des Menschen wird erst vollbracht,wenn er seine Kräfte als geselschaftliche Kräfte erkennt und organisiert. Das Ziel ist jetzt nicht die politische Emanzipation irgendwelcher religiöser Gruppen, sondern eine readikale Änderung der Gesellschaftsordnung, die die Befreiung der Menschen als Gattung, nicht nur als bloße Individuen mit sich bringen soll. Das heißt, das Ziel ist die Aufhebung der Spaltung zwischen Mensch und Gesellschaft.

Die gesellschaftliche Funktion der Juden sieht Marx in der reinen Geldmacherei. Das empirische Wesen es Judentums sei der Eigennutz, der Schacher, und sein weltlicher Gott sei das Geld. „*Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers aufhöbe, hätte den Juden unmöglich gemacht. Sein religiöses Bewußtsein würde wie ein fader Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft sich auflösen.*" Die bürgerliche Gesellschaft in der christlichen Welt hat selber den Eigennutz zum Prinzip und das Geld zum allgemeinen Wert aller Dinge erhoben. Sie hat das „Judentum" ermöglicht und begünstigt. Hebt die Gesellschaft den Schacher und seine wirtschaftlichen Voraussetzungen auf, so hebt sich auch das Judentum auf: „*Die gesellschaftliche Emanzipation der Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum*". Das jüdische Problem ist demnach zugleich das Problem des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft und löst sich nur im übergeordenten Zusammenhang. Wenngleich Marx in dieser Schrift das Judentum als Zerrspiegel benutzt und es auf ie ökonomische Funktion einer kleinen Gruppe von Finanzleuten einschränkt, so ist auch klar, daß, wer Juden als Juden bekämpft, nur vom eigentlichen Gegner ablenkt.

Diese frühe Stellungnahme zur Judenfrage hat Marx später nicht mehr ergänzt bzw. korrigiert. Zur antisemitischen Bewegung der 80er Jahre und den ersten Pogromen in Rußland, die er noch erlebte, äußerte er sich nicht mehr. Allerdings nahm Friedrich Engels zum Antisemitismus Stellung, als dieser zu Beginn der 90er Jahre eine bedrohliche Macht zu werden schien.

Antisemitismus in Deutschland seit 1873

Antisemitismus in Deutschland seit 1873

Das Scheitern der Revolution von 1848 warf die Judenemanzipation zunächst auf den vormärzlichen Stand zurück (s.o.). Doch die politische und ökonomische Integration der aufstrebenden Bourgeoisie machte gewisse liberale Zugeständnisse des preußischen Bonapartismus erforderlich. Mit dem Sieg über Österreich 1866 war ein kleindeutsches Reich unter preußischer Führung in greifbare Nähe gerückt. Preußen „präparierte" der Bourgeoisie die Herrschaft und installierte die langfristige Klassensymbiose zwischen Junkertum und Bourgeoisie. Bereits bei der Gründung des Norddeutschen Bundes machte Bismarck liberale Konzessionen, die erforderlich waren, um den z.T. liberalen süddeutschen Staaten den Anschluß an das halb-feudale Preußen schmackhaft zu machen.

Dies war der Hintergrund für die 1869 im Norddeutschen Bund ausgesprochene vollständige formalrechtliche Emanzipation er Juden. Sie war also nicht das Ergebnis eines tiefgreifenden revolutionär-demokratischen Wandlungsprozesses, sondern eine Art „Gnadenerlaß" von oben (mit ständiger Drohung einer Rücknahme dieser Rechte, was dann 1933 eintrat). Die rechtliche Emanzipation der Juden war auch Antwort auf den realen gesellschaftlichen Aufstieg eines Teils von ihnen während der langanhaltenden Hochkonjunktur in den verflossenen Jahrzehnten (mit der Unterbrechung 1857 - 1859). Dieser Teil nahm gewichtige Positionen ein als Unternehmer und in den freien Berufen (Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten). Die staatliche Bürokratie jedoch war ihnen auch Später noch weitgehend versperrt. So wichtig das Gesetz von 1869 war, das den Juden in ihrer Gesamtheit erstmalig die vollständige rechtliche Gleichstellung dem Buchstaben nach versprach, so ist doch nicht zu übersehen, daß der jahrhundertealte Antisemitismus virulent blieb und später im autoritären Obrigkeitsstaat als Ausdruck ungelöster sozialer Probleme gesellschaftsfähig wurde. Der Aufstieg der Juden in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts war mit kapitalistischer Hochkonjunktur und vorsichtigem Liberalismus eng verknüpft. Es waren vor allem die gebildeten bürgerlichen Juden, die sich stark mit liberalen Ideen identifizierten und Bismarck in seiner Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche mit liberalen Intentionen (Trennung von Staat und Religion) unterstützten. Ebenso begrüßten sie Bismarcks Allianz mit den Nationalliberalen und die Reformen unter Delbrück-Camphausen (1867 - 71), deren wirtschaftliche Gesetzgebung die

kapitalistische Expansion maßgeblich erleichterte.

Die Krise von 1873 kam dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Noch 1872 waren in einem Jahr doppelt so viele Aktiengesellschaften gegründet worden wie in den vergangenen achtzig Jahren zuvor, darunter 49 Banken. Umso jäher schlug nach dem Gründungsfieber, dem Zeitalter der Börsenspekulation und des schnellen Reichtums, die erste wirklich schwere und langanhaltende kapitalistische Krise zu. Sie war in ihrer Schärfe durchaus mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbar und hielt rund 20 Jahre an, wobei die Periode 1873 - 79 den schärfsten Niedergang markiert. Die Überproduktionskrise ging mit entsprechendem Preisverfall einher. Am stärksten wurden die Eisen- und Kohle-Industriellen sowie die Landwirte von diesem Preissturz getroffen. Die Landwirtschaft hatte ihre „goldenen Jahrzehnte" hinter sich, während sich, durch Bodenspekulation angeheizt, der gutsherrliche Reichtum verdoppelte bis verdreifachte. In der Krise sanken die Gelderträge der Landwirte schneller als die hohen Hypothekenzinsen, die östlich der Elbe bis zu 50% des Einkommens verzehrten, westlich davon ca. 30%. Die Unternehmer ihrerseits rationalisierten und drückten die Löhne. Krupp beispielsweise halbierte bis 1879 die Lohnsumme „seiner" Arbeiter.

Unzufriedenheit und Desorientierung über die langanhaltende Depression im ersten Zyklus von 1873 bis 1879 ergriffen die Mehrheit der Bevölkerung. Die schwere Agrarkrise (besonders ab 1876) bedrohte das politische und gesellschaftliche Rückgrat des preußisch-deutschen Staates: die ostelbischen Rittergutsbesitzer. Schutzzollforderungen wurden erhoben: 1874 vom neu gegründeten „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", 1876 auch von den bis dahin traditionell freihändlerisch ausgerichteten ostelbischen Großgrundbesitzern. Diese schlossen sich in der „Vereinigung Steuer- und Wirtschaftsreformer" zusammen, die die „Creme" der Junker umfaßte und betont anti-liberal auftrat. Die Formierung und gegenseitige Annäherung der von der Krise betroffenen Interessenten aus Industrie und Landwirtschaft — die zunächst sehr gegensätzliche Konzeptionen zur Verbesserung ihrer spezifischen Lage vertraten — ist von entscheidender Bedeutung für die weitere politische Entwicklung in Deutschland bis zum 1. Weltkrieg geworden. 1877 wurde zwischen diesen mächtigen Gruppen ein gemeinsames Programm formell verabschiedet. Hauptforderung: Einführung von Schutzzöllen.

Doch die freihändlerisch orientierten Nationalliberalen und das mit Bismarck verfeindete katholische Zentrum konnten nicht zur Mehrheitsbildung im Reichstag herangezogen werden. Erst die nach den beiden Attentaten auf den Kaiser durchgeführten Neuwahlen „gegen den roten Terror" (1878) brachten den Konservativen erhebliche Gewinne und konnten die Liberalen spalten sowie einen Teil von ihnen auf die Seite der Schutzzöllner hinüberziehen. Die offen reaktionäre Klassengesetzgebung 1878/79 wälzte zugunsten der Großagrarier mit weit überhöhten Nahrungsmittelpreisen die Krise auf die unteren Klassen und Schichten ab.

Die Verbindung von Schwerindustrie und Grundbesitz stabilisierte den status quo des preußischen Bonapartismus und erweiterte die Position der alten Machtelite. Mit der Zustimmung zum Sozialistengesetz von 1878 schließlich wurden auch die wirtschaftspolitisch liberalen Teile des Bürgertums ins konservativ-agrarische-großindustrielle Machtkartell eingereiht. Die Geschichte des Formierungsprozesses im Verlauf der „großen Depression" ist wichtiger Hintergrund für den modernen Antisemitismus, seine Massenbasis und seine Funktionalisierung durch die herrschenden Eliten. Denn nach Ausbruch der Krise wurde vor allem vom traditionellen Mittelstand — ohnehin vom Anpassungsprozeß an den modernen Kapitalismus gebeutelt — nach einem Schuldigen gesucht und einer gefunden.

„Der ganzen liberalen Bewegung wurde jetzt der Prozeß gemacht: ‚Liberaler' galt als Schimpfwort. Für die Feinde der neuen Ära verkörperte sich der Liberalismus in der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei, und beide wurden als ‚jüdisch' gebrandmarkt" (Paul W. Massing, „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus", S. 44, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 8). Die traditionellen Mittelschichten (Handwerker, Kleinunternehmer, Angestellte, Kleinbauern), denen die gesellschaftliche Desintegration drastisch vor Augen geführt wurde, reagierten mit einer Art Weltuntergangsstimmung, die sich zugleich aggressiv gegen die vermeintlichen Schuldigen — die Liberalen und die Juden — richtete. Der Journalist W. Marr veröffentlichte zu Beginn der Wirtschaftskrise eine wirre antisemitische Broschüre — mit sensationellem Erfolg (sie erlebte in sechs Jahren zwölf Auflagen): *„Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum"*, wobei die besondere Bedeutung in dem Zusatz liegt: *„vom nicht-konfessionellen Standpunkt aus betrachtet"*.

Die Juden wurden also erstmals ausdrücklich nicht als religiöse Glaubensgemeinschaft angegriffen, sondern als „Rasse". Ihnen wurden nicht die Christen sondern die Germanen gegenübergestellt. In äußerst pessimistisch-tragischem Ton wird der „Sieg der jüdischen Rasse" über die Germanen vorhergesagt, wobei die „jüdische Rasse" alle Chancen habe, *„heute der sozialpolitische Diktator Deutschlands"* zu werden. Gerade ihre Überlegenheit erfordere den Kampf auf Leben und Tod und lasse ein friedliches Zusammenleben nicht zu. Der *„Untergang des christlichen Abendlandes"* schien Marr unvermeidlich, höchstens noch durch einen letzten verzweifelten Gegenstoß Europas gegen das Judentum aufzuhalten.

Es werde wahrscheinlich eine **„Explosion"**, eine **„Katastrophe"** stattfinden, bevor sich das Germanentum „ergibt". *„Das allgemeine Pogrom, schicksalhaft und unkontrolliert, wird hier angekündigt"* (P. Massing, s.o., S.7). Der bis auf seine Broschüre erfolglose Marr zählte sich selbst zur berufenen Elite, die von Juden und Liberalen beiseite gedrängt worden sei. Seine komplex-beladenen Haßtiraden gegen die „überlegene jüdische Rasse" artikulierten offensichtlich die irrationalen Ängste der vorkapitalistischen Schichten vor der „schicksalhaft" und „naturwüchsig" auf sie zurollenden kapitalistischen Krise, die ihren gesellschaftlichen Status und ihre kulturellen Traditionen unterminierte. So wurde ein Sündenbock angeboten. 1879 gründete Marr die nach dem Führerprinzip strukturierte „Antisemiten-Liga", die erste Organisation überhaupt, die solch einen Namen trug. Ziel war, *„unser deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten"* und *„sich der weiteren Verdrängung des Germanentums durch das Judentum mit allen erlaubten Mitteln zu widersetzen"* (nach Pulzer, „Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 - 1914"). Marr, der als einer der ersten die Massenwirksamkeit antisemitischer Propaganda auf rassitischer Grundlage erkannte und nutzte, **bezeichnete sich selbst als alten 48er, als „ehemaligen Radikalen", der aus Enttäuschung über die korrumpierende Wirkung des modernen Kapitalismus nach rechts gegangen sei.** Obwohl für seine Person schwer nachprüfbar, symbolisiert sich in dieser Selbstdarstellung die Rechtsentwicklung großer Teile des deutschen Kleinbürgertums nach der preußisch-deutschen Reichseinigung, dem Abschluß der Epoche der bürgerlichen Revolution in Deutschland.

Rassismus als Variante der imperialistischen Ideologie

In ihrer verhängnisvollen Auswirkung kaum zu überblicken ist eine Artikelserie, die wenige Monate später (1874/75) von Otto Glagau in der „Gartenlaube" (Auflage: 382.000!), dem meistgelesenen Unterhaltungsblatt der Mittelschichten, veröffentlicht wurde. Konkreter als bei Marr wurde an den sozialen Schwierigkeiten der Leserinnen und Leser angeknüpft und deren Ängste antisemitisch ausgebeutet. Jüdische Abgeordnete wurden bezichtigt, für Gesetze verantwortlich zu sein, durch die Handel, Börse und die großen Unternehmen auf Kosten von Handwerk und Landwirtschaft begünstigt wurden. Neunzig Prozent aller Gründer und Spekulanten seien Juden, behauptete Glagau, was ihm schlicht geglaubt wurde. Eines der antisemitischen Stereotypen war die angebliche Bauernfeindlichkeit der Juden, anknüpfend an ihre Funktion als landwirtschaftliche Kreditgeber. Otto Glagau: *„Alle Juden und Leute jüdischer Abkunft sind geborene Gegner der Landwirtschaft"* (Pulzer, a.a.O., S. 62). Geschickt greift er den Pessimismus seiner kleinbürgerlichen Leserschaft auf: *„Die schwersten und unnatürlichsten Verbrechen sind an der Tagesordnung — Mord und Raub, Einbruch und Diebstahl machen Stadt und Land unsicher. Betrug und Unterschlagung grassieren wie Seuchen, der Selbstmord ist epidemisch geworden. Bettler und Vagabunden striefen in Scharen umher. Die Gefängnisse und Strafanstalten sind überfüllt, die Zahl der Zivil- und Kriminalprozesse, Konkurse und Exekutionen ist Legion ... Die Gewerbefreiheit hat zwischen Meister, Geselle und Lehrling jedes Band zerrissen und den Handwerkerstand, der ehemaligs den Kern der Bürgerschaft bildete, ruiniert"* (Pulzer, a.a.O., S.79).

Glagau benutzte bereits die Unterscheidung zwischen „raffendem" und „schaffendem" Kapital, wobei das abstrakte Geldkapital als etwas besonders Bedrohliches, als eminent Jüdisches mystifiziert wurde. Die Unterscheidung zwischen Geldkapital („raffend") und landwirtschaftlich-industriellem Kapital („schaffen") wurde später von den Nazis benutzt, um die Probleme des verschuldeten Mittelstands pseudo-anti-kapitalistisch aufzugreifen und den „Volksfeind" als *„raffendes jüdisches Ungeheuer"* zu verteufeln (A. Hitler, „Mein Kampf", S. 232). P. Massing kommt über Glagau zu folgender Gesamteinschätzung: *„Seine Ansichten über Judentum, Liberalismus, Manchestertheorie, die moderne Bourgeoisie, politische Parteien überhaupt und die Rolle der großen Staatsmänner zeigte außergewöhnliche Verwandtschaft mit der späternen Gedankenwelt des Nationalsozialismus"*.

Ein unmittelbar politisches Gewicht erhielt der durch die Gründerkrise virulent gewordene Antisemitismus dadurch, daß er von zwei wichtigen politischen Gruppierungen auf die Fahne geschrieben wurde: Von den junkerlichen A l t k o n s e r v a t i v e n, denen die Bismarckschen pro-kapitalistischen Refomen zu weit gingen, und vom katholischen Z e n t r u m, das mit Bismarck im „Kulturkampf" verstrickt war und das die relativ selbständige Rolle der katholischen Kirche bedroht sah (Bismarck seinerseits schätzte die Katholiken als potentielle Verbündete Österreichs ein, die für eine großdeutsche Lösung unter Einbeziehung der Donau-Monarchie optierten).

Der Antisemitismus war für beide das Mittel, Bismarcks taktisches Zusammengehen mit den Nationalliberalen anzugreifen und sich mit ihrer antiliberalen und antijüdischen Agitation eine Massenbasis zu verschaffen. 1875 eröffnete die Zeitung der Extremkonservativen, die „Kreuzzeitung", als erste eine Serie von antisemitischen Artikeln. In dem Aufsatz „Die Ära Bismarck-Delbrück-Camphausen" hieß es: *„Bank-, Aktien- und Börsenprivilegien sind, wie die Sachen faktisch liegen, Judenprivilegien. Sie werden daher von der jüdischen Presse, den jüdischen Gelehrten und den jüdischen Volksvertretern mit allen Kräften geschützt und befördert"* (zit. n. Pulzer, a.a.O., S.78). Die ganze nationalliberale Ära ab 1866 können auf nichts anderes hinauslaufen als auf eine *„von und für Juden betriebene Politik und Gesetzgebung"*. Die katholische Zeitung „Germania" produzierte 1875 eine ganze Kette klassischer antisemitischer Klischees, basierend auf der besonderen geschichtlich vermittelten Situation der Juden: Die Juden seien kaum im produzierenden Gewerbe anzutreffen, sie lebten auf Kosten der christlichen Bevölkerung, würden die höheren Ausbildungsplätze überproportional beanspruchen etc. *„Kauf nicht vom Juden"* oder *„Leiht nicht bei Juden"* waren die katholischen Vorschläge für eine Emanzipation der Christen von den Juden. Die jüdischliberale Unterstützung Bismarcks im „Kulturkampf" konterkarierte jetzt das Zentrum: Das sei nur ein Ablenkungsmanöver, das *„es den Juden erlaubt, ungestört das deutsche Volk zu beschwindeln und auszubeuten"*. Als Ende der 70er Jahre der Kulturkampf von Bismarck abgebrochen wurde und die nationalliberale Ära der Vergangenheit angehörte, da erlosch der stärkste Antrieb für den Antisemitismus des Zentrums. (Nebenbei: eine der Hauptstützen des Antisemitismus war die katholische Kirche in Österreich).

Stoecker: Soziale Frage und Antisemitismus

Mitte der 70er Jahre wurde für Bismarck immer deutlicher, daß es auf Dauer kaum möglich sein werde, das Reich mit einer liberalen Mehrheit zu regieren o h n e wesentliche Zugeständnisse hinsichtlich einer gewissen Demokratisierung des bonapartistischen Systems zu machen. Dies stand jedoch im offenen Widerspruch zu den Interessen von Junkern, Monarchie und Schwerindustrie, wobei — wie erwähnt — erstmals sich eine Annäherung von Schwerindustrie und Großagrariern abzeichnete. Die Krise führte auch zu einer Radikalisierung der Arbeiter, deren beide Hauptorganisationen, der ADAV (Lassalle/Schweitzer) und die SDAP (Eisenacher) sich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigten und den politischen Druck von links verstärkten. Diese Entwicklungsprozesse ließen es zur vordringlichen Aufgabe Bismarcks werden, den Obrigkeitsstaat gegen den Einbruch einer gefährlichen Koalition zu verteidigen. Seine politische Strategie zielte darauf ab, die Liberalen entscheidend zu schwächen und die Sozialisten zu unterdrücken. Eine Reichstagsmehrheit hierzu konnte er sich nur von Konservativen und Katholiken erhoffen, deren Verbindung im Laufe der antisemitisch-antiliberalen Kampagne belebt worden war. Die „Anti-Terror"-Wahl (s.o.) von 1878 ließen ihn dies Ziel erreichen.

Genau in diese Zeit fällt die Aktivität des berüchtigten evangelischen Hilfspredigers Adolf Stoecker in Berlin. Naturgemäß gewann die soziale Frage in der Gründerkrise enorme Bedeutung in einer Gesellschaft, die statt sozialer Netze eher Fallgruben installiert hatte. Der Ruf nach Reformen und die emotionsgeladene Ablehnung des kapitalistischen „Manchestertums" der Nationalliberalen ließen Reformvereine und Reformvorstellungen der buntesten politischen Richtungen entstehen. Prominente konservative Denker fanden sich in der Schule „Kathedersozialisten" zusammen, die auf der Grundlage von Bürokratie, Staatseingriffen und Merkantilismus die Krise abmildern wollten. Gleichzeitig machten sie den Sozialdemokraten das Monopol auf den Sozialismus streitig.

Bekannt ist Engels Streitschrift gegen den prominenten „Kathedersozialisten" und Antisemiten Eugen Dühring, der vorübergehend einen gewissen Einfluß in der Sozialdemokratie nach ihrem Verbot erringen konnte. Es ist aufschlußreich, daß der moderne Antisemitismus wie später die Nazis von Beginn an im sozialistischen Gewand auftrat. W. Marr etwa behauptete: *„Der Antisemitismus ist eine sozialistische Bewegung, nur in edleren und reineren Formen als die Sozialdemokratie"*(Pulzer, a.a.O., S.47). Die Feindschaft gegen den „undeutschen" Kapitalismus war zeitweise im Mittelstand so stark, daß in den antisemitischen Programmen Vorschläge zu finden sind, die fast wie reiner Sozialismus aussehen — zum Beispiel die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Versicherungs- und Bankunternehmen oder der Reklame (Pulzer, S.46).

Eine der Zentralfiguren dieser bunten Versammlung von konservativen Sozialreformern, Christen und Antisemiten war Adolf Stoecker. Aus dem unteren Mittelstand kommend, mit Blick auf soziale Probleme und zugleich leidenschaftlicher Verehrer der Werte der Aristokratie, kaisertreu, wurde er 1884 als kaiserlicher Hof- und Domprediger nach Berlin berufen. Er hatte sich zur Aufgabe gesetzt, die unteren Volksschichten wieder in den christlich-konservativen Staat zurückzuführen. Er unterhielt enge Beziehungen zum kaiserlichen Hof und zur „Kreuzzeitung", kam aber als Leiter der Berliner Stadtmission auch mit der großstädtischen Armut und „Staatsverdrossenheit" in Beührung. Seine politische Karriere begann Stoecker in Berlin mit dem Versuch, der Sozialdemokratie ihre Wähler und Anhänger abspenstig zu machen: *„Seit fünfzehn Jahren ist das sozialistische Element der Köder, mit welchem die Arbeiter um ihren Glauben wie um ihren Patriotismus betrogen worden sind. Will man an ihre Herzen heran, so muß man die sozialen Dinge mitbesprechen"*(Massing, a.a.O., S.24).

Die ersten Massenversammlungen christlich-konservativer Provenienz in einem Arbeiterviertel war eine wahrhafte Sensation. Bis dahin war es das Vorrecht der anti-konservativen Kräfte, also des demokratischen Lagers gewesen, „die Straße" zu mobilisieren. P. Massing vergleicht sie in ihrer geschichtlichen Bedeutung mit der ersten Hitlerschen Massenversammlung in München (S.24). Die Sozialdemokraten bemächtigten sich sogleich der Versammlungsleitung, gewährten aber Redefreiheit. Der Ex-Sozialdemokrat, Spitzbube und Stoecker-Vertraute Grünberg erntete nur Gelächter. Doch dann trat Ruhe ein, als Stoecker höchstpersönlich in die Debatte eingriff und mit starken Worten die unheilvollen Wirkungen der kapitalistischen Krise auf das Leben der Arbeiter anprangerte. Er verlangte soziale Reformen: Fürsorge bei Arbeitsunfähigkeit, Verbot der Sonntagsarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit. Seine neue Partei, zu deren Beitritt er aufforderte, wollte eine friedliche Organisation der Arbeit und der Arbeiter, ohne „Klassenhaß". Die Replik hielt Johannes Most (später als Anarchist ausgeschlossen), einer der besten Redner der Partei. Er griff Christentum und Geistlichkeit scharf an, die traditionell mit den Ausbeutern gemeinsame Sache machten. Die „christlichen" Vorschläge wurden in einer kämpferischen Resolution mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen und der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei das Vertrauen ausgesprochen.

Spätere Versammlungen erlitten ein ähnliches Schicksal. Für die Arbeiter war es nur allzu deutlich, auf welcher Seite der Hofprediger stand. Mit der vernichtenden Wahlniederlage von 1878, die Stoecker nur 1.500, den Sozialdemokraten aber 56.000 Stimmen brachte, war die erste Phase der Stoeckerschen Agitation mit dem Hauptstoß gegen die in diesem Jahr verbotene Sozialdemokratie abgeschlossen.

Nunmehr konzentrierte sich Stoecker auf die wirtschaftlich verunsicherten Mittelstandsgruppen, die ihrerseits darauf drängten, „in die Poitik zu gehen". Das Wort „Arbeiter" wurde aus dem Parteinamen gestrichen (1881), und mit gezielt antisemitischer Propaganda versuchte jetzt die „Christlich-soziale Partei", eine konservative Massenbewegung ins Leben zu rufen und parteilich zu organisieren.

„Unsere Forderungen an das moderne Judentum", lautete 1879 Stoeckers unverbrämt antisemitische Rede, die in Berlin wie eine Bombe einschlug. Bis Mitte der 80er Jahre hielt Stoeckers Berliner Bewegung die Stadt in Aufruhr. Der Antisemitismus wurde zum Herzstück der Stoeckerschen Agitation, mit der der politisch bereits geschwächte Liberalismus niedergekämpft werden sollte. Handwerker, Büroangestellte, Studenten, untere Beamte, kleine Geschäftsleute, Bauern und andere Mittelständler stellten den größten Teil der Anhängerschaft, die dem politischen Gemisch aus antisemitischen, sozialreformerischen, staatssozialistischen und christlichsozialen Elementen folgte. Die „Judenfrage" wurde durch Stoecker zum Thema in Berlin. Über 500 Bücher und Broschüren wurden dazu verfaßt. Der Wahlsieg der Rechten 1878 war Wasser auf Stoeckers Mühlen, denn immerhin war es u.a. der Antisemitismus gewesen, der die jetzt regierungsstützende Mehrheitsallianz von Konservativen und Zentrum schmieden geholfen hatte. Der Antisemitismus wurde damit aus der Ecke der Opposition herausgeholt; er wurde respektabel, gesellschaftlich anerkannt und von oben wohlwollend geduldet, wenn nicht gar gefördert. Stoeckers Agitation zeitigte Folgen. Der radikale antisemitische Nachwuchs, der der christlichen Bindung Stoeckers und seiner engen Beziehungen zum kaiserlichen Hof ablehnend gegenüberstand, verfaßte im Herbst 1880 eine Antisemitenpetition (Förster, Liebermann und Sonnenberg, E., Henrici). Sie bekam ca. 250.000 Unterschriften! Die Unterzeichner forderten die „Emanzipation"(!) des deutschen Volkes von der jüdischen „Fremdherrschaft" u.a. durch das Verbot bzw. die Einschränkung der Einwanderung der Juden, Ausschluß der Juden von allen Regierungsstellen, Beschränkung der Zulassung von Juden bei Gerichten, Lehrämtern an Schulen und Universitäten, Zählung („Zensus") des jüdischen Bevölkerungsanteils.

Über die antisemitischen Auswüchse im öffentlichen Leben Berlins gibt Eduard Bernstein ein anschauliches Bild: *„Es war eine Sturzwelle judenfeindlicher Reaktion. Eine ganze Presse, die ihr Ausdruck gab, schoß ins Leben. Antisemitische Flugschriften und Schimpfblätter wider alles, was jüdisch oder jüdischer Sympathie verdächtig war, wurden in Massen verbreitet... Organisierte Banden zogen in der Friedrichstadt vor die besuchteren Cafes, brüllten, nachdem allerhand Schimpfreden gehalten worden, taktmäßig immer wieder 'Juden raus!', verwehrten Juden oder jüdisch aussehenden Leuten den Eintritt und provozierten auf diese Weise Prügelszenen, Zertrümmerungen von Fensterscheiben und ähnliche Wüstheiten mehr. Alles natürlich unter der Phrase der Verteidigung des deutschen Idealismus gegen jüdischen Materialismus und des Schutzes der ehrlichen deutschen Arbeit gegen jüdische Ausbeutung"* (zit. nach Massing, a.a.O., S.44).

Einen neuen, von oben mitgetragenen Höhepunkt erreichte der Antisemitismus 1881, als die Opposition von Liberalen und Sozialisten eine Regierungsvorlage zur Unfallversicherung zu Fall gebracht hatte. Stoecker schrieb in einem Wahlkampfflugblatt u.a.: *„Ich betrachte die Ansammlung des mobilen Kapitals in wenigen, meist jüdischen Händen als eine drohende Gefahr und als eine der Hauptursachen des sozialdemokratischen Umsturzes. ... Ich will keine Kultur ohne Deutschtum und Christentum, deshalb bekämpfe ich die jüdische Übermacht"* (Massing, a.a.O., S.45). Dagegen setzte er die *„gesunde soziale Reform auf christlicher Grundlage"*.

Wie man sieht, hat sich manches, was später kam, schon lange vorher angebahnt und ist auch heute noch nicht verschwunden.

E., Frankfurt und St.St., Hamburg

Sartre: "Was ist ein Kollaborateur?"

1945 schrieb Sartre einen Aufsatz unter diesem Titel. Dort umreißt er den gesellschaftlichen Bereich der Kollaboration und versucht, eine Psychologie des Kollaborateurs aufzuzeichnen.

Sartre, der zuvor knapp ein Jahr in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war, schloß sich später einer Widerstandsgruppe an. In einem Interview 1975 meinte er selber, der Krieg habe sein Leben regelrecht in zwei Teile geteilt. *,,Er brach aus, als ich vierunddreißig Jahre alt war und endete, als ich vierzig war — das war für mich die Zeit des Übergangs von der Jugend zur Reife. Zugleich zeigte mir der Krieg gewisse Aspekte meiner selbst und der Welt. Zum Beispiel lernte ich damals die tiefe Entfremdung der Gefangenschaft kennen und auch die Beziehungen zu Menschen, den Feind, den wirklichen Feind, nicht den Gegner, der in derselben Gesellschaft lebt wie man selbst und einen mit Worten angreift, sondern den Feind, der einen verhaften und einsperren lassen kann, indem er einfach bewaffneten Männern ein Zeichen gibt. ... Und dann habe ich damals auch die — wenn auch unterdrückte, aber immer noch existierende — soziale Ordnung, die demokratische Gesellschaft kennengelernt und zwar in dem Maße, wie sie unterdrückt und zerstört war und wir für die Erhaltung ihres Wertes kämpften, in der Hoffnung, daß sie nach dem Krieg wieder erstehen würde. Dort also bin ich, wenn Sie so wollen, vom Individualismus und vom reinen Individuum der Vorkriegszeit zum Sozialen, zum Sozialismus gelangt. Das war der eigentliche Wendepunkt in meinem Leben: vor dem Krieg, nach dem Krieg.''*

(Auszüge dieses Gesprächs erschienen 1975 im ,,Nouvel Observateur'' und im ,,Spiegel''. Das vollständige Gespräch ist auf deutsch in ,,Sartre über Sartre'', rororo 1977, abgedruckt.)

,,Natürlich habe ich in meinem Leben eine Menge Fehler begangen, kleine und große, die verschiedene Ursachen gehabt haben mögen. Aber im Grunde hat es jedesmal, wenn ich einen Fehler machte, daran gelegen, daß ich nicht radikal genug war.''

Sartre
(aus einem Interview 1975, ,,Selbstportrait mit siebzig Jahren'', in ,,Sartre über Sartre'', rororo 1977, S.226)

Kollaboration: Klassenposition oder individuelle Veranlagung?

Im Duden heißt es zur Erläuterung des Begriffs Kollaborateur: *,,Während des zweiten Weltkrieges entstandene Bezeichnung für einen Verräter, der mit den Hitlerfaschisten zusammenarbeitet.''* Nun ist die Kollaboration (d.h. die Zusammenarbeit mit dem Feind) kein ausschließliches französisches Privileg, ganz abgesehen davon, daß sie auch in Friedenszeiten existiert. *,,Eine Umfrage in den verschiedenen besetzten Ländern würde es möglich machen, so etwas wie einen Durchschnittsprozentsatz von Kollaborateuren in den zeitgenössischen Gesellschaften aufzustellen.''* Damit leitet Sartre seine Abhandlung über die ,,collabos'' ein, wie man sie damals nannte. Man kollaboriert nicht aus Zufall, sondern, so Sartre, *,,unter der Einwirkung bestimmter gesellschaftlicher und psychologischer Gesetze''* (S.60).

Aus der Tatsache, daß alle Arbeiter und fast alle Bauern im Widerstand gewesen seien und aus der zweiten Tatsache, daß die meisten Kollaborateure aus dem Bürgertum hervorgegangen seien, dürfe man nicht folgern, daß *,,das Bürgertum a l s K l a s s e zur Kollaboration neigte.''*



Fast die Gesamtheit der Intellektuellen, die ja meistens dem Bürgertum angehören, aber auch Industrielle und Geschäftsleute schlossen sich damals der französischen Résistance an . . . Freilich nicht nur aus ethischen Motiven: Es ging auch um die Ablehnung der drohenden Unterordnung der französischen unter die deutsche Wirtschaft.

Die überwiegende Haltung innerhalb des konservativen französischen Bürgertums war ohnehin für Pétain und ansonsten: Abwarten . . .

Sartre betrachtet die Kollaboration als ein ,,Desintegrationsfaktum'' bzw. als ,,Desassimilationserscheinung''. Dort, wo das gesellschaftliche, sprich kollektive politische Leben intensiv geblieben sei, habe die Kollaboration keinen Raum gefunden. Er gibt im folgenden eine grobe Klassifizierung des Personenkreises der Kollaboration anhand der damaligen bekannten Beispiele:

— *,,Marginale Elemente der politischen Parteien'',*
— *,,Intellektuelle, die auf das Bürgertum spucken, ohne den Mut oder auch nur die Möglichkeit zu haben, sich in das Proletariat zu integrieren''.*

Dazu merkt Sartre an: *,,Dieses ewige Oszillieren* (Pendeln, Anm.) *vom Kommunismus zum Faschismus, vom Faschismus zum Kommunismus ist typisch für die Desintegrationskräfte, die in den Randzonen des Bürgertums wirksam sind.''*

— *,,Verkrachte in Journalismus, Kunst und Lehramt''.*

Insofern, meint Sartre, trägt keine Klasse als solche die Verantwortung für die Kollaboration — wenngleich man die Bourgeoisie als Klasse danach beurteilen muß, daß die Kollaboration *,,fast ausschließlich aus ihrer Mitte erwachsen ist''.*

Eine Psychologie des Kollaborateurs

Die soziale Klassifizierung, die Sartre aufstellt, läuft auf die allgemeine Betrachtung des Kollaborateurs als ,,verkrachte Existenz'' hinaus.

Als ein festes a priori kann vorausgeschickt werden, daß Verrat *,,stets durch Eigennutz und Ehrgeiz''* motiviert ist. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Logisch betrachtet hätte sowieso ein durchdachter Ehrgeiz jene Menschen zur Résistance führen müssen. *,,Der Anführer einer kleinen Truppe von Untergrundkämpfern hatte mehr Unternehmungsfreiheit, mehr Ansehen und wirkliche Autorität, als Laval jemals gehabt hat''* (S.64).

Ehrgeiz hin, Eitelkeit her: Die Tragik des Kollaborateurs besteht darin, daß er einerseits *,,in Wirklichkeit diese Gesellschaft haßt, in der er keine Rolle hat spielen können''*, daß er aber andererseits nie eine tatsächlich e i g e n e Autorität bzw. e i g e n e s persönliches Ansehen besitzt. Stets bleibt er nur Verbindungsmann, Agent.

Den historischen Rahmen für die Kollaborationsbereitschaft lieferte damals der verbreitete Glaube an den deutschen Sieg. Der ,,intellektuelle Irrtum'' entsprang der angenommenen Notwendigkeit der Unterordnung.

Dieser ,,intellektuelle Irrtum'' führtezu einer *,,tiefen, ursprünglichen Entscheidung''*, die, so Sartre, den Grund der Persönlichkeit des Kollaborateurs ausmacht: *,,Die Entscheidung, sich der vollendeten Tatsache zu fügen, ganz gleich welcher''* (S.65).

Diese grundlegende Neigung schmückt sich selber mit der Bezeichnung **,,Realismus''**. Sartre nennt sie eine *,,intellektuelle Krankheit''*, die er als *,,Historizismus''* bezeichnet. Der im Namen des ,,Realismus'' Kollaborierende beurteilt nicht die Tatsache im Lichte des Rechts, sondern gründet das Recht auf die Tatsache: *,,Alles, was ist, ist gut; gut ist, was ist''* (S.67).

Für den ,,Realkollaborateur'' war der Widerstand eine Art anachronistischen Hängens *,,an toten Lebensgewohnheiten und an einer toten Ideologie''* (!). Für ihn ist Forschritt und Gang der Geschichte eins: *,,Wohin es geht, weiß man nicht, aber wenn man sich verändert, dann deshalb, weil man sich verbessert''* (S.66).

Freilich ist sein ,,Realismus'' durchaus selektiv: Für seine Doktrin der harten Lehre der Tatsachen behält er nur diejenigen Tatsachen, die seine Doktrin und Praxis auch begünstigen. Vor allem verhehlt dieser Realismus *,,die Furcht davor, den Beruf des Menschen auszuüben — jenen verbohrten und beschränkten Beruf, der darin besteht, je nach Grundsätzen ja oder nein zu sagen, zu unternehmen, ohne zu hoffen, beharrlich zu bleiben, ohne Erfolg zu haben''* (S.66). In diesem Sinne ist die Kollaboration eine individuelle Entscheidung.

Die harte Lehre der Tatsachen . . .

Die Lieblingsbegründung der Kollaborateure für ihr Tun ist dieser sogenannte Realismus, der eigentlich eine implizite Metaphysik ist: *,,Das Sein wird mit dem Seinmüssen gleichgesetzt''* (S.67), d.h. *,,alles, was ist, ist gut; gut ist, was ist''* (s.o.). Selbstverständlich, schreibt Sartre, müssen Lehren aus Erfahrungen gezogen werden, selbstverständlich ist es nötig, sich Fakten und Tatsachen zu unterwerfen, aber: *,,Diese Ge-*
zu unterwerfen, aber: *,,Diese Ge-*
schmeidigkeit, dieser politische Positivismus dürfen nur Mittel dazu sein, ein Ziel zu verwirklichen, das nicht den Tatsachen unterworfen ist und nicht aus ihnen sein Dasein bezieht. Dadurch, daß wir das Beispiel einer Politik geben, die auf Grundsätzen beruht, werden wir dazu beitragen, daß die Spezies der 'Pseudorealisten' verschwindet'' (S.71).

Der Sieg der Résistance muß dazu ausgenutzt werden, *,,das Scheitern jeglicher realistischen Politik zu besiegeln''*. Die Demokratie, die ihrem Wesen nach alle Meinungen duldet, produziert den Kollaborateur: *,,Es ist nötig, daß endlich restriktive Gesetze gemacht werden: es darf keine Freiheit gegen die Freiheit geben.''*

Um das politische Überleben der Kollaboration zu verhindern, muß die Arbeit der 1789er Revolution fortgesetzt werden *,,durch eine neue Revolution, (...) jene Revolution, die 1830, 1848 und 1871 versucht worden ist und auf die stets eine Gegenrevolution folgte''* (alle Zitate S.71).

Die Résistance, die schließlich gesiegt hat, hat gegenüber der ,,Spezies der Pseudorealisten'' gezeigt, daß *,,die Rolle des Menschen darin besteht, zu den Tatsachen selbst dann n e i n sagen zu können, wenn es so scheint, als müßte man sich ihnen unterwerfen''*. Zwar, schreibt Sartre abschließend, einen Spruch von Descartes benutzend, muß man lieber *,,sich selbst als das Schicksal bezwingen wollen, aber wenn man zuerst sich selbst bezwingen muß, dann letztlich deshalb, um besser das Schicksal zu bezwingen''* (S.71).

E., KB Frankfurt

Jean-Paul Sartre,
,,Paris unter der Besatzung'',
Artikel und Reportagen 1944 - 1945,
rororo 1980;
,,Sartre über Sartre, autobiographische Schriften'', rororo 1977